G 1800 EX

Blätter für deutsche und internationale Politik

Karl D. Bredthauer
Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet

Gerhard Kade
Abrüstung
Eine Übersicht der laufenden Verhandlungen, ihrer Vorgeschichte und Zukunftsaussichten aus Anlaß des 40. Jahrestages des 1. September 1939

Renate Wurms
Frauen ins Militär – ein befreiender Schritt?

Kahsai Wolde-Giorgis
Fünf Jahre Revolution in Äthiopien

Dokumentationen zur Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß

CSU: Rohmaterialien zur DGB-Diskussion

8'79

August 1979 Einzelheft 5,50 DM Im Abonnement 4,00 DM
Für Studenten, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende 3,50 DM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln

August 1979

CHRONIK DES MONATS JULI 1979 897

KOMMENTARE UND BERICHTE

Von der Ölkrise zum Ölkrieg? ..... *Bernd Greiner* 900

Das Problem der Indochina-Flüchtlinge und die Genfer UNO-Konferenz ..... *Günter Giesenfeld* 905

GLOSSE

Orientierungshilfe für „kluge Köpfe" ..... *Christian Götz* 908

AN UNSERE LESER

Betr.: Kanzlerkandidatur von F. J. Strauß ..... *Redaktion* 909

HAUPTAUFSÄTZE

Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet ..... *Karl D. Bredthauer* 911

Abrüstung. Eine Übersicht der laufenden Verhandlungen, ihrer Vorgeschichte und Zukunftsaussichten aus Anlaß des 40. Jahrestages des 1. September 1939 ..... *Gerhard Kade* 922

Krieg oder Frieden – für Europa keine Frage mehr? ..... *Lorenz Knorr* 941

Frauen ins Militär – ein befreiender Schritt? ..... *Renate Wurms* 956

Fünf Jahre Revolution in Äthiopien. ..... *Kahsai Wolde-Giorgis* 966

MEDIENKRITIK

Norma Rae ..... *Günter Giesenfeld* 984

WIRTSCHAFTSINFORMATION

Zur Politik der Bundesbank (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten) ..... *Jörg Goldberg* 985

BÜCHER

Regionale und sektorale Strukturpolitik ..... *Monika Schneidereit* 988

DOKUMENTE ZUM ZEITGESCHEHEN

Dokumente und Stellungnahmen zur Nominierung des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU am 2. Juli 1979 („Sonthofener Rede" v. 19. 11. 1974, Rundschreiben Herbert Wehners v. 6. 7. 1979, Erklärung Hans-Dietrich Genschers v. 3. 7. 1979, Artikel von Franz Schapfel (CDU) – DGB-Landesbezirk Rheinland-Pfalz – v. 12. 7. 1979, Leitartikel der DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit" v. 4. 7. 1979, Pressemitteilung des CDU-Landesvorstands Bremen v. 10. 7. 1979, FAZ-Meldung v. 10. 7. 1979 über den CDU-Austritt von Hans Lutz Merkle (Robert Bosch GmbH), „ZEIT"-Kommentar v. 13. 7. 1979, Austrittserklärung von Cornelius Adalbert v. Heyl, Präses der Synode der Evangelischen Kirche (EKD) v. 10. 7. 1979, Meldung der „Rheinische Post" v. 6. 7. 1979 [Konrad Kraske]) 993

Dokumente und Stellungnahmen zur Gewerkschaftspolitik der CSU (CSU: Rohmaterialien zur DGB-Diskussion, Kolumne des Generalsekretärs der CSU, Edmund Stoiber, v. 1. 2. 1979, Erklärung des DGB-Landesbezirksvorstands Rheinland-Pfalz v. 29. 6. 1979, Artikel von Karl Heinz Hoffmann (ÖTV) v. 28. 6. 1979, Leitartikel von Eugen Loderer (IG Metall) v. 18. 7. 1979) 1013

Vereinbarung zwischen der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), die Ausreise von Personen aus der Sozialistischen Republik Vietnam betreffend, vom 30. Mai 1979 (Wortlaut) 1022

Blätter für deutsche und internationale Politik

Monatszeitschrift · Vierundzwanzigster Jahrgang · Heft 8/1979

Herausgegeben von

WILFRIED FRHR. V. BREDOW
HELGA DEPPE-WOLFINGER
JÖRG HUFFSCHMID
URS JAEGGI
GERHARD KADE
REINHARD KÜHNL
JUTTA MENSCHIK
REINHARD OPITZ
MANFRED PAHL-RUGENSTEIN
HERMANN RAUSCHNING
HELMUT RIDDER
FRITZ STRASSMANN
GERHARD STUBY

Mitbegründet von

HILDE BENTELE
HERMANN ETZEL
GERHARD GOLLWITZER
HANS RHEINFELDER
ROBERT SCHOLL
KARL GRAF V. WESTPHALEN
ERNST WOLF

Redaktion

KURT BAYERTZ
KARL D. BREDTHAUER
PAUL NEUHÖFFER
JOHANNES WEIDENHEIM

Pahl-Rugenstein Verlag Köln Gottesweg 54

Chronik des Monats Juli 1979

1. 7. – Bundespräsident. Vor dem Bundestag legt der neugewählte Bundespräsident Karl Carstens (CDU) den Eid ab und tritt damit sein Amt an (zur Wahl vgl. „Blätter", 6/1979, S. 643). Der scheidende Bundespräsident Walter Scheel (FDP) hält vor dem Parlament eine Abschiedsrede.

– China. Der 5. Volkskongreß beendet seine 2. Session (Beginn 18. 6.). Ministerpräsident Hua Guofeng hatte einen Rechenschaftsbericht über die Tätigkeit der Regierung seit der letzten Parlamentstagung im Februar 1978 (vgl. „Blätter", 4/1978, S. 386) gegeben.

2. 7. – CDU/CSU. Die gemeinsame Bundestagsfraktion nominiert in einer „Probeabstimmung" den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten der Unionsparteien für die Bundestagswahlen 1980. In geheimer Abstimmung werden für Strauß 135 Stimmen (die CSU-Landesgruppe zählt 52 Mitglieder), für den niedersächsischen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) 102 Stimmen abgegeben.

3. 7. – Bundestag. In namentlicher Abstimmung verabschiedet das Parlament das 18. Strafrechtsänderungsgesetz, das die Verjährungsfrist für Mord aufhebt. Die Entscheidung fällt mit 255 gegen 222 Stimmen.

3. – 4. 7. – Zimbabwe-Rodesien. Im Auftrag der britischen Regierung verhandelt Lord Harlech in Salisbury mit Ministerpräsident

Muzorewa. Harlech hatte zuvor die fünf „Frontstaaten" im südlichen Afrika (Angola, Mosambik, Sambia, Tansania und Botswana) sowie Nigeria und Malawi besucht. – Am 8. 7. trifft Muzorewa im Begleitung von Außenminister Mukome in den USA ein, wo er am 12. 7. von Präsident Carter empfangen wird. – Am 10. 7. betont der britische Außenminister Lord Carrington vor dem Oberhaus die Verantwortung Großbritanniens, „die geeignete Basis zu finden, auf der Rhodesien zu legaler Unabhängigkeit gelangen kann". Nach Ansicht der britischen Regierung habe sich in Rhodesien mit der Wahl im April d. J. (vgl. „Blätter", 5/1979, S. 514) und der Regierungsbildung im Mai d. J. (vgl. „Blätter", 6/1979, S. 643) „die Situation von Grund auf verändert". – Am 13. 7. erörtert Muzorewa mit Premierministerin Thatcher und Außenminister Carrington in London die Frage der Anerkennung seiner Regierung sowie die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen. – Am 17. 7. bezeichnet UN-Generalsekretär Waldheim auf der Eröffnungssitzung der „Gipfelkonferenz" der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Monrovia die Wahlen in Zimbabwe-Rhodesien vom April d. J. erneut als unrechtmäßig.

4. 7. – *Naher Osten.* Nach einem Gespräch mit dem US-Sonderbeaufttragten für den Nahen Osten, Robert Strauss, erklärt Präsident Sadat in Alexandria, er befürworte einen Dialog zwischen den USA und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Die PLO habe schon vor einiger Zeit ihre Bereitschaft angedeutet, einen aus Palästina stammenden amerikanischen Professor als ihren Vertreter zu benennen. – Vom 5. – 6. 7. findet in Alexandria eine weitere Runde der ägyptische-israelischen Verhandlungen über eine Teilautonomie für Westjordanien und Gaza statt (vgl. „Blätter", 6/1979, S. 642), an denen erstmals auch Strauss teilnimmt. Es werden Arbeitsgruppen gebildet, um Einzelprobleme weiter zu verfolgen. Strauss reist am 7. 7. zu König Hussein von Jordanien nach Amman. – Vom 7. – 8. 7. konferieren in Wien der österreichische Bundeskanzler Kreisky und der SPD-Vorsitzende Brandt in ihrer Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender der Sozialistischen Internationale mit dem PLO-Vorsitzenden Arafat. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz am 8. 7. heißt es, die drei Gesprächspartner stimmten darin überein, daß die Palästinenserfrage das zentrale Problem des Nahostkonflikts sei. Kreisky teilt mit, es habe zwischen ihm und Arafat in der Vergangenheit einen umfangreichen Briefwechsel von großer Offenheit gegeben. Ein Protest der israelischen Regierung gegen den Empfang von Arafat durch Bundeskanzler Kreisky wird von der Regierung in Wien als der Versuch einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs zurückgewiesen. – Am 10. 7. trifft der israelische Ministerpräsident Begin zu Gesprächen mit Sadat in Alexandria ein. – Am 24. 7. läuft das Mandat der im Sinai stationierten 4000 Mann starken „United Nations Emergency Force" (UNEF) ab, das vom UN-Sicherheitsrat nicht verlängert wird; der Rat ordnet den Rückzug an. Israel lehnt einen amerikanisch-sowjetischen Vorschlag ab, die UNEF-Einheiten durch unbewaffnete Beobachter der „United Nations Truce Supervision Organization" (UNTSO) zu ersetzen. – Am 25. 7. gibt Israel ein weiteres Teilgebiet auf der Sinaihalbinsel an Ägypten zurück.

5. 7. – *Saarland.* Mit 28 gegen 21 Stimmen wählt der Landtag den CDU-Landesvorsitzenden Werner Zeyer zum neuen Ministerpräsidenten. Für Zeyer, der die Nachfolge des am 26. 6. verstorbenen Ministerpräsidenten Franz-Josef Röder (CDU) antritt, stimmen die Abgeordneten von CDU und FDP, Gegenstimmen werden von der SPD abgegeben.

– *Abrüstung.* Der Genfer Abrüstungsausschuß (CD) setzt eine Arbeitsgruppe ein, die internationale Sicherheitsgarantien für Nichtkernwaffenstaaten gegen die Drohung und die Anwendung nuklearer Waffen ausarbeiten soll. – Am 10. 7. legen USA und UdSSR gemeinsam den Entwurf eines Vertrages über das Verbot der Entwicklung, Herstellung, Lagerung und Anwendung von Strahlenwaffen vor. Als Strahlenwaffen (radiological weapons) werden darin bezeichnet: 1. Jede speziell zu einer Verwendung von radioaktivem Material entworfene Vorrichtung, die durch die Verteilung dieses Materials und der mit dem Zerfall dieses Materials verbundene Strahlung Zerstörung, Schäden oder Verletzung verursacht, oder 2. jede Art von radioaktivem Material, das speziell für eine solche Verwendung entwikkelt wurde. – Am 19. 7. wird in Wien die 17. Runde der Verhandlungen über eine Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa beendet. – Am 31. 7. unterbreiten USA und UdSSR einen „Fortschrittsbericht" über ihre bilateralen Verhandlungen zum Verbot chemischer Waffen.

9. 7. – *Vatikan/BRD.* Bundeskanzler Schmidt, der sich zu einem Besuch in Italien

aufhält, wird von Papst Johannes Paul II. in Privataudienz empfangen. Schmidt führt anschließend ein Gespräch mit Kardinalstaatssekretär Casaroli.

10. 7. – Korea. Die Regierung der Koreanischen Volksdemokratischen Republik (Nordkorea) lehnt es in einer Erklärung ab, sich an Gesprächen mit der Republik Korea (Südkorea) und den USA zu beteiligen; Präsident Carter hatte am 1. 7. „Dreiergespräche" über die Wiedervereinigung vorgeschlagen. In der Erklärung aus Pjöngjang heißt es, die USA hätten mit der Wiedervereinigung Koreas nichts zu tun, ihre Beteiligung würde eine „Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten" bedeuten. – Am 20. 7. bestätigt Sicherheitsberater Brzezinki in Washington den Beschluß Präsident Carters, den Abzug der amerikanischen Bodentruppen aus Südkorea für mindestens zwei Jahre auszusetzen.

– Ghana. Zum neuen Präsidenten wird Hillar Limann gewählt (vgl. „Blätter", 7/1979, S. 770).

11. 7. – Indien. Mit dem Parteiaustritt von mehreren Abgeordneten gerät die von Ministerpräsident Morarji Desai geführte Janata-Partei im Parlament in die Minderheit. – Am 15. 7. tritt Desai zurück und kommt damit einem Mißtrauensantrag zuvor. – Am 28. 7. wird Charan Singh als neuer Premierminister von Staatspräsident Reddy vereidigt. Singh führt einen abgespalteten Flügel der Regierungspartei und ist auf die parlamentarische Unterstützung anderer Parteien angewiesen. Außenminister ist Shyam Nandan Mishra.

16. 7. – Irak. Nach elfjähriger Amtszeit legt General al-Bakr die Präsidentschaft nieder. Nachfolger als Präsident des Revolutionsrates ist Saddam Hussein at-Takniti, der einen neuen Vizepräsidenten, drei stellvertretende Ministerpräsidenten und einen neuen Innenminister ernennt.

17. 7. – Nikaragua. Präsident Anastasio Somoza tritt zurück und begibt sich in die USA (zur Vorgeschichte vgl. „Blätter", 7/1979, S. 770). Die Regierungsgewalt geht zunächst an Francisco Urcuyo Malainas, Vorsitzender der Abgeordnetenkammer, der am 18. 7. ebenfalls das Land verläßt und in Guatemala Asyl nimmt. Die Nationalgarde legt die Waffen nieder. – Am 20. 7. trifft die von der Sandinistischen Befreiungsbewegung (FSLN) ernannte Führung in Managua ein. Das Gremium besteht aus den folgenden fünf Mitgliedern: Violeta Chamorro, Moises Hassan, Daniel Ortega, Sergio Ramirez, Alfonso Robelo.

– EG. Das im Juni d. J. gewählte „Europäische Parlament" (vgl. „Blätter", 7/1979, S. 770) tritt in Straßburg zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Das Parlament bestimmt im zweiten Wahlgang mit 192 von 404 Stimmen die frühere französische Gesundheitsministerin Simone Veil (Kandidatin der Fraktion der Liberalen) zu seiner Präsidentin.

– Spanien. Verhandlungen über ein „Autonomiestatut" für das spanische Baskenland werden erfolgreich abgeschlossen. Nach dem Statut soll das Baskenland eigene Gerichtsbarkeit, Polizei, ein eigenes Gesundheits- und Erziehungswesen sowie die Steuerhoheit erhalten. Die Annahme des Statuts unterliegt einem Referendum sowie der Ratifizierung durch das Parlament in Madrid.

19. 7. – Luxemburg. Großherzog Jean vereidigt das neue Koalitionskabinett, dem sechs Minister der Christlich-Sozialen Partei (PCS) und fünf Minister der Demokratischen Partei (PD) angehören (vgl. „Blätter", 7/1979, S. 770). Ministerpräsident ist Pierre Werner (PCS), Außenminister Gaston Thorn (PD).

20. – 21. 7. – UNO. Auf Initiative und in Anwesenheit von UN-Generalsekretär Waldheim findet in Genf ein „Treffen über Flüchtlinge und Vertriebene in Südostasien" (Meeting on Refugees and Displaced Persons in South-East Asia) statt. An der Zusammenkunft nehmen Vertreter von 68 Staaten teil. Der Vertreter der Sozialistischen Republik Vietnam erklärt, seine Regierung sei weiterhin zur Zusammenarbeit mit dem Hochkommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) bereit.

23. – 24. 7. – DDR/Frankreich. Als erster Außenminister der drei Westmächte besucht der französische Außenminister Francois-Poncet die DDR. Der Minister führt Gespräche mit Außenminister Fischer und wird vom Staatsratsvorsitzenden Honecker empfangen.

30. 7. – China/Vietnam. Die Verhandlungen zwischen beiden Ländern (vgl. „Blätter", 5/1979, S. 515) werden in Peking mit einem weiteren Treffen der stellvertretenden Außenminister Han Nianlong (China) und Dinh Noh Liem (Vietnam) fortgesetzt. Der vietnamesische Vertreter fordert die „unverzügliche" Unterzeichnung eines Abkommens zur Beendigung der „bewaffneten Provokationen" an der gemeinsamen Grenze.

Von der Ölkrise zum Ölkrieg?

Die „sieben Schwestern", wie die den Ölmarkt beherrschenden sieben „Multis" verniedlichend genannt werden, bitten wieder einmal zur Kasse. Daran hat man sich fast schon gewöhnt, ebenso an die eingefahrenen Begründungen. 1973 war der „Ölboykott" der Grund, dieses Jahr sind es die Genfer Preiserhöhungen der OPEC und die zeitweiligen Lieferunterbrechungen aus dem Iran. Nun pfeifen es die Spatzen von den Dächern, daß die Versorgungs-„Engpässe" 1979 sowohl wie 1973 von den Multis bewußt und planmäßig inszeniert worden sind. 1973, im Jahr der ersten „Ölkrise", beschworen in den USA die Ölgesellschaften Monate *vor* dem Jom-Kippur-Krieg eine Versorgungskrise, um die Regierung zu höheren (Erschließungs-)Subventionen und zur Zurücknahme von Umweltschutzbestimmungen zu zwingen und natürlich um höhere Gewinne einzustreichen. Der Okotoberkrieg lieferte also eine willkommene Entschuldigung. Ende 1973 waren die Vorratslager voll – ebenso wie heute. 1973 sprach man von „peinlichen Gewinnexplosionen" – ebenso wie heute. Aus der Tagespresse ist inzwischen zu erfahren, daß die US-Ölkonzerne im ersten Halbjahr 1979 ihre Gewinne gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 55 % auf ca. 9,4 Mrd. Dollar steigern konnten. Dem Exxon-Geschäftsbericht für den genannten Zeitraum ist eine Steigerung des *Rein*gewinns dieser einen Gesellschaft um 30 % auf 1,79 *Milliarden* Dollar zu entnehmen („Die Welt" v. 25. Juli 1979). Dieser astronomische Gewinnzuwachs geht in erster Linie auf die „gute Geschäftsentwicklung in Übersee" zurück: wegen der staatlich festgesetzten Verbraucherpreise in den USA müssen also in erster Linie die Europäer die Zeche zahlen. 1973 wie heute hätten erhöhte OPEC-Preise nicht so schnell und nicht in diesen Dimensionen auf den Verbrauchermarkt durchschlagen können (wie auch das Bundeskartellamt inzwischen bemängelt), wären sie nicht für eine gezielte Strategie der Profitsteigerung ausgenutzt worden. Selbst dem kühnsten Marktwirtschaftstheoretiker dürfte keine plausible Begründung dafür einfallen, wieso in der BRD die Preise für Mineralölprodukte *steigen,* wenn gleichzeitig der Dollarkurs und die Notierungen an der Rotterdamer Rohölbörse *fallen.*

Dennoch ist es nicht möglich, den Anschauungsunterricht in Sachen „Krise" und Monopolmacht zur Kenntnis zu nehmen und zur Tagesordnung überzugehen. Hinter der vielzitierten „Ölkrise" verbirgt sich mehr als die Profitsucht der Konzerne – nicht umsonst sprechen Carter und sein Verteidigungsminister Brown von einem „nationalen Sicherheitsproblem", beklagt Brzezinski den „sozialen Notfall und Notstand", wird seit einem Jahr erneut der Gedanke militärischen Eingreifens in den Ölförderländern favorisiert, nicht umsonst tagte in Tokio ein „Energiegipfel" der acht führenden Industriemächte des Westens. Seit geraumer Zeit werden zahllose Studien zu den tieferliegenden Krisenmomenten angefertigt, Lösungsvorschläge und politische Optionen diskutiert. Ausnahmslos wird von einem langfristigen Konflikt ausgegangen, dessen erste Wehen wir seit 1973 erleben. Worum geht es also?

– In offiziellen und offiziösen Untersuchungen zur künftigen Energiepolitik und -versorgung wird befürchtet, daß in den 80er Jahren Engpässe selbst bei Ausschöpfung der maximalen Förderkapazitäten der Lieferländer auftreten. Zweifellos spielt der erwartete höhere Bedarf der Industrienationen dabei eine Rolle. Ausschlaggebend sind freilich ökonomische und politische Machtverhältnisse in und zwischen den Ölverbraucherländern. Der kapitalistische Ölmarkt wird von den besagten sieben Monopolen beherrscht, die bis zu 80 % des OPEC-Exportöls aufkau-

fen und auch die Weiterverarbeitung kontrollieren. Nicht zuletzt der übermächtigen Stellung der US-Ölgesellschaften ist es zuzuschreiben, daß die USA ihre Einfuhren von einer Mio. Tonnen pro Tag 1950 auf acht Mio. Tonnen pro Tag 1977 erhöhten – mit ein Grund für die steigenden US-Handelsbilanzdefizite und die Krise des westlichen Währungssystems. Alle Bemühungen um rationellere Nutzung des Öls, Erschließung einheimischer Rohstoffquellen und Entwicklung umweltfreundlicher Energieträger mußten bisher am politischen und ökonomischen Widerstand der Ölmultis und der mit ihnen liierten Teile des Großkapitals scheitern. Darüber hinaus fallen und fielen multinationale Koordinierungsprogramme der zwischenstaatlichen Konkurrenz, also divergierenden nationalen Kapitalinteressen, zum Opfer. Gerade die USA verstehen es immer wieder, auf Kosten anderer und zum langfristigen Schaden aller hohe Importquoten für sich durchzusetzen.

– Erhöhter Energiebedarf, Mangel an Alternativen, Preisboom, Handelsbilanzschwierigkeiten und innerwestliche Handelskriege ums Öl mußten sich in dem Augenblick krisenhaft verdichten, als die weltweite Krise kapitalistischer Ökonomie in den frühen 70er Jahren chronisch wurde. Die wirtschaftlichen Krisenmomente wurden durch diese Defizite im Energiebereich einerseits stärker akzentuiert, andererseits erschwerten die einseitige Ausrichtung auf den Hauptenergieträger Öl und die inflationäre Preispolitik der Multis das konjunkturpolitische „Gegensteuern", während die Krise selbst wiederum den Spielraum z. B. zur Erschließung heimischer Energiequellen einschränkte: politisch wie ökonomisch waren der Steuerbelastbarkeit der Bevölkerung Grenzen gesetzt. Die Preissteigerungen für petrochemische Erzeugnisse wurden somit seit 1973/74 zum Barometer für die Gesellschaftskrise der kapitalistischen Hauptländer. Daher befaßte sich Carter in seiner jüngsten „Energiebotschaft" eindringlich mit Problemen der allgemeinen politschen und wirtschaftlichen Verfassung der USA sowie mit Fragen nach Selbstverständnis und Vertrauen in die Zukunft des Kapitalismus. Das „shoot-out" an den Tankstellen ist schließlich Indiz gesellschaftlicher Zerfallsprozesse und düsterer Perspektiven: soll alles etwa da enden, wo es anfing, bei der Freiheit für den schnellsten Colt?

– Gleichzeitig markiert der Beginn der 70er Jahre einen Wendepunkt in den Außenbeziehungen der kapitalistischen Hauptländer. Die Ölförderländer verstaatlichten die meisten ausländischen Ölkonzessionen, um ihre eigene gesellschaftliche Entwicklung künftig über höhere Rohstoffpreise finanzieren zu können und um die einzige, erschöpfbare Quelle ihres Reichtums möglichst lange zu erhalten. Die Ölkrise im engeren Sinn (der Boykott der arabischen Staaten von 1973 und die anschließenden Preiserhöhungen) war und ist also nichts weiter als die historisch überfällige Antwort auf jahrhundertelange, in verschiedenen Gewändern betriebene Ausbeutung. Nach der formellen Unabhängigkeit vermittelte sich diese Ausbeutung über die Mechanismen des kapitalistischen Weltmarkts, insbesondere die Schere zwischen billigem Exportöl und inflationär angeheizten Preisen importierter Industriewaren. Auch darauf begannen die Ölerzeugerländer quasi als Vorhut der Dritten Welt zu reagieren. Zur Diskussion stehen also die Prinzipien internationaler Arbeits- und Produktenteilung. 1973 bezeichnete erst den Beginn eines langen Entwicklungsprozesses, der durch politische Erpressungsmanöver des Westens, etwa in der Frage eines unabhängigen Palästinenserstaates oder durch ein Festhalten an der traditionellen „Entwicklungs"politik forciert werden kann.

Die „Ölkrise" erscheint westlichen Strategen daher als Macht- und Herrschaftskrise auf dem Feld internationaler Beziehungen, die z. B. Brzezinski und Kissinger bedauernd mit dem Begriff des „politischen und ökonomischen Erwachens

der Länder der Dritten Welt" und als Moment der „Destabilisierung" umschreiben. Das Ausscheren des Iran aus der unmittelbaren Einflußsphäre des Kapitals mußte diese Zusammenhänge erneut aktualisieren: angeblich sei durch die Verwandlung eines strategischen Ecksteins der „westlichen Sicherheit" in einen „Krisenbogen" die Frage nach der Stabilisierung des Nahen und Mittleren Ostens dringender denn je gestellt. Weitere „Eruptionen" könnten unübersehbare Positionsverluste zur Folge haben. In diesen Vorstellungen reflektiert sich die Krise einer historisch verspäteten Außenpolitik, die eine kooperative und koexistentielle Anpassung an veränderte internationale Kräfteverhältnisse noch immer nicht vollzogen hat und dauernd mit Rückfällen in kolonialistische und Kalte-Kriegs-Abenteuer droht.

– Der Recht-des-Stärkeren-Politik in den internationalen Beziehungen wird durch die Dissonanzen in den innerkapitalistischen Bündnisbeziehungen Vorschub geleistet: da Westeuropa zu 70 %, Japan gar zu 80 % vom Nahost-Öl abhängt (die USA dagegen „nur" zu 45 %), prophezeien Politiker und Kommentatoren einen „zermürbenden Konkurrenzkampf", der alle Einigungsbemühungen des westlichen Krisenmanagements zunichte machen würde – falls man an der bisherigen Energiepolitik festhalte. Auch hier wird erst die Zukunft entscheiden.

Die Energiefrage ist also ein hervorstechender Aspekt einer umfassenderen kapitalistischen Strukturkrise, in der Innen- und Außenpolitik, Politik und (nationale und Weltmarkt-)Ökonomie, politisches Programm und ideologische Legitimation aufs engste miteinander verknüpft sind. Daher auch die Einordnung als „nationales Sicherheitsproblem". Entsprechend intensiv werden die Auswege aus der Krise diskutiert. Bisher konzentrierte man sich auf folgende Schwerpunkte:

1. Daß „Ölkrise" und verfehlte Energiepolitik an den Zapfsäulen und mit der Heizölrechnung beglichen werden sollen, ist hinlänglich bekannt. Auch Carters „Blut-, Schweiß- und Tränen-Rede" liegt ganz auf dieser Linie. Zu der üblichen Mehrbelastung der Bevölkerung tritt aber noch ein weiteres potentielles Konfliktfeld. Der Staat (besonders in den USA) als Sachwalter langfristiger kapitalistischer Gesamtinteressen gerät durch den Versuch, die gigantischen Entwicklungskosten neuer Energiequellen teilweise aus einer Höherbesteuerung der Multis zu finanzieren, in Konflikt mit den (kurzfristigen) Profitinteressen der Ölgesellschaften. Die bisherige Diskussion um Carters Energieprogramm mag als Beispiel dienen. Ein zentraler Punkt des Krisenmanagements und der integrativen Konfliktbewältigung ist damit in Frage gestellt. Daher wird z. B. in den USA verstärkt die „Entwicklung eines Frühwarnsystems für schwerwiegende gesellschaftliche Probleme" diskutiert, kurz: die Möglichkeiten und Grenzen, die noch verbliebenen Restbestände bürgerlicher Demokratie präventiv abzubauen, um den „sozialen Konsens" repressiv zu sichern und um sich freie Hand zu schaffen, unter dem Vorwand realer oder fiktiver Energiengpässe, den erkämpften sozialen Besitzstand der Bevölkerung abzubauen. Der Energienotstand als nationaler Notstand müsse von einem starken Staat angegangen werden: derlei Töne kennen wir auch aus der BRD. Die Kurzformel für diese Entwicklung heißt: Militarisierung nach innen.

2. Die parallele Militarisierung außenpolitischer Optionen läuft unter der Rubrik „Besetzung der Ölfelder", „110 000 Mann starke Eingreiftruppe" und „(begrenzter) atomarer Krieg". Zweifellos: derlei Spekulationen laufen seit 1974, die Vorstellung, daß Amerika fähig sein müsse, $2^1/_2$ Kriege „gleichzeitig" zu führen, geht sogar in die 60er Jahre zurück, und die Drohung mit militärischer Gewalt ist auch nicht neu. 215mal (!) machten die USA zwischen 1946 und 1975 davon Gebrauch, 19mal drohten sie allein mit dem

Einsatz von Nuklearwaffen. Neu gegenüber 1973 ist freilich, daß militärische Interventionen nicht mehr nur als Denkmöglichkeit gehandelt, sondern (gerade nach dem „Fall" des Iran) unter dem Blickwinkel ihrer realen Durchführbarkeit diskutiert und die militärischen Vorbereitungen hierzu vorangetrieben werden. Neben den USA stellen auch die interventionserfahrenen Franzosen (Shaba!) eine „flexible Eingreiftruppe" auf („Le Monde" v. 24./25./27. Juni 1979). Für den obersten Kriegsherrn der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), Weinstein, ist die Invasion in den Golfstaaten keine prinzipielle Frage, sondern eine durch den Stand der eigenen Vorbereitung und die konkreten Verhältnisse taktisch bestimmte (FAZ v. 23. Juli 1979). Hinzu kommt, daß amerikanische Strategen in einem seit Vietnam nicht mehr gekannten Ausmaß die globale „Verantwortung" der USA betonen, die Entspannungspolitik in Frage stellen, weil sie angeblich nur „Krisenbögen" schaffe und erneut mit einem weltweiten Atomkrieg spekulieren (wie z. B. Brzezinski). Dies alles wird diskutiert vor dem Hintergrund einer zusehends konfliktträchtigeren Dritten Welt. Allein von 1973 auf 1974 wurden die USA-Waffenverkäufe verdoppelt, auf das Achtfache des durchschnittlichen Volumens der 60er Jahre, wobei 1978 knapp 50 % der Waffen in den Nahen und Mittleren Osten gingen. Die Geschichte des Vietnam-Krieges zeigt, daß mit derlei Mitteln Stellvertreterkriege vorbereitet werden – unter Ausnutzung der immer noch vorhandenen Gegenstätze zwischen den Entwicklungsländern. Und wie man Zwischenfälle als Vorwand zum Eingreifen provoziert, ist spätestens seit dem Fall Tonking (nachzulesen in den „Pentagon Papers") bekannt. Weinstein fragt daher: „Warum sollte Washington nicht die Wagen stellen?" (FAZ v. 23. Juli 1979). Helmut Schmidts Warnung, es drohe ein Energiekrieg, ist so lange berechtigt, als die kapitalistischen Staaten und vorab die USA militärische Gewalt als Mittel der Politik sehen, als das abzusehende kurz- und mittelfristige Scheitern ihrer Krisenprogramme scheinbar den militärischen Ausweg anbietet und als die zunehmende Krisenhaftigkeit und die internationalen Positionsverluste des Kapitalismus (die ihrerseits das Aggressionspotential steigern) immer unmittelbarer an den Lebensnerv dieses Systems rühren. Damit sei kein Automatismus unterstellt; schließlich gibt es (national wie international) auch objektive Kräfteverhältnisse, die einer Neuauflage der Kanonenbootpolitik entgegenstehen. Bedenklich muß eben nur stimmen, daß sich die Diskussion im bürgerlichen Lager trotz aller taktischen Differenzen immer mehr auf die Repression im Innern wie im Äußern zuspitzt.

3. Repressiv-militante Innen- und Außenpolitik bedürfen der ideologischen Rechtfertigung durch ein präzises Feindbild. Auch hier liefert die „Energiekrise" ein Lehrstück imperialistischer Politik: da ein solches Feindbild bisher fehle, legte ein Berater dem US-Präsidenten nahe, es systematisch aufzubauen. Die OPEC müsse zum innen- und außenpolitischen Feind Nr. 1 erklärt werden (wohl deshalb, weil sich die UdSSR in diesem Zusammenhang schwerlich als Zielscheibe eignet). Carters Wort vom „Energiekrieg" gewinnt auch unter diesem Aspekt abschreckende Konturen. Schließlich wird ein weiteres Mal klar, was man von den diversen „Bedrohungen des Westens" zu halten hat. Eine solche Politik bereitet außenpolitische Abenteuer und eine langfristige Konfrontationsstrategie nicht nur ideologisch vor, sondern hebt unweigerlich die Toleranzschwelle für aggressive Einstellungen und kriegerische Aktionen. Auch in der Presse der Bundesrepublik gewinnt die Mißachtung der staatlichen Souveränität Dritter, das Schnitzen an Feindbildern und Kriegspropaganda an Boden: „Mögliche Reaktionen Moskaus nicht außer acht lassend, müßte es Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen, um

dann die Fördermengen so zu regulieren, daß das Öl für alle reicht . . ." („Münchner Merkur" v. 27. Juni 1979). Gegen den zitierten Leitartikel hat die DKP Südbayern Strafanzeige wegen Aufruf zum Angriffskrieg erstattet. (§ 89 StGB i. V. mit Art. 26 GG: „Handlungen, die geeignet sind und in der Abrede vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.").

Welche Konsequenzen sind aus diesen Entwicklungen und politischen Konzepten zu ziehen? Die „Ölkrise" vermittelt ein weiteres Mal die Einsicht, daß der Kampf um die Entspannungspolitik noch nicht entschieden ist. Die Propagandisten neuer Feindbilder und Befürworter militärischer Gewaltaktionen sind auch diejenigen, die die SALT-Verträge mit der UdSSR aufs heftigste bekämpfen oder aber durch neue Aufrüstungsprogramme zu unterlaufen suchen; die die Entspannungspolitik bewußt in Frage stellen, um sich Handlungsspielräume für neokolonialistische Interventionen in der Dritten Welt – u. U. auch für „begrenzte" atomare Kriege in diesen Gebieten – zu schaffen. Entspannungspolitik, politische Kooperation und Überwindung der psychologischen Kriegsführung hingegen sind nicht allein die Voraussetzung militärischer Abrüstung, sondern können nur durch Abrüstung dauerhaft gesichert werden. Abrüstung betrifft dabei nicht allein NATO und Warschauer Pakt, sondern auch die Dritte Welt. Eine Einschränkung des Waffenexports kann den Entwicklungsländern zusätzliche Mittel und Wege für gesellschaftliche Entwicklung freisetzen, der Abbau der Militarisierung ganzer Regionen entzieht gleichzeitig den Konzepten imperialistischer Stellvertreterkriege den Boden. Die scheinbare Alternative zur Entspannungspolitik ist historisch bereits gescheitert: am Ende der in den 50er Jahren dominierenden Droh- und Kalte-Kriegs-Politik standen Aufrüstung, Vietnam, drei Nahost-Kriege. Allein die Entspannungspolitik schafft die politischen Bedingungen zur intersystemaren Kooperation, auch in Energiefragen. Die Weltenergieprobleme sind zu lösen – aber nur mit gemeinsamen Anstrengungen, zu gleichberechtigten Bedingungen.

Die Bannung von Gewalt und Gewaltandrohung aus den internationalen Beziehungen im allgemeinen, in der Nahost-Frage im besonderen ist die eine Bedingung, die inhaltliche Konkretion der Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung (im Sinne der umfassenden Dekolonisierung der Dritten Welt auch auf wirtschaftlichem Gebiet) die andere, um den Entwicklungsländern und mit ihnen den Ölförderländern die Möglichkeit zu autonomer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung zu geben. Dazu gehört auch die Unantastbarkeit der territorialen Integrität und staatlichen Souveränität der Entwicklungsländer. Die US-Pläne einer Abkoppelung der OPEC von der „Vierten Welt" haben hier genausowenig Platz wie Interventionsdrohungen.

Internationale Entspannung setzt freilich voraus, daß die Träger der Konfrontationspolitik innenpolitisch erfolgreich bekämpft werden, indem ihnen der Boden für expansionistische Politik entzogen wird. Die Forderung nach Preis-, Gewinn-, Investitions- und Produktionskontrolle, also nach umfassender Mitbestimmung durch Beschäftigte und Öffentlichkeit und schließlich nach Verstaatlichung der Ölmultis im Verbund mit der Weiterarbeit an alternativen Energiekonzeptionen und als Teil des Kampfes um eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich auf Demokratie im Innern und prinzipiell kooperative Beziehungen im Äußeren gründet, ist aktueller denn je.

Bernd Greiner

Das Problem der Indochina-Flüchtlinge und die Genfer UNO-Konferenz

Die Genfer Konferenz über das Flüchtlingsproblem in Indochina hat, gemessen an dem Aufwand, mit dem sie propagandistisch vorbereitet worden war, ein relativ karges Echo in unserer führenden Presse gefunden, nachdem sie „erfolgreich" zu Ende gegangen war. „Bald legale Ausreiseverfahren?" fragt die „Frankfurter Rundschau" (FR) in einem Untertitel – scheinheilig, denn solche legalen Ausreisen finden schon seit Monaten statt, seitdem nämlich die vietnamesische Regierung darüber eine Vereinbarung mit dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlingswesen im Mai 1979 getroffen hat.*)

Ein Kommentar in der FR benennt die mißliche Lage, in der sich angesichts des Verlaufs der Konferenz diejenigen befanden, denen die Kampagne gegen Vietnam wichtiger ist als die Not der Flüchtlinge: „Eines muß man den Vietnamesen lassen: Mit sowjetischer Unterstützung haben sie an der Genfer Flüchtlingskonferenz das Kunststück fertiggebracht, den Platz auf der Anklagebank nicht nur zu räumen, sondern sich auch noch kühn auf das Siegerpodest zu schwingen. Stolz erhobenen Hauptes konnte die Delegation jenes Landes, das Ursache des Treffens war, den Schauplatz der Redeschlachten verlassen und die ‚Sensation des Durchbruchs' noch für sich buchen" (23. 7. 1979).

Wodurch hatte die vietnamesische Delegation diesen unerwarteten und nicht ins Konzept passenden „Durchbruch" erzielt? Sie zeigte sich verständnisvoll für die Not der Flüchtlinge und für die Schwierigkeiten, die ihre Nachbarstaaten durch sie haben, sie erklärte sich (wie schon oft) zur Zusammenarbeit mit der UNO (die sie bereits praktiziert) und allen anderen betroffenen Staaten bereit, sie versprach ihre aktive Hilfe und wohlwollende Prüfung bei allen Maßnahmen zur konkreten Lösung des Problems – und sie hielt sich strikt an die mit UNO-Generalsekretär Waldheim vereinbarte Zurückhaltung bei der Erörterung der politischen Hintergründe, obwohl sie dazu vieles Stichhaltige hätte sagen können. Andere Delegationen haben sich nicht an diese Vereinbarung gehalten, allen voran der US-Delegationsleiter Mondale mit seinem perfiden Vergleich zwischen dieser und der Konferenz von Evian über die durch die Nazis vertriebenen Juden, 1939.

Trotz dieser Versuche ist es der vietnamesischen Delegation gelungen, ihre seit langem vertretene Politik in der Flüchtlingsfrage öffentlich zu machen und damit die Kampagne gegen ihr Land ein wenig aufzubrechen, zu der nach der klar geäußerten Ansicht einiger Regierungen auch diese Konferenz beitragen sollte. Darüber hinaus hat die vietnamesische Regierung einige konkrete Vorschläge gemacht, die sich in den Berichten und Kommentaren, wie üblich, nicht niedergeschlagen haben. Phan Hien, der Delegationsleiter, hat sie so formuliert: „Die Sozialistische Republik Vietnam ist entschlossen, weiterhin eng mit dem Hochkommissariat für Flüchtlingswesen der Vereinten Nationen zusammenzuarbeiten, um (. . .) dafür zu sorgen, daß die Ausreisen kanalisiert und geregelt, auf legalem Weg in geordneter und organisierter Form vor sich gehen. Wir hoffen, daß dies zur Folge haben wird, die Menschen von der illegalen Ausreise abzuhalten. Die Gesetze der Sozialistischen Re-

*) Vgl. den Dokumententeil dieses Heftes; d. Red.

publik Vietnam enthalten übrigens Bestimmungen, die es erlauben, heimliche Ausreisen schwer zu bestrafen. (. . .) Da wir sehr wohl die Schwierigkeiten verstehen, die die südostasiatischen Länder dadurch haben, daß eine große Zahl von Flüchtlingen sich auf ihrem Boden befinden und warten, und weil wir die Last, die im Augenblick auf diesen Ländern liegt, erleichtern wollen, unterstützt die SRV den Vorschlag, nach dem eine bestimmte Anzahl von Ländern neue Auffangzentren schaffen soll, zum Beispiel die USA in Guam, Japan in Okinawa, China auf der Insel Hainan."

Den Appellen aller Delegationen folgend, hat die Konferenz auch neue Aufnahmezusagen für die Flüchtlinge gebracht. Private Hilfsaktionen, wie z. B. die jetzt von Frankreich aus auf alle Länder Westeuropas ausgedehnte Initiative „Ein Schiff für Vietnam", bringen allerdings immer noch wesentlich effektivere Hilfe im Vergleich zur massenhaften staatlichen Verteilung von hier sowieso überflüssigem Milchpulver.

Die Flüchtlinge sind, solange sie vorwiegend für eine propagandistische Hetze gegen Vietnam benutzt werden, die am meisten Betrogenen. Not und Entbehrungen in Vietnam ausgesetzt, die sie zum Teil nicht gewohnt sind, von antikommunistischer Propaganda geblendet, schlagen sie die Warnungen der vietnamesischen Behörden vor dem Schicksal, das sie erwartet, in den Wind und lassen sich von den falschen Versprechungen täuschen, sie würden im Westen mit offenen Armen empfangen werden und die US-Flotte erwarte sie bereits auf offener See. Sie verlassen ihre Heimat, weil sie den Anstrengungen des Aufbaus nicht gewachsen sind, einer Aufbauanstrengung, die von den westlichen Ländern, die das Land einst „in die Steinzeit zurückbomben" wollten, boykottiert und von durch die VR China inspirierten und geführten Kriegen behindert, zunehmend zur Überlebensarbeit wird. Nun leben sie in verdreckten und verseuchten Lagern, ihre Not wird in alle Wohnstuben gesendet, aber sie wurden bisher genauso im Stich gelassen wie die Millionen anderer Flüchtlinge auf der ganzen Welt, die der Imperialismus produziert hat, und denen keine Kamera nachspürt. Diesbezügliche Klagen der afrikanischen Delegationen auf der Genfer Konferenz, die auf eine „erstaunliche Diskrepanz" der internationalen Aufmerksamkeit hinwiesen, blieben (laut FR) „fast unbemerkt".

Aber anstatt unter aktiver Initiative der Regierungen der westlichen Welt Hilfe zu organisieren, etwa im Sinne der vietnamesischen Vorschläge, wurden nur die Quoten ein wenig erhöht, um das Gesicht zu wahren. Im übrigen geht es, z.B. im Bonner Bundestag, jetzt um die Durchsetzung der Vokabel „Vertriebene", geht es darum, den Mißerfolg, der die Konferenz im Sinne der antivietnamesischen Propaganda war, auszugleichen. Denn unter dem Eindruck der dort zur Sprache gekommenen Tatsachen läßt sich z. B. die Forderung an die Bundesregierung, endlich die versprochene Aufbauhilfe von 89 Mio. DM zu leisten, und damit die Einsicht, daß solche Hilfe das beste Mittel ist, auch die Flüchtlingstragödie zu beenden, kaum noch unterdrücken. So hat jetzt die Kinderhilfsorganisation „Terre des Hommes" in einem Brief an das Außenministerium in Bonn die Bundesregierung der „unterlassenen Hilfeleistung" beschuldigt. In diesem Brief heißt es: „Das Kinderhilfswerk Terre des Hommes, das als eine der wenigen Hilfsorganisationen seit 1975 weiter in Vietnam für Kinder in Not arbeitet und deshalb weiß, wie es in Vietnam aussieht, protestiert leidenschaftlich gegen die von Ihnen erklärte Absicht der Bundesregierung, die

längst zugesagte, aber noch überhaupt nicht begonnene Aufbauhilfe für das noch 30jährigem Krieg ausgeblutete, leidende, hungernde Volk von Vietnam zu stoppen und statt dessen einseitig nur Hilfe für die auf Fluchtschiffen und in den infernalen Flüchtlingslagern um ihr Leben kämpfenden Flüchtlinge zu gewähren. (. . .) Die beste Maßnahme gegen den Flüchtlingsstrom aus Vietnam ist die Hilfe für die Menschen in Vietnam."

Solchen wachsenden Einsichten gegenüber verhärtet sich die Propaganda gegen Vietnam und gegen alle, die auch der Meinung sind, daß Vietnam *und* den Flüchtlingen geholfen werden muß. Die „Gesellschaft für die Freundschaft zwischen den Völkern der Bundesrepublik Deutschland und der Sozialistischen Republik Vietnam" hat vor einiger Zeit auf einer Pressekonferenz in Bonn eine Dokumentation zum Problem der Vietnamflüchtlinge vorgelegt. Darin brachte sie vor allem ihre Besorgnis zum Ausdruck, daß mit der Kampagne gegen Vietnam nicht nur die Befreiung und der sozialistische Aufbau verhindert, sondern neue bewaffnete Interventionen vorbereitet werden: „Es ist zu befürchten, daß das Bild, das jetzt von Vietnam, unter zynischem Verschweigen oder Leugnen der eigenen Verantwortung dafür, verbreitet wird, und in dem seine Führer fast schon als Terroristen oder Faschisten erscheinen, bewußt der Vorbereitung eines neuen Krieges gegen Vietnam dienen soll." Selbst wenn man nicht an ein koordiniertes Vorgehen der interessierten Mächte (vor allem der USA und Chinas) glauben wolle, so bleibe doch die Gefahr, daß die Kampagne von diesen Kreisen dazu ausgenutzt werden könnte, eine neue militärische Intervention zu legitimieren, unabweisbar. „Die Pekinger Führung hat bereits entsprechende Absichten angedeutet, zugleich dazu festgestellt, daß man bei einem zweiten Überfall nicht den Fehler machen würde, vorher zu sagen, daß man sich wieder zurückziehen wolle."

In diesem Zusammenhang gesehen verdient die Ankündigung des US-Präsidenten Carter anläßlich der Konferenz, er habe Schiffen der 7. Flotte Auftrag gegeben, an den Küsten Vietnams nach Flüchtlingen zu suchen und diese aufzunehmen, besondere Beachtung. Die vietnamesische Regierung hat inzwischen gegen die Entsendung von Kriegsschiffen ins südchinesische Meer protestiert. Fünf amerikanische und drei italienische Kriegsschiffe, die dort angeblich nach Flüchtlingen suchten, hatten in fast einer Woche ganze 221 Flüchtlinge aufgenommen. Vietnam muß sich durch diese Flottenaktionen nicht nur militärisch bedroht fühlen. Auch das mit Flüchtlingen überfüllte Malaysia befürchtet, daß solche Bergungsaktionen und die damit betriebene Propaganda dazu führen, den Flüchtlingsstrom weiter zu steigern. Denn bis jetzt waren ja die Propagandasendungen der BBC und des CIA-Senders „Stimme Amerikas" Lügen gewesen, die jeden Tag in vietnamesisch auf die Bevölkerung Südvietnams einhämmern, die US-Flotte erwarte alle Flüchtlinge auf dem Meer, um sie aufzunehmen. Die sich schnell verbreitende Nachricht von der Anwesenheit der 7. Flotte im Südchinesischen Meer ist offenbar darauf abgestellt, die illegale Ausreise zu ermutigen. Diese Vermutung bestätigten inzwischen Flüchtlinge, die Anfang August von dem US-Kriegsschiff „Seesweep" aufgenommen wurden.

Offenbar passen die „Erfolge" der Genfer Konferenz nicht ins Konzept der US-Führung. Offenbar wird auch weiterhin auf kein Mittel verzichtet, neue Flüchtlinge zu produzieren.

Günter Giesenfeld

Orientierungshilfe für „kluge Köpfe"

Von Christian Götz

Die Politik ist ein kompliziertes Geschäft. Es wird immer schwieriger, Zusammenhänge zu durchschauen und richtig einzuschätzen. Das gilt offensichtlich auch für jene „klugen Köpfe", von denen man oft so wenig sieht, weil sie dann hinter einer großbürgerlichen Zeitung stecken. Wie wohltuend ist es angesichts der geschilderten Schwierigkeiten doch, wenn jemand vor-denkt, Begriffe eindeutig politisch definiert, Freund und Feind beim Namen nennt und die ökonomische Interessenlage klar umreißt. Natürlich erfährt nicht jeder solche Orientierungshilfe. Den „klugen Köpfen" wurde sie kürzlich allerdings bereits zum wiederholten Male durch die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) serviert:

In einem Kommentar mit der Überschrift „Steinkühlers Geschoß" (!) hieß es: „Bedeutende Gewerkschaftsführer haben in bemerkenswertem politischen Verantwortungsbewußtsein eine Diskussion über einen eventuellen Lohnnachschlag zu stoppen versucht. Es war zu vermuten, daß sich radikale Zirkel an der Basis der Organisation an solche Hinweise nicht halten. Doch nun kommt von einer ganz anderen Seite der IG Metall die Forderung nach vorzeitigem Ausgleich der Preissteigerungen. Im Stuttgarter Bezirk möchte man – vordergründig nicht ungeschickt – mit einer Neuregelung betrieblicher Sonderzahlungen den Nachschlag sozusagen über die Hintertreppe erreichen."

Die Ablehnung des Stuttgarter Antrags durch den IG Metall-Vorstand begrüßte die FAZ mit der Schlagzeile: „Geschickt und fest". Lob erntete insbesondere Eugen Loderer: „Damit hat er vielleicht Enttäuschung in den unteren Rängen der Gewerkschaft riskiert. Doch die Mehrheit der Mitglieder wird den Beschluß verstehen. Wichtig ist . . ., daß der Vorstand . . . dem profilierungssüchtigen Bezirksleiter Steinkühler eine Niederlage beigebracht hat." Das ist FAZ-Ideologie im Klartext:

– Danach sind Gewerkschaftsführer dann „bedeutend" und zeigen „bemerktenswertes politisches Verantwortungsbewußtsein", wenn sie sich gegen Forderungen ihrer Mitglieder stellen, unabhängig davon, ob sie berechtigt sind oder nicht.

– Es gibt auch gar keine (durch die erpresserische Politik von Konzernen und die Erhöhung der Mehrwertsteuer verursachte) Preislawine. Das ist vielmehr die Erfindung – wie könnte es auch anders sein – „radikaler Zirkel" und eines „profilierungssüchtigen" Bezirksleiters, der Streit sucht, weil er Karriere machen will.

– Und mit Ausnahme einiger tumber Funktionäre – die man „vergessen" kann, weil sie in den „unteren Rängen" angesiedelt sind und deshalb die „gesamtwirtschaftliche Verantwortung" vermissen lassen – „versteht" die Mehrheit der organisierten Arbeitnehmer durchaus, daß ihre Geldbörsen geplündert werden. Sie will deshalb keinen Lohnnachschlag.

Uns braucht also um die „bewährte Marktwirtschaft" nicht bange zu sein. Erfüllen sich die Wunschträume (und Manipulationen) der FAZ, so werden die Arbeitnehmer auch dieses Mal die Lasten der Krise auf sich nehmen, und das sogar ohne Murren.

Übrigens können die Arbeitnehmer dabei ganz überraschend auf einen neuen Verbündeten hoffen: Die „Süddeutsche Zeitung" veröffentlichte kürzlich einen Kommentar mit der (ohne Anführungszeichen versehenen!) Überschrift „Proletarier Strauß". Darin wurde berichtet, der Unions-Kanzlerkandidat habe an sich selbst „gewisse proletarische Züge" entdeckt. Schließlich komme er aus „einfachen Verhältnissen" und stehe deshalb den Wünschen, Sorgen, Nöten, Beschwerden und Denkweisen des Mannes auf der Straße sehr nahe. Möglicherweise regiert bei uns also bald ein Proletarier! Und was kann den Arbeitnehmern dann eigentlich noch passieren?!

Was die Nominierung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten bedeutet

Von Karl D. Bredthauer

Daß die politische Entwicklung der Bundesrepublik in eine Situation geführt hat, in der die Kandidatur eines F. J. Strauß für das Amt des Bundeskanzlers überhaupt erst denkbar und politisch durchsetzbar wurde, ist ein Alarmsignal erster Ordnung. Es handelt sich um nicht weniger als die offene, unmißverständliche Herausforderung des gesamten demokratischen Spektrums – um den unmittelbaren Zugriff der seit einem Vierteljahrhundert hinter Strauß sich formierenden rechtesten, bedenkenlosesten und abenteuerlichsten Teile der Herrschenden auf die Macht in Bonn, und zwar auf die ganze Macht! Denn „mitbestimmt" haben Strauß und die hinter ihm stehenden Kräfte ja auch *nach* dem seinerzeit so genannten „Machtwechsel", der 1969 Brandt statt Kiesinger und in der Folge Schmidt ins Kanzleramt brachte und um dessen „Korrektur" Strauß nunmehr im zehnten Jahr mit dem heute zu konstatierenden Ergebnis verbissen kämpft, bis in die Schlüsselbereiche der Bonner Politik hinein sichtbar genug. Und im Jahr 10 der sozialliberalen Koalition sind – mit der Übernahme der beiden höchsten Staatsämter durch die Strauß-Kandidaten Carstens und Stücklen – drei der vier Spitzenpositionen bundesdeutscher Politik bereits von Politikern aus den Unionsparteien besetzt, wenn man den Ex-CDU-Innenminister Benda als Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts hinzunimmt.

I

Wie wird diese Herausforderung aufgenommen? Die bisherigen Reaktionen ergeben ein eher zwiespältiges Bild. (Woran die geschickte Placierung des Coups, die kurzfristig am Vorabend der Parlamentsferien in die politische Sommerpause hinein angesetzte Kandidatenkür 15 Monate vor der Wahl, sicherlich ihren Anteil hat.)

Auf der Seite der Unionsparteien hat sich – nach dem ersten Schock in der CDU, der einige nicht zu unterschätzende Widersprüche und Anti-Strauß-Kräfte freigesetzt hat – erstaunlich schnell die große Anpassung ausgebreitet, mit welchen vorder- und hintergründigen Motiven auch immer: die Übernahme der Führungsrolle durch Strauß wird als „fait accompli" behandelt, als ein vielleicht riskantes, vielleicht aber auch mit einem Hieb den gordischen Knoten langjähriger CDU-Frustrationen durchschlagendes Experiment, an dessen Bedingungen man sich jetzt jedenfalls, nach der Entscheidung, zumindest für die nächsten 15 Monate zu halten habe. Die gleiche „Unbefangenheit" im Spiel mit dem Feuer zeigen heute, mit nur geringen Einschränkungen, die beiden führenden Sprachrohre der großen Banken und Industriekonzerne, die Chancen und Risiken eines Strauß-Einsatzes in Bonn bisher mit

außerordentlicher Zurückhaltung kalkuliert hatten, „Handelsblatt" und „Frankfurter Allgemeine Zeitung". Letztere rät, an die Adresse der Union, ganz unverblümt: „Nun muß sie ihn auch mit seinen Methoden gewähren lassen."[1]) Denn: „Die Nominierung von Strauß hat nur Sinn, wenn Strauß den Kurs in der Wirtschafts-, Finanz- und auch in der Sozialpolitik markiert."[2]) In genau diesem „Sinn" hat auch die Börse auf den neuen Kanzlerkandidaten reagiert: mit einer „Strauß-Hausse" auf dem deutschen Aktienmarkt.

In Bonner Regierungskreisen überwiegen derzeit Reaktionen, die auf ihre Weise der im Lager der Unionsparteien und der sie stützenden Kräfte ausgebrochenen „Alles-oder-Nichts"-Stimmung vergleichbar scheinen. Während man in der CDU offenbar glaubt, Strauß riskieren und abwarten zu können, was passiert, hat Schmidt zwar seine törichte Losung vom „Wunschgegner" Strauß, sobald dieser nominiert war, dementiert, aber im Bonner Koalitionslager scheinen – abgesehen vielleicht von Wehner, dessen Lageeinschätzung im Dokumentarteil dieses Heftes nachzulesen ist – bisher auch nur wenige wirklich voll zu begreifen, was die Stunde geschlagen hat. Da gibt es die Hoffnung auf eine Art Schönheitswettbewerb Schmidt–Strauß, in dem es weniger auf politische Inhalte, Alternativen oder fehlende Alternativen, als auf die gelungenere Darbietung staatsmännischer Mäßigung und Weltläufigkeit ankommen werde. Da wird vor der „Dämonisierung" des F. J. Strauß gewarnt und gleichzeitig hoffnungsvoll durchkalkuliert, wieviele mit der Regierungspolitik Unzufriedene am Wahltag 1980 trotz allem aus Angst vor Strauß in die Arme der SPD zurückkehren oder abgestoßen von der Wahlkampfpolarisierung etwa von der CDU zur FDP flüchten könnten, deren Vorsitzender sich durch die Strauß-Kandidatur herausgefordert sieht, „alles (zu) tun, um an Stelle eines vorgezogenen polarisierenden Bundestagswahlkampfes"[3]) in Bonn weiterzumachen, als hätte sich nichts verändert. Als produzierte die Nominierung von Strauß – wie an der CDU/CSU-internen Entwicklung, deren vorläufigen Höhepunkt diese Nominierung darstellt, ablesbar – nicht ihre eigene Dynamik, die – besonders beim Eintritt neuer wirtschaftlicher und energiepolitischer Krisen, auf die Strauß spekuliert, oder bei einer durchaus vorstellbaren Wiederbelebung des Terrorismus-Themas – alle über ein Jahr im voraus ausgestellten Wahltagshoroskope gründlich über den Haufen werfen kann!

Wie hat die Linke die Herausforderung aufgenommen, die ja wahrlich über Erfahrungen mit F. J. Strauß verfügt, also das ganze vielschichtige Spektrum demokratischer Kräfte, die 1972 im Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge und gegen den von CDU und CSU geplanten parlamentarischen Coup auf die Straße gegangen sind und damit der Losung „Stoppt Strauß und Barzel!" schließlich auch am Wahltag zum Erfolg verholfen haben? – Nun, als Mann des „Wechsels", der „Alternative" zu Arbeitslosigkeit und Krisenerscheinungen aller Art, als der Strauß bei Ängstlichen und Verärgerten, bei kleinbürgerlichen Gemütern oder verunsicherten Arbeitslosen erscheinen

1) „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 10. 7. 1979.
2) FAZ v. 20. 7. 1979.
3) „freie demokratische korrespondenz" (fdk) v. 3. 7. 1979, vgl. Dokumente dieses Heftes.

möchte, nimmt wohl auf der Linken – trotz Wehners eigentümlicher Ummünzung des Verdikts der „Systemveränderung" auf F. J. Strauß – niemand den Kandidaten ernst. Und die Vorstellung, man solle den Exponenten der äußersten Reaktion ruhig einmal an die Macht lassen, um so schneller werde er abwirtschaften und sich selbst überleben, ist von der Geschichte zu schmerzhaft als unverantwortliche Illusion dementiert worden! Auch die Verharmlosung des CSU-Chefs, wie sie in manchen früher sehr straußkritischen liberalen Kreisen unter dem modischen Etikett „Populist" Einzug hält, etwa in der Hamburger „Zeit" oder in dem Diktum des FDP-Generalsekretärs Verheugen: „Man macht es sich zu leicht, wenn man Strauß als Erzreaktionär . . . abtut. Strauß ist kein einfacher Reaktionär. Er ist Opportunist, oder etwas vornehmer ausgedrückt: ein Populist"[4]) – solche Verharmlosung ist in der demokratischen Bewegung kaum verbreitet. Im Kern wird die Nominierung von Strauß hier fast überall als das aufgenommen, was sie ist: eine außerordentlich ernst zu nehmende Herausforderung.

Aber die Verständigung und Selbstverständigung über das, was nun geschehen muß, steckt – ohne daß Beispiele spontanen Protests und vielversprechende Vorankündigungen über geplante Aktivitäten unterschätzt werden sollen – erst in den allerersten Anfängen. Eine einfache Wiederholung der 1972er Erfahrung, auf die manche zu rechnen scheinen, wird schwerlich möglich sein: sowohl die internationale wie die innen-, wirtschafts- und gesellschaftspolitische Lage ist anders, komplizierter, schwerer durchschaubar für viele; die Regierungspolitik hat sich in vieler Hinsicht (Arbeitslosigkeit, Berufsverbote, Demokratieabbau im Zeichen der Terrorismus-Hysterie u. a.) weit nach rechts bewegt, während Strauß nunmehr „Kreide frißt" („Metall"), als Mann der „Mitte" auftritt und Schmidt hintersinnig genug die „Befähigung" zuspricht, „in einer CDU/CSU-Regierung ein guter Kanzler zu sein"[5]); dies und die Tatsache, daß sowohl Schmidt als auch Strauß entschiedene Befürworter einer Fortsetzung des Bonner Atomprogranmms sind, macht es etwa – um ein Beispiel zu nennen – vielen in Bürgerinitiativen gegen Atomkraftwerke Aktiven schwer, die spezifische Herausforderung durch Strauß und die Notwendigkeit der Konzentration aller demokratischen Kräfte zur Abwehr des Programms Strauß zu erkennen und sich in dieser Sache zu engagieren. – Gar nicht ernst genug genommen werden kann aber vor allen Dingen die Gefahr, daß vieles von dem, was 1966, 1969, 1972 und noch 1976 über Strauß und sein Programm fast jedermann bekannt war und zu entschiedener Gegenwehr motiviert hat, vergessen oder vergessen gemacht worden ist – oder seither politisch bewußt gewordenen Jüngeren konkret gar nicht vertraut sein kann. Die wichtigsten Analysen und Handbücher, die bisher über Strauß und die hinter ihm stehenden Kräfte veröffentlicht wurden[6]), sind vor vier oder gar sieben Jahren erschienen. Hier ist also in den nächsten Wochen und Monaten eine breitangelegte Aufklärungsarbeit zu leisten, die an dieser Stelle nur ganz vor-

4) fdk v. 11. 7. 1979.

5) Strauß-Interview in: „Die Welt" v. 7. 7. 1979.

6) Z. B. die „Schwarzbücher" oder Dieter Halfmanns Buch „Das Konzept der deutschen Rechten", Köln 1971, seine Strauß-Biographie in den „Blättern" 1, 2, 4, 6 und 10/1975 und Reinhard Kühnls Gutachten „Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus", Köln 1972.

läufig skizziert werden kann (vgl. dazu den Brief „An unsere Leser!" im vorliegenden Heft).

Nun gibt es das Argument, das Programm, mit dem Strauß als Kanzlerkandidat in den Wahlkampf ziehen werde, sei ja noch gar nicht auf dem Tisch. Der DGB-Vorsitzende beispielsweise erklärte, die Gewerkschaften sollten abwarten, was Strauß vorhabe, und solange Gewehr bei Fuß stehen bleiben. Soweit es dabei um die Konsequenzen geht, die Strauß aus der vorzeitigen Enthüllung der Gewerkschaftspläne seines Generalsekretärs und der Empörung auch unter CDU- und CSU-Gewerkschaftsmitgliedern über diese Pläne[7]) möglicherweise für die konkrete Formulierung seiner gewerkschaftspolitischen Vorstellungen ziehen muß, so bleiben die in der Tat abzuwarten. Nur: Auf eine Stärkung der Gewerkschaften werden sie in keinem Fall abzielen. Die Schwächung und Reglementierung jeglicher Ansätze von gewerkschaftlicher oder sonstiger demokratischer Gegenmacht gegen die Vorherrschaft der Banken und Industriekonzerne und ihr Machtsystem gehört einfach zur Kernsubstanz jenes politischen Programms, dessen wahlkosmetische Aufbereitung oder Kaschierung gar nicht erst abgewartet zu werden braucht und von den Befürwortern der Strauß-Kandidatur auch nicht für sonderlich wichtig oder eilig gehalten wird: Strauß habe – so die FAZ – „den Vorteil, daß er das um so leichter beiseite lassen" könne, als „seine Person, so oder so, von vielen Wählern als ‚Programm' erkannt und anerkannt wird."[8])

II

Was also ist die *Substanz* des politischen Programms, für das der Name des Politikers Strauß zum Markenzeichen geworden ist und das in diesem Sommer 1979 erstmals die offene Unterstützung, zumindest aber abwartende Duldung, aller die CDU und CSU tragenden Kräfte gefunden zu haben scheint? Welche Tragweite hat die Neuformierung der Kräfte im liberal-konservativen und reaktionären Lager? Paßt das Experiment Strauß überhaupt in die politische Landschaft oder ist es zum Scheitern – oder zur Anpassung – gezwungen?

Strauß – das ist 1979 die autoritäre Antwort auf die Krise, mit allen innen- und außenpolitischen Konsequenzen, ein Programm der radikalen Ausmerzung aller politischen „Entartungserscheinungen" – von der Entspannungspolitik bis zu gewerkschaftlichen Gegenmachtpositionen, von Abrüstungsforderungen bis zu Bürgerinitiativen und fortschrittlicher Frauenbewegung. „Seuche", „Entartung", „gesund"/„krank" und „ansteckend", das sind die Begriffe, mit denen Strauß politische Gegner immer wieder belegt, und einem radikalen „Seuchenbekämpfungsprogramm" gleicht dann auch die Strategie, die am klarsten in der Sonthofener Rede[9]) ans Licht gekommen ist: „Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen." Dies, unverfälschte „Sprache der Gewalttätigkeit", ist Originalton

7) Vgl. Dokumente dieses Heftes.
8) FAZ v. 16. 7. 1979.
9) Vgl. Dokumente dieses Heftes.

Strauß, und seine Praxis seit Sonthofen – zunächst erzwungenermaßen auf die eigene Parteienformation konzentriert, denn: „Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden" (Sonthofener Rede) – zeigt die unverminderte Aktualität der Parole vom „Aufräumen" für den „Rest dieses Jahrhunderts"; nur auf den Begriff „Roßkur" (ebda.) möchte der CSU-Chef dies „Programm" lieber nicht gebracht sehen. Entsprechend vorsichtiger, aber durchaus unmißverständlich, formuliert der CSU-Generalsekretär nach der Nominierung die Stoßrichtung der Kandidatur: Die politische Gegenseite sei „verantwortlich für die Abwertung und Aushöhlung unverzichtbarer Wertbegriffe wie Leistung, wie Pflicht, wie Fleiß, wie Ordnung, wie Familie . . . Nach 1980, nach dem möglichen Wahlerfolg wird hier *entscheidende politische Sanierungsarbeit* zu leisten sein."[10])

„Entscheidende politische Sanierungsarbeit", Roßkur! Hier geht es nicht um einen beliebigen Regierungswechsel oder um eine bloße Verwaltung der „Tendenzwende", eine schlichte Fortschreibung ihrer Ingredienzien wie Berufsverbote, Sozialabbau oder Gesinnungsausforschung. Strauß setzt auf die sich abzeichnende nächste Krise (vom Vorspiel, der Neuauflage der „Ölkrise" in diesem Sommer über die düsteren Prophezeiungen für einen kommenden „kalten Winter" bis zur „Bewältigung der ökonomischen und politischen Probleme der achtziger Jahre", die nicht nur dem BDI-Jahresbericht 1978/79 zufolge „angesichts zunehmend verengter Handlungs- und Entscheidungsspielräume" vor „außerordentliche Herausforderungen" führen, ist die öffentliche Diskussion gespickt mit Krisen-Stichworten und -Szenarios). Strauß hofft, daß „die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst" (Sonthofener Rede). Und unter diesem Schock soll die Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik über den „point of no return" hinausgetrieben werden.

Es ist die 1974 in Sonthofen formulierte Krisenstrategie, 1976 bei den Bundestagswahlen noch nicht mehrheitsfähig und daraufhin seit Kreuth[11]) mit exemplarischer Rücksichtslosigkeit und mit bei allen taktischen Wendungen verbissener Konsequenz zunächst im eigenen Lager durchgeboxt, die Strauß nunmehr an die Spitze der Unionsparteien getragen hat. „Die politische Landschaft der Bundesrepublik Deutschland hat sich" damit – so sein Generalsekretär Stoiber – „grundlegend und vielversprechend geändert."[12]) Die erschreckendste Veränderung ist, daß an der Spitze der traditionellen Hauspartei des großen Kapitals in der Bundesrepublik seit diesem Juli erstmals ein Politiker steht, der bislang nach verbreitetem Einverständnis nur für die Rolle des „rechten Flügelstürmers" in Frage kam, als eine Kraft ständigen Rechtsdrucks sowohl in der eigenen Parteienformation wie auf die sozialliberale Koalition und als eine Art eiserne Krisenreserve im Unternehmerlager immer geschätzt, aber im Hintergrund zu halten, weil die offen autoritäre, entspan-

10) „Bayernkurier" v. 21. 7. 1979: „Die Weichen sind gestellt", Hervorhebung v. Verf.
11) Vgl. Karl D. Bredthauer, Zur wahrscheinlichen Entwicklung des Parteiengefüges in der Bundesrepublik und ihren Ursachen, in: „Blätter", 12/1976, S. 1328–1334.
12) „Bayernkurier" v. 21. 7. 1979.

nungsfeindliche und hegemoniale Ausrichtung der Linie Strauß allzu diskreditiert erschien und, nicht zuletzt im Ausland, zu unkalkulierbaren Reaktionen führen konnte.

III

Was hat sich verändert, wenn das „Experiment Strauß" heute plötzlich im Lager der Herrschenden mehrheitsfähig, zumindest als „tragbar" eingeschätzt wird? Hält man die schon in den letzten Jahren immer unverhohlener in Anspruch genommene „Führungsrolle" an der Seite der USA heute bereits für so unerschütterlich, daß man „zur Sache" kommen kann? Oder führt die Diskrepanz zwischen imperialem Anspruch und „zunehmend verengten Handlungs- und Entscheidungsspielräumen" (BDI) in den Realitätsverlust, zu einem neuerlichen Rückfall in jene brisante Stimmungsmischung aus maßloser Überschätzung der eigenen Kräfte und „Untergang des Abendlandes"-Hysterie, für die sich die Herrschenden in diesem Land bereits zweimal innerhalb dieses Jahrhunderts als fatal anfällig erwiesen haben?

Der industrieeigene „Bericht zur Lage der Nation", der bereits zitierte Jahresbericht des BDI (1978/79)[13]), gibt (im Mai 1979 formuliert) folgende Situations- und Aufgabendarstellung: „Es geht in den achtziger Jahren um die Lösung ehrgeiziger (!) Aufgaben: Weltweite Wachstums- und Beschäftigungsprobleme müssen überwunden, die Länder der Dritten Welt in die internationale Arbeitsteilung integriert (!) und sich anbahnende Engpaßprobleme im Energie- und Rohstoffbereich erfolgreich bewältigt werden." Kurzum: „An der Schwelle zu einem neuen Jahrzehnt sehen sich Politik und Wirtschaft vor der Herausforderung, *Zielsysteme und Strategien zu überprüfen*"[14]) und „die Ursachen von Fehlentwicklungen zu beseitigen", die laut BDI „in ihrem Kern auf politischem Fehlverhalten seit Ende der sechziger Jahre" beruhen[15]).

„Seit Ende der sechziger Jahre" – das ist auch für F. J. Strauß die Periode des „Niedergangs deutscher Politik"[16]), den rückgängig zu machen der Kandidat sich anbietet. – „Zielsysteme und Strategien zu überprüfen . . ." (BDI) Was konkret soll überprüft, revidiert werden?

IV

Steht die in den 70er Jahren durchgesetzte Politik der Entspannung zur Disposition? Darüber schweigt der BDI-Jahresbericht, der immerhin volle acht Seiten mit beredten Zahlen zum Thema „Osthandel" bringt und darin mitteilt: „Besondere Bedeutung wird dem Anfang Mai 1978 in Bonn unterzeichneten und Anfang 1979 in Kraft getretenen deutsch-sowjetischen Abkommen über

13) Jahresbericht des Bundesverbandes der deutschen Industrie e. V., vorgelegt der 30. ordentlichen Mitgliederversammlung am 11. Juni 1979 in Bonn, Köln 1979.
14) So lautet der erste Satz im BDI-Bericht 1978/79, S. 11, Hervorhebung v. Verf.
15) Ebd.
16) So z. B. in dem Artikel „Bayerns Auftrag für Deutschland und Europa", in: Franz Josef Strauß, Signale. Beiträge zur deutschen Politik 1969–1978, München 1978, S. 225, und immer wieder in den Reden des CSU-Vorsitzenden.

die Entwicklung und Vertiefung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft und Industrie beigemessen, das auf eine Laufzeit von 25 Jahren angelegt ist . . ."[17]) Unverhohlenes Interesse an der Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Osten, die gerade angesichts wirtschaftlicher Krisenprobleme für beide Seiten großen Nutzen hätte – und gleichzeitig Aufkündigung der Entspannung durch einen Kanzler Strauß? Beides gleichzeitig wird man nicht haben können. Oder hoffen die Kreise der Industrie, die jetzt auf Strauß setzen, das Sonthofener große „Aufräumen" auf die Innen-, Wirtschafts- und Sozialpolitik begrenzen[18]) und den einmal freigesetzten „Furor teutonicus" von der Anrichtung außenpolitischen Flurschadens fernhalten zu können? Niemand, der weiß, daß die Bundesrepublik nur überleben kann, wenn der Friede gesichert wird, kann den Ausgang eines solchen abenteuerlichen Experiments mit den Händen im Schoß abwarten. – Strauß, der permanent die „dramatische weltpolitische Herausforderung" und „Europas geschichtliche Aufgabe, Europas geschichtliche Mission" in den „globalen Konflikten zwischen Kommunismus und Freiheit" beschwört und von „den Völkern des freien Europa endlich ein entschlossenes Handeln" fordert („Was ich von den Europäern fordere" – sieht er sich schon als Führer Europas? – „ist die Rückkehr zu *geschichtlichem* Denken, die Rückkehr zur *Verantwortungsfähigkeit* . . .", die „Rückkehr" also vor allem. Dies schreibt 1978 unter dem Titel „Bayerns" – d. h. also Straußens „Auftrag für Deutschland und Europa"[19]) der Mann, der den Inhalt „geschichtlichen Denkens" nach seiner Façon schon auf die folgende, allerkürzeste und allerunmißverständlichste Formel gebracht hat: „Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben."[20]) – Strauß, unter dessen Ägide Bayern zum Zentrum eines neuen militärisch-industriellen Komplexes geworden ist („Bayern ist immer noch das größte deutsche Wachstumsland . . .") und für den „im Osten die große kommunistische *Front* (Hervorhebung v. Verf.)" liegt; – Strauß, der als die säkulare deutschlandpolitische Tat jenes von ihm gegen den Willen selbst der CDU erzwungene, als Sprengsatz gegen jede Normalisierung des Verhältnisses zwischen BRD und DDR angelegte „Grundvertragsurteil" des Bundesverfassungsgerichts rühmt: „. . . die längste Reise beginnt mit dem ersten Schritt: und wenn in diesem Urteil steht, daß die Rechtsqualität der Grenze zwischen Bayern und Sachsen nicht anders ist als die Rechtsqualität der Grenze zwischen Bayern und Baden-Württemberg, dann mögen das manche heute für utopisch halten"[21]) – für ihn gehört es zum Kern eines Programms, das, so „utopisch" oder irreal es in der Tat ist, den Keim eines neuen Kalten Krieges oder Schlimmeres in sich trägt und mit Sicherheit allen im vergangenen Jahrzehnt ausgehandelten Verbesserungen im Umgang mit der DDR und in Berlin die Basis entziehen müßte – dieser

17) A.a.O., S. 198.
18) So läßt sich die eingangs aus der FAZ v. 20. 7. 1979 zitierte Kompetenzzuweisung interpretieren.
19) A.a.O., vgl. Anm. 16.
20) Dieter Halfmann, Das Konzept der deutschen Rechten. Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, Köln 1971, S. 52.
21) Alle Zitate in diesem Absatz, soweit nicht anders ausgewiesen, aus Franz Josef Strauß, Europas Freiheit – Europas Zukunft, in „Bayernkurier" v. 10. 3. 1979.

Strauß, der seinen Machtanspruch unter dem Motto „Europa hat eine letzte geschichtliche Chance" vorträgt, läßt sich nicht „wohldosiert" reduzieren auf den „Kanzlerkandidaten, dessen Person für ein Programm der finanzpolitischen Solidität steht", wie das „Handelsblatt"[22]) formuliert.

Zum Programm Strauß gehört das rückhaltlose Eintreten für die äußerste Beschleunigung des Wettrüstens und das bedingungslose Ja zu allen neuen Massenvernichtungsmitteln wie Neutronenbomben, Cruise missiles, eurostrategische Raketen usw., um deren Verhinderung oder zumindest Fernhaltung von deutschem Boden derzeit gerungen wird; zu diesem Programm gehört die Rückkehr zu einer Politik am Rande des Krieges nach dem Muster der 50er Jahre, in denen Strauß als Atom- und als Verteidigungsminister als erster Grundlagen für den deutschen Griff nach der Atommacht legte, ein zweifelhaftes Verdienst, mit dessen Folgen sich heute Abrüstungs- und Antikernkraft-Initiativen gleichermaßen herumzuschlagen haben, dessen Strauß sich jedoch auch heute noch rühmt. – Als das Kernproblem des politischen Programms, das bei Strauß auf die Spitze getrieben erscheint, erweist sich immer wieder, daß es blind ist für die wirklichen Probleme der 80er Jahre – unfähig, vor blindem Antikommunismus, Antisozialismus und Antiliberalismus die wirklichen Kräfte- und Interessenlinien in Europa und in der Welt überhaupt adäquat wahrzunehmen –, und daß es in seiner Angst und Aggressivität gleichermaßen mobilisierenden Irrationalität die Lösungswege für die in der Tat gewaltigen Aufgaben des kommenden Jahrzehnts, die nicht durch Konfrontation und Reaktion, sondern nur in – eben auch systemübergreifender – gleichberechtigter Kooperation aller Betroffenen in der „Ersten", „Zweiten" und „Dritten Welt" gefunden und beschritten werden können, zu blockieren, ja zu zerstören droht. Strauß steht für ein Programm, das die zur Überlebensfrage der Menschheit gewordene *Friedliche Koexistenz* zwischen Ost und West geistig schlechthin nicht bewältigt hat, ja für die geradezu zum Programm erhobene Nichtbewältigung der Lehren aus dem Zweiten Weltkrieg, aus Hiroshima und Nagasaki, aus Vietnam etc.

Sicher: die Ziele, die dieses *Programm des Rückfalls* – hinter 1970, am liebsten hinter Potsdam oder letztendlich hinter 1917 – impliziert, sind unter den heutigen Kräfteverhältnissen in Europa und der Welt, allen Straußschen Spekulationen auf China oder andere „Wunderwaffen" zum Trotz, weder auf kriegerischem noch auf „friedlichem" Wege irgendwie realisierbar, aber dieses Programm kann dennoch lebensgefährlich werden – einfach deshalb, weil es auf ein Spiel mit dem Feuer in einer mit Sprengstoff vollgepumpten Welt hinausläuft, und dies ausgerechnet in einem Land wie der Bundesrepublik, die – u. a. dank Strauß – bereits heute einem Atomwaffenlagerplatz gleicht. Katastrophal genug wäre es ja schon, wenn Abenteuer „nur" mit dem wirtschaftlichen und sozialen Ruin auf dem Wege des Sich-zu-Tode-Rüstens und nicht in offenem militärischen Konflikt endete. Es wird die Aufgabe aller Kräfte, die diese Gefahr erkennen, sein, in einer dem Kampf um die Durchsetzung der neuen Ostpolitik vergleichbaren Kraftanstrengung für Aufklärung, Protest und Ge-

22) „Handelsblatt" v. 17. 7. 1979.

genwehr zu sorgen – und damit auch jene Kräfte auf den Boden der Tatsachen zurückzudrängen, die dabei sind, es „einmal mit Strauß zu versuchen". Die Umstände der Strauß-Nominierung und die durch sie ausgelösten Proteste zeigen, daß solche Aufklärung und Gegenwehr, oder auch nur die Furcht vor deren Konsequenzen für das Renommée der Union, an Widersprüche bis tief in die CDU hinein anknüpfen kann.

V

Wie Strauß sich, wenn ihm nicht in den Arm gefallen wird, das innenpolitische „Aufräumen" vorstellt, darüber dürften sich die vielen „Betroffenen" wenig Illusionen machen – nach der „Spiegel"-Affäre, nach Sonthofen, nach Kreuth und der Gleichschaltung der CDU, nach dem Versuch, jetzt die Gewerkschaften durch massive Druckausübung bis hin zur Androhung der Spaltung und der Gründung oder Förderung eigener, CSU-gesteuerter Organisationen schachmatt zu setzen, nachdem sich das gleiche Verfahren gegenüber der CDU als überaus wirksam gezeigt hat! Strauß als „Der Kandidat des großen Geldes"[23]) macht sich auf seine Weise erbötig, der im BDI-Jahresbericht vornehm formulierten Forderung zu genügen: „Gefragt ist eine Politik, die den Datenkranz für unternehmerisches Handeln ‚zweckmäßiger' als bisher gestaltet."[24])

„Zweckmäßiger"! Zu diesem Zweck proklamiert Strauß, der „Sozialstaat" habe seine Grenzen überschritten, wettert gegen das durch „Reformeuphorien" hochgeschraubte „Anspruchsdenken", das zur Ausbreitung von „Unzufriedenheit und irrationaler Protestbereitschaft"[25]) führe. Zu diesem Zweck die Kampfansage an alle, die der Strategie der großangelegten Umverteilung des Volkseinkommens in die Kassen der Konzerne Widerstand entgegensetzen oder auch nur im Wege stehen, an die Gewerkschaften, die sich auf ein Programm des „Gürtel-enger-schnallens" nur um den Preis der Selbstaufgabe einlassen können, und an alle systemkritischen Kräfte, die die herrschenden Macht- und Besitzverhältnisse nicht für tabu erklären lassen. Da wird, wie zuletzt in den 50er Jahren, als erstes mit dem Verbot der Kommunisten gedroht[26]), aber schon ist der Schritt weit darüber hinaus getan: „Die Einschätzung der bayerischen SPD als einer kommunistischen Tarnorganisation ist zwingend", stand im „Bayernkurier"[27]). Und angesichts des Scheiterns von CDU-Versuchen, einen Partnerschaftsvertrag Nürnbergs mit Krakau zu torpedieren, erklärt Walter Becher, CDU-MdB, die SPD setze mit derartigen Verträgen „auf kommunaler Ebene den Verrat an den Interessen des deutschen Volkes fort . . ."[28]). Dem Lehrer Gerhard Bitterwolf wird in einem von der Bayerischen Landesregierung des Ministerpräsidenten Strauß verhängten

23) Titelgeschichte in „metall", Zeitung der IG-Metall, 14/1979 v. 18. 7. 1979.
24) BDI-Jahresbericht 1978/79, S. 14.
25) Strauß im „Bayernkurier" v. 10. 3. 1979.
26) Und der CSU-Experte Spranger, MdB, fordert im Süddeutschen Rundfunk vom Bundesinnenminister schlicht, die DKP „aufzulösen"; vgl. „Die Neue" v. 25. 7. 1979.
27) Lt. „Frankfurter Rundschau" v. 3. 8. 1978.
28) „Bayernkurier" v. 27. 7. 1979.

Berufsverbot ausdrücklich zum Vorwurf gemacht, daß er gefordert habe, den Schülern die KSZE-Schlußakte von Helsinki in einem Sonderdruck bekanntzumachen, während der gleiche Strauß die Gegner der Berufsverbote verhöhnt und erklärt: Die „Regelanfrage ist doch kein Instrument der Drohung, der Einschüchterung der jungen Leute. Diese Regelanfrage ist nichts anderes als eine Röntgenreihenuntersuchung, bei der man feststellt, ob einer, der in den öffentlichen Dienst eingestellt wird, auch die nötige Gesundheit dafür mitbringt."[29]) Berufsverbote-Opfer sind also Kranke, gehören wahrscheinlich letztenendes unter Quarantäne, ebenso Kernkraftgegner, die als „Psychopathen" abgestempelt und Kommunisten, die als „Überzeugungs*täter*" kriminalisiert werden[30]). Die Frauenbewegung und alle Befürworter der Reform des § 218 werden vom gesundheitspolitischen Sprecher der CSU, Holzgartner, gedeckt von Generalsekretär Stoiber, infamerweise auf eine Ebene mit den Verantwortlichen für Auschwitz gestellt[31]), während Strauß eine Generalamnestie für NS-Verbrechen fordert und den „sogenannten Antifaschismus" als „Deckmantel" eines „neuen sozialistischen Volksfrontverständnisses des Verfassungskonsensus" zu diskreditieren sucht[32]).

VI

Die Herausforderung ist unmißverständlich und total! Herausgefordert sind alle, die dem Programm Strauß im Weg stehen: die christlich-demokratischen Gewerkschafter im DGB und die CDU-Vertreter, die aus dem Machtanspruch der Strauß-Kräfte die Konsequenz zogen, haben es als erste gespürt;

– herausgefordert sind alle Gewerkschafter, alle Kräfte der Arbeiterbewegung, ob christlich, sozialdemokratisch oder kommunistisch;

– herausgefordert sind alle, die den demokratischen Anspruch und die Verpflichtung des Grundgesetzes auf eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung wörtlich nehmen;

– alle, die sich für die Überwindung des Kalten Krieges, für die Normalisierung der Beziehungen zu Osteuropa eingesetzt haben und für die Fortsetzung der Entspannung, für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung eintreten;

– herausgefordert sind die für Strauß „sogenannten" Antifaschisten und alle, die gegen Berufsverbote und Überwachungsstaat kämpfen;

– herausgefordert sind alle, die keine „Atommacht Bundesrepublik" wollen, weder militärisch noch auf „zivilen" Umwegen; Kernkraftgegner ebenso wie Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen, wie Pazifisten oder Dritte-Welt-Gruppen, die in der Durchsetzung Strauß'scher Südafrika- oder Chile-Politik einen schweren Rückschlag ihrer Arbeit gegen Bonner Neokolonialismus sehen müßten;

---

29) Strauß im „Bayernkurier" v. 10. 3. 1979.
30) Mehrfach in der im „Bayernkurier" v. 10. 3. 1979 abgedruckten Strauß-Rede, Hervorhebung v. Verf.
31) „Bayernkurier" v. 21. 7. 1979 und FAZ v. 18. 7. 1979.
32) Strauß im „Bayernkurier" v. 10. 3. 1979.

– herausgefordert ist die von Strauß sogenannte „Intelligentsia", alle, die in den Medien, an Schulen, Hochschulen oder in Kultur und Kunst tätig sind und sich die Münchner Fassung „christlich-abendländischer Kulturtradition" nicht zu eigen machen können;

– Herausgefordert sind alle Frauen, die sich nicht in das ihnen von Strauß immer wieder zugewiesene „3-K-Reservat" (Küche-Kinder-Kirche) zurücktreiben lassen wollen;

– und alle Jugendlichen, die sich politisches Bewußtsein und Wahrnehmung der eigenen Interessen nicht als „ansteckende" „konflikt-theoretische Verseuchung" verbieten und sich nicht mit dem durchsichtigen Hinweis auf „echte Autoritäten"[33]) entmündigen lassen wollen.

Es ist, alles in allem, eine breite, alle Schichten erfassende Mehrheit der Bevölkerung, die durch das Programm Strauß provoziert und herausgefordert wird. Wenn es der demokratischen Bewegung gelingt, diese Erkenntnis in allgemeines öffentliches Bewußtsein umzusetzen und in den kommenden Monaten ein politisches Klima demokratischer Wachsamkeit und Entschiedenheit in diesem Land zu schaffen, dann werden auch diejenigen, die heute damit liebäugeln, es einmal mit Strauß zu riskieren, zur Besinnung kommen – dann ist das Programm Strauß zum Scheitern verurteilt. Diese große demokratische Politisierung, aus der eine die Bevölkerungsmehrheit erfassende „Stoppt Strauß"-Bewegung erwachsen wird, kommt aber mit Sicherheit nur zustande, wenn die unterschiedlichen Richtungen des demokratischen Spektrums erstens die Aktivitäten auf ihrem je spezifischen Gebieten vervielfältigen, dabei aber zweitens in dieser kritischen Situation Trennendes zurückstellen und nicht die Profilierung der Unterschiede zum „Nachbarn" über die gemeinsame Betroffenheit und die gemeinsame Bewältigung einer Herausforderung stellen, die Herausforderung durch das Programm Strauß, das auf diesen Unterschied ohnehin keine Rücksicht nimmt.

33) Strauß nennt die Kombination „Elternhaus und Kirchen"; die beiden letzten Zitate aus: Franz Josef Strauß, Signale, a.a.O., S. 130.

Abrüstung

Eine Übersicht der laufenden Verhandlungen, ihrer Vorgeschichte und Zukunftsaussichten aus Anlaß des 40. Jahrestages des 1. September 1939

Von Gerhard Kade

I. Der Zweite Weltkrieg und was aus ihm zu lernen ist

Das Datum des 1. September 1939 markiert den Beginn des blutigsten aller Kriege der Menschheitsgeschichte. Die Frage, ob die entscheidende Mehrheit unseres Volkes eine vernünftige Beziehung zu diesem 1. September besitzt, die historischen Ansprüchen standhält sowie der historischen Wahrheit, ist keineswegs unzeitgemäß. Sie wird sogar immer aktueller. Es ist nicht nur die Frage der Verurteilung von Krieg und Faschismus, sondern danach, wie künftig Kriege verhindert werden können.

Früher hielt man sie für gottgegeben. Längst haben sich breiteste Kreise von dieser überkommenen Anschauung gelöst. Von einer Anschauung, die immer nur die Interessen der Gewinner am Krieg verschleierte. So wurde Krieg als Menschenwerk erkannt, von Menschen gemacht, also auch von ihnen zu verhindern. Allerdings ist im Laufe dieses Jahrhunderts immer klarer geworden, daß diese Erkenntnis allein nicht genügt. Notwendig wurde es, die Mechanismen der Kriegsvorbereitung genau zu studieren, das Geheimnis aufzudekken, in dem Kriege entstehen: Es wurde immer deutlicher, daß bei der Entstehung von Kriegen maßgeblich private wirtschaftliche Interessen im Spiel sind, die den machtpolitischen Äußerungen solcher Staaten und Staatengruppen zugrunde liegen, in denen die Rüstungswirtschaft in privten Händen liegt. Besonders die Erfahrung mit dem Hitlerfaschismus lehrte, wie für Kriegszwecke auch die verschiedensten ideologischen Waffen eingesetzt werden, um das Volk unmerklich zum willigen Werkzeug einer schlechten Sache zu manipulieren.

Denn leider ist es wahr, daß am 1. September 1939 Millionen Deutsche – eine Mehrheit des deutschen Volkes – für die schlechteste Sache ins Feld zog, für die jemals Menschen in Kriege gezogen sind. Es ist historische Wahrheit, daß die Mehrheit des deutschen Volkes einer Bande verantwortungsloser Mörder, die das deutsche Rüstungskapital zur Realisierung seiner Weltherrschaftspläne gedungen hatte, willfährig folgten. Es ließ sich als Kanonenfutter für die Profite der Rüstungsmillionäre verheizen. Es folgte in seiner Mehrheit den Parolen vom „jüdisch-bolschewistischen Feind" und der „Bedrohung aus dem Osten". Es half, Europa zu unterjochen und auszuplündern. Es holte sich so den Krieg zuletzt ins eigene Land und stand am Ende selbst vor einem Trümmerhaufen. Als am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation Hitlerdeutschlands in Berlin-Karlshorst erfolgte, befanden sich unter den weit über

55 Millionen Opfern des Zweiten Weltkrieges neben über 20 Millionen Sowjetbürgern auch 6 Millionen aus den Reihen der deutschen Eroberer, davon 410 000 Luftkriegsopfer. Und ein großer Teil derjenigen aufrechten und klarblickenden Deutschen, die das Unheil hatten verhindern wollen, waren in den Konzentrationslagern und Zuchthäusern umgebracht worden: 200 000 Deutsche insgesamt. 76 Staaten hatten am Zweiten Weltkrieg teilgenommen und 110 Millionen Menschen standen unter Waffen.

Wie konnte es zu einer solchen Katastrophe kommen?

Der Präsident der Vereinigten Staaten, Wilson, betonte bereits am 17. März 1919 auf der Sitzung des Obersten Kriegsrates – kaum war der Erste Weltkrieg beendet –, daß die Militärexperten bei der Festsetzung der künftigen Stärke der deutschen Armee „die außenpolitische Gefahr beachten müßten, der die Deutschen von seiten der Bolschewisten" ausgesetzt seien. Am 15. Januar 1920 schrieb der Befehlshaber der amerikanischen Besatzungsarmee in Deutschland, General Henry T. Allen, in persönlichen Aufzeichnungen: „Das befähigste Staatswesen, den Bolschewismus erfolgreich abzuwehren, ist Deutschland." Von der russischen Oktoberrevolution 1917 bis zum 1. September 1939, ja noch bis in die ersten Jahre des Weltkrieges Nr. 2 hinein, wurde den aggressiven Kräften in Deutschland immer wieder von führenden Kreisen der Westmächte ein hoffnungsvolles Zeichen nach dem anderen gegeben: Freifahrtscheine für einen Krieg gegen die Sowjetunion.

Dieser blinde Antikommunismus war Ursache und Kern der Beschwichtigungspolitik (Apeasementpolitik) der Westmächte gegenüber Hitler. Das war eine Politik, die sich – wie der weitere Verlauf der Dinge zeigte – letztlich nicht nur gegen sie selbst wandte, sondern die Westmächte voll getroffen hätte, wären da nicht „die Russen" gewesen und hätten die Hauptlast im Kampf gegen den Hitlerfaschismus getragen. Wie muß es in den Köpfen einiger amerikanischer Senatoren aussehen, wenn sie heute im Zusammenhang mit SALT II einer Apeasementpolitik gegenüber der Sowjetunion bezichten.

Und kaum war der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende, fand am 15. April 1945 im US-State-Departement eine geheime Sitzung statt, an der unter anderem John Foster Dulles, Generale sowie Wirtschaftsvertreter teilnahmen, über die dann im „Congressional Record" ein Bericht erschien, in dem es hieß, „daß eine Gruppe im State-Departement einen möglichst milden Frieden mit Deutschland befürworte und zwar im Hinblick darauf, daß Deutschland zu einem Bollwerk gegen Rußland gemacht werden müsse." Wie nach dem Ersten Weltkrieg wird so auch nach dem Zweiten die Rolle charakterisiert, die aggressive Kräfte der USA von vornherein der Bundesrepublik Deutschland zugedacht hatten. Und auch hier fanden sich wiederum Politiker, die diese Rolle mit antisozialistischer und antikommunistischer Begeisterung übernahmen. Darunter ein Franz Josef Strauß, inzwischen Kanzler-Kandidat der CDU/CSU für die Bundestagswahlen, im „Bayernkurier" vom 9. 12. 1978, der schrieb: „Alles in allem erfordern die anstehenden Probleme . . . Entscheidungen von historischer Dimension. Der Bundesrepublik Deutschland fällt dabei, ob wir

wollen oder nicht, eine Schlüsselrolle zu. Die Sowjetunion ist eine . . . handfeste Bedrohung geworden. Eigenart und Struktur des westlichen Bündnisses erlauben es nicht, dieser Bedrohung geschlossen zu begegnen. Wohl aber gibt es Möglichkeiten für einzelne Gruppierungen innerhalb der Allianz, politische, wirtschaftliche und militärische Antworten vorzubereiten und zu geben." Es ist nicht nur interessant für Historiker, diese Linie des Rüstungskapitals in ihrer Kontinuität über 6 Jahrzehnte zu verfolgen. Es ist – als Lehre aus dem 1. September 1939 – vor allem anzumerken: Diese Linie hat dem deutschen Volk und der Welt nichts als Unglück gebracht.

Die Diktatur des Rüstungskapitals

Der deutsche Bankier Schröder sagte vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg 1946 aus: „Die allgemeinen Bestrebungen der Männer der Wirtschaft gingen dahin, einen starken Führer in Deutschland an die Macht kommen zu sehen, der eine Regierung bildet, die lange Zeit an der Macht bleiben würde. Als die NSDAP am 6. November 1932 ihren ersten Rückschlag erlitt und somit also ihren Höhepunkt überschritten hatte, wurde eine Unterstützung durch die deutsche Wirtschaft besonders dringend . . ." Bereits im November 1932 hatten sich namhafte deutsche Industrielle und Junker schriftlich an den Reichspräsidenten Hindenburg gewandt und ihm Hitler wärmstens anempfohlen. Zu Beginn des Jahres 1933 wurde in der Kölner Villa Schröders und im Hause des Großindustriellen Kirdorf die Zusammensetzung der Hitler-Regierung festgelegt. Am 30. Januar 1933 berief Hindenburg Hitler zum Reichskanzler.

Der Weg war frei zum 1. September 1939 – und wer sich dem Ziel der Entfesselung eines Weltkrieges fortan in Deutschland in den Weg stellte, wurde sowohl mit brutalster Gewalt überrollt als auch mit List und Heimtücke den Zielen der Hitlerfaschisten gefügig gemacht. Bereits 1935 begann die Rüstungsproduktion im großen Stil. Fast 2000 Kriegsflugzeuge wurden in diesem Jahr produziert und 16 % des Volkseigentums bereits für Rüstungszwecke verwendet. (Zum Vergleich 1932: 2 %, 1938: 32 %.) Der Bau von 300 Rüstungsbetrieben, darunter 50 Flugzeugwerken, 45 Panzer- und Fahrzeugwerken, 15 Werften und 70 chemischen Fabriken wurde begonnen, ebenso der Bau von Autobahnen.

Zur Durchsetzung ihres Weltherrschaftsanspruchs waren alle Machtmittel des Staates in den Dienst der Kriegsvorbereitung gestellt. Monopol- und Bankherren, Staatsbeamte und Generalität, Lehrer und faschistische Schriftsteller taten alles, um das Volk für den Krieg zu motivieren. Auch der Kriegsbeginn selbst zeigte die Skrupellosigkeit dieser Diktatur des Rüstungskapitals. Bereits am 22. August 1939 hatte Hitler erklärt: „Ich werde propagandistischen Anlaß zur Auslösung des Krieges geben, gleichgültig ob glaubhaft. Der Sieger wird später danach nicht gefragt, ob er die Wahrheit gesagt hat oder nicht." Wie das gemacht wurde, geht aus einer eidesstattlichen Erklärung des vormaligen SS-Führers Naujoks vom 20. November 1945 hervor, die lautet: „Ungefähr am 10. August 1939 befahl mir Heydrich, der Chef der Sipo und des SD, persönlich, einen Anschlag auf die Radiostation bei Gleiwitz in der Nähe der

polnischen Grenze vorzutäuschen und es so erscheinen zu lassen, als wären Polen die Angreifer gewesen . . . Wir nahmen die Radiostation wie befohlen, hielten eine drei oder vier Minuten lange Rede über einen Notsender, schossen einige Pistolenschüsse ab und verließen den Platz."

So überfiel dann im Morgengrauen des 1. September 1939 die faschistische Wehrmacht mit rund 1,5 Millionen Mann, mit 3000 Panzern und 1500 Flugzeugen von Norden, Westen und Südwesten in Polen ein. Die Regierungen Frankreichs und Großbritanniens, die am 3. September Hitlerdeutschland den Krieg erklärten, ließen ihren polnischen Verbündeten im Stich und blieben militärisch untätig. Es folgte die Besetzung vieler Länder West- und Nordeuropas, um deren Wirtschafts- und Menschenkraft in den Dienst der weiteren Eroberung stellen zu können.

Obwohl der Zweite Weltkrieg in der Rivalität zweier Staatenblöcke (Hitlerdeutschland, Italien und Japan auf der einen, Großbritannien, Frankreich und die USA auf der anderen Seite) begonnen hatte, gehörte es zum besonderen Wesen dieses Krieges, daß der deutsche Faschismus extreme, auf die Vernichtung ganzer Nationen und der ganzen übrigen Welt gerichtete Kriegsziele verfocht. Das forcierte den Widerstand der Bevölkerung in den angegriffenen und unterdrückten Ländern und verlieh diesem Kampf den Charakter eines antifaschistischen Befreiungskrieges, der sich breit ausprägte, nachdem Hitlers Wehrmacht auch noch die Sowjetunion überfallen hatte. Das Volk der UdSSR und seine Armee brachten in einem beispiellosen Kampf – siehe Stalingrad – dem Hitlerfaschismus die entscheidenden militärischen Niederlagen bei. Aus der Interessengemeinschaft aller Völker (die Bezeichnung „Vereinte Nationen" hat hier ihren Ursprung) gegen die Weltherrschaftspläne des Faschismus und die Hitlerbarbarei formierte sich 1941 jenes Bündnis, das die Bezeichnung Anti-Hitler-Koalition erhielt. Mit diesem Bündnis wurde zugleich der historische Beweis erbracht, daß Staaten unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme im Menschheitsinteresse und im Interesse des Weltfriedens mit Erfolg zusammenarbeiten können.

Schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg zerfiel jedoch die Anti-Hitler-Koalition. Von den Großmächten waren allein die USA von den Kriegsfolgen verschont geblieben. Die Verluste waren verhältnismäßig gering. Auf ihrem Territorium fanden keine Kampfhandlungen statt. Das Atombomben-Monopol der USA – in der Praxis erprobt mit dem Abwurf von Atombomben am 6. August 1945 auf Hiroshima und am 9. August 1945 auf Nagasaki, mit 200 000 Toten und Zehntausenden, die heute noch an Siechtum leiden – dieses für den Sieg gegen Japan militärisch völlig unnötige Unternehmen, leitete faktisch bereits die Periode des Kalten Krieges ein; jene Zeit, in der die USA aufgrund ihrer militärischen Macht glaubten, sich alles und jedes erlauben zu können und in der man – trotz Potsdamer Abkommen – in der Bundesrepublik nach Kräften verhindern half, daß die Deutschen ihren Antikommunismus bewältigten.

Übrigens waren Schuld und Verantwortung der deutschen Rüstungskonzerne unter allen Mächten der Anti-Hitler-Koalition am Ende des Zweiten Welt-

krieges unbestritten. Im Potsdamer Abkommen der Siegermächte von 1945 hieß es: „In praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und anderer Monopolvereinigungen." Ein Ausschuß des amerikanischen Senats stellte am 22. Juni 1945 fest, daß es nicht zuträfe, „daß die deutschen Industriellen erst im letzten Augenblick und dann nur unter Zwang am Krieg teilgenommen haben. Sie waren von Anfang an begeisterte Anhänger des Krieges." Ebenso wurde festgestellt, daß die Nazis durch die Unterstützung seitens deutscher Industrieller und Finanzlleute befähigt wurden, die Macht an sich zu reißen – und daß die Umstellung auf die Kriegswirtschaft nur durch die Mitarbeit der deutschen Industriellen möglich wurde.

Das waren alles saubere Erkenntnisse. Aber die innere Logik des Rüstungsprofits führte wenig später dazu, daß sich die USA im Zeichen des Kalten Krieges und des Antikommunismus gerade mit jenen deutschen Wirtschaftskräften verbanden, die schon Hitler so gut dirigiert hatten. Erste Zeichen weltpolitischer Vernunft stellten sich in den USA erst wieder unter dem Zwang ein, die Lage neu durchdenken zu müssen, nachdem ihr Atombomben-Monopol gebrochen war, nachdem zwischen den beiden Weltsystemen zunehmend militärisches Gleichgewicht entstand. Realistische Kräfte begriffen zugleich immer besser, daß zügelloses Wettrüsten zu einer atomaren Weltkatastrophe führen müßte, daß Einstellung des Wettrüstens und Abrüstung Voraussetzungen sind, die künftigen Weltprobleme wie die gegenwärtigen zu meistern.

Aus einem kürzlich in New York veröffentlichten UNO-Report geht hervor, daß ein Viertel der Bevölkerung der Entwicklungsländer gegenwärtig in Slums lebt, 20 % sind unterernährt, 30 % ohne ausreichende gesundheitliche Fürsorge und Wasserversorgung, 40 % arbeitslos oder nur teilbeschäftigt, 50 % aller über 15jährigen Analphabeten. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) informierte, daß 80 % der Infektionskrankheiten in den Entwicklungsländern bei ausreichender Wasserversorgung vermeidbar wären. Ein entsprechendes Programm erfordere etwa 40 Mrd. . in einem Zeitraum von 10 Jahren. Das ist nicht einmal ein Drittel dessen, was die USA im kommenden Finanzjahr für Rüstungszwecke aufwenden wollen. Das Beispiel zeigt nur eines von zahlreichen globalen Problemen, die der Lösung harren und die lösbar wären, wenn das Wettrüsten endlich aufgehalten würde. Daß die Logik der Rüstung weder der Lösung der Menscheitsprobleme dient, noch Sicherheit schaffen kann, war am Ende jenes Krieges, der vor 40 Jahren begann, die Lehre Nummer 1, Grundlage der 1945 mit dem Ziel, „künftige Generatiodnen vor der Geißel des Krieges zu bewahren" (1. Satz der Präambel der UN-Charta) geschaffenen Vereinten Nationen.

II. SALT II: Vor einem bangen Herbst?

Im Vordergrund aller Bemühungen um die Erhaltung des Weltfriedens und die Verhinderung schwerwiegender weiterer Ausdehnungen des Wettrüstens

stehen gegenwärtig die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über die Begrenzung der strategischen Rüstungen (SALT = Strategic Arms Limitation Talks). SALT I*) führte 1972 zu einem Abkommen über die Begrenzung strategischer Raketenabwehrsysteme und zu einem ersten Vertrag über die Begrenzung strategischer Offensivwaffen, der allerdings zunächst nur zahlenmäßige Beschränkungen vorsah. – SALT II**) – unterzeichnet von Jimmy Carter und Leonid Breschnew am 18. Juni 1979 in Wien – beinhaltet quantitative und qualitative Begrenzungen strategischer Waffensysteme.

Was ist das nun wirklich für ein Ereignis? Was wurde in Wien unterzeichnet? Und wie ist es vom Standpunkt der Sicherung des Friedens zu betrachten?

Erstens: In Wien wurde ein Vertrag unterzeichnet, der bis 1985 gelten soll und die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Nuklearwaffen betrifft. Vorgesehen ist unter anderem, die Zahl der strategischen Waffen auf 2250 für jede Seite zu begrenzen. Einbezogen sind dabei landgestützte ballistische Raketen, ballistische Raketen auf U-Booten und strategische Fernbomber.

Zweitens: In Wien wurde ein Protokoll unterzeichnet, das bis zum 31. Dezember 1981 gilt und unter anderem Begrenzungen für die Erprobung und den Einsatz von sogenannten Marschflugkörpern (Cruise Missile) und mobilen Interkontinentalraketen festlegt.

Drittens: In Wien wurde eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, die die Prinzipien und Hauptrichtungen für die Verhandlungen über ein drittes SALT-Abkommen zum weiteren Abbau der atomaren Rüstung fixiert. Dabei geht es beispielsweise um eine weitergehende Reduzierung der Zahl strategischer Angriffswaffen und deren qualitative Beschränkung.

Unter Entspannungsbefürwortern und unter realistisch denkenden Politikern herrscht eine Übereinkunft in der Einschätzung der Bedeutung von SALT II. Übereinstimmung herrscht über den Ausgangspunkt der SALT II-Gespräche: Die Erkenntnis, daß im Zeitalter der atomaren Waffen keine andere vernünftige Alternative als die der friedlichen Koexistenz findbar ist. In dieser Erkenntnis liegt ein positives Element für die weitere Gestaltung nicht nur der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen, sondern der Verbesserung des gesamten internationalen Klimas. Nach der notwendigen Ratifizierung von SALT II können die Verhandlungen für SALT III mit weitergehenden Inhalten beginnen: Über die Begrenzung der Rüstungen hinaus würden damit neue, teure und gefährliche Waffensysteme vermieden und die weitere Reduzierung vorhandener festlegbar werden. Übereinstimmung besteht nicht zuletzt in der Hoffnung, daß SALT II belebend dazu beitragen kann, die Abrüstungsverhandlungen auf anderen Gebieten – zum Beispiel bei den Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa – voranzubringen.

SALT II bedeutet natürlich noch nicht, daß dem Wettrüsten ein Ende bereitet wird. Die Arsenale beider militärischer Gruppierungen sowie die Arsenale anderer Länder sind noch angefüllt mit Vernichtungswaffen. Die strategischen Waffen, über die die USA und die UdSSR verfügen, reichen vorläufig voll aus, um sich gegenseitig mehrmals zu vernichten. Aber ein Anfang ist

*) Wortlaut der Abkommen in: „Blätter", 6/1972, S. 655–662. D. Red.
**) Wortlaut der Abkommen in: „Blätter", 7/1979, S. 883–894. D. Red.

gemacht. Von jetzt an ist für die schrecklichsten Waffen beider Länder – für nukleare strategische Systeme – erstmals eine Höchstgrenze gesetzt.

Warum hat SALT II solange gebraucht?
Es waren nicht allein die äußerst komplizierten politischen, strategischen und militärtechnischen Faktoren, die das Vorankommen im vergangenen Jahrfünft so erschwerten. In erheblichem Maße sind für die Verzögerungen einflußreiche Entspannungsgegner und Abrüstungsfeinde in den USA verantwortlich. Dafür gibt es leider die verschiedensten Beweise. Es ist darum gerade anläßlich des noch bevorstehenden Ratifizierungsprozesses in den USA von Interesse, einen Blick auf die SALT-Geschichte zu werfen.

Das SALT-I-Abkommen trat bekanntlich am 3. Oktober 1972 in Kraft, und bereits am 21. November 1972 begannen in Genf die Verhandlungen zu SALT II. Der SALT-I-Vertrag stand im Einklang mit dem auf dem damaligen Gipfeltreffen unterzeichneten Dokument über die „Grundlagen der Beziehungen zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und den Vereinigten Staaten von Amerika". *) Dieses Dokument formulierte die Absicht beider Seiten verbindlich, ihre Beziehungen auf der Grundlage der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu gestalten, Versuche auszuschließen, einseitige Vorteile zu erlangen und stets vom Prinzip der Gleichen Sicherheit beider Staaten auszugehen.

Noch 1972 holten entspannungsfeindliche Kräfte in den USA zu einem gezielten Schlag aus. Der konservative Senator Jackson, von dem noch die Rede sein wird, formulierte einen Zusatz zu SALT I, der dann vom Senat mit ratifiziert wurde. Der Zusatz lief darauf hinaus, die mit SALT I festgeschriebene strategische Balance zugunsten der USA zu verändern. Dementsprechend wurden dann auch von der Rüstungsindustrie Waffen wie die „Cruise Missiles" in das Produktionsprogramm aufgenommen, die die SALT-II-Gespräche bekanntlich später sehr kompliziert haben. Trotzdem gab es Fortschritte. Auch 1973. Bei einem Gipfeltreffen in jenem Jahr wurden Grundlagen für die weitere Begrenzung der strategischen Offensivwaffen vereinbart **) und ein Abkommen über die Verhütung eines Kernwaffenkrieges unterzeichnet ***). 1974 wurde ein Protokoll zum Vertrag über die Einschränkung der Raketenabwehrsysteme paraphiert. Im November 1974 fand in Wladiwostok jenes Treffen zwischen USA-Präsident Gerald Ford und Breshnew statt, bei dem der Rahmen für ein neues Abkommen über die Begrenzung der strategischen Offensivwaffen, also für SALT II, vereinbart werden konnte ****). Aber dann in den Jahren 1975 und 1976 wurden reaktionäre Kräfte in den USA zunehmend gegen den Stopp des Wettrüstens aktiv. Nach der Wahl von Präsident Carter kündigte die amerikanische Seite plötzlich sogar völlig neue SALT-Vorschläge an und verließ die immerhin zwischen zwei Präsidenten vereinbarten Grundsätze von Wladiwostok. Erst Ende des Jahres 1977 kam in die Verhandlungen wieder eine etwas realistischere Atmosphäre.

*) Wortlaut in: „Blätter", 6/1972, S. 653–655. D. Red.
**) Wortlaut in: „Blätter", 7/1973, S. 789 f. D. Red.
***) Wortlaut in: „Blätter", 7/1973, S. 788 f. D. Red.
****) Wortlaut in: „Blätter", 12/1974, S. 1308 f. D. Red.

Aber die Taktik des Kampfes gegen SALT II war mit dem gescheiterten Frontalangriff gegen die Vereinbarung von Wladiwostok längst nicht erschöpft. Danach begannen sogenannte Sachverständige – ehemalige US-Diplomaten und Generale – „Veränderungen" und „Ergänzungen" vorzuschlagen, die das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit verletzten. Der dritte Angriff wurde schließlich massiv mit der Lüge von der „Bedrohung aus dem Osten" vorgetragen. 170 pensionierte Generale und Admirale der USA schrieben einen Brief an Carter und forderten ihn auf, jedes Abkommen zur Rüstungsbegrenzung abzulehnen. Man könne der Sowjetunion nicht trauen, war das Motto.

Nun sind die gleichen Kräfte zur Verhinderung der Ratifizierung angetreten. Die Rüstungsindustrie der USA sieht in SALT II eine Gefahr für ihre riesigen Profite, die bekanntlich rund 70 % höher liegen als in Konzernen mit ziviler Produktion. Von den Konzernen bezahlt, wurden Gesellschaften gegründet wie die „Koalition für Frieden durch Stärke", um den Feldzug gegen SALT II konzentriert zu führen. Der Außenpolitische Ausschuß des Senats hat im Juli mit der Behandlung von SALT II begonnen. Zuerst werden Vertreter der Regierung und Pro-SALT-Experten, dann Gegner vorgeladen. Mit Unterbrechung durch die Sommerferien bis Anfang September soll die Debatte Ende September abgeschlossen sein. Der Streitkräfte-Ausschuß, in dem viele SALT-Gegner sitzen, hat die Beratungen am 23. Juli begonnen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird damit gerechnet, daß die eigentliche Debatte im Senat Anfang Oktober einsetzen kann und eventuell bis Dezember dauert. Obwohl der USA-Senat nicht den Willen der Mehrheit der amerikanischen Bevölkerung repräsentiert, wurde ihm laut Verfassung das Recht eingeräumt, internationale Verträge zu verändern oder abzuweisen. Die Stimmen von einem Senator aus Alaska mit 300 000 Einwohnern wiegen bei der Abstimmung genausoviel wie die eines Senators aus dem Bundesstaat New York mit 19 Millionen. Ein Vertrag ist angenommen oder ratifiziert, wenn zwei Drittel der Anwesenden ihre Zustimmung geben. Eine Umfrage ergab, daß sich bisher 58 Senatoren eindeutig für SALT II und 30 dagegen ausgesprochen haben. Zu den Quertreibern gehört der bereits erwähnte Henry Jackson. Er war es, der Präsident Carter wegen seiner Unterschrift in Wien mit dem britischen Politiker Chamberlain und dessen Beschwichtigungspolitik gegenüber Nazideutschland verglich.

Wer ist Jackson?

Die „Frankfurter Rundschau" (v. 20. 6. 1979) charakterisierte ihn folgendermaßen: „Aus seiner Jugendzeit hat Henry Jackson den Spitznamen ‚Scoop' (Knüller) beibehalten, als er sich mit Zeitungsaustragen Geld verdiente . . . Doch hängt dem angeblich so lauteren Henry ‚Scoop' Jackson noch ein zweiter Spitzname an, der ihn in die unmittelbare Nähe der Spitze der amerikanischen Rüstungsindustrie rückt. Es ist das Wort vom „Senator von Boeing" . . . Henry Jackson, diese Institution der amerikanischen Politik, ist mit den leitenden Direktoren von Boeing eng befreundet. Niemand in den USA hat bisher behauptet, der unbestechliche Jackson sei bestochen. Es sind subtilere

Mechanismen, die hier zum Tragen kommen. Wo Politik und Wirtschaft in einer Weise wie in Seattle miteinander verflochten sind, wo das Wohlergehen breiter Schichten vom Schicksal einer Riesenfirma abhängt, sind die Interessen von Politik und Wirtschaft oft nicht zu trennen, und eines färbt auf das andere ab. Seitdem Dwight D. Eisenhower in seiner Abschiedsrede aus dem Weißen Haus das amerikanische Volk vor der Macht des „militärisch-industriellen Komplexes" gewarnt hat – eine Warnung, die die Umgebung des Generals-Präsidenten überrascht hatte – ist dieser Ausdruck in den USA zu einem geflügelten Wort geworden. Wer nach einem Beispiel aus der Politik für den Einfluß dieses „militärisch-industriellen Komplexes" sucht, diesem Bündnis von Soldaten und Wirtschaftsführern, endet nicht selten bei Senator Henry Jackson. Doch trotz seines geschwärzten Images als Sprachrohr der Luftfahrtindustrie, trotz seiner inzwischen etwas antiquiert wirkenden Rolle als der Falke vom Dienst im Senatsausschuß für die Streitkräfte – Henry Jackson ist eine ernst zu nehmende Macht. In der Bundeshauptstadt Washington waltet der Senator aus dem Bundesstaat Washington als eine in den Jahrzehnten der Ost-West-Konfrontation gewachsene politische Institution seines Amtes, mahnt zur Wachsamkeit, erinnert an Amerikas Größe und warnt vor ‚den Russen'." – Soweit die Charakteristik eines Mannes, dem nun das Schicksal eines so wichtigen Vertrages mit anvertraut ist. Es bleibt wiederum die Frage: Wird es ein banger Herbst werden?

Wie die Vertragsunterzeichnung in Wien gezeigt hat, beherrschen Kräfte wie Jackson nicht unangefochten das politische Feld. Der Herbst wird freundlicher werden, wenn es gelingt, den Kampf für die Ratifizierung von SALT II und zur Verwirklichung der Vereinbarungen zur Sache aller realistisch denkenden Menschen zu machen. Der Führer der USA-Bewegung „Amerikaner für SALT II", Charles Yost, erklärte: „Der Vertrag ist ein großer Schritt auf dem Wege der Begrenzung der strategischen Arsenale beider Länder. Seine Billigung wird ein wichtiger stabilisierender Faktor in den sowjetisch-amerikanischen Beziehungen sein und wird die Entwicklung der Zusammenarbeit, des Handels, des wissenschaftlichen und kulturellen Austausches zwischen den beiden Ländern sowie die Festigung des gegenseitigen Verständnisses und des Vertrauens fördern."

Aber scheitert SALT II, dann wird mehr daraus als nur ein banger Herbst. Die „Frankfurter Rundschau" (v. 13. 6. 1979) schrieb: „Soviel ist jedenfalls sicher: Wenn der Vertrag am Ende scheitert, geht die Welt einem neuen Wettrüsten und einem neuen Kalten Krieg entgegen." Der bekannte sowjetische USA-Spezialist Dr. Georgi Arbatow, Direktor des Moskauer Instituts für die USA und Kanada, schrieb in „Newsweek" (v. 28. 5. 1979): „Was geschieht, wenn der US-Senat das Abkommen nicht ratifiziert? Die Antwort auf diese Frage versteht sich im allgemeinen von selbst. Ich möchte mich lieber nicht dazu äußern, um Behauptungen zu vermeiden, daß sowjetische Sprecher sich in die inneren Angelegenheiten und den politischen Prozeß in den Vereinigten Staaten einmischen und versuchen, auf die Amerikaner Druck auszuüben. Ich sage nur, daß die Folge, wenn die Ratifizierung des Abkommens ausbleibt, für

beide Länder sehr schwerwiegend und gefährlich sein werden. Unser Volk müßte u. a. daraus schlußfolgern, daß man mit den Amerikanern überhaupt keine festen Abmachungen treffen kann. Das SALT II-Abkommen bietet keine Abrüstung und keine absolute Sicherheit. Doch es ist ein ernsthafter Schritt nach vorn, und ich habe nicht davon gehört, daß seine Gegner irgend etwas konstruktiveres vorschlagen."

III. Genf, Wien – und wie weiter?

Der SALT II-Vertrag könnte zum Beispiel dazu beitragen, die bisher in vielen Fragen stagnierenden Gespräche im Genfer Abrüstungsausschuß voranzutreiben und zu neuen Vereinbarungen über die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung zu kommen. Ein Inkrafttreten der SALT II-Vereinbarungen ließe für die Verhandlungen der jetzt 39 in Genf vertretenen Staaten vor allem auch deshalb Fortschritte erhoffen, weil im sowjetisch-amerikanischen Kommuniqué über die Wiener Gipfelgespräche zwischen Leonid Breschnew und Jimmy Carter der Satz zu finden ist: „Die UdSSR und die USA werden die Zusammenarbeit untereinander und mit den anderen Mitgliedstaaten des Abrüstungsausschusses in seiner erweiterten Zusammensetzung fortführen, um im Rahmen dieses Forums effektive Schritte auf dem Gebiet der Abrüstung auszuarbeiten."

– Beobachter der Genfer Abrüstungsgespräche verweisen darauf, daß auf der Tagesordnung der Sommersession mit an erster Stelle das vollständige und allgemeine Verbot aller *Kernwaffenversuche* sowie auch das aller chemischen Waffen steht. Das sind Themenkreise, die ebenfalls bei den Gesprächen zwischen Breshnew und Carter eine wichtige Rolle spielten. Die UdSSR und die USA haben dabei bekräftigt, daß sie dazu beitragen wollen, die Vorbereitungen eines Atomwaffentest-Verbots für alle Medien schnellstens abzuschließen. Vorbereitende Verhandlungen der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens zur Ausarbeitung eines internationalen Vertrages hätten bereits gewisse Fortschritte erbracht.

– Es ist ebenfalls von Bedeutung, daß im sowjetisch-amerikanischen Kommuniqué beide Seiten die Wichtigkeit eines allgemeinen, vollständigen und kontrollierten Verbots *chemischer Waffen* unterstrichen und zudem übereinkamen, ihre Anstrengungen zur Ausarbeitung eines gemeinsamen Vorschlages im Abrüstungsausschuß zu aktivieren. In Genf liegt seit Jahren ein von den sozialistischen Staaten initiierter Abkommensentwurf über das Verbot der chemischen Waffen vor. Aber eine entsprechende Bestimmung zum Kontrollmechanismus eines solchen Vertrages war bisher vor allem wegen der Einwände der USA noch nicht zufriedenstellend formuliert worden.

– Ein weiterer guter Impuls für die Genfer Abrüstungsverhandlungen: Breshnew und Carter vereinbarten, einen koordinierten, gemeinsamen Vorschlag über das Verbot der Entwicklung, der Produktion, der Lagerung und des Einsatzes *radiologischer Waffen* noch in diesem Jahr dem Abrüstungsausschuß zu unterbreiten.

– Während der Wiener Gipfelgespräche haben beide Seiten ihre Unterstützung für das auf der Abrüstungssondertagung der UNO-Vollversammlung angenommene Schlußdokument*) zum Ausdruck gebracht. Auf Beschluß dieser Abrüstungstagung war eine spezielle Abrüstungskommission der UNO aktiviert worden, die nun Elemente eines *umfassenden Abrüstungsprogramms*

*) Wortlaut in: „Blätter", 11/1978, S. 1386–1408. D. Red.

erarbeitet hat. Darin wird nachdrücklich erklärt, daß ein solches Programm vor allem auf die Einstellung der Kernwaffenversuche, auf den Stopp der Weiterentwicklung von Kernwaffenversuchen und -systemen sowie auf das Verbot der Produktion aller Arten von Kernwaffen und ihrer Trägersysteme orientieren müsse.

In diesem Zusammenhang wurde im Genfer Abrüstungsausschuß schon mehrfach darauf hingewiesen, daß es – ist eine Waffe erst einmal entwickelt – schwer ist, sie zu verbieten. Sind erst einmal umfangreiche materielle und finanzielle Mittel für eine solche Waffe eingesetzt, ist der Reiz für eine gewisse Rüstungslobby groß, sie als Instrument zur Veränderung des bestehenden politischen wie militärischen Kräfteverhältnisses zu nutzen. Am Beispiel der Neutronenwaffe wird besonders deutlich, wie schwer ein Verbot einer bereits entwickelten Waffe durchzusetzen ist – es wäre sicher leichter gewesen, sie vor der Entwicklung zu verbieten.

Kernwaffensysteme

Für das Verbot der Kernwaffen, zunächst ihres Einsatzes, dann ihrer allmählichen Reduzierung und schließlich ihrer völligen Liquidierung liegen zahlreiche Vorschläge auf den internationalen Verhandlungstischen, darunter auch in Genf:

– Der Vorschlag, die Anwendung von Kernwaffen für alle Zeiten zu verbieten sowie die Produktion aller Arten von Kernwaffen einzustellen und ihre Vorräte bis hin zu ihrer vollständigen Liquidierung allmählich zu reduzieren.

– Das Angebot der UdSSR an die USA, gemeinsam auf die Produktion und Einführung der gefährlichen Neutronenwaffe zu verzichten. Um wieviel sicherer könnten wir leben, wäre gewiß, daß diese Waffe in die Arsenale der NATO nicht aufgenommen wird und wenn das klar erklärt würde.

– Der Vorschlag, in allernächster Zeit Verhandlungen der fünf Kernwaffenmächte – UdSSR, USA, England, Frankreich, China – mit dem Ziel aufzunehmen, alle Arten von Kernwaffen aus den Arsenalen der Staaten zu verbannen und die Kernenergie ausschließlich für friedliche Zwecke zu nutzen.

– Der Vorschlag, eine internationale Konvention zur Verstärkung der Sicherheitsgarantien für kernwaffenfreie Staaten abzuschließen. Wenn die Kernwaffenmächte eine solche Garantie übernehmen würden, hätte die Mehrzahl der Völker einen rechtlich verbindlichen Schutz vor der Anwendung oder Drohung der Anwendung von Kernwaffen. Die Menschheit könnte wiederum ein Stück sicherer leben. Interessant ist auch der Gedanke, daß dadurch auch mehr Stabilität und Sicherheit in die Beziehungen der Kernwaffenmächte untereinander käme.

Treten die SALT II-Vereinbarungen in Kraft, sind sie darum zweifellos geeignet, laufende und künftige Abrüstungsverhandlungen positiv zu beeinflussen. Auf jeden Fall haben die Wiener Gipfelgespräche auch für Genf verdeutlicht, wie die Abrüstung heute zu einem Schlüsselproblem der Menschheit geworden ist.

„Konventionelle" Waffensysteme

Aber auch den sogenannten konventionellen Streitkräften und Rüstungen hat die ungeschmälerte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu gelten. Es handelt sich hierbei ja nicht mehr um „kleine Fische". Durch die Entwicklung der Militärtechnik werden die Unterschiede in der Wirkung von Massenvernich-

tungswaffen „kleinen Kalibers" – dazu zählt heute bereits eine Kernwaffe vom Hiroshima-Typ, also mit einer Sprengkraft von 15 Kilotonnen TNT – und von „konventionellen" Waffen mit großer Zerstörungskraft immer geringer, zumal der massenhafte Einsatz konventioneller Waffen unter Umständen größere Vernichtungen und Zerstörungen anrichten kann als eine Kernwaffe. Hinzu kommt, daß in unserer Zeit die Wahrscheinlichkeit konventioneller Kriege höher liegt als die eines nuklearen Krieges, dessen Risiko selbst die aggressivsten Kreise scheuen. Alle bekannten Aggressionen der USA nach dem Zweiten Weltkrieg wurden konventionell geführt, oft unter Einsatz aller Möglichkeiten konventioneller Kriegführung, was den betroffenen Völkern – wie in Vietnam – riesige Opfer abverlangte. In der NATO-Strategie stehen militärische Aktionen „unterhalb der Schwelle" des Nuklearkrieges ebenfalls an erster Stelle. Schließlich ist gerade das Übertreten der „Schwelle" vom konventionellen zum atomaren Weltkrieg, die Eskalation zum nuklearen Krieg kaum kalkulierbar, vor allen Dingen in solchen Regionen, wo sich starke, sowohl konventionell wie nuklear ausgerüstete militärische Kräftegruppierungen gegenüberstehen wie in Europa. Die NATO-Strategie fußt unter anderem sogar auf der Drohung mit einer derartigen Eskalation. Aber es ist absurd, an die Möglichkeit eines „begrenzten Atomkrieges" zu glauben. Einen solchen Krieg kann es praktisch nicht geben, eine Eskalation würde sich unweigerlich zum nuklearen Krieg mit allen seinen unvorhersehbaren Folgen ausweiten.

Die Wiener Verhandlungen – M(B)FR

Das alles sind gute Gründe, nicht nur in Genf, sondern auch bei den in Wien stattfindenden Verhandlungen über die gegenseitige Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa endlich zu greifbaren Ergebnissen zu kommen. Die Verhandlungen dauern ja schon seit dem 30. Oktober 1973 an. Ein Erfolg wäre hier gar nicht so schwer zu erzielen. Am 8. Juni 1978 waren die Ostblockstaaten nämlich mit Vorstellungen hervorgetreten, die sich den Vorschlägen des Westens weitgehend annäherten. Dieser Fortschritt wurde damals durch ermutigende Äußerungen maßgeblicher Politiker der Bundesrepublik kommentiert, die dann selbst ihre Äußerungen aus unerfindlichen Gründen schnell wieder vergaßen. Wie sah dieser Vorschlag aus?

– Innerhalb von zwei Reduzierungsetappen sollen im Reduzierungsraum niedrigere und zahlenmäßig gleiche Truppenstärken der NATO und des Warschauer Vertrages erreicht werden: Je 900 000 Mann, darunter je 700 000 Mann Landstreitkräfte. Dabei betrifft die Reduzierung zunächst nur die Landstreitkräfte bei gleichzeitiger Festlegung von Höchstgrenzen für den Personalbestand der Luftstreitkräfte.

– In der ersten Etappe sollen – das kommt einer westlichen Forderung entgegen – ausschließlich Truppen der UdSSR und der USA reduziert werden, und zwar sowjetischerseits divisionsweise, amerikanischerseits nach Brigaden, proportional zur zahlenmäßigen Stärke im Reduzierungsraum.

– Die Paktländer des Ostens würden im betreffenden Raum ihrer Panzer um 1000 vermindern, wenn die NATO die taktischen Kernwaffen und deren Trägermittel um eine entsprechende Zahl verringerte. Auch das kommt westlichen Vorstellungen („Panzer des Ostens gegen taktische Kernwaffen des Westens") entgegen.

Obwohl diese Vorschläge zu einer bedeutenden Annäherung der Positionen geführt haben, blieb die NATO – wie gesagt – eine sachliche Antwort schuldig. Am 28. Juni 1979 unterbreiteten die Delegationen der DDR, Polens, der CSSR und der UdSSR inzwischen eine neue, weitergehende Variante mit dem Ziel, die Positionen der Seiten einander noch weiter anzunähern und ein gegenseitiges Übereinkommen zu erleichtern. Diese Variante sieht vor,

– daß die direkten Teilnehmer beider Seiten in einem Abkommen die Verpflichtung übernehmen, ihre Landstreitkräfte auf ein gleiches kollektives Niveau von jeweils 700 000 Mann zu reduzieren, wobei jeder von ihnen dazu einen angemessenen Beitrag leisten soll,

– daß der individuelle Reduzierungsumfang von jedem Abkommensteilnehmer einzeln innerhalb des entsprechenden Bündnisses festgelegt wird: Für die westlichen Staaten innerhalb der NATO und für die sozialistischen Länder in der Organisation des Warschauer Vertrages.

Es ist nicht einzusehen, daß das, was einmal auch von seiten vieler Politiker der Bundesrepublik als diskussionswert angesehen wurde, nun in dieser noch weiter verbesserten Form diskussionsunwürdig sein sollte. Im Gegenteil – hier liegt für den Westen eine große Chance, die nicht vertan werden sollte. Bei seinem Zwischenaufenthalt in Moskau auf dem Flug zum Tokio-Gipfel hat sich Bundeskanzler Schmidt ja ebenfalls dafür ausgesprochen, nun endlich in Wien munterer voranzugehen. Über seine Gespräche mit Kossygin und Gromyko sagte er laut „dpa" vom 25. Juni, daß der Gedankenaustausch die Weltpolitik einschließlich der Rüstungsbegrenzung umfaßte, dazu gehörten das SALT II-Abkommen, das angestrebte Abkommen SALT III, die Folgekonferenz der Europäischen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit 1980 in Madrid und die Wiener Truppenabbaugespräche. Der sowjetischen Führung sei daran gelegen gewesen, ihre Bewertung des Treffens zwischen Cartger und Breshnew zu geben. Nach den Aussichten für ein drittes Abkommen zur Begrenzung der strategischen Rüstung und den Wiener Truppenabbaugesprächen befragt, sagte der Kanzler: „Wir sind beide keineswegs pessimistisch". Bei der Truppenabbaukonferenz erscheine es wünschenswert, nach verschiedenen Annäherungen, die es schon gegeben habe, nun die „Zählkriterien" zu definieren. Es gehe dabei darum, daß man sich darüber einig werde, „was ein Soldat ist, der gezählt werden soll". Ob es wirklich so schwer ist, herauszufinden, ob eine Küchenhilfe ein Soldat ist oder nicht und ob man auf beiden Seiten Küchenhilfen mitzählt oder nicht, so daß dazu Jahre benötigt werden?

Die Frage des gegenseitigen Vertrauens

Niemand wird bestreiten, daß – nach den Jahren des Kalten Krieges und angesichts zahlreicher Entspannungsgegner – Maßnahmen zur Festigung des gegenseitigen Vertrauens in Europa besonderes Gewicht besitzen. Auch hier liegen Vorschläge vor, die sogar über die in der Schlußakte von Helsinki vorgesehenen Schritte wie Ankündigung größerer Manöver der Landstreitkräfte, Austausch von Manöverbeobachtern, Ankündigung größerer militärischer Bewegungen hinausgehen.

Damit solche Vorschläge sorgfältig beraten und geprüft werden können, wäre es nicht nur gut, sondern notwendig, auf politischer Ebene eine Konferenz un-

ter Teilnahme aller europäischen Staaten, der USA und Kanadas einzuberufen, die praktische Maßnahmen zur weiteren militärischen Entspannung in Europa einleutet. Sie wäre eine bedeutende Ergänzung und Hilfe für den Erfolg des nächsten Helsinki-Folge-Treffens in Madrid 1980, das ja die weiterführenden Maßnahmen zur Verwirklichung der Schlußakte von Helsinki in ihrer Gesamtheit erörtern muß.

Natürlich wäre es nicht nur für Europa, sondern auch international von Bedeutung, wenn man mit der Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen vorankäme. Ein guter Schritt dazu wäre die Reduzierung der Militärausgaben jener Staaten, die über ein besonders großes militärisches Potential verfügen. 1973 wurde der XXVIII. UNO-Vollversammlung der Vorschlag über die „Reduzierung der Militärbudgets der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates um zehn Prozent und die Nutzung eines Teils der eingesparten Mittel für die Unterstützung der Entwicklungsländer" vorgelegt. Die Resolution 3093 A (XXVIII) erhielt die Zustimmung von 82 Staaten – und 38 Staaten enthielten sich der Stimme. Auf Grund dieses Widerstandes konnte das Projekt – inzwischen mehrmals präzisiert – bisher nicht verwirklicht werden. Die Realisierung dieses Vorschlags aber – das liegt auf der Hand – würde große Mittel für die Entwicklung von Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Volksbildung, zur Verstärkung der Hilfe für die Entwicklungsländer im Interesse der Beschleunigung ihrer ökonomischen und sozialen Entwicklung, für den Umweltschutz freisetzen. Wäre das nicht ein großer Gewinn?

Auch ein Verzicht aller Staaten auf die Anwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen würde wesentlich zur politischen und militärischen Entspannung beitragen, nicht zuletzt dazu, den Entspannungsprozeß auf andere Regionen auch außerhalb Europas auszudehnen. Bereits 1976 wurde der XXXI. UNO-Vollversammlung ein Konventionsentwurf über den Abschluß eines Weltvertrages über die Nichtanwendung von Gewalt in den internationalen Beziehungen unterbreitet, der die Verpflichtung aller Staaten zum Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt in allen Formen und Erscheinungen einschließlich des Verbots der Anwendung von Kernwaffen enthalten würde. Es geht dabei nicht etwa um eine platte Wiederholung bereits feststehender Verpflichtungen. Mit der Annahme dieser Konvention würden vielmehr bessere Bedingungen dafür geschaffen, daß das grundsätzliche Verbot der Aggression, wie es in der UNO-Charta enthalten ist, tatsächlich eingehalten wird.

Die praktische Verwirklichung eines Gewaltverzichts müßte natürlich verbunden sein mit der Beseitigung bestehender Konfliktherde und der Beendigung beziehungsweise der sofortigen Eindämmung militärischer Gewaltaktionen gegen andere Staaten und Völker. Davon ausgehend müßten die strikte Verwirklichung der UNO-Beschlüsse gegen das Apartheid-Regime der Republik Südafrika und gegen Rhodesien, solide Garantien für die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung für die Völker im Süden Afrikas durchgesetzt werden. Eine gerechte politische Lösung des Nahostproblems müßte gefunden werden. Sie setzt den Abzug der israelischen Truppen

von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten voraus sowie Verwirklichung des unveräußerlichen Rechts des arabischen Volkes von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen Staates, und die Gewährleistung der unabhängigen Existenz und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes, einschließlich Israels. Nicht zuletzt steht eine dauerhafte Friedenslösung in Südostasien und auf der koreanischen Halbinsel ebenfalls noch aus. In allen Regionen würden friedliche Lösungen erleichtert, wenn alle Staaten sich verstünden, solchen Gedanken zuzustimmen wie der Beseitigung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien, dem Abzug ausländischer Truppen vom Territorium anderer Staaten, der Schaffung von kernwaffenfreien und Friedenszonen, vieler Schritte, die friedliche Koexistenz bilateral und multilateral durchsetzen.

Natürlich besteht das Endziel der Völker in der allgemeinen und vollständigen Abrüstung. Das ist – bei der Kompliziertheit der Weltlage – nicht mit einem einzigen gewaltigen Schritt zu erreichen, so wünschenswert es wäre. Bei strikter Beachtung des Prinzips gleicher Sicherheit aber wird es möglich sein, dahin zu gelangen; allerdings nicht ohne den Widerstand derjenigen immer weiter zurückzudrängen, die am Wettrüsten als Gewinnler teilhaben. Bei allen Schwierigkeiten besteht das jetzt Machbare und Lebenswichtige darin, sofort mit der praktischen Begrenzung und der Einstellung des Wettrüstens zu beginnen. Die Möglichkeiten dazu bestehen. Der Kampf für Frieden und Abrüstung erfaßt ja nicht nur deshalb immer breitere Kreise der Weltöffentlichkeit, weil die Gefahren eines dritten Weltkrieges aufgrund der Erfahrungen dieses Jahrhunderts vorstellbar sind, sondern auch durch die Erfahrung, daß sich im aktiven Handeln zur Friedensbewahrung auch Erfolge abzeichnen. Die Welt ist heute – trotz zahlreicher ungelöster Probleme und blutiger Konflikte – sicherer als in den 50er Jahren. Dazu haben auch eine Reihe internationaler Verträge beigetragen:

– Der 1961 in Kraft getretene *Antarktis-Vertrag* erklärt dieses Gebiet zum Territorium mit ausschließlich friedlicher Nutzung. Militärstützpunkte oder -befestigungen, die Durchführung militärischer Manöver und von Tests jeglicher Waffen sind verboten.

– Der 1963 in Kraft getretene Vertrag über das *Verbot von Kernwaffenversuchen* in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser ist das erste multilaterale Abkommen auf dem Gebiet der Kernwaffenabrüstung, der ihre Ausbreitung auf der Erde begrenzt, so daß die radioaktive Verseuchung der Erdatmosphäre zurückgegangen ist. 100 Staaten (außer China und Frankreich) sind diesem Vertrag beigetreten.

– Der 1967 abgeschlossene Vertrag über die Erforschung und Nutzung des *Weltraums* für friedliche Zwecke untersagt, Trägerobjekte für Kernwaffen und andere Massenvernichtungswaffen in den erdnahen Raum zu bringen, solche Waffen auf anderen Himmelskörpern einzulagern, Waffentypen auf anderen Himmelskörpern zu testen und dort militärische Manöver durchzuführen.

– Der 1970 in Kraft getretene Vertrag über die *Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen* verbietet die Weitergabe von Kernwaffen oder -sprengkörpern, deren Übernahme, Produktion oder anderen Zugang durch Nichtkernwaffenstaaten. Er enthält Festlegungen zur Kontrolle durch die internationale Atomenergiebehörde und zur friedlichen Nutzung der Kernenergie. Er ist bisher von 98 Staaten ratifiziert worden.

– Der 1972 in Kraft getretene Vertrag üb er das Verbot der Stationierung von Massenvernichtungswaffen auf dem *Meeresgrund* schützt die Weltmeere vor radioaktiver Verseuchung.

– Die 1975 in Kraft getretene Konvention über das Verbot der Entwicklung, Herstellung und Lagerung von *bakteriologischen (biologischen) und Toxinwaffen* und über ihre Vernichtung ist das erste eigentliche Abrüstungsabkommen in der Geschichte; zum erstenmal ist damit eine Art der Massenvernichtungswaffen vollständig geächtet. Es ist von über 100 Staaten unterzeichnet.

– Die 1977 unterzeichnete Konvention über das Verbot militärischer Anwendung von Mitteln zur Einwirkung auf die *Umwelt* verpflichtet, solche Mittel, die weitgehende, langfristige udnd ernsthafte Folgen nach sich ziehen, nicht zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken anzuwenden. Die Konvention fördert zugleich die Umweltbeeinflussung für friedliche Zwecke.

Das alles sind sichtbare Beweise und Zeugnisse für die reale Möglichkeit, auf komplizierten Gebieten zur Verständigung zu kommen, selbst wenn die Partner unterschiedlichen Gesellschaftssystemen angehören.

IV. Die Rolle der NATO

Am gleichen Tage – am 20. Juni dieses Jahres –, als das Bundeskabinett in Bonn sich mit SALT II befaßte und das Gipfeltreffen – laut Presseverlautbarung – „als wichtigen Beitrag zur Sicherung des Friedens würdigte", konnte man in „Die Weltwoche", Zürich, aus dem Munde von NATO-Generalsekretär Luns die folgenden markigen Worte nicht etwa zur Sache Abrüstung, sondern zu dem eigenwilligen Thema „Aufrüsten, um Abrüsten zu können" lesen. „Blueprints" von Waffen, also Pläne auf dem Papier, reichten als Gegenstand von Verhandlungen nicht aus. Sie müßten schon in Entscheidungen umgesetzt sein, „so daß ein Produktionsprozeß bereits in Gang gekommen ist, wenn die Verhandldungen beginnen. Nur so besteht für die andere Seite die Gewißheit, daß diese Waffen auch tatsächlich in Dienst gestellt werden können . . ." Der NATO-Generalsekretär faßt also SALT II nicht als Anregung für weitere sinnvolle Schritte zum Rüstungsstopp und schließlich zur Abrüstung auf, sondern er sieht in Verhandlungen bestenfalls ein Mittel, dort Druck auszuüben mit bereits in Produktion befindlichen neuen Waffenarten. Darum fordert er zugleich „Modernisierung", zu deutsch: neue taktische Atomwaffen, „die das Gebiet der Sowjetunion erreichen könnten." Und stationiert werden sollen diese Waffen natürlich in der BRD. „Die Bundesrepublik Deutschland" – so Luns – „besteht ja nicht darauf, daß alle NATO-Staaten an dem Programm beteiligt werden". Es wäre ausreichend, wenn ein oder zwei Partner dazu bereit wären. „Belgien zum Beispiel und Großbritannien." Es ginge der BRD ja nur darum, der Gefahr zu entgehen, zum „Prügelknaben in der Ost-West-Auseinanderstzung zu werden."

Aber warum begibt sich denn die Bundesrepublik überhaupt in die Gefahr, zum Prügelknaben zu werden – allein oder mit einem anderen Land gemeinsam? Ein klares Nein zu gefährlichen neuen Waffen würde genügen. Ist es nicht viel sicherer für die Deutschen und die Welt, sich um den Abbau der militärischen Spannungen, um den Abbau der Ost-West-Auseinandersetzung zu kümmern, anstatt neue atomare Schranken aufzurichten, die weiteren Fortschritten in Richtung einer friedlichen Welt den Weg versperren?

Die NATO-Linie der vollendeten Tatsachen, die bereits bis in die 90er Jahre festgeschrieben ist, findet ihre bedenkliche politisch-strategische Ergänzung darin, daß sich Carter „auf die Fortdauer von Kooperation und Konfrontation eingestellt" habe („Süddeutsche Zeitung" v. 16./17. 6. 1979). Ganz abgesehen davon, daß ein solcher Mischmasch wie „Kooperation und Konfrontation" nicht gutgehen kann – Carter realisierte dieses sein Programm bereits auf dem Wege zum Gipfeltreffen nach Wien, indem er beschloß, die sogenannte MX-Rakete zu bauen, von der die „Financial Times" (v. 21. 6. 1979) geheimnisvoll schreibt: „Doch die Entscheidung über die neue Rakete muß mit maximalem Takt getroffen werden, wenn die Öffentlichkeit nicht verärgert werden soll." Mit anderen Worten: Der Betrug an den Völkern soll geschickt manipuliert werden.

Was heißt MX-Rakete?

Die MX-Rakete (Missile Experimental – Experimentalrakete) ist eine mobile ballistische Interkontinentalrakete. Sie besitzt eine Reichweite von mehr als 10 000 Kilometern und die Möglichkeit, Kernsprengköpfe zu transportieren. Sie zählt also zu den strategischen Waffensystemen. Sie soll in den 80er Jahren insbesondere die landgestützte Minuteman-Interkontinentalrakete der USA ersetzen. Mit einem Gewicht von rund 75 Tonnen ist die MX größer und schwerer als diese. Während die Minuteman über drei Mehrfachsprengköpfe von je 200 Kilotonnen verfügte, ist jede MX-Rakete für wenigstens 10 Kernsprengladungen zu je 400 Kilotonnen ausgelegt, die unabhängig in unterschiedliche Ziele dirigiert werden können. Die über 1000 Minuteman-Raketen sind in Silos fest verbunkert. Das neue bei den MX-Raketen soll unter anderem ihre Mobilität sein. Die zunächst für mindestens 30 Milliarden Dollar vorgesehene 200 MX-Raketen sollen in einem unterirdischen Tunnelsystem im Süden der USA auf Rad- oder Schienenfahrzeugen ständig zwischen 8000 Abschußrampen hin- und herbewegt werden, um ihre Ortung zu erschweren und erfolgreich einen atomaren Erstschlag führen zu können. Das bestätigt auch die „International Harald Tribune" (v. 14. 6. 1979) in einem von „The New York Times" übernommenen Leitartikel. Klipp und klar heißt es da: „Mit Präsident Carters Beschluß, die MX-Rakete zu bauen, wird eine weitere Runde im nuklearen Wettrüsten eingeleitet, noch bevor die gegenwärtige Runde zu Ende ist." Ob jedoch die „mit einem Kostenaufwand von 30 Milliarden Dollar verbundene Waffe die Sicherheit der USA verstärkt", sei „durchaus nicht sicher." Außerdem würde die MX „ein neues Ungleichgewicht schaffen, das Wettrüsten stimulieren und die Rüstungskontrolle komplizieren . . ." Mit der MX würde Carter darüber hinaus ein „amerikanisches Erstschlagpotential aufbauen."

Im Interesse der Profite wird alles gewagt. Der US-Senat stimmte bereits für die Aufnahme von 670 Mio. Dollar für die MX in den Pentagon-Haushalt 1980. Der Zuwachs für die amerikanischen Rüstungsproduzenten ist überhaupt so bedeutend, daß – wie das „Handelsblatt" (v. 18. 6. 1979) vermerkt, unter ihnen „keine Angst vor der Zukunft aufkommt." Das verwundert nicht, denn die führenden NATO-Gremien geben dem Rüstungswahnsinn immer neue Spritzen.

Mit einer Tagung des NATO-Rats am 30. und 31. März 1979 in Nordwijkerhout bei Den Haag wurde die Serie der diesjährigen Frühjahrskonferenzen führender NATO-Gremien beendet, Präsident der Tagung war der britische Außenminister Lord Carrington. Dem Rat gehören die Außenminister der 15 NATO-Staaten an. Wichtigstes Thema war die Modernisierung des taktischen und operativen Kernwaffenpotentials einschließlich der Neueinführung nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa. Begründet wurde das alles erneut mit dem Vorwand einer angeblichen Bedrohung der NATO-Staaten durch ein Übergewicht sowjetischer Mittelstreckenraketen. Starker Druck wurde auf die anderen NATO-Staaten ausgeübt, der Stationierung neuer taktischer und operativer Kernwaffen in ihren Ländern zuzustimmen. Bis Ende dieses Jahres sollen die zusätzlichen Rüstungspläne dafür vorliegen. Bundesaußenminister Genscher sprach sich in seiner Rede besonders nachdrücklich für eine rasche Entscheidung über die Modernisierung des taktischen und operativen Kernwaffenpotentials in Westeuropa aus. Laut „Die Welt" (v. 31. 5. 1979) sagte er: „Militärisch und politisch ist die Modernisierung der amerikanischen Kernwaffen auf europäischem Boden unumgänglich." Auch diese jüngste NATO-Tagung unterstrich erneut, daß eine Reihe von Politikern in Bonn mit doppelter Zunge sprechen.

Explosion der NATO-Rüstungsausgaben

Der Sinn der NATO – als Kind des Kalten Krieges – bestand von Anfang an in der Konfrontation. Entspannung ist im Konzept nicht vorgesehen. So wird sie notgedrungen begrifflich – weil die Lage so ist – als lästiges Übel in die psychologische Kriegsführung eingebaut. Aber die Aufrüstung selbst geht weiter wie eh und je in der 30jährigen NATO-Geschichte. In den letzten 10 Jahren betrugen die direkten Rüstungsausgaben der USA 1.255 Mrd. Dollar. Im gleichen Zeitraum erreichten die Rüstungsaufwendungen der NATO insgesamt die gigantische Summe von 1327 Mrd. Dollar. Allein von 1976 bis 1978 erhöhten sich die Rüstungsausgaben der NATO-Länder von 148,3 auf 188,4 Mrd. Dollar jährlich. Und geplant sind ein noch schnelleres Tempo der Erhöhung der Rüstungsbudgets, noch intensivere Anstrengungen auf militärischem Gebiet. Um es zu begründen, taucht nach wie vor die Mär von der sowjetischen Gefahr auf, obwohl selbst in anderen öffentlichen Stellungnahmen zugegeben werden muß, daß der Westen keine Informationen über aggressive Absichten der Sowjetunion hat. Hin und wieder spricht man deshalb nicht mehr von einer Drohung der Sowjetunion, sondern man sagt, sie könnte ja drohen; sie hätte zwar keine Angriffsabsichten, aber sie könnte ja irgendwann welche haben.

Auch die gespielte Besorgnis der NATO über die bei der UdSSR vorhandenen Waffen mittlerer Reichweite ändert nichts am Wesen der Sache. Diese Mittel entstanden als unvermeidliche und adäquate Antwort auf die in Westeuropa und den angrenzenden Meeren dislozierten Kernwaffensysteme, die auf strategische und taktische Ziele der Organisation des Warschauer Vertrages gerichtet sind. Die Sowjetunion hat wiederholt vorgeschlagen, auch über diese Waffen zu verhandeln. Diese Vorschläge fanden jedoch keine positive Reso-

nanz. Aus welchem Grund, das wird jetzt immer offensichtlicher. Diese Ungleichheit, belehren die USA die Verbündeten, kann nur „neutralisiert" werden, indem man die Neutronenwaffe wieder aktiviert. Gerade hierbei stellt sich zum wiederholtenmal die Frage: Welche Rolle will die Bundesrepublik denn nun in der globalen Auseinandersetzung, die um den Fortgang der Entspannungspolitik entbrannt ist, spielen? Wobei will die Regierung unseres Landes nun vorangehen? Soll der Frieden ins Land oder die Neutronenwaffe?

In der Bundesrepublik selbst ist auffällig, daß sich immer mehr Militärs unmittelbar in das Rüstungsgeschäft einschalten. Das wird begünstigt durch den hohen Anteil der Bundeswehr an den Streitkräften der NATO. Die Bundesrepublik stellt 50 % der Divisionen, 40 % der Raketen, 45 % der Panzer, 47 % der Kernwaffen-Artillerie und 30 % der Kampfflugzeuge, die dem NATO-Oberkommando unterstehen. Immer mehr NATO-Kommandopositionen werden von Bundeswehrgeneralen eingenommen. Und bei dieser günstigen „Geschäftslage" nimmt es nicht Wunder, daß auch die Wirtschaft selbst sich gern der Militärs als Berater bedient. Einem Bericht des in Bonn erscheinenden „Wehrdienstes" zufolge sitzen Militärs nicht nur in Aufsichtsräten, sondern haben auch im Raum Köln/Bonn zahlreiche Kontaktstellen der BRD-Rüstungskonzerne zum Verteidigungsministerium besetzt. Die Zahl der pensionierten Offiziere in den Konzernaußenstellen hat sich, wie weiter berichtet wird, in den letzten Jahren verdoppelt. Erst im vorigen Herbst hatte das Verteidigungsministerium bestätigt, daß sich seit 1976 etwa 580 ehemalige Generale, Admirale sowie andere hohe Offiziere und Beamte der Bundeswehr als „Lobbyisten" in verschiedenen Positionen für die Rüstungsindustrie betätigen.

Die verstärkte Rüstungsproduktion in der BRD entspricht nicht nur dem Eigenverständnis der NATO-Kreise in Bonn als der ersten Geige im NATO-Orchester, sie blüht auch auf durch den wiederbelebten Drang der USA, sich als Weltgendarm zu etablieren. Am 27. April 1979 hieß es in der Wochenzeitung „Die Zeit" unter der Überschrift „Wieder Weltpolizist": „Die Amerikaner haben 100 000 Soldaten als Eingreiftruppen in weltpolitischen Unruhezonen bereitgestellt – die Nachricht verblüfft. Waren sie nach Vietnam nicht aus dem Interventionsgeschäft heraus? Hatten sie nicht der Vorstellung abgeschworen, die Welt nach ihrem Bilde einzurichten, wo immer dies verlockend erschien? Washington sieht heute überall in der Welt Moskaus Einfluß am Werk . . . Sie verschließen die Augen davor, daß nicht alles, was auf der Erde geschieht, vom Kreml aus gesteuert wird . . . Hier stellt sich die Frage an Amerikas Alliierte: Sollen wir wirklich Washington zum Dazwischenschlagen ermuntern, wo immer der Status quo ins Rutschen kommt?" Zum gleichen Thema bemerkte die „Frankfurter Rundschau" (v. 25. 6. 79): „Man beginnt wieder, von Intervention und Krieg zu reden." USA-Soldaten „würden wieder in auch diesmal schwer zu kontrollierende Kriege" geschickt werden. „In Kriege um Kraftstoff". Die Zeitung „Münchner Merkur" schließlich drückt die schönsten Träume der Entspannungsgegner aus, wenn sie schreibt, es müßte das „Ziel des Westens sein, die Ölfelder zu besetzen."

Es gilt zu begreifen, daß die Hochrüstungspolitik der NATO immer gefährlicher wird. Ohne Übertreibung – und immer mehr Menschen wird das bewußt – läßt sich feststellen: Von dieser Politik geht die Hauptgefahr für Frieden und Entspannung aus. Der Entspannungsprozeß in Europa hat die NATO nicht berührt. Wie ehedem bleibt sie ein gefährlicher Herd der internationalen Spannung. Wie ehedem ist sie Zentrum der aggressivsten Kräften. Dem Namen nach ein nordatlantisches Bündnis, weitet sie sich aus nach Afrika und dem Persischen Golf, nach dem Mittelmeer und dem Indischen Ozean. Mit Verteidigung hat das nichts zu tun. Wenn das aber so ist, was will dann ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland in der NATO? Wenn die Mitgliedschaft in der NATO uns zurückführt zu einer geschichtlichen Katastrophe, wie sie unser Volk und die Welt mit dem 1. September 1939 bereits einmal erlebte; wenn die NATO unser Volk in neue militärische Abenteuer hineinzieht, anstatt uns voranzubringen in eine Welt der Abrüstung und des gegenseitigen Vertrauens, des Friedens und der Verständigung, des Wohlstandes und der sozialen Sicherheit, dann ist die Frage sicher nicht vermessen, die immer mehr Menschen auch in unserem Land stellen: Wozu NATO? Und warum gerade wir?

Krieg oder Frieden – für Europa keine Frage mehr?

Von Lorenz Knorr

Die aktuelle Rückbesinnung auf den Zweiten Weltkrieg und die aus ihm zu ziehenden Konsequenzen ebenso wie die gegenwärtige Zuspitzung der Auseinandersetzung um die Zukunft von Entspannung und Abrüstung werfen grundsätzliche Fragen des Friedens, des Friedensverständnisses und der Friedensarbeit auf, deren vielfach nicht hinreichend bedachte Relevanz Lorenz Knorr im folgenden Beitrag herauszuarbeiten versucht. D. Red.

Die Widersprüchlichkeit der sicherheitspolitischen Entwicklung in Europa und in der Welt ist offenkundig. Konstruktive Friedenspolitik und Destabilisierungsversuche, konkrete Abrüstungsvorschläge und Rüstungseskalation,

Kampf um soziale Sicherheit der Völker und konfliktträchtige unsoziale Praktiken stoßen aufeinander. So stellt sich zum 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges die Frage, welche Konsequenzen aus leidvollen geschichtlichen Erfahrungen gezogen wurden. Zu klären ist auch, welches Friedensverhältnis und welche Friedensgefährdungen in der Politik von Regierenden oder dominierenden Minderheiten angelegt sind.

– Ist Friede lediglich eine Pause zwischen Kriegen; hat er seinen Sinn nur als Vorbereitungszeit auf den Krieg, die wahre „Gestaltungsmacht der Geschichte"? Gibt es immer noch Kräfte, die den Systemwettstreit mit militärischer Gewaltanwendung entscheiden möchten?

– Ist Friede zwar Pause zwischen Kriegen, jedoch mit eigenständigem Wert, dennoch aber nur Vorkriegs- oder Nachkriegszeit, da Kriege letzten Endes unvermeidlich sind? Ermöglicht nicht gerade die neue Rüstungstechnologie, begrenzte Kriege zu führen?

– Ist Friede zur alleinigen und dauerhaften Existenzform der Menschheit zu entwickeln, indem die zwischenstaatlichen Beziehungen, auch durch verbesserte Möglichkeiten der UNO, so geregelt werden, daß Krieg ein für allemal vermeidbar wird?

– Ist Friede erst dann zur alleinigen und dauerhaften Existenzbedingung der Völker zu gestalten, wenn innerstaatlich und weltweit soziale Gerechtigkeit, Sicherheit und Selbstbestimmung dominieren? Auf welche Weise wäre ein derartiger Zustand durchzusetzen?

In der Tat lassen sich solche Hauptströmungen von Friedensverständnis bzw. politischen Gestaltungsversuchen in unserer Zeit nachweisen. Sie enthalten Variationen und sind nicht immer scharf voneinander abzugrenzen, dürfen also nicht schematisiert werden. Jedoch erleichtern sie die Orientierung, mitunter auch die Unterscheidung von Friedensheuchelei und ernsthafter Friedenspolitik. Vorweg bleibt festzustellen, daß manche Staaten, Sozialgruppen oder Personen – unbeschadet objektiver Hindernisse und politischer Realisierungsschwierigkeiten bei Friedenssicherung und -gestaltung – eine klare und konstante Linie über Jahrzehnte aufweisen, während andere mit erforderlichen taktischen oder unnötigen und schädlichen opportunistischen Anpassungen auch Grundsätze wechselten.

„Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio . . . Ich begreife eine Politik für den Frieden als wahre Realpolitik dieser Epoche . . . Koexistenz wurde nicht zu einer unter mehreren akzeptablen Möglichkeiten, sondern zur einzigen Chance zu überleben . . . Soziale Gerechtigkeit gehört zu den Grundlagen eines dauerhaften Friedens. Materielle Not ist konkrete Unfreiheit . . . Eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung erfordert gleichwertige Entwicklungschancen für alle Völker"[1]). So der frühere Bun-

1) Jahresbericht der Bundesregierung 1971; S. 100 ff.; vgl. auch Brandts erste Regierungserklärung vom 28. 10. 1969 in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (im folgenden zit. als „Bulletin") 132/1969.

deskanzler Brandt. Und sein Parteifreund Dröscher: „Ohne gesicherten Frieden, ohne Entspannung und Abrüstung fehlen entscheidende Grundlagen für eine Politik, die Freiheit und Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität für die arbeitenden Menschen nicht nur zum Gegenstand von Sonntagsreden, sondern zur täglich erfahrbaren gesellschaftlichen Wirklichkeit machen will. Wir haben ein existentielles Interesse an einer Politik des Friedens und der Entspannung"[2]). Ein solches Friedensverständnis entspricht dem verfassungsrechtlichen Auftrag des Grundgesetzes der BRD.

Trotz aller gravierenden Unterschiede zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Positionen existieren hinsichtlich des Friedensverständnisses durchaus gewisse Gemeinsamkeiten. Analysiert man etwa Reden und Beschlüsse der Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas vom 29./30. Juni 1976 über „Frieden, Sicherheit, Zusammenarbeit und sozialen Fortschritt in Europa"[3]), so zeigen sich im Vergleich zu sozialdemokratischen Äußerungen zwar divergierende ideologische, bündnispolitische, die Rolle der gesellschaftlichen Kräfte und die Ausformung der Innenpolitik betreffende Festlegungen. Ein Hindernis für gemeinsames Bemühen, Entspannungsgegnern und Widersachern des sozialen Fortschritts entgegenzutreten, sollte darin jedoch nicht liegen. Zwar wurzeln beide Auffassungen in der gemeinsamen Tradition der historischen Arbeiterbewegung. Ob man jedoch vom philosophischen Materialismus oder Idealismus ausgeht oder von religiösen Einstellungen: die Verknüpfung von aktiver Kriegsverhütungspolitik mit sozialem Fortschritt, von kollektiv-äußerer mit sozial-innenpolitischer Sicherheit, von Vertrags- und Verständigungspolitik der Staaten mit der Solidarität der Völker, dies ist heute kein Privileg mehr von Kräften, die aus dem schweren Kampf der Arbeiterbewegung gegen Ausplünderung und Ausrottung von Menschen durch Menschen hervorgingen. Heute treten Menschen unterschiedlicher sozialer Herkunft und sonstiger Gesinnungen für Abrüstung nicht nur als Mittel dauerhafter Friedensicherung ein. Auch als Voraussetzung, die materiellen und kulturellen Lebensbedingungen der Völker zu verbessern sowie Arbeitskraft und materielle Ressourcen in den Dienst des sozialen Fortschritts zu stellen, statt sie zu vergeuden für parasitäre Rüstung, wird Abrüstung als notwendig erachtet.

In den päpstlichen Enzykliken „Pacem in terris"[4]) und „Populorum progressio"[5]) finden sich viele Stellen, die gegen soziales Unrecht und Rüstungseskalation als friedensgefährdende Praktiken gerichtet sind. Die Bergpredigt Jesu enthält einen Auftrag, der durchaus mit dem hier skizzierten Friedensverständnis vereinbar ist.

Pazifismus im Sinne von Verweigerung jedweden Waffendienstes spielt – wie christliche Friedenskräfte auch – in der Weltfriedensbewegung eine beachtliche Rolle. Unter Regierenden ist Pazifismus jedoch nicht vorzufinden. Selbst

2) In: Was alles auf dem Spiel steht, München 1975, S. 67.
3) Wortlaut des Dokuments der Berliner Konferenz in „Blätter", 7/1976, S. 832–838, und 8/1978, S. 952–959.
4) Auszüge in „Blätter", 5/1963, S. 402–407.
5) Wortlaut in „Blätter", 5/1967, S. 511–531.

der frühere indische Premier Nehru, der als Repräsentant von pazifistischer Gewaltlosigkeit galt, ließ 1961 das indische Gebiet Goa durch Streitkräfte von der portugiesischen Kolonialmacht befreien. Der Pazifismus enthält Strömungen, die ihn mit sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlichem Fortschritt verbinden; er kann jedoch auch zur im folgenden erörterten Hauptrichtung gehören.

Dauerhafter Friede ohne allgemeine soziale Gerechtigkeit?

Repräsentanten eines anderen Friedensverständnisses, die gleichwohl als eine mittragende Gruppe für Fixierung, Annahme und Realisierung der Schlußakte der KSZE zu betrachten sind, legen zwar größten Wert auf friedensstabilisierende Normen zwischenstaatlichen Verhaltens. Sie trennen jedoch internationale Sicherheit von der sozialen und haben eine oft statische Einstellung zum politischen Inhalt von Frieden. Die offensichtliche Notwendigkeit innenpolitischer und globaler sozialer Gerechtigkeit als Basis dauerhafter Friedenssicherung wird nicht erkannt oder nicht akzeptiert. Keineswegs verschließt man sich der Einsicht, daß zumindest die ärgsten Auswüchse von Machtstrukturen, Widersprüche zwischen Privilegierten und hochgradig Benachteiligten, Herrschenden und total Abhängigen zu mildern sind; dies allerdings meist nur, um überholte Besitz- und Machtverhältnisse nicht prinzipiell ändern zu müssen. Auch die Unhaltbarkeit des Sachverhalts wird nicht bestritten, daß z. B. das Pro-Kopf-Einkommen in westlichen Industriestaaten etwa zwanzigmal so hoch ist wie in manchen Entwicklungsländern und daß auch innerhalb der westlichen Industriestaaten krasse Unterschiede bestehen. Kosmetische Korrekturen werden akzeptiert. Jedoch klassifiziert man Versuche, ungerechte Machtstrukturen grundsätzlich zu ändern als friedensgefährdend und reagiert dementsprechend. Befürwortet wird meist auch kooperative Rüstungssteuerung, um die militärische Parität im Sinne traditioneller Gleichgewichts-Theorien zu gewährleisten, jedoch nicht Abrüstung. Oft wird auch die Außenpolitik der Innenpolitik vorgeordnet, von internationalen Erfordernissen im Dienste von Besitz- und Machtstabilisierung entsprechende interne Determinanten abgeleitet: „Nationale Sicherheit" verlange innere Geschlossenheit, gemeinsame Außenpolitik aller Gesellschaftskräfte u. a. Ein solches Friedensverständnis schöpft die grundgesetzlichen Möglichkeiten, z. B. das Sozialstaatsprinzip nach Art. 20 nicht aus.

US-Außenminister Kissinger vertrat zwar zu verschiedenen Zeiten schon recht kontrastreiche Positionen. Jedoch war er es, der angesichts der Sachzwänge veränderter globaler Machtkonstellationen und des atomaren Vernichtungsrisikos „friedliche Koexistenz als einzige der möglichen Beziehungen" und das Prinzip der gleichen Sicherheit zwischen UdSSR und USA anzuerkennen und vertraglich zu verankern bereit war. Einige seiner Reden und Aussagen stehen stellvertretend für ein Friedensverständnis, das die Regel der internationalen Beziehungen vom sozialen Fortschritt losgelöst ausdrückt: „In einer Zeit, in der zwei Länder über die Macht verfügen, die Welt innerhalb weniger Stunden in eine Trümmerstätte zu verwandeln, gibt es

kein höheres Gebot, als sicherzustellen, daß die Beziehungen zwischen den Weltmächten wirksam und vernünftig gestaltet werden. Dies ist eine Aufgabe, wie es sie noch nie gegeben hat. In der Geschichte haben ideologischer Konflikt und geopolitische Interessen, wie sie für die gegenwärtige internationale Situation charakteristisch sind, nahezu unabänderlich in einem Konflikt geendet. Aber in dem Zeitalter der thermonuklearen Waffen und des strategischen Gleichgewichts würde die Menschheit eine solche Wiederholung der Geschichte nicht überleben."[6])

Zweifellos sammelten viele dieser Repräsentanten während und nach der friedlichen Beilegung der Kubakrise 1962 und vor allem während und nach der US-Aggression in Vietnam ihre reflektierten Erfahrungen. Die Grenzen auch der größten Kriegsmaschinerie in der bisherigen Geschichte waren erkennbar. Ausweichen in politischen Irrationalismus war für viele die Konsequenz oder, besser gesagt, die Flucht. Einsicht in die Notwendigkeit friedlicher Koexistenz kennzeichnet jedoch die Haltung anderer, sofern sie nicht bereits in früheren Epochen ein solches Friedensverständnis offenbarten[7]).

Krieg als letztes Mittel der Politik?

Ein bereits negatives Friedensverständnis schließt die Würdigung der Abwesenheit von Krieg als eigenständigen Zustand mit entsprechenden politischen Gestaltungsversuchen durchaus ein. Jedoch wird angesichts der prinzipiellen Unvereinbarkeit bestehender Gesellschaftssysteme und dementsprechend kollidierender Ideologien sowie angesichts der für den Westen kritischen Rohstoffproblematik der Krieg als letztes Mittel der Politik auch im Atomzeitalter nicht ausgeschlossen. Dabei braucht die Bedeutung innerpolitischer Probleme keineswegs verkannt zu werden. Internes Krisenmanagement bezieht sich nicht allein auf die Stabilisierung innerstaatlicher Besitz- und Herrschaftsverhältnisse; ihm wird im Systemwettstreit und zur Schaffung einer tragfähigen Basis außenpolitischer Machtentfaltung eine wichtige Rolle zugemessen[8]). Bei aller erkennbaren Bereitschaft, internationale Krisen und Konflikte vor allem dort zu vermeiden oder zu meistern, wo eindeutige Vorteile für den Spätkapitalismus nicht erreichbar sind, fehlt die Entschiedenheit, den Krieg ein für allemal aus dem Leben der Völker zu verbannen und dementsprechende politische Maßnahmen einzuleiten.

„Es ist natürlich lebenswichtig, über die Fähigkeit militärischer Intervention zu verfügen in Fällen, in denen alle sonstigen Mittel der Einflußnahme versagen . . . Der Westen verfügt über eine ganze Anzahl solcher Mittel – sie reichen von diplomatisch ausgeübtem Druck bis zur technischen Hilfe und wirtschaftlichen Förderung und schließen notfalls militärische Intervention mit

6) „Europa-Archiv", 8/1975, S. D 189/190.

7) Abweichend von Festlegungen mancher Friedensforscher, z. B. J. Galtung, die positiven Frieden nur im Zusammenhang mit Abwesenheit von struktureller Gewalt – sprich: sozialer Ungerechtigkeit – definieren, werden hier aus politischen und methodischen Gründen alle Positionen, die zum Gelingen und zur Realisierung der Schlußakte der KSZE beitrugen, als positiv im Sinne eines gesicherten Friedens verstanden; vgl. J. Galtung, Strukturelle Gewalt, Hamburg 1975.

8) Vgl. H. Schmidt in: „Bulletin", 70/1975, S. 655/656, insbesondere 72/1975, S. 669ff.

ein"[9]), so der Direktor eines mit der NATO liierten Forschungsinstituts, Bertram. Derselbe wies in einer nicht unbedeutenden Studie dem Krieg auch eine positive Rolle zu, indem er diesen als Mittel wichtiger Transformationen – offenkundig solcher im Interesse besitzender Minderheiten – darstellt: „Wandel durch Krieg ist als Mittel der Politik rehabilitiert. Wandel ohne Krieg bleibt das Ziel und hoffentlich die Regel, Wandel durch Krieg wird mehr als bisher als Ausnahme akzeptabel"[10]). Der offenkundige Widerspruch zur völkerrechtlich verbindlichen UNO-Satzung wird nicht einmal erwähnt.

Bundeskanzler Schmidt hatte die US-Aggression in Vietnam „der Weltöffentlichkeit (als) ein praktisches Beispiel einer kontrollierten Eskalation" vorgestellt[11]). Ganz im Sinne des militärisch-industriellen Komplexes und der Expansion der NATO-Kompetenz auf andere Erdteile schrieb er: „Ein Abbröckeln der amerikanischen Position an den Rändern des Pazifischen Ozeans würde gleichzeitig eine schwere Beeinträchtigung der Gesamtposition des Westens bedeuten oder nach sich ziehen. In Indien, in Südostasien wie auch im Fernen Osten stehen unmittelbar vitale Interessen auch der übrigen NATO-Partner auf dem Spiel"[12]). Auch war Schmidts Einstellung zu einem Krieg zwischen USA und UdSSR sowie auf europäischem Boden durchaus ambivalent[13]). Zwar gab er sich beim Gipfeltreffen in Helsinki zum Abschluß der KSZE als einer, der Frieden mit verringerter Rüstung und sozialer Wohlfahrt verknüpft[14]). Jedoch warnte er noch 1970 pointiert vor einer Europäischen Sicherheitskonferenz: als Minister der SPD-FDP-Koalition![15]) Schließlich zählt Schmidt zu den Protagonisten des NATO-Langzeit-Rüstungsprogramms, das 1978 in Washington auf der Gipfelkonferenz der NATO beschlossen wurde[16]). Diese rüstungseskalierende und den sozialen Fortschritt bremsende Planung bis 1993 schließt die Stationierung der Neutronenbombe und kontinentaler Raketen in Westeuropa ein. Sie steht im Widerspruch zur Schlußakte der KSZE sowie dem Schlußdokument der UNO-Sondertagung für Abrüstung und ist eine Provokation für Entspannungsbefürworter.

Schmidt hält jedoch eindeutig fest am Primat der Politik. Das gilt auch für andere Positionen und Gruppen dieser Richtung. Bei Bertram und weiteren dagegen wird ablenkend von der politischen Verantwortung der angeblich das Kriegsrisiko in sich schließenden und nicht zu bremsenden Rüstungstechnologie die Schuld zuzuschieben versucht.

Wenn diese dritte Gruppe betont zum Unterschied von den aggressivsten Kräften der NATO nicht auf die „chinesische Karte" und auf erneuten Konfrontationskurs zu den sozialistischen Staaten setzt, so spielen dabei mehrere Momente eine Rolle. Es fehlt die Bereitschaft zu einer Politik am Rande des

9) Vgl. „loyal – das deutsche wehrmagazin", 9/1978, S. 38.
10) In: „Sicherheitspolitik", Bad Honnef 1977, S. 4. Vgl. auch „Blätter", 2/1979, S. 214 ff.
11) In: H. Kahn, Eskalation – Die Politik mit der Vernichtungsspirale, Berlin (West) 1965. S. 22, auch S. 23 unten.
12) Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1968, S. XIII.
13) Vgl. H. Kahn, a.a.O., S. 24/25.
14) „Blätter", 8/1975, S. 857.
15) Vgl. „Die Welt" v. 16. 2. 1970, S. 6/7.
16) Vgl. „Europa-Archiv", 17/1978, S. D 469 ff.

atomaren Abgrundes, zumal die US-Strategen das Vernichtungsrisiko in einem „begrenzten Atomkrieg" einseitig auf Europa abzuwälzen versuchen; interne Stabilisierungsprobleme nötigen zu weiterer Kooperation mit den östlichen Nachbarstaaten, schon weil im gegenteiligen Falle die Arbeitslosigkeit rasch ansteigen würde; auch ist Rücksichtnahme auf andere Kräfte in der Regierungskoalition bzw. der SPD angebracht.

Friede – lediglich Waffenstillstand zwischen Kriegen?

„Die gegenwärtige Logik, die besagt, daß der nächste Krieg wirklich ein Krieg ‚aus dem Stand' sein könnte, ist nicht völlig bar jeder Vernunft", ließ US-General Haig, bis Juni d.J. NATO-Oberbefehlshaber, kürzlich verlauten[17]). Derselbe an der US-Aggression in Vietnam beteiligte General hält auch die „Vorneverteidigung" in die DDR hinein für möglich. Die Vorstellung Brzezinskis, des Sicherheitsberaters des US-Präsidenten, von einem „begrenzten Atomkrieg" in Europa, hat Einfluß auf alle militärischen Planungen der NATO[18]). Der frühere US-Botschafter bei der NATO, Strauß-Hupé, schrieb: „Erhaltung und Festigung unseres politischen Systems: diese Aufgabe ist wichtiger als die Erhaltung des Friedens . . . Wir können nicht zulassen, daß das dem unseren entgegengesetzte politische System am Leben bleibt"[19]). Der Frieden wird degradiert zur Vorbereitungszeit auf den Krieg, auf die Liquidierung der Systemalternative. Auf gleicher Linie lag der frühere Bundeskanzler Adenauer, als er erklärte: „Der nächste Krieg zwischen Amerika und Rußland kommt auf jeden Fall . . . und dann müssen wir auf der richtigen Seite dabei sein"[20]). Die „Zone befreien" und „Osteuropa neu ordnen" sowie die Politik der „Todfeindschaft" mit dem Kommunismus[21]) war ganz in diesem Sinne. Dieses „Friedens"-Verständnis stand in krassem Widerspruch zu geschichtlichen Erfahrungen und zum Auftrag des Grundgesetzes. Die territorialen und sozialen Vorkriegsverhältnisse sollten wiederhergestellt werden; da man sich auf Seiten des Stärkeren wähnte, wurde remilitarisiert, wurden hochbelastete Kriegsverbrecher reaktiviert und rehabilitiert, drohte Strauß, mit den Waffen der Alliierten könne man die UdSSR „von der Landkarte ausradieren"[22]): Kriege hatte es immer gegeben, gibt es, also wird es sie

17) „NATO-Brief", 6/1978, blaue Beilage S. 2.

18) Vgl. „Die Welt" v. 16. 8. 1977 und 11. 10. 1977; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (FAZ) v. 5. 9. 1977; ferner: „Blätter", 3/1978, S. 274 ff.

19) A Forward Strategy for America, New York 1971, S. 402.

20) Zit. nach U. Noack, „Gesamtdeutsche Rundschau", 35/1957.

21) Vgl. G. Heinemann, Verfehlte Deutschlandpolitik, Frankfurt/M. 1966, S. 47, 126 und 141; P. Sethe, Zwischen Bonn und Moskau, Frankfurt/M. 1956, S. 142. Bei vielen Entscheidungen Adenauers hinsichtlich der Militär- und Ostpolitik, insbesondere der Ablehnung einer Atomwaffenfreien Zone, spielten ehemalige Hitler-Generale eine maßgebliche Rolle; vgl. P. Sethe, Die großen Entscheidungen, Frankfurt/M. 1958, S. 50 ff., insbesondere S. 57.

22) „Nürnberger Nachrichten" v. 13. 11. 1956; „Der Kurier", Berlin (West) v. 23. 4. 1959. In diesem und in anderem Zusammenhang hatte Strauß mehrfach erklärt, daß der Zweite Weltkrieg noch nicht zu Ende sei. Am 21. Juli 1961 erklärte er in Santa Rosé, Kalifornien, daß es Aufgabe der Deutschen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sei, die Fehler Hitlers zu korrigieren und den Kommunismus aus Europa zurückzurollen. Zweifellos war das Friedensverständnis von Strauß stark beeinflußt von seinen militärischen Ratgebern, zumeist hochbelasteten Hitler-Generalen und Kriegsverbrechern wie Heusinger, Spiedel, Foertsch u. a. Diese Herren waren vom Revanche-Denken und von der Ludendorffschen Doktrin geprägt, nach der Friede die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln ist.

auch in der Zukunft geben. Und wenn das totale Vernichtungsrisiko in einem Dritten Weltkrieg ausgeschlossen werden soll, dann müssen eben solche Vernichtungsinstrumente entwickelt werden, die einen begrenzten Krieg ermöglichen. Auf jeden Fall muß man der militärisch Stärkere bleiben, wie immer das zu begründen sein mag.

Der frühere US-Außenminister Dulles formulierte: „Wir werden niemals einen gesicherten und glücklichen Frieden haben, solange der sowjetische Kommunismus über ein Drittel der Völker herrscht"[23]). Glücklicher Friede war ihm nur vorstellbar, wenn man jenen Staat ausschaltete, der von Anfang an mit der Politik der friedlichen Koexistenz Kriege zwischen Staaten mit unvereinbaren Systemen zu verhindern trachtete, gleichwohl für globale soziale Sicherheit wirkte. „Gesicherten Frieden" hatten die kapitalistischen Staaten auch *vor* der Existenz des ersten kommunistischen Staates nicht schaffen können, wie die Geschichte beweist.

Ein auf Krieg orientierter Friede bringt zwangsläufig den Vorrang der Rüstung vor allen anderen Staatsaufgaben mit sich, Bildung, soziale Sicherheit und Innovationen bleiben Stiefkinder. Wer militärische Macht als Hauptregulator der internationalen Beziehungen betrachtet, unterschätzt oder vernachlässigt folgerichtig geschichtsträchtige soziale Faktoren. In den USA wird deshalb „Die ausgelaugte Gesellschaft" angeprangert[24]). Der McCarthyismus, die Diffamierung aller nichtkonformen Kräfte und ihre „Entlarvung als Handlanger des Feindes" gehörten zu diesem „Friedens"-Verständnis[25]). In der BRD entsprechen die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze, dieses „Kriegsrecht in Friedenszeiten", solchen Vorstellungen und solcher Praxis[26]).

Zwar prägte der Kalte Krieg solches „Friedens"-Verständnis. Jedoch der Haupturheber der militärischen Konfrontation, der Rüstungseskalation, der Politik der Todfeindschaft – der militärisch-industrielle Komplex – existiert ja weiter, wurde voluminöser, wenn ihm auch international einige Grenzen für seinen Einfluß gesetzt werden konnten.

In der Haltung der CDU/CSU zu den Ostverträgen der SPD-FDP-Koalition und zu den in der Schlußakte der KSZE festgelegten verpflichtenden Prinzipien der friedlichen Koexistenz[27]), in der Gier verschiedener Kreise der NATO

23) The Shaping of American Diplomacy, Chicago 1956, S. 1027.

24) Vgl. Seymour Melman, Our depleted Society, New York 1965.

25) Vgl. J. Anderson/R. May, McCarthy, Hamburg 1952; vgl. ferner H. Hannover, Politische Diffamierung der Opposition, Dortmund 1962. In der BRD kopierte R. Barzel mit der Aktion „Rettet die Freiheit" den McCarthismus. Hunderte bekannter Personen, die als Antifaschisten oder Humanisten Rang und Namen besaßen, wurden als Handlanger einer fremden Macht abgestempelt, weil sie gegen Remilitarisierung und die katastrophenträchtige Militärstrategie des „roll back" auftraten. Am 27. Februar 1955 nannte der damalige Außenminister von Brentano im Bundestag alle, die gegen den Eintritt der BRD in die NATO und für Verhandlungen mit der UdSSR eintraten – das waren damals zwei Fünftel der Bundestagsabgeordneten und die Bevölkerungsmehrheit – „Narren oder Verbrecher". Für Entstehen und Existenz einer derartigen Einstellung spielte auch die nazistische Durchsetzung der Bonner Staatsbürokratie eine Rolle; allein im Außenministerium waren 80% aller leitenden Positionen mit Ex-Nazi-Diplomaten besetzt.

26) H. H. Holz/P. Neuhöffer, Griff nach der Diktatur, Köln 1965; H. Ridder u. a., Notstand der Demokratie, Frankfurt/M. 1967.

27) Vgl. insbesondere Bundestagsprotokoll v. 25. 7. 1975, aber auch Kommentare und Berichte zu Ostverträgen und KSZE im „Bayernkruier" und in der Springer-Presse.

nach qualitativ veränderten Vernichtungsmitteln und im Streben nach einer neuen Einkreisung des Hauptlandes der friedlichen Koexistenz durch Einbeziehung Chinas in die NATO-Planung zeigen sich Denkweisen und tradierte Verhaltensmuster, die mit den obigen des Kalten Krieges durchaus identisch sind. Man kann heute nicht mehr – das wird noch auf seine Gründe zu untersuchen sein – so reden, taktieren und Ziele anstreben, wie dies vor 20 oder 30 Jahren der Fall war. Mit der Existenz der militärisch-industriellen Komplexe in verschiedenen Staaten, als aggressivster Kern der NATO und im Hauptquartier derselben koordiniert, werden weiterhin jene Praktiken und Ideologien produziert, die dem Kalten Krieg und der Politik am Rande des atomaren Abgrundes immanent waren. Nicht umsonst streben benennbare Kräfte zurück in die Schützengräben des Kalten Krieges und versuchen, die Entspannung als Irreführung, historische Zwischenepisode oder als nachteilig für den Westen auszugeben.

Frieden: historisch und sozialstrukturell geprägt

Aus all dem ergibt sich, daß unter Frieden qualitativ Unterschiedliches verstanden wird. Frieden kann instabil sein durch konfliktgeladenes soziales Unrecht innerhalb der Staaten und zwischen den Staaten; er kann jedoch auch immer mehr stabilisiert werden infolge fortschreitender Durchsetzung von innerstaatlicher und globaler sozialer Gerechtigkeit, Selbstbestimmung und Sicherheit. Prinzipiell verschieden kann der soziale Inhalt von Frieden sein je nach dominierenden sozialen Interessen bzw. je nach innenpolitischen und internationalen Kräfteverhältnissen, die mit einem dementsprechenden Grad von politischem Bewußtsein korrespondieren. Frieden kann mehr oder minder lange Pause zwischen Kriegen sein, „Nichtkrieg" sozusagen, aber auch planvoll gestalteter dynamischer und unumkehrbarer Prozeß, der zur dauerhaften alleinigen Existenzform interner, zwischenstaatlicher und internationaler Beziehungen zu entwickeln ist. Als kürzerer oder längerer Waffenstillstand zwischen Kriegen, kann er transformiert und dauerhaft gestaltet werden, wenn die Realisierung von immer mehr sozialer Sicherheit für alle Völker erreicht und verbindliche kriegsverhütende Regeln zwischenstaatlichen Verhaltens von immer kräftiger vorherrschenden Friedensinteressen garantiert werden. Jedoch hängt die Art von Frieden auch und vor allem von den Produktionsverhältnissen oder dem gesellschaftlichen Lebensprozeß ab, die einem bestimmten Grad der Entfaltung der Produktivkräfte[28]) entsprechen. Aus der Gesamtheit der sozialökonomischen Beziehungen, die Menschen im Prozeß der Arbeit, des Austausches und der Verteilung der produzierten Güter – also der Produktionsverhältnisse – bewirken, die kennzeichnend für die Struktur der jeweiligen Gesellschaft ist und der ein gesellschaftliches Bewußtsein entspricht, ergeben sich dominierende Kriegsinteressen oder vorherrschende, womöglich ausschließliche Friedensinteressen. Das ist die materielle Basis von Krieg oder Frieden.

28) Gesamtheit subjektiver und materieller Faktoren des Produktionsprozesses: die Menschen mit ihren Qualifikationen, Werkzeuge und Maschinen mit entsprechender Leistungskraft, Leitung und Organisation der Produktion.

Weder im Zeitalter der Sklaverei noch im darauf folgenden des Feudalismus waren die erforderlichen Voraussetzungen für die Verbannung des Krieges aus dem Leben der Völker gegeben. Der unsoziale und instabile Charakter von Frieden in diesen Epochen ist bekannt. Antagonistische Interessengegensätze zwischen Sklaven und Sklavenhaltern, zwischen Leibeigenen oder hörigen Bauern und Feudalherren sowie Interessenkollisionen zwischen den Herrschenden verhinderten einen sozial gerechten und demokratischen Frieden. Die alttestamentarische Verheißung, die Völker „werden ihre Schwerter zu Pflugscharen schmieden und aus ihren Spießen Rebmesser machen; kein Volk wird mehr gegen ein anderes kämpfen; den Krieg werden sie verlernen", war damals noch nicht zu verwirklichen. Auch Kants Philosophie „Zum ewigen Frieden" als einer der Höhe- und Glanzpunkte von bürgerlichem Humanismus und Aufklärung konnte an der Schwelle kapitalistischer Industrialisierung keinen Wandel bewirken: weder war das erforderliche Kräftepotential für dauerhafte Friedenssicherung entwickelt, noch waren entscheidende Einsichten in das tiefere Wesen von Krieg und Frieden vorhanden. Der sich entwickelnde profitorientierte kapitalistische Konkurrenzkampf, auf rücksichtslose Ausschaltung von zunächst innenpolitischen Konkurrenten gerichtet und auf einen größeren Anteil am Markt sowie auf bessere Kapitalverwertungsbedingungen zielend, verbunden mit maßloser Ausbeutung der Lohnarbeiter, setzte sich außenpolitisch fort im brutalen Konkurrenzkampf der Nationalstaaten in immer umfangreicheren Raubkriegen um neue Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagemöglichkeiten[29]). In dieser Entwicklungsphase zeigte sich deutlicher als bisher, daß in der Außen- und Kriegspolitik jene Praktiken fortgesetzt werden, die innenpolitisch bereits dominieren. Es erwies sich, daß Außen- und Kriegspolitik nicht losgelöst von sozialstrukturellen Bedingungen existiert.

In der imperialistischen Phase des Kapitalismus, dem Monopolkapitalismus, steigerte sich der wirtschaftliche Konzentrationsprozeß und schaltete immer mehr Konkurrenten aus; die außenpolitische Fortsetzung war der Kampf um die Neuaufteilung der Welt und um Weltherrschaft. Nicht nur die Entfaltung der Produktivkräfte, die mißbraucht wurden für eine neue Rüstungstechnik, förderte den Militarismus, sondern auch der hemmungslose Kampf um die Weltmärkte, um neue Kolonien – die von anderen Staaten erbeutet werden mußten – und um maximale Monopolprofite[30]). Das „ius ad bellum", das Recht auf Krieg, sollte die Raubzüge legitimieren. Das „Schwert als Schiedsrichter" wurde allgemein anerkannt, denn der Unterlegene hatte die Möglichkeit, bei günstiger Gelegenheit Revanche zu üben. Die ungleichmäßige Entwicklung der imperialistischen Staaten veränderte die Machtverhältnisse zwischen den Staaten und schuf solche Gelegenheiten für Revanche. Militärische Macht galt als Hauptregulator der internationalen Beziehungen. Krieg hängt also nicht allein mit definierbaren Interessen zusammen, sondern – von diesen be-

29) Vgl. J. Herrmann, Spuren des Prometheus, Köln 1977; B. Holle, Das Bild der Menschheit, 9 Bde., Baden-Baden 1976; L. Knorr, Vom Wettrüsten zur Abrüstung, Köln 1978.

30) Zum Imperialismus vgl. W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in 2 Bdn., Moskau 1946/47, Bd. I., S. 767 ff.; W. J. Mommsen, Imperialismustheorien, Göttingen 1977.

dingt oder tradiert übernommen – mit klassifizierbaren Denkgewohnheiten und Verhaltensweisen. Unter solchen gesellschaftlichen Bedingungen konnte Friede nur Pause zwischen Kriegen, nur Vorkriegs- oder Nachkriegszeit sein. Die Inhumanität dieses Systems gipfelte in zwei Weltkriegen mit den bekannten Opfern an Menschenleben, mit Elend und Verwüstungen.

Gegenkräfte für Frieden und sozialen Fortschritt entwickeln sich

Im Schoß dieser Produktionsweise und Gesellschaftsordnung entwickelten sich jene Gegenkräfte, die als soziale Macht und als Alternative zu kriegstreibenden Verhältnissen immer stärker einzugreifen begannen in den weltgeschichtlichen Entwicklungsprozeß: die Arbeiterbewegung, verbunden mit dem wissenschaftlichen Sozialismus. Der Zusammenhang von innenpolitischem Unrecht, das sich außenpolitisch fortsetzt im Krieg, wurde ebenso erkannt wie der Zusammenhang zwischen Gerechtigkeit, sozialem Fortschritt und Frieden. Die Abhängigkeit von Krieg und Frieden von sozialstrukturellen Bedingungen durchleuchtet zu haben, ist die große Leistung, die der wissenschaftliche Sozialismus, neben vielem anderen, einbrachte in den Erkenntnisprozeß und in den Friedenskampf der Völker. Jedoch hatte sich auch die Kraft konstituiert und erkannt, die entsprechende Konsequenzen in politische und historische Realitäten umzusetzen in der Lage war[31]). Trotz oder gerade wegen katastrophaler Rückschläge infolge noch vorherrschender und den Charakter der internationalen Beziehungen prägender Kriegsinteressen fand der Kampf um dauerhaften Frieden, wenn auch nicht immer mit Anerkennung der dazu erforderlichen sozialen Gerechtigkeit, in wachsendem Maße Zuspruch und Unterstützung. Mit dem „Dekret über den Frieden" von 1917, das kriegsverhütende Politik verknüpft mit sozialem Fortschritt und die Völker zu mobilisieren versuchte für die Wahrnehmung ihrer ureigenen Interessen, wurde erstmals von staatlicher Seite gegen das „ius ad bellum" eine grundsätzliche Kontraposition entwickelt und auf die Struktur der zwischenstaatlichen Verhältnisse einzuwirken versucht: die Politik der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlicher Ordnung verlangte neben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zum gegenseitigen Nutzen auch kriegsverhütende Normen für Staatsbeziehungen und Vorschläge für Abrüstung. Es war ein opferreicher Weg, bis friedliche Koexistenz von immer mehr Menschen unterschiedlicher Herkunft und von immer mehr Völkern aktiv unterstützt wurde[32]). Gewonnene Erkenntnisse und Erfahrungen vertieften sich bei reflektierter Beobachtung von Wirklichkeit:

Je mehr die Interessen von besitzenden und herrschenden Minderheiten Staat und Gesellschaft beeinflussen, je stärker der erhobene und gebotene Anspruch auf soziale Gerechtigkeit, Humanität und Selbstbestimmung der Völker mittels militärischer Macht verhindert und brutal unterdrückt wird, desto unsicherer ist der Friede, desto mehr wird Krieg als Instrument der Politik zur

31) Vgl. Léon Blum, Blick auf die Menschheit, Zürich 1947; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 8 Bde., Berlin (DDR) 1966.

32) W. N. Jegorow, Friedliche Koexistenz, Berlin (DDR) 1972; M. Trusch, Lenin und die Außenpolitik der UdSSR, Frankfurt/M. 1970; „Blätter", 10/1977, S. 1182ff.

Gewährleistung und Ausweitung von Privilegien verstanden und genützt. Opfer an Gut und Blut wälzt man stets weitgehend auf unterdrückte und ausgebeutete Völker ab; den Kriegsgewinn kassieren bevorrechtigte Minderheiten. Eben darin entfaltet sich bereits der Keim folgender Konflikte.

Besitzende Minderheiten benötigten stets als Instrument zur Bewahrung und Expansion ihrer Privilegien und ihres Einflusses von ihnen abhängige bewaffnete Streitkräfte – neben der Irreführung der Öffentlichkeit und auf niedrigem Stand gehaltener Allgemeinbildung, Rechtssetzung und -sprechung in ihrem Sonderinteresse sowie wirtschaftlicher Abhängigkeit von Mehrheiten.

Je mehr die Völker – zusammen mit der Sicherung der nackten Existenz – die Erhaltung und Bewahrung der von ihnen in produktiver gesellschaftlicher Arbeit geschaffenen Werte als Friedensinteressen erkennen, je mehr sie die ihre materielle Existenz und kulturelle Entfaltung bedingende Arbeit vor Mißbrauch durch Ausbeutungs- und Kriegsinteressen zu bewahren wissen mittels Selbstbestimmung über Arbeits- und Lebensbedingungen sowie über die Produkte ihres werteschaffenden Wirkens und den Charakter der internationalen Beziehungen, je mehr dabei demokratische Solidarität und soziale Gerechtigkeit praktiziert werden, desto sicherer und stabiler ist der Friede. Auf einer derartigen gesellschaftlichen Basis mit veränderten Produktionsverhältnissen oder Lebensbedingungen sind auch Kriegsinteressen und Kriegsursachen – die in inhumanen Besitz- und Machtverhältnissen wurzeln – zu reduzieren und endgültig zu überwinden, womit dem Krieg die für ihn spezifischen Voraussetzungen entzogen sind.

Dauerhafter oder ungesicherter bzw. so oder so kriegsträchtiger Friede, stets oder mit Abständen drohender bzw. unzureichend oder permanent verhinderter Krieg: diese Arten staatlichen Zusammen- oder Gegeneinanderlebens hängen also mit Entwicklung, Reife und Verfall von Sozialstrukturen zusammen, sind den Gesetzlichkeiten des geschichtlichen Wandels unterworfen. Insofern ist es wirklichkeitsfremd, anzunehmen, Friede sei beliebig zu „stiften" und Krieg sei losgelöst von Interessen, historischem Entwicklungsgrad und Kräfteverhältnis einschließlich des dazugehörenden Bewußtseins zu verursachen oder zu verhindern. Gewiß spielt der subjektive Faktor eine Rolle; er füllt sie jedoch im Rahmen der Gesamtheit der gegebenen Verhältnisse aus. Regierungen, die dauerhaften und gesicherten Frieden anstreben, können je nach Stärke von entwickelten Kriegs- und Friedensinteressen zum Recht auf Selbstverteidigung gemäß Art. 51 der UNO-Satzung genötigt sein oder zur solidarischen Hilfe für Unterdrückte und Bedrängte. Wer wollte die Gegengewalt wider Hitlers aggressive Raubzüge verurteilen? Wer die solidarische Hilfe für das von der US-Aggression bedrängte und gemarterte Volk von Vietnam? In dieser Zeit und in dieser Region dominierten Kriegsinteressen. Regierungen, die das „ius ad bellum" grundsätzlich für unverzichtbar halten zur Beseitigung eines Gegenmodells zu ihrer auf Privilegien und Benachteiligung gebauten Machtstruktur oder mindestens zur Absicherung unsozialer Besitzverhältnisse, können angesichts veränderter globaler Kräftekonstellationen und des auch für sie drohenden Vernichtungsrisikos zur friedlichen

Koexistenz benötigt werden. Friedenssicherung in einer Zeit, in der der historisch und weltpolitisch bedrängte Imperialismus vor allem auf die militärische Karte setzt, um sich zu behaupten und seine Widersacher notfalls oder bei günstiger Gelegenheit auszuschalten, ist eine in der Tat komplizierte Sache, die ein Höchstmaß an Einsicht und Verantwortung erfordert.

Das Gewicht der Friedensinteressen nimmt zu

Unter dem Eindruck der grausamen Verbrechen, des millionenfachen Mords und unermeßlichen Elends sowie katastrophaler Zerstörungen, die im Zweiten Weltkrieg begangen oder verursacht wurden, formulierten Kräfte der Anti-Hitler-Koalition – übereinstimmend mit den antifaschistischen Widerstandskämpfern in vielen Völkern – Ansätze und Bedingungen eines dauerhaften Friedens. Völkerrechtlich verbindlich legte man in der UNO-Satzung die Befreiung der Menschheit von der Geißel des Krieges, internationale Zusammenarbeit systemungleicher Staaten zur Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts, Gerechtigkeit, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern, souveräne Gleichheit zwischen den Staaten, Nichteinmischung, Menschenrechte und Abrüstung fest.

Der Kalte Krieg jedoch – vorwiegend ein Produkt des militärisch-industriellen Komplexes der USA – nötigte die Völker zu einem geschichtlichen Umweg. Er war vom atomaren Vernichtungsrisiko, von kräftezehrender Konfrontation, von der Politik der Todfeindschaft, von Nachteilen für alle Völker, von Supervorteilen für die Rüstungsgewinnler und Mißachtung aller Verpflichtungen, die sich aus der UNO-Satzung ergaben, gekennzeichnet[33]).

Dies konnte nur sein, weil trotz wachsender Friedensinteressen der Völker die Kriegsinteressen noch vorherrschten, weil der Friede nur als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln betrachtet wurde und das auf Ausschaltung von Konkurrenten wirkende Prinzip noch dominierenden Einfluß auf die internationale Lage ausübte. Das vom US-Imperialismus global ausgeübte „Recht des Stärkeren" mit permanenten Versuchen, den vermeintlichen oder tatsächlich Schwächeren durch Einmischung in die inneren Angelegenheiten und Mißachtung der souveränen Gleichheit die Bedingungen eines unsozialen und ungerechten Friedens diktieren zu können, sie mit Wirtschaftsboykott oder Währungsmanipulationen oder politischer und militärischer Einkreisung auf die Knie oder zu Zugeständnissen zu nötigen, aber auch – wie in Westeuropa – „mit Zuckerbrot und Peitsche" Einfluß zu nehmen, prägte die Struktur der internationalen Beziehungen: mit allen negativen Rückwirkungen auf die Innenpolitik. Das „ius ad bellum", das Recht auf Krieg als Instrument zur Rückverwandlung des territorialen und sozialen Status quo auf das Vorkriegsniveau, wurde unverhohlen ausgesprochen, nämlich daß „dem Kommunismus gegenüber jedes Mittel, das geeignet ist, über ihn zu siegen, also auch der atomare Krieg, gerechtfertigt ist"[34]). Diese Ideologie der Herrschen-

33) Vgl. D. Horowitz, Kalter Krieg, Berlin (West) 1976; C. Wright Mills, The Causes of World War Three, New York 1959; L. L. Matthias, Die Kehrseite der USA, Hamburg 1964.
34) J. A. Almeida, Das Menschheitsproblem des Atomkriegs, Essen 1960, S. 85.

den wurde mittels aller Instrumente der Manipulation der Öffentlichkeit zur herrschenden Meinung in den westlichen Völker in die Gehirne zu ätzen versucht. In einem solchen internationalen und innenpolitischen Klima konnte demokratische Entfaltung kaum gedeihen.

„Pax Americana" und „American Way of Life" waren von wachsendem Luxus privilegierter Minderheiten bei zunehmender globaler Pauperisierung, glanzvollen technisch-rationalen Leistungen und kläglichem sozialen Versagen bei wachsendem politischen Irrationalismus, propagandistischer Überhöhung eigener Friedensliebe, Demokratie, Moral und Humanität und einer immer mehr das Gegenteil enthüllenden Wirklichkeit gekennzeichnet. Vietnam und Watergate waren späte, aber drastische Beispiele dafür: das Gegenteil dauerhafter Friedenssicherung!

Die Anstrengungen der Weltfriedenskräfte, Aggressionen ähnlichen Ausmaßes wie 1914 und 1939 zu verhindern, hatten zwar Erfolg; Kriege zwischen technisch hochentwickelten Staaten waren vermeidbar geworden: dies aber erst, als mit dem „Gleichgewicht des Schreckens" auch den USA das Vernichtungsrisiko drohte! Jedoch reichten materielle Basis und politischer Einfluß koexistenzbereiter Kräfte noch nicht aus, um den Charakter der internationalen Verhältnisse insgesamt zu transformieren im Sinne gegenseitig vorteilhafter Kooperation, vernünftiger politischer Regelung von System- und Interessenwidersprüchen, reduziertem Gewicht des militärischen Faktors und Abbau des Kriegsrikos.

Hinter den scheinbar erstarrten Fronten vollzogen sich allerdings Entwicklungen, die zu einer tiefgreifenden Umwandlung der globalen Kräftekonstellation führten. Während die einen vorwiegend auf militärische Macht setzten und die sozialen Faktoren vernachlässigten, wirkten andere in allen Bereichen der gesellschaftlichen und weltpolitischen Lebensbedingungen. Historischen Entwicklungsgesetzlichkeiten entsprechend verschärfte sich die Krise des Imperialismus. Der Anteil an der Weltindustrieproduktion war für die spätkapitalistischen Staaten stark rückläufig, während der der sozialistischen rasch wuchs[35]). US-imperialistischer Einfluß schwand immer mehr zugunsten des friedlichen Austrags von Systemwettstreit oder anderen Interessenwidersprüchen. Die Veränderung des Status quo in Europa erwies sich als unmöglich und global veränderte er sich zulasten des Spätkapitalismus: der Zerfall der alten Kolonialreiche angesichts wachsender Erfolge der um Selbstbestimmung kämpfenden Völker transformierte auch die Mehrheitsverhältnisse in der UNO zu Lasten des Imperialismus. Völlig andere Einflüsse begannen den Charakter der internationalen Beziehungen zu bestimmen.

Der erzwungene Übergang vom Kalten Krieg zur Entspannung signalisierte bereits die entstandene Dominanz von Friedensinteressen über Kriegsinteressen, auch wenn dies zunächst nur in Europa voll zur Wirkung kommt. Materielle Voraussetzungen und politischer Manövrierraum der Weltfriedens-

35) Vgl. F. Baade, Der Wettlauf zum Jahre 2000, Oldenburg 1960; F. Sternberg, Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts? Köln 1961; D. Klein, Der Kampf der beiden Weltsysteme, Berlin (DDR) 1975.

kräfte hatten sich durch große Anstrengungen derart erweitert, daß die Normalisierung zwischenstaatlicher Beziehungen vor allem in Europa trotz mächtiger Gegenkräfte durchgesetzt wurde. Die neue Struktur internationaler Verhältnisse, gekennzeichnet von zunehmender Demokratisierung zwischenstaatlicher Beziehungen und souveräner Gleichheit, Anerkennung bestehender Grenzen und friedliche Regelung von internationalen Streitfällen festigte sich[36]). Im globalen Maßstab setzte die Niederlage der USA in Vietnam ebenso ein weltgeschichtliches Signal wie der erfolgreiche „Einsatz von Öl als Waffe" durch die OPEC-Staaten. Der Kampf um eine „Neue Weltwirtschaftsordnung" drückt die Dringlichkeit weltweiter sozialer Gerechtigkeit aus. Friedenssicherung, Streben nach Selbstbestimmung und sozialer Sicherheit vereinen sich immer mehr.

Angesichts dieser neuen internationalen Kräfterelation, bei der Friedensinteressen immer stärker über Kriegsinteressen vorherrschen, auch wenn diese selbst noch wirksam sind, ist friedliche Koexistenz die historisch mögliche, notwendige und durchsetzbare Form von Frieden. Was in der Schlußakte der KSZE, insbesondere in den zehn Prinzipien sowie in der Umkehrung des traditionellen Sicherheitskonzepts – nämlich jetzt Sicherheit durch Abbau der militärischen Konfrontation und durch Abrüstung – festgelegt und von 25 Staats- und Regierungschefs unter dem politischen Druck der Völker akzeptiert wurde, ist jener Friede, der der Spezifik unserer Zeit entspricht. Nicht nur die zwischenstaatlichen Beziehungen sind in kriegsverhütendem Sinne zu regeln. Auch „Solidarität der Völker", sozialer Fortschritt und bessere Lebensbedingungen stehen auf der Tagesordnung[37]). Es ist eine Art von Frieden, in dem der Imperialismus die historische Initiative dem Sozialismus überlassen mußte: dessen Prinzipien bestimmen zunehmend den Umgang zwischen Staaten. Es ist ein Friede, in dem der Imperialismus immer stärker von antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und Entwicklungsländern herausgefordert wird, denn sie haben eine fundierte Rechnung zu präsentieren. Es ist ein Friede, in dem die Weltfriedensbewegung zur größten Massenaktion unserer Zeit aufstieg. Gleichwohl erhält dieser Friede auch ein Spezifikum dadurch, daß die stürmische Entfaltung der Produktivkräfte von parasitären Minderheiten mißbraucht wird, um mit den größten Vernichtungspotentialen in der Menschheitsgeschichte „abzuschrecken": von der Durchsetzung sozialer Sicherheit für alle. Eben deshalb ist der Friede noch nicht endgültig gesichert.

36) Vgl. Autorenkollektiv, Friedliche Koexistenz in Europa, Berlin (DDR) 1977; R. J. Barnet/M. G. Raskin, Nach dem kalten Krieg, München 1966.
37) Vgl. „Blätter", 7/1976, S. 733 ff.

Frauen ins Militär – ein befreiender Schritt?*)

Von Renate Wurms

Seit knapp einem Jahr wird auch in der Bundesrepublik die Frage „Frauen ins Militär?" öffentlich und kontrovers diskutiert. Ob „Stern", „Spiegel", „Emma", ob Boulevardblätter oder die „seriöse" Tagespresse – die Zeitungen sind voll von dem Thema. Anlaß für die gegenwärtige Debatte ist der zu erwartende Personalmangel der Bundeswehr in den 90er Jahren.

Zunächst eher zögernd wurde von Politikern und Militärs die Frage einer Einbeziehung von Frauen in die Streitkräfte auf freiwilliger Basis angeschnitten. Umfassende Vorschläge zur Problemlösung machte im Herbst 1978 der Bundeswehrverband – eine ständische Interessenvertretung der Zeit- und Berufssoldaten. Er legte eine Studie zur „Gesamtverteidigung" vor und formulierte in 15 Punkten seine „Konzeption für eine Gemeinschaftsdienstpflicht": Alle Frauen und Männer sollen zu einem Einsatz wahlweise im Zivil- oder Wehrdienst verpflichtet werden können. Im Ernstfall – das kann schon der personelle Engpaß sein – ist es mit der Wahlmöglichkeit freilich nichts. Denn: „Priorität besitzen bei allen Diensten die Verteidigungsleistungen."[1])

Die Bundestagsparteien reagierten unterschiedlich auf diese Vorschläge des Verbandes. Nach allen Seiten offen, begrüßte die CDU die Vorschläge „im Grundsatz", will freilich Frauen nur auf freiwilliger Basis zu zivilen und militärischen Diensten heranziehen. Der sicherheitspolitische Sprecher der FDP sprach sich gegen Frauen in der Bundeswehr aus, befürwortete dagegen einen freiwilligen Gemeinschaftsdienst. Die SPD-Bundestagsfraktion sprach sich gegen eine Gemeinschaftsdienstpflicht aus. Einzelne SPD-Politiker sind aber für einen freiwilligen Dienst von Frauen in der Bundeswehr. Verteidigungsminister Apel gab sich zurückhaltend. Er ließ verlauten, man sei nicht abgeneigt, auch Frauen die Tore der Bundeswehr zu öffnen, auf freiwilliger Basis. Eine öffentliche Debatte über eine allgemeine Dienstpflicht wünschte der Herr Minister dagegen nicht.

In den zurückliegenden Monaten wurden denn auch weniger die Vorschläge des Bundeswehrverbandes diskutiert als die Frage, ob der Zugang zum Militär für Frauen einen Schritt in Richtung Gleichberechtigung und Emanzipation bedeutet. Wenn der Bundeswehrverband seine Pläne als emanzipatori-

*) Der nachstehende Beitrag fußt auf einer Rede, mit der Renate Wurms als Vertreterin der Demokratischen Frauenitiative (DFI) auf dem 5. „Open Ohr Festival" der Stadt Mainz (Pfingsten 1979) große Aufmerksamkeit erregte und die sie für die „Blätter" im Hinblick auf den Antikriegstag am 1. September 1979 als 40. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs überarbeitet hat. Die Frage „Frauen in die Bundeswehr?" berührt nicht allein die Frauenbewegung – ebensowenig wie die Appelle, Forderungen und Aktionen zum Antikriegstag nur die Friedensbewegung angehen. D. Red.

1) Deutscher Bundeswehrverband, Konzeption für eine Gemeinschaftsdienstpflicht, 1978, Punkt 6.

schen Schritt verkauft – „Die Emanzipation der Frau macht nicht vor dem Kasernentor halt"[2] –, wenn Journalisten Militärdienst für Frauen als verwirklichte Gleichberechtigung preisen und ihre Artikel mit Bildern von Pin-up-Soldatinnen aufgepeppt sind, ist es offensichtlich, daß sie unter falscher Flagge segeln.

Wie aber stehts es mit den Frauen, die, innerhalb und außerhalb der Frauenbewegung politisch aktiv, sich mit Plädoyers für „Frauen ins Militär" zu Wort meldeten?[3] Ihnen geht es um den „Zugang zu einem gesellschaftlichen Machtbereich", um „Mitbestimmung über Krieg und Frieden"; um die Möglichkeit und Fähigkeit, den Frieden notfalls mit der Waffe verteidigen zu können und, wo nicht um all das, so doch um das „Recht, ‚nein' sagen zu können". Diese Frauen sprechen nicht im Namen der Frauenbewegung in der Bundesrepublik, auch nicht im Namen der Feministinnen, aber ihre Stimme hat innerhalb und außerhalb der Bewegung bei den Frauen Gewicht. Ehe wir uns mit ihren Argumenten auseinandersetzen, einige Anmerkungen zu den Vorschlägen des Bundeswehrverbandes und einige Informationen zum Thema „Frauen im Militär".

I. Worum geht es bei den Plänen des Bundeswehrverbandes?

1. Personalmangel der Bundeswehr

Wenn wir uns durch Lehrlings- und Lehrerschwemme, Studenten- und andere Berge gearbeitet haben werden, bedroht der Pillenknick die Bundeswehr! Spätestens in den 90er Jahren wird es nicht genügend Wehrfähige geben. – Bei einer Personalstärke von knapp 500 000 werden derzeit jährlich 200 000 Männer eingezogen. – Dann sollen Frauen, die klassische Reservearmee, verpflichtet werden können: „Möglicherweise wird dann aus dem freiwilligen Angebot auch für Frauen notwendigerweise eine Verpflichtung entstehen."[4] Bis dahin: Freiwilliger Dienst, damit wir uns gewöhnen und die Pflicht uns selbstverständlich ist, wenn „Not am Mann".

2. „Wehrgerechtigkeit" – „Gleiche Rechte heißt gleiche Pflichten"

Nur Spaßvögel, Ignoranten und Zyniker können von einem Nachholbedarf der Frauen an gesellschaftlichen Pflichten reden oder einen „Karrierevorsprung" der Frauen konstatieren. Dennoch fehlten diese Argumente nie, wenn in den zurückliegenden Jahren die Diskussion um Wehr- und Dienstpflicht geführt wurde. Ob 1956 bei Einführung des Wehr- und Ersatzdienstes, ob 1964 bei der Debatte über ein freiwilliges soziales Jahr oder 1968 im Rahmen der Notstandsgesetze. Auch der Bundeswehrverband schlägt im Namen der (Wehr-)Gerechtigkeit vor, zum einen eine Wehrsteuer einzuführen – derzeit können nicht alle Wehrfähigen eines Jahrgangs eingezogen werden –, zum anderen die „Gemeinschaftsdienstpflicht".

---

2) Dies äußerte der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes gegenüber der Zeitschrift „Pardon".
3) Vgl. hierzu u. a. die Diskussion in „Emma", Juni, Juli, August und Dezember 1978; „Stern", 47/1978.
4) Deutscher Bundeswehrverband, Konzeption für eine Gemeinschaftsdienstpflicht, 1978.

Wie das tapfere Schneiderlein schlägt der Bundeswehrverband sieben auf einen Streich: Frauen können sich nicht aus der Verantwortung auf die Freiwilligkeit zurückziehen, der ewige Ärger mit dem Grundgesetz wird vermieden, Wehrgerechtigkeit hergestellt, Verteidigungsbereitschaft gefördert, Verteidigungskraft erhöht, zukünftige Personalprobleme der Bundeswehr gelöst; und auch das Arbeitslosenproblem – das freilich nur in den Augen des Bundeswehrverbandes: Da wird umgeschichtet. Billige, weil vom Staat bezuschußte, unqualifizierte Zivildienstleistende verdrängen Fachkräfte nicht nur im Sozial- und Pflegesektor. Schon heute werden u. a. im Wissenschaftsbereich, in der Forst- und Landwirtschaft Zivildienstleistende eingesetzt.

3. *„Modernes Kriegsbild" – Konzept der Gesamtverteidigung*

Von Militärexperten wird das „neue Kriegsbild, das für eine mögliche Auseinandersetzung zwischen den kapitalistischen und sozialistischen Staaten angenommen wird"[5]), als Grund für die weitere Einbeziehung von Frauen in die Streitkräfte genannt. Statt von einem reinen Waffenkrieg, geht man von einem Krieg „an allen Fronten" aus. Nachschub, Infrastruktur, Kommunikation, Propaganda, Sanitätswesen – alles klassische Einsatzgebiete für Frauen – würden in einem Krieg in Europa zentrale Bedeutung zukommen. Auf dieses Kriegsbild abgestimmt, sind die Vorschläge des Bundeswehrverbandes Bestandteil eines Konzepts der „Gesamtverteidigung". Vorgesehen sind die Einbeziehung aller Bürger, der Ausbau des Zivilschutzes und die Koordinierung ziviler und militärischer Verteidigung. Heute im „Gemeinschaftsdienst" geprobt, morgen im „Ernstfall" nach bewährtem Muster durchgeführt: . . . – der Soldat dient an der Front, wo immer die sein mag, und die Frau dort, wo sie immer hingestellt wurde, wenn Not am Mann war, weil dieser sich gerade zu Tode siegen mußte."[6])

Parallel zur technischen Ausbildung würde die ideologische Aufrüstung erfolgen. Der Bundeswehrverband sorgt sich nicht nur um „die Einsatzbereitschaft der Allgemeinheit". Seine Mitglieder sind in Sorge, „daß sich . . . die Einstellung der Bevölkerung zur Wehrpflicht grundlegend verändert"[7]), wenn so wenige davon betroffen sind. Wie schön, wenn sie recht hätten! Zieht das „Feindbild Ost" nicht mehr? Haben die Frauen „als Erzieherinnen versagt"? Wie dem auch sei, die Notbremse „totale Dienstpflichtgesellschaft" soll gezogen werden, ehe die politische in militärische Entspannung ausufert.

Sind die Frauen das richtige Objekt für diese Strategen? Nicht erst in einem Krieg hätten Frauen wie Männer alles zu verlieren. Schon jetzt zahlen Frauen doppelt für Militarisierung und Rüstung. Milchmädchen können entgegen ihrem Ruf rechnen: Und da sollten Frauen nicht bezahlte Arbeitsplätze, Entlastung von Erziehungs- und Hausarbeit durch Kinderkrippen, Ganztagskindergärten, Gesamtschulen und allgemeine Arbeitszeitverkürzung gegen schlecht- oder unbezahlte Dienstpflicht, gegen Wehrdienst und Rüstungsausgaben aufrechnen können?!

---

5) Franz W. Seidler, Frauen zu den Waffen?, Koblenz/Bonn 1978, S. 12.
6) Bernd C. Hesslein, Aschenputtel in Uniform, in: „zivilcourage", antimilitaristische Zeitschrift, 3/1979, S. 6.
7) Deutscher Bundeswehrverband, Konzeption für eine Gemeinschaftsdienstpflicht, 1978, Punkt 2.

4. Frauen sind – billiger!

Wie der „Spiegel" berichtete, kosten Soldatinnen im Schnitt 982 Dollar weniger im Jahr als ihre männlichen Kollegen. Ersparnis pro Jahr beim Einsatz von 100 000 Frauen: knapp 100 Mio. Dollar. Die USA sparen schon heute mehr als diese Summe. In diesem Fall bedarf es nicht einmal der Lohndiskriminierung: Frauen beim Militär haben durchschnittlich weniger Familienangehörige zu versorgen[8]).

Mit Gleichberechtigung und Emanzipation hat das alles nichts zu tun. Auch bei Personalmangel wird in der Bundeswehr dienendes Fußvolk gebraucht, auch Unteroffiziere auf Zeit (2–12 Jahre) im Sanitäts- und Fernmeldebereich und in der Luftabwehr – hingegen wird es an männlichen Bewerbern für die Offizierslaufbahn nach Seidler keinen Mangel geben. Dies nur am Rande. Entscheidend ist: Die immensen Kosten, die die Armeen in aller Welt jährlich verursachen – nach Angaben des Internationalen Instituts für Friedensforschung in Stockholm (SIPRI) 1977 rund 400 Mrd. Dollar –, die umfassende und tödliche Bedrohung, die von dem vorhandenen Rüstungspotential ausgeht. Wollen wir Frauen wirklich in etwas einbezogen werden, das es weltweit abzuschaffen gilt für alle, Männer wie Frauen?

II. Frauen im Militär

Sicher hat es neben den sagenhaften Amazonen in der Vergangenheit immer wieder mit Waffen kämpfende Frauen gegeben. Eine Geschichtsforschung „von unten", aus der Perspektive der Beherrschten, die zugleich bemüht ist, den Anteil der Frauen an der Entwicklung der Menschheit zu erfassen, wird auch zur Frage „Frauen und Militär" Neues entdecken.

Nach dem gegenwärtigen Kenntnisstand waren Frauen bis zum 20. Jahrhundert in erster Linie für die seelische und leibliche Betreuung der Männer, seltener für militärische Hilfsfunktionen, zuständig: Ob als moralische Stütze, wie bei den in Sippen kämpfenden Germanen, ob als Marketenderinnen, Pflegerinnen, Wäscherinnen oder Prostituierte wie bei den Kreuzfahrer- und Landsknechtsheeren des Mittelalters. Im 19. Jahrhundert wurden in Europa mit Einführung der Wehrpflichtigenarmeen und einem militäreigenen Versorgungssystem die Frauen aus ihren traditionellen Funktionen verdrängt. An deren Stelle traten neue: Soldatenfürsorge aus der Ferne, Lazarettdienst und Rüstungsproduktion. Planmäßiger und umfassender Einsatz von Frauen für Kriegsdienste erfolgte erstmals im Ersten Weltkrieg. Nicht nur „Pflegen und Stricken fürs Vaterland" hieß die Parole. Freiwilligen-Frauenhilfskorps wurden gegründet. Frauen arbeiteten in Lazaretts und Schreibstuben, in Munitionsdepots, beim Straßen-, Bunker- und Unterständebau. Undenkbar wäre die „Materialschlacht" ohne die Gesundheit und Leben ruinierende Arbeit der Frauen in der Rüstungsproduktion gewesen. In Deutschland stieg die Zahl der in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeiterinnen bis zum Ende des

8) Vgl. „Der Spiegel", 46/1978, S. 39.

Krieges um 500% auf 700 000; der Anteil der Frauen an den Beschäftigten dieser Branche und ihrer wichtigsten Zulieferbetriebe betrug bei Kriegsende knapp 90%. Ähnlich war die Situation in den übrigen kriegführenden Ländern. In Großbritannien gab es den weiblichen Kraftfahrdienst schon aus der Zeit des Burenkrieges. Die Royal Navy stellte als erste Kriegsmarine der Welt weibliche Hilfskräfte ein, in der Royal Airforce arbeiteten Frauen u. a. als Mechanikerinnen und Maschinistinnen. Die US-Kriegsmarine nahm innerhalb weniger Monate 13 000 Frauen in die Reserveeinheiten auf; mit dem gleichen Rechtsstatus wie die wehrpflichtigen Männer.

Die Beteiligung der Frauen am Zweiten Weltkrieg war noch wesentlich größer. Beim Zusammenbruch des Hitlerreiches waren in Deutschland ohne Krankenpflegerinnen 450 000 Frauen als Wehrmachtsangehörige (5%) registriert. 58% der dienstverpflichteten 17–45jährigen Frauen arbeiteten in Rüstungsbetrieben. – In den USA waren in den letzten beiden Kriegsjahren 300 000, in Großbritannien 1943 knapp 500 000 Frauen – gemäß einer Ende 1941 verabschiedeten Zwangsdienstverpflichtung – in die Streitkräfte integriert. – Mehr als eine Million sowjetische Frauen – dies ist die Zahl der registrierten Frauen – nahmen am Krieg teil. Im Partisanenkrieg waren die Übergänge zwischen Militärangehörigen und Zivilbevölkerung fließend; die Zahl der am Krieg aktiv beteiligten Frauen dürfte über einer Million gelegen haben. – In Polen wurden seit 1943 Fraueneinheiten aufgestellt; Frauen kämpften in den italienischen und jugoslawischen Partisanenverbänden. In den skandinavischen Ländern entwickelten sich aus Widerstandsgruppen und vor dem Krieg bestehenden weiblichen Hilfskorps militärische Frauenformationen.

In den Streitkräften übernahmen Frauen vor allem Aufgaben im Fernmeldewesen, in der Verwaltung, im technischen Dienst der Luftwaffe, im Luftschutz und natürlich im Sanitätsdienst, nach dem Prinzip: Männer müssen für die Front freigestellt werden. In den Widerstandsgruppen und Partisanenverbänden dagegen war die traditionelle geschlechtsspezifische Aufgabenverteilung teilweise aufgehoben.

Es gibt Daten en masse zum Einsatz der Frauen in den beiden Weltkriegen – aber so gut wie nichts wissen wir darüber, wie mörderisch und verlustreich der Kampf war. Zehntausende weibliche Angehörige der deutschen Wehrmacht ließen ihr Leben; 25 000 – ein Viertel – der in Titos Partisanenarmee aktiv kämpfenden Frauen wurden getötet, 40 000 verwundet.

Dies und die verheerenden Gesamtverluste und Folgen des Zweiten Weltkrieges und der Kriege der jüngsten Vergangenheit vor Augen, verbietet sich jedes legalistische Argumentieren mit der Gleichberechtigungsforderung.

Zur Situation heute liegt einiges Material vor[9]); dazu hier nur ein paar allge-

9) Vgl. u. a. Franz W. Seidler, Frauen zu den Waffen?, a.a.O.; Seidler bringt eine Fülle von Daten zur vergangenen und gegenwärtigen Situation der Frauen im Militär, und deswegen sollte man sein keineswegs antimilitaristisches (eher schönfärberisches) Buch lesen. Vgl. auch DFG/VK (Hrsg.), „zivilcourage", 3/1979; Selbstorganisation der Zivildienstleistenden (Hrsg.), „Antimilitaristische Informationen" (AMI), 6/1977 und 6/1978.

meine Informationen. Wohl in allen Staaten sind Frauen als Zivilangestellte in den Streitkräften beschäftigt. Bei der Bundeswehr arbeiten derzeit etwa 50 000 weibliche Angestellte und Arbeiterinnen. In allen Ländern gibt es gesetzliche Grundlagen für die Verpflichtung von Frauen im Kriegsfall; ihr Einsatz ist in der Regel im sogenannten zivilen Sektor vorgesehen. Soldatinnen gibt es in einer Reihe von Armeen; so in China, der Sowjetunion, Kuba, der DDR, in Israel, USA, Belgien, Frankreich, den Niederlanden u. a. auf der Basis freiwilliger Verpflichtung mit Ausnahme Israels: Dieser Staat hat als einziger der Welt eine zweijährige Wehrpflicht für Frauen. Zahlenmäßig spielen Soldatinnen überall eine untergeordnete Rolle. In sozialistischen Ländern und in Staaten mit einer Wehrpflichtigenarmee fallen sie kaum ins Gewicht. So sind von den ca. 4 Millionen sowjetischen Soldaten nur etwa 10 000 Frauen. In Belgien und Frankreich stellen Frauen einen Anteil von etwa 2%, in Großbritannien und Kanada von 4%. Eine größere Bedeutung haben Soldatinnen in Israel mit 9,5% Anteil und in den USA. In den US-amerikanischen Streitkräften sollen es 1983 11% sein, weitere Planungen für die Endausbaustufe sehen einen Frauenanteil von 35% vor. Für diese Entwicklung in den USA waren die Umwandlung der Wehrpflichtigen- in eine Berufsarmee 1973, die (Vietnam-) Kriegsmüdigkeit der Männer und die Überlegung, statt anderer Randgruppen wie Schwarze und Indianer, in erster Linie (weiße) Frauen anzuwerben[10]), bestimmend.

In Grund- und Spezialausbildung gibt es – von Land zu Land verschieden – zum Teil noch erhebliche Unterschiede zwischen der der Männer und der der Frauen. Eine Tendenz zur Angleichung zeichnet sich überall ab; auch werden nach und nach die verschiedenen Laufbahnen den Frauen geöffnet, zumeist freilich gekoppelt mit der Festlegung eines Höchstanteils der Frauen in den verschiedenen Gattungen und Einheiten. Auch die Generalin gibt es – als Ausnahmeerscheinung. Wie nicht anders zu erwarten, sind Frauen in den oberen Rängen der Militärhierarchie selten.

In Kampfeinheiten werden Frauen nicht eingesetzt. Noch nicht. Unter anderem in den USA werden Änderungen erwogen, auch unter dem Aspekt, daß eine Unterscheidung nach Kombattanten- und Nichtkombattantenfunktionen in hochtechnisierten Armeen mit weitreichenden, automatischen Waffen immer schwieriger wird.

In der Bundeswehr arbeiten außer Zivilangestellten seit 1975 Ärztinnen im Offiziersrang. Die militärische Laufbahn für weibliche Sanitätsoffiziere wurde aufgrund des Mangels an männlichen Bewerbern geschaffen. Bundesminister Leber machte sie den weiblichen Bundesbürgern zum Geschenk im Jahr der Frau. Er wolle ein Gleichberechtigungszeichen setzen, hieß es. Sicher wollte er auch testen, wie wir Frauen reagieren würden. Nun, die Resonanz war nicht berückend. Statt erwarteter 300 Bewerberinnen meldeten sich nur 50 im Jahr 1975. Die meisten von ihnen hatten schon vorher für die Bundeswehr gearbeitet. Kommentar von Seidler: „Zwar war das Eis gebrochen, aber eingesunken sind bisher nicht viele. Die Gründe sind vielfältig. . . . der

10) Vgl. u. a. Franz W Seidler, Frauen zu den Waffen?, a.a.O., S. 247; „Der Spiegel", 46/1978, S. 38f.

militärische Flair, der nur für die attraktiv ist, die nicht in den Streitkräften sind; der nicht allzu berückende fachliche Ruf der Militärmedizin; die Einengung der medizinischen Tätigkeit auf eine Altersgruppe; die mit der Dienstausübung verbundene Verwaltungstätigkeit; die Einordnung in eine militärische Hierarchie; die Gefahr häufiger Versetzungen; Manöver auf Truppenübungsplätzen usw."[11])

Mit dem Arbeitssicherstellungsgesetz und der Dienstverpflichtung im Verteidigungsfall – „Fall V" – im Jahr 1968 wurden die gesetzlichen Grundlagen einschließlich Grundgesetzänderung geschaffen, um Frauen für den Sanitätsdienst in den Streitkräften verpflichten zu können. „Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilweisen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall Dienst mit der Waffe leisten", lautet der entsprechende Artikel 12a GG, Absatz 4. Das Verbot einer gesetzlichen Dienstverpflichtung von Frauen für die Bundeswehr aus dem Jahr 1956 fiel damit weg[12]).

Festzuhalten ist: In der Vergangenheit wurden Frauen im Kriegsfall – zumeist in Hilfsfunktionen – in unterschiedlichem Ausmaß direkt in die militärischen Auseinandersetzungen einbezogen.

Mit fortschreitender Technisierung, mit der Entwicklung räumlich unbegrenzter und umfassender Kriegsführung wurden Frauen im 20. Jahrhundert auch in Friedenszeiten in die Streitkräfte integriert. Heute arbeiten Frauen in vielen Funktionen in den Armeen, auch die Soldatenlaufbahn steht ihnen in den meisten Staaten offen. Von Gleichberechtigung, gleichen Karrierechancen und Laufbahnmöglichkeiten für Frauen und Männer kann aber nicht die Rede sein. Bei einer differenzierten Betrachtung der Situation von Frauen im Militär ergeben sich freilich – aus unterschiedlichen Gründen, nach Situation, Tradition und gesellschaftlichen Verhältnissen verschieden – wesentliche Unterschiede in Art und Grad der Unterprivilegierung von Frauen.

Bleibt zu konstatieren: Der Zugang zum Militär mußte nicht erkämpft werden. Die Einbeziehung von Frauen in die Armeen erfolgte in Not- und Kriegsfällen, wegen Personalmangels und aus anderen Gründen mehr. Dies mag im einen oder anderen Fall zur Gleichberechtigung der Frauen in anderen gesellschaftlichen Bereichen beigetragen haben. Einen emanzipatorischen Schritt, im Sinne von Befreiung von Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnissen, bedeutete es nicht.

Zudem können diese Beispiele für die Haltung der Frauenbewegung hier und heute zur Frage „Frauen ins Militär?" nicht bestimmend sein. Der Gegenbei-

11) Franz W. Seidler, Frauen zu den Waffen?, a.a.O., S. 396.

12) Im Zusammenhang mit der Wehrgesetzgebung 1956 wurde der Art. 12, Abs. 3 GG beschlossen: „Frauen dürfen nicht zu einer Dienstleistung im Verband der Streitkräfte durch Gesetz verpflichtet werden. Zu einem Dienst mit der Waffe dürfen sie in keinem Fall verwendet werden."

spiele gibt es zu viele. Der Preis ist zu hoch für einen zweifelhaften Gewinn. Kriegerische Auseinandersetzungen sind – zumindest in Europa – kein Mittel zur Lösung von Konflikten mehr. Im besten Fall ist es nur töricht, Zeit und Kraft in das Gleichberechtigungsfeld „Militär" zu investieren, auf dem Umweg über die „Teilhabe an militärischer Macht", politisch-gesellschaftliche Einflußmöglichkeiten erringen zu wollen.

III. Zugang zum Militär – kein Ziel für die Frauenbewegung in der Bundesrepublik

Die Situation von Frauen in den Streitkräften ist jenen Frauen bekannt, die für „Frauen ins Militär" plädieren. Auch die Problematik ihrer Forderung hier und heute dürfte ihnen bewußt sein. Es sind Frauen, die für Fortschritt und Befreiung von allen Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnissen streiten. Daß sie dem Bundeswehrverband, Militärs und Verteidigungspolitikern Schützenhilfe leisten wollen, kann nicht unterstellt werden. Deshalb die Frage: Was haben sie für Argumente?

Argument Nr. 1: Das Militär ist ein gesellschaftlicher Machtbereich, von dem Frauen ausgeschlossen sind und zu dem sie sich den Zugang erkämpfen müssen. Und sei es nur, um das Recht zu haben, „Nein" sagen zu können.

Zu Recht ist diesem Argument entgegengehalten worden: Militär an sich gibt es nicht und entsprechend auch nicht die Frage, ob wir prinzipiell Zugang haben wollen oder nicht. Die Aufgaben des Militärs sind je nach politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher Verfassung eines Landes verschieden. Die Bundeswehr ist etwas anderes als die Wehrmacht im Dritten Reich, das Militär unter Pinochet etwas anderes als das unter Allende[13]). Bei uns geht es um die Frage: Eintritt in die Bundeswehr hier und heute. Dies bedeutet einen weiteren Schritt in Richtung Militarisierung unserer Gesellschaft. Nur wenn wir dies nicht sehen oder nicht wahrhaben wollen oder in der weiteren Militarisierung keine unverantwortbare Gefährdung sehen, können wir die Frage mit „Ja" beantworten. Dann steht es freilich mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung, das von den pro argumentierenden Frauen in Anspruch genommen werden wird, schlecht. Ich kann nicht für etwas eintreten, das ich aus guten Gründen für mich selbst nicht will.

Argument Nr. 2: Der Zugang zum Militär eröffnet die Möglichkeit, über Krieg und Frieden mitzuentscheiden. Frauen waren in dieser Frage immer Objekt; sie müssen zum Subjekt werden.

Nun, Objekt war und ist die Masse der Männer – die einfachen Soldaten – auch. Außer in Militärdiktaturen werden militärpolitische Fragen im politischen Raum entschieden. Soweit politisch relevante Entscheidungen im Militär gefällt werden, geschieht das an der Spitze. Mitbestimmung dürfte in den Kasernen ja wohl ein Fremdwort sein. Krieg oder Frieden, das wird politisch entschieden, und für den Frieden müssen wir politisch kämpfen!

13) Vgl. hierzu Lea Rosh, War Vietnam ein Recht?, in: „zivilcourage", 3/1979, S. 7.

Argument Nr. 3: In die Bundeswehr fließen Unsummen von Steuergeldern, die auch von Frauen aufgebracht werden und mit denen Ausbildung und Karrieren finanziert werden, von denen Frauen ausgeschlossen sind.

Wenn Frauen teilhaben wollen an den riesigen Mitteln, antwortete Peggy Parnass: „Dann sollen sie doch verdammt noch mal, dafür kämpfen, daß man nicht zum Töten, genauer: zum Morden sich abrichten lassen muß, um zu einer vernünftigen Ausbildung zu kommen." (in: „konkret", 2/1979)

Argument Nr. 4: Selbstverteidigung – Notfalls müssen Frauen in der Lage sein, den Frieden mit der Waffe verteidigen oder erkämpfen zu können.

Selbstverteidigung und auch Schießen kann ich anderswo lernen. Dazu brauche ich keine Dienst- und keine Wehrpflicht und auch keine Armee. Dagegen gab und gibt es unbestreitbar Situationen, in denen Frauen wie Männer gezwungen sein können, mit Waffen zu kämpfen. Daß Frauen dazu fähig sind, brauchen sie nicht mehr zu beweisen; auch nicht, daß sie in kürzester Zeit lernen können, ihr Leben und ihre Zukunft zu verteidigen. Dabei sollten Frauen (wie Männer) nicht vergessen, daß es in der Vergangenheit regel- und gesetzmäßig um die Interessen der anderen ging, um die der Wirtschaft und um die expansionshungrigen Politiker und Militärs, höchst selten um ihre eigenen Interessen.

Zudem: Um Frauen im „inneren Spannungsfall" – wie es so schön heißt – etwa bei Streiks einzusetzen, bedarf es nur noch der Einführung einer allgemeinen Dienst- nicht einer Wehrpflicht. Vorschläge zum innergesellschaftlichen Einsatz von Dienstverpflichtungen sind – zum Glück nur vereinzelt – 1974/75 bei den Streiks und Streikdrohungen des öffentlichen Dienstes laut geworden. „Als 1974 und 1975 Streikdrohungen des öffentlichen Dienstes die Versorgung der Bürger gefährdeten, kam der Vorschlag, einige Bereiche des öffentlichen Dienstes mit Pflichtdienstleistenden zu besetzen. Dadurch würden nicht nur die Personalkosten der öffentlichen Haushalte reduziert, auch Lohnkämpfe seien dann ausgeschlossen."[14]) – Feine Aussichten!

Und schließlich: In Europa einen Krieg für denkbar, möglich und machbar halten und erklären, heißt, das eigene Todesurteil unterschreiben.

– Wer der Meinung ist, daß die Bundeswehr wie viele Armeen anderswo Unsummen verschlingt, die im Interesse der Frauen und aller Bürger besser für die Schaffung bezahlter Arbeitsplätze und für gesellschaftliche Reformen verwandt werden sollten,

– wer der Meinung ist, daß die Riesenarmee den Frieden eher schwerer als leichter macht und den Sicherheitsbedürfnissen der Bundesrepublik auch bei einer Verminderung der Personalstärke hinreichend Rechnung getragen wäre,

14) Franz W. Seidler, Frauen zu den Waffen?, a.a.O., S. 400.

– wer der Überzeugung ist, daß langfristig und dauerhaft der Frieden nur gesichert wird durch Entspannungspolitik, Abrüstung und Abschaffung der Armeen,

der kann nicht für Wehrdienst plädieren, weder für Frauen noch für Männer, für den kann die Antwort auf Dienstpflichtpläne und Öffnung der Bundeswehr für Frauen nur „Nein" sein. Kriege entstehen nicht. Sie werden vorbereitet. Auch mit Armeen und Rüstung, die der Friedenssicherung dienen sollen.

Es gilt, die antimilitaristische Tradition der Frauenbewegung fortzusetzen. Die Frauenbewegung war in ihrer Gesamtheit keine Friedensbewegung. Militarismus und Chauvinismus sind an kein Geschlecht gebunden. Aber die Lektion zweier Weltkriege sollte gelernt, der Kampf der Frauen vor uns für den Frieden nicht vergeblich gewesen sein. Bertha v. Suttner gab mit ihrem 1888 veröffentlichten Roman „Die Waffen nieder!" den Anstoß zur organisierten Friedensbewegung in Deutschland und Österreich. Vor und im Ersten Weltkrieg waren es die Sozialistinnen und radikale Frauenrechtskämpferinnen aus dem Bürgertum, die gegen den Krieg der Wirtschaftskapitäne und Militärs erbittert stritten. Die großen Streiks 1918 in den deutschen Rüstungsbetrieben, die das Ende des Ersten Weltkriegs beschleunigten, wurden in erster Linie von Frauen getragen. In der Weimarer Republik kämpften Frauen unterschiedlicher Weltanschauung und verschiedener politischer Richtungen um Abrüstung und Frieden, gegen Militarismus, Wirtschaftsmacht und Faschismus. In vielen Gruppen organisiert, fanden sie erst spät, zu spät zu gemeinsamen Aktionen. Ihr Einsatz war erfolglos, aber nicht überflüssig; und sei es nur, um zu zeigen, daß gegen gemeinsame Feinde auch gemeinsam vorgegangen werden muß.

So war es für die Frauen, die sich 1951 in der Westdeutschen Frauenfriedensbewegung zusammenfanden – Christinnen und Marxistinnen, Hausfrauen und Berufstätige, Wissenschaftlerinnen und Arbeiterinnen – selbstverständlich, gegen Wiederaufrüstung und Wehrgesetze, gegen Atombomben und eine multilaterale Atomstreitmacht der NATO gemeinsam und nicht einsam zu streiten.

Heute kommt es darauf an, jede weitere Militarisierung unserer Gesellschaft abzulehnen, gegen Dienstverpflichtung und Wehrdienst, für Entspannungspolitik und Abrüstung einzutreten. Dies ist nicht Sache der Frauen allein. Die Zuständigkeitsverteilung – Männer für den Krieg, Frauen für den Frieden – abzuschaffen, ist längst überfällig! Armeen und Rüstung im Interesse menschlicher Emanzipation zu begrenzen und überflüssig zu machen, ist Aufgabe aller.

Fünf Jahre Revolution in Äthiopien

Von Kahsai Wolde-Giorgis

Äthiopiens Revolution im fünften Jahr: die umfassenden demokratischen Veränderungen, die diese Revolution dem Land brachte, wurden von ihren Gegnern mit allen Mitteln bekämpft. Dennoch befindet sich Äthiopiens Revolution nun in einer Etappe, in der sich eine Stabilisierung der durch Angriff, Aufstand und Terror erschwerten Entwicklung der ersten vier Jahre anzeigt. Zum Verständnis der aktuellen Situation in Äthiopien sollen im folgenden zwei Themenkomplexe beleuchtet werden: die Demokratisierungsprozesse an der Basis und die Nationalitätenfrage, mit dem Schwerpunkt auf dem Eritrea-Konflikt[1]). Gleichzeitig soll dabei in Ansätzen eine kritische Betrachtung der verschiedenen in westlichen Ländern verbreiteten Meldungen und Meinungen zu den jüngsten Entwicklungen in Äthiopien geleistet werden.

I. Die Demokratisierungsprozesse an der Basis

Die grundlegende Maßnahme zur Umverteilung der Produktionsmittel von der herrschenden Feudalaristokratie auf die Masse der etwa 28 Mio. starken Bevölkerung des Landes war die Proklamation zur Verstaatlichung des Agrarlandes vom 4. März 1975 – kurz *Landreform* genannt[2]). Diese Maßnahme ist jedoch nicht isoliert zu betrachten, sondern muß als Teil eines Bündels gesetzgeberischer Maßnahmen gesehen werden, die der Provisorische Militärische Verwaltungsrat (PMAC = Provisional Military Administrative Council, kurz „Derg" = Komitee genannt) seit dem Beginn der Revolution im Februar 1974 verkündete und die die Gesetzesgrundlage schufen für die gegenwärtig im Gang befindlichen Demokratisierungsprozesse der äthiopischen Gesellschaft. Dieses Bündel besteht aus folgenden Maßnahmen: Absetzung des Kaisers (12. September 1974); Verstaatlichung der Banken und Versicherungsgesellschaften (1. Januar 1975); Verstaatlichung von 72 Privatindustrien und -Firmen (3. Februar 1975); Landreform (4. März 1975); Verstaatlichung von städtischem Grund und Boden und von Zweithäusern (21. Juli 1975); Verstaatlichung von Privatschulen (29. September 1975); Verkündung des neuen Arbeitsrechtes (6. Dezember 1975); Gesetz über die Begrenzung des Privatkapitals (29. Dezember 1975); Gründung des Büros zur Organisierung der Volksmassen, POMOA (16. Mai 1976); Gründung von Stadtviertelkomitees (9. Oktober 1976); Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes AETU (All Ethiopian Trade Union) (15. Januar 1977); Gründung des Dachverbandes der Bauernorganisationen AEPA (All Ethiopian Peasants' Association) (22. April 1977).

1) Dieser Beitrag schließt sich an an „Aspekte der Revolution in Äthiopien" in Heft 4 1978 der „Blätter", S. 461–474.
2) „Negarit Gazeta", 31/1975.

Die Chronologie dieser Proklamationen[3]) läßt das schrittweise, konsequente Vorgehen des „Derg" erkennen, sowohl die ökonomischen wie auch die politisch-verwaltungsmäßigen Bedingungen für die demokratische Organisierung der gesellschaftlichen Basis zu schaffen. Für jene, die anfangs damit argumentierten, daß radikale papierene Verkündungen noch keine realen gesellschaftlichen Veränderungen bedeuteten, stellt sich heute die Umsetzung in die Realität u.a. in eindrucksvollen Zahlen dar: es bestehen seit 1975 etwa 28 000 Selbstverwaltungsorgane der Bauern im ganzen Lande, seit 1976 etwa 3000 Selbstverwaltungsorgane der städtischen Bevölkerung, die Stadtviertelkomitees („K'ebele").

Betrachten wir nun schwerpunktmäßig die Landreform, die Organisierung der Stadtbevölkerung, die Gewerkschaftsentwicklung und das neue Arbeitsrecht unter dem Aspekt ihrer Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozeß.

1. Zur Landreform

Es kann an dieser Stelle weder eingegangen werden auf die im vorrevolutionären Äthiopien verbreiteten, unterschiedlichen Formen des feudalen und feudal-kapitalistischen Grundeigentums, noch auf die ökonomischen Inhalte der Proklamation zur Verstaatlichung des Agrarlandes[4]). Hervorgehoben werden soll die in der Proklamation zur Landreform verankerte Bildung von Selbstverwaltungsorganen der Bauern auf den drei Ebenen der Gemeinde, des Bezirks und der Provinz. Die Bauern eines Gebietes von etwa 800 ha bilden den dörflichen Verband. Da an jede Bauernfamilie bis zu 10 ha Land verteilt wurden, umfaßt ein solcher dörflicher Verband also etwa 80 Bauernfamilien. Jeder Verband entsendet Delegierte zum nächsthöheren Verband. Produktion, Distribution und alle Angelegenheiten, die für die Gesamtentwicklung des gemeinschaftlich genutzten Landes wichtig sind, werden von dem Verband geregelt. Nach einer Anlaufzeit von zwei Jahren, in der einige Umstellungsschwierigkeiten zu überwinden waren, konnte in Gestalt eines die Provinzen übergreifenden Dachverbandes der Bauernorganisationen folgerichtig der verwaltungsmäßige Schritt zu einer Koordinierung der landwirtschaftlichen Aktivitäten auf staatlicher Ebene und zu einer Integration der Demokratisierungsprozesse von unten nach oben getan werden.

Es ist müßig, gegen die Landreform in Äthiopien immer wieder mit den Schwierigkeiten zu argumentieren, die diese anfänglich begleiteten, wie dies bis in die jüngste Zeit hinein immer wieder versucht wird – obgleich diese Schwierigkeiten nun zum größten Teil überwunden sind. Solche Argumente wie: stärkere Ablehnung der Reform in den nördlichen Landesteilen aufgrund der traditionellen Agrarverfassung, Distributionsprobleme, faktische Kooperativ- statt der angestrebten Kollektiv-Strukturen, verkennen das generelle

3) Eine ausführliche Chronologie der Ereignisse der äthiopischen Revolution findet sich in: B. Benzing, K. Wolde-Giorgis, M. Stötzl, Äthiopien. Die Revolution der Militärs. „3. Welt-Magazin", Themenblock 15, XVI/1978.

4) Zu diesen Themen s. ebd., unter dem Abschnitt „Das Land jenen, die es bebauen".

Problem der nur in Schritten möglichen Bewußtwerdung und Demokratisierung eines Volkes, das bis zur Revolution von 1974 nur tiefste materielle Armut kannte und weitgehend in feudal-partriarchalischem Unterordnungsdenken befangen war und das in einigen Regionen des Landes glaubte, daß nur die ethnische Revolte die Schmach der Jahrzehnte oder Jahrhunderte währenden amharischen Zwangsherrschaft in ihrem Gebiet überwinden helfe.

2. *Zur Organisierung der Stadtbevölkerung*

Die Gründung von Stadtviertelkomitees seit dem 9. Oktober 1976[5]) hat in den Städten, analog zu der Entwicklung auf dem Lande, einen Demokratisierungsprozeß eingeleitet, durch den die Verwirklichung der Ziele der Revolution, aber auch die damit verbundenen Schwierigkeiten und die Bürde des Krieges zur eigenen Sache der Bevölkerung gemacht worden sind. Wenn Demokratie die aktive Partizipation des Volkes an allen politischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen bedeutet, so besagt dies auch, daß es in Zeiten einer revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft sich auf bewußte Weise mit den Zielen der Revolution auseinandersetzen muß. Die in den Städten gebildeten Stadtviertelkomitees sind, wie die Bauernorganisationen, in drei Ebenen aufgegliedert: „K'ebele"-Verband, Höherer Verband und Zentraler Verband. Jeder „K'ebele"-Verband wählt seine Führer (mindestens 15), hat eine eigene, wenn auch eingeschränkte Gerichtsbarkeit und ein eigenes Sicherheitskomitee. Die Aufgaben der „K'ebeles" sind mannigfaltig: sie reichen von Alphabetisierungs- und Hygiene-Kampagnen, von der Verwaltung der Mietgelder aus Häusern in staatlichem Eigentum über die Verwaltungsarbeit von Einwohnermeldeämtern bis hin zur aktiven Unterstützung von Projekten, die die Regierung initiiert. Anfänglich hatten die „K'ebeles" auch die Aufgabe der Auffindung und Bestrafung von Gegnern der Revolution. Mit der Zerschlagung des „weißen" Terrors der EPRP durch den „roten" Gegenterror[6]) der „K'ebele"-Sicherheitskomitees wurden den 290 Stadtviertelkomitees von Addis Abeba die polizeilichen und juridischen Vollmachten jedoch wieder genommen, mit Ausnahme der Behandlung kleinerer Delikte. Der in westlichen Medien z.T. erhobene plumpe Vorwurf, der „Derg" habe den „K'ebele"-Führern freie Hand zum Morden gegeben, verkennt völlig die angespannte innere Lage Äthiopiens zu dem Zeitpunkt, als die konterrevolutionäre EPRP mit Einschüchterungen, Drohungen und terroristischen Anschlägen versuchte, die konstruktive Mitarbeit der Bevölkerung für die Ziele der Revolution zu verhindern, während Armee und Volksmiliz den Gegner von außen abwehren mußten. In dieser wirrenreichen Zeit war es nicht die Regierung, die mit militärischer Gewalt „von oben" die innere Ruhe wiederherstellen wollte und konnte, sondern das Volk selbst, das versuchte,

5) Proclamation No. 104 of 1976: „Urban dwellers' associations consolidation and municipalities proclamation", in: „Basic documents of the Ethiopian revolution", Addis Abeba 1977, S. 68–96.

6) „Roter" Terror besagt nicht farbsymbolisch, wie Marwedel behauptet, „noch viel blutigerer Terror" als der „weiße Terror von subversiven Elementen", sondern „revolutionärer" Terror. Vgl. W. Marwedel, Äthiopien zuerst. 50 Jahre missionarischer Dienst. Erlangen, 1978, S. 58.

den inneren Feind zu zerschlagen. Ausschreitungen von Sicherheitskomitees der „K'ebeles" sind dabei vorgekommen, z. T. wurden sie nachträglich geahndet. Die Mordkampagne des „weißen" Terrors jedoch, die allein 148 „K'ebele"-Führer und unzählige unschuldige Mitbürger das Leben kostete, stieß bei der Bevölkerung auf Ablehnung und Abscheu, so daß die anfänglichen Sympathisanten der EPRP sich von dieser Untergrundgruppe mehr und mehr abkehrten[7]).

Die Mitarbeit in den Stadtviertelkomitees hat bei vielen Stadtbewohnern Äthiopiens, die zunächst den Zielen der äthiopischen Revolution ablehnend gegenüberstanden oder politisch desinteressiert waren, ein Umdenken und eine politische Aktivierung bewirkt. Deutlich wurde dies insbesondere während des Ogaden-Krieges, wo die kämpfenden Armee-Einheiten und Bauernmilizen die Unterstützung der „K'ebeles" in Material und Nahrung erhielten. Es ist nicht auszuschließen, daß dabei nationalistische Gefühle der Verteidigung des Mutterlandes mitschwangen. Doch gerade in jener Phase der revolutionären Entwicklung wurde der Zusammenhang offensichtlich, der zwischen dem durch westliche Länder propagandistisch und finanziell unterstützten Angriff auf die nationale Integrität Äthiopiens und den Versuchen, die äthiopische Revolution aufzuhalten oder rückgängig zu machen, bestand.

3. *Zur Gewerkschaftsentwicklung*

Die Schließung des Gewerkschaftsdachverbandes CELU (Confederation of Ethiopian Labour Unions) im September 1975 wurde in den westlichen Medien als ein Schritt des „Derg" dargestellt, durch repressive Maßnahmen die vorhandenen „demokratischen" Strukturen im Lande zu zerstören. Oppositionelle Gruppen in Äthiopien wollten darin einen Beweis für die „faschistische" Natur des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates sehen[8]). Daß es zu einer personalisierten Zuspitzung des Konfliktes um die Führungspositionen in der CELU und zu einem oppositionellen Kurs der CELU-Führung zum „Derg" kam, der in der Ausrufung eines Generalstreiks gegen den „Derg" gipfelte, war aber vielmehr gerade eine Folge der undemokratischen Strukturen dieses Verbandes und der Ferne der Gewerkschaftsführer von der gewerkschaftlichen Basis. Es erscheint dringend notwendig, die Hintergründe der CELU-Schließung einmal aufzuhellen.

Wenig bekannt geworden sind bisher die Gewerkschaftsstrukturen in Äthiopien, wie sie bis zum September 1975 bestanden. Wenden wir uns daher den wichtigsten Etappen der Gewerkschaftsentwicklung in Äthiopien und den

7) „Abgesehen davon, daß der Terror der EPRP auf die Dauer unerträglich war – allein im Rathaus von Addis Abeba hängen 148 Fotos von erschossenen Kebelevorsitzenden – ist die Lösung des Problems auch deshalb notwendig geworden, weil ein großer Teil der (städtischen, d. V.) Jugend mit dieser Partei sympathisierte. Durch eine großzügige Amnestie – denn heute zeigt sich, daß die Ausschreitungen des Roten Terrors die Ausnahme waren – ist es der Regierung gelungen, einen Großteil der Sympathisanten, von denen viele über die Mordkampagne ihrer eigenen Kader erschrocken waren, zu sich herüber zu ziehen." H. Falkensdörfer, Äthiopiens geduldete Revolution, in: „epd-Entwicklungspolitik", 21/1978, S. 11.

8) So das Untergrundorgan „Democracia" in Vol. 2, No. 19, zit. nach: La classe ouvrière et le mouvement marxiste-léniniste en Ethiopie. Information U.E.E.F., Organe d'Information de l'Union des Etudiants Ethiopiens en France, No. 3, Déc. 1976, S. 18.

Organisationsmerkmalen der CELU zu, welche eine Umgestaltung des Gewerkschaftsapparates dringend notwendig machten – eine Umgestaltung, die zur Gründung des Gewerkschaftsdachverbandes AETU (ALL-Ethiopia Trade Union) im Januar 1977 führte. Mit dem Aufbau, bzw. der Ansiedlung von Industrien in Äthiopien seit der Mitte der 40er Jahre[9]) wurden sich die Arbeiter bald ihrer Schutz- und Rechtlosigkeit gegenüber den Unternehmern bewußt. Die Regierung von Haile Selassie erkannte ihrerseits die Notwendigkeit, im Interesse einer Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes auch den industriellen Sektor auszubauen, und sah sich daher gezwungen, den Arbeitern auf ihr Drängen hin ein Mindestmaß an rechtlichem Schutz zu geben, der hauptsächlich als Einschränkung unmenschlicher Arbeitsbedingungen konzipiert war. Durch die *„Factories proclamation" von 1944*[10]) erhält das Ministerium für Handel und Industrie Befugnisse, um Betriebe zu kontrollieren und zu überwachen und Vorschriften im Interesse der Gesundheit der Arbeiter und zur Regelung der Arbeitsbedingungen herauszugeben. Doch in der Folgezeit ist es lediglich eine Ad-hoc-Kommission, die gelegentlich im Falle größerer Beschwerden zusammentritt. Die *revidierte Verfassung von 1955* sieht zum erstenmal vor, daß „jeder äthiopische Untertan das Recht hat, jeder Art von Beschäftigung nachzugehen und zu diesem Zweck Verbände zu bilden oder sich solchen anzuschließen, in Übereinstimmung mit dem Gesetz."[11]) Dieses Recht führt zu zahlreichen Bitten um die Erlaubnis zur Gründung kleiner Verbände verschiendenster Art: Interessenverbände von Gruppen auf religiöser und ethnischer Basis. Diese Bitten wurden, in Ermangelung eines im Gesetz definierten Adressaten und auf der Grundlage des jedem Untertan zustehenden Petitionsrechts an den Kaiser, bis zum Zivilgesetzbuch von 1960 an den Kaiser selbst gerichtet. Anerkennung durch den Kaiser und Registrierung des Verbandes genügten, ohne daß Grundrichtlinien oder Verfahrensrichtlinien für die Anerkennung solcher Verbände bestanden hätten[12]). Es ist wichtig, sich diesen Umstand zu vergegenwärtigen, wenn man für das vorrevolutionäre Äthiopien von „Gewerkschaften" spricht. Die *Zivilgesetzgebung von 1960*[13]) führt zum erstenmal die Gewerkschaften („trade unions") auf und verweist (in Artikel 406) in Ermangelung spezieller Gesetze auf deren Gleichbehandlung mit den Verbänden, Vereinigungen („associations"). Das Zivilgesetzbuch von 1960 unterstellt die Verbände der Zuständigkeit des Innenministeriums und regelt zum erstenmal die Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmern. Zwar ist die Möglichkeit des kollektiven Aushandelns von Löhnen und Arbeitsbedingungen zwischen Interessenverbänden der Arbeiter und der Unternehmer vorgesehen (in Artikel

9) Zu Beginn der 70er Jahre erwirtschaftete der industrielle Sektor in Äthiopien nur etwa 9 % des Bruttosozialprodukts. Die drei Städte Addis Abeba, Asmara und Dire Dawa beherbergten 87 % der Industriebetriebe des Landes.

10) „Negarit Gazeta", 3/1944.

11) Revised constitution von 1955, Artikel 47.

12) Siehe dazu: Syoum Gebre Gziabher, The development of some institutions concerned with labour relations in Ethiopia, Haile Selassie I. University. Dept. of Public Administration/1969, S. 15.

13) „Negarit Gazeta" (Gazette extraordinary). Civil code of the Empire of Ethiopia. Proclamation No. 165 of 1960. Artikel 451–481; Artikel 406; Artikel 12 512–12 697.

2516), und auch Rudimente eines Arbeitsrechts im Sinne eines Schutzes des Arbeiters sind enthalten und als Fortschritt zu werten. Solchen Festlegungen stehen jedoch auch zahlreiche Artikel gegenüber, die die Willkür der Unternehmer absichern, so daß von einer Verankerung der „Herr-Knecht-Beziehung" im Zivilgesetzbuch von 1960 gesprochen werden kann[14]). Die Unternehmer waren bestrebt, ihre Interessen gegenüber der arbeitenden Klasse zu schützen, und richteten z. T. Beschwerden darüber an das Innenministerium, daß zu vielen Klagen von Arbeitern Gehör geschenkt werde[15]). Seit etwa 1958 waren das Bewußtsein und der Mut der äthiopischen Arbeiter ständig gewachsen, ihre Interessen zu verteidigen und einen Gewerkschaftsverband auf nationaler Ebene zustande zu bringen[16]).

Die Arbeiter der Textilfabirk von Ak'ak'i spielen in dem Bestreben zur Vereinigung der verschiedenen bestehenden lokalen und betrieblichen Arbeitervertretungen eine bedeutende Rolle. Sie erreichen im Juni 1961 die erste Versammlung der Repräsentanten von 22 Arbeiterverbänden aus Einzelunternehmen[17]). Die Regierung bemühte sich nun eilig, diese Entwicklung aufzufangen, indem sie in den Jahren 1962/63 mit Hilfe ausländischer Experten wie Baudissin, Paradis, Richardson, Jones und internationaler Organisationen wie ILO, IBFG (Internationaler Bund freier Gewerkschaften in Brüssel) und Friedrich Ebert-Stiftung[18]) ein *Labour relations decree*[19]) ausarbeiten ließ und Seminare für die vom „Ministry of National Community Development" bereits „anerkannten" Gewerkschaftsführer abhalten ließ. Das Grundkonzept der Regierung und der ausländischen Berater war es, durch ein „Zusammenwirken" von Regierung[20]), Unternehmervertretung[21]) und Gewerkschaftsführung eine möglichst reibungslose, kapitalistisch bestimmte industrielle Entwicklung des Landes voranzutreiben. Am 9. April 1963 entstand schließlich die *„Confederation of Ethiopian Labour Unions"* (CELU), der als wirklicher Vertretung der Arbeiterschaft des Landes seit Beginn ihres Bestehens[22]) die

14) Dazu: S. Gebre Gziabher, The development of some institutions concerned with labour relations, a.a.O., S. 19.

15) ebd. S. 20.

16) Zwischen 1947 und 1958 waren es die Arbeiter der französisch-äthiopischen Eisenbahngesellschaft gewesen, die mit Streiks und anderen Mitteln einige Verbesserungen der Lage der Arbeiter in Äthiopien erreicht hatten. Auch sporadische Streiks in einzelnen Betrieben waren erste Anzeichen des Erwachens der zahlenmäßig kleinen äthiopischen Arbeiterklasse.

17) Siehe dazu: La classe ouvrière, a.a.O., S. 5ff.

18) „Erst im Juni 1963 . . . technische Hilfeleistungen der ILO bei der Einführung der bis dahin ergangenen oder vorbereiteten Gesetze . . . Nicht zuletzt erleichterte die neuentdeckte Kooperationsmöglichkeit die Einleitung eines Schulungsprozesses innerhalb der nationalen Verwaltung auf Gebieten, die zuvor ziemlich brach gelegen hatten. Mit ihm einher gingen gewerkschaftliche Ausbildungslehrgänge, die vom Internationalen Gewerkschaftsbund in Brüssel (IBFG) sowie speziell auch von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn maßgebliche Hilfestellung erhielten." G.v. Baudissin, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in Äthiopien unter der neuen Regierungsform, in: „vierteljahresberichte – Probleme der Entwicklungsländer", hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung (vjb FES), 65/1976, S. 203.

19) Überarbeitetes Labour relations decree (Decree No. 49) von 1962 = Proclamation No. 210 von 1963.

20) Ein „Labour Department" wurde 1962 gegründet. Es war konzipiert als „control point for the optimum use of human ressources in economic and social development" (S. Gebre Gziabher, The development of some institutions, a.a.O., S. 86).

21) Ein Verband der Unternehmer „Federation of Employers" (FEE), der größtenteils aus Ausländern bestand (von 76 Mitgliedern 1968 waren nur 5–8 Äthiopier), hatte sich ebenfalls 1962 eilig konstituiert.

22) 1963: 15 000 Mitglieder in 29 Gewerkschaften. 1969: 70 000 Mitglieder in 85 Gewerkschaften.

Klinge aus der Hand geschlagen worden war: 1. Die Führung wurde bald mit Beyene Solomon besetzt, der keine der vertretenen „Gewerkschaften" repräsentierte, sondern durch ein geschicktes Wahlmanöver der Regierung Haile Selassies auf diesen Platz gesetzt wurde. 2. Im westlichen Ausland ausgebildete Technokraten erlangten zunehmenden Einfluß in der CELU-Führung. 3. Die gewerkschaftliche Basis-Struktur war, vom Typ und Aufbau der einzelnen „trade unions" her, uneinheitlich. Diese strukturelle Uneinheitlichkeit aber war gerade gewünscht. Gegen sogenannte „horizontale" Gewerkschaften, d. h. Gewerkschaften, die landesweit alle Arbeiter eines Berufszweiges zusammenfassen, wurde seit der Gründung der CELU von seiten der Führung mit fadenscheinigen Argumenten angegangen[23]), denn gerade diese Gewerkschaften hätten ein Kräftepotential auf Landesebene darstellen können, das der Regierung und der CELU-Führung hätte entgegentreten können. 4. Zwischen Arbeiter- und Angestellten-Vertretungen wurde nicht unterschieden. Der Oberbegriff „Werktätige" umfaßte beide Gruppen[24]).

Auf einer Konferenz von Delegierten des Unternehmer-Verbandes und der CELU vom 23.–27. August 1966, an der sich auch Vertreter der Regierung beteiligten, kam man zu einer gemeinsamen Resolution auf der Grundlage, „daß industrieller Friede und soziale Gerechtigkeit nur erreicht werden können durch ein günstiges Investitionsklima . . ."[25]). Die Rolle der CELU im revolutionären Wandel seit 1974 hat zwei Gesichter. Einerseits hat die CELU ohne Zweifel durch den Ausruf eines Generalstreiks am 7. März 1974 auf das Haile-Selassie-Regime Druck ausgeübt und sonst zum Zerfall der feudal-kapitalistischen Herrschaft wesentlich beigetragen, die zum Sturz des Kaisers geführt hatte. Andererseits sah sich die äthiopische Arbeiterschaft in ihren Interessen, trotz einiger erreichter Verbesserungen ihrer Lage durch die Verhandlungen der „trade unions", insbesondere nach der Entmachtung des Kaisers im September 1974, durch die CELU-Führung verraten. Im September 1975 ruft die CELU-Führung zu einem außerordentlichen Kongreß auf, der vorher weder von den „Gewerkschaften" Diskutiert noch vorbereitet worden war. Auf diesem Kongreß wird ohne Diskussion eine Resolution verabschiedet, die den Beschluß zu Streiks und Demonstrationen gegen den „Derg" und sogar gegen die Landreform enthält. Diese Streiks und Demonstrationen sollten den Auslöser darstellen für die Ausrufung des Notstandsrechts und die Auflösung der CELU. Doch schon Ende November wird der Notstand aufgehoben, über 100 „Gewerkschaftler" werden wieder auf freien Fuß gesetzt, und am 6. Dezember 1975 verkündet der Provisorische Militärische Verwaltungsrat das *neue Arbeitsrecht,* das auch den strukturell ausgewogenen Aufbau einer landesweiten, von unten nach oben aufgebauten Gewerkschaftsorganisation vorsieht.

23) So standen 1969 nur 6 „horizontale" Gewerkschaften 79 sogenannten „vertikalen" oder „lokalen" „trade unions" gegenüber (davon 22 eritreische „trade unions").
24) Erst seit etwa 1975 wird in Äthiopien eine begriffliche Trennung zwischen „Werktätigen" und „Arbeitern" vorgenommen, z. B. in der amharischen Form „sarrategna" und „labader".
25) S. Gebre Gziabher, The development of some institutions . . . , a.a.O., S. 95.

4. Zum neuen Arbeitsrecht

Die *Labour Proclamation vom 6. Dezember 1975*[26]) „stellt einen anspruchsvollen Versuch dar, das bis dahin in . . . Einzelgesetze aufgesplitterte Recht zusammenzufassen, den in den beiden letzten Jahren eingetretenen politischen Veränderungen in Äthiopien Rechnung zu tragen und dabei insbesondere der werktätigen Bevölkerung einen angemessenen Platz und eine wichtigere Rolle im Entwicklungsprozeß der Nation zuzuweisen bzw. zuzuerkennen"[27]). Baudissin, der das *neue Arbeitsrecht* Äthiopiens in diesen Worten charakterisiert, glaubt allerdings schon in den verschiedenen Teilgesetzen, die in den 60er Jahren die Arbeitsverhältnisse in Äthiopien regelten[28]), „eine Kodifizierung der wichtigsten einschlägigen Materie" zu erkennen, „die sich mit den geschriebenen Rechtsregeln etwa der Bundesrepublik oder vergleichbarer westlicher Industriestaaten durchaus messen konnte, ja letztere vielfach übertraf"[29]). Indes geht es bei einer Kodifizierung von Arbeitsverhältnissen nicht allein um Umfang und Genauigkeit von Regeln, sondern um deren materielle Substanz. Daß die arbeitsrechtlichen Vorschriften vor 1975 auf Teilgesetze verstreut und insgesamt umfangreich waren, ändert nichts an der Tatsache, daß sie ihrem Inhalt nach den Arbeitern nur eine kümmerliche arbeitsrechtliche Sicherheit boten.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die *Labour Proclamation* von 1975. Diese ist in sechs Hauptteile gegliedert. In einem Vorspann wird zum erstenmal für Äthiopien die *Würde der Arbeit,* das Recht eines jeden Bürgers auf *ausbeutungsfreie Arbeit* und die *Bedeutung der Arbeit* für die Verbesserung des Lebensstandards und für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft hervorgehoben.

Teil 1 erklärt die im Gesetz verwendeten Grundbegriffe.

Teil 2 behandelt Arbeitssuche, Arbeitsplatzangebot, Arbeitsvertrag, Beschäftigung von Äthiopiern im Ausland und von Ausländern in Äthiopien, Lehrlingsausbildung und Mindestregelungen von Arbeitsdauer, Überstunden, Pausen, Urlaub u. ä.

Teil 3 regelt den Aufbau von Gewerkschaften, deren Registrierung und Verwaltung.

Teil 4 bestimmt die kollektiven Beziehungen und Verträge zwischen Unternehmen und Arbeitervertretung (Gewerkschaft).

Teil 5 regelt Aufbau und Befugnisse von Schiedskommissionen im Arbeitskampf, die Befugnisse des zuständigen Ministers für Arbeit und Soziales und der staatlichen Gerichte, ferner Aussperrung und Streik, und benennt unfaire Praktiken von Unternehmen und Arbeitern.

---

26) Basic documents of the Ethiopian Revolution. Addis Abeba: POMOA (Provisional Office for Mass Organizational Affairs) 1977: S. 97–147: Proclamation No. 64 of 1975.

27) G. v. Baudissin, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in Äthiopien unter der neuen Regierungsform, in: vjb FES, Nr. 65, 1976, S. 201–214.

28) Diese sind aufgelistet ebd., S. 201. Auf S. 204 vergleicht Baudissin diese Teilgesetze mit dem neuen Arbeitsrecht und stellt fest, welche dieser Teilgesetze mit nur geringfügigen Veränderungen in das neue Arbeitsrecht inkorporiert worden sind.

29) Ebd., S. 201.

Teil 6 behandelt verschiedene weitere Vorschriften und Zuständigkeiten im Zusammenhang mit dem Arbeitsrecht.

Entscheidende demokratische Errungenschaften dieses neuen Arbeitsrechtes sind die Anerkennung der Würde der Arbeit und des Rechtes auf ausbeutungsfreie Arbeit, auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, die Umstrukturierung und Vereinheitlichung der Gewerkschaftsorganisation, welche nunmehr jedem Arbeiter die aktive Teilnahme an der Gestaltung und Verbesserung der Produktionsverhältnisse ermöglicht. Insgesamt sichert und verbessert dieses neue Arbeitsrecht die soziale Stellung der äthiopischen Arbeiter. Es kann hier nicht auf alle Errungenschaften dieses Gesetzes im einzelnen eingegangen werden[30]), es sei lediglich auf einige für eine Würdigung wichtige Tatsachen hingewiesen. Ein Großteil der *Labour Proclamation* regelt die kollektiven Beziehungen zwischen Arbeitern und Unternehmen („undertaking"). Der Begriff „Unternehmer" („employer") ist im Gesetz vermieden worden. Zur Zeit bestehen in Äthiopien noch zahlreiche private kleine und mittlere Betriebe, neben den größeren verstaatlichten Betrieben. Diese Unternehmen sind einerseits durch das Gesetz über die Begrenzung des Privatkapitals und andererseits durch das neue Arbeitsrecht selbst auf die Gleichsetzung ihrer Arbeiterschaft mit der der staatlichen Betriebe festgelegt. Einerseits schwächt die *Labour Proclamation* von 1975 die Position der Unternehmen (auch der staatlichen!) in ihren Beziehungen zu den Arbeitern[31]), andererseits schränkt sie auch das Streikrecht der Arbeiter ein, indem sie für den Streikbeginn eine Wartefrist von 50 Tagen vorschreibt, falls die Verhandlungen zwischen Gewerkschaft und Unternehmen zu keinem Ergebnis führen. Es erscheint also weder richtig, von „staatlichem Dirigismus" zu reden, oder von „Einschränkung des gewerkschaftlichen Dynamismus", wie dies Baudissin tut[32]), noch ist es zulässig, ein Streikrecht der Arbeiter zu verabsolutieren unter Bedingungen, unter denen gerade die Vergesellschaftung der Produktionsmittel realisiert wird – letztere Kritik an der Einschränkung des Streikrechtes wurde von verschiedenen oppositionellen Intellektuellen-Gruppierungen vorgebracht[33]). Eine weitere Kritik an dem neuen Arbeitsrecht bezieht sich auf die im Vergleich zu den Industriestaaten noch schwache sozialrechtliche Sicherung der Arbeiter. So wurde z. B. beanstandet, daß der Schwangerschaftsurlaub nur von 30 auf 45 Tage erhöht worden sei, oder daß die Sechs-Tage-, nicht aber die Fünf-Tage-Woche gesetzlich verankert sei. Kritik dieser Art verkennt das für ein armes Land nötige, zähe Ringen um wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt, wobei die sozialen Errungenschaften erst graduell durch den akti-

30) Eine Darstellung findet sich bei Baudissin, a.a.O., S. 205–210. Baudissin würdigt darin im großen ganzen diese Errungenschaften, er schreibt „daß das neue Arbeitsgesetz eine erheblich arbeitnehmerfreundlichere Tendenz als das ältere Recht erkennen läßt" (S. 211); er kritisiert aber im Anschluß an diese Darstellung die sich offenbar „verstärkende Neigung zu Sozialismus und Dirigismus" (S. 212), die in dem Gesetz zum Ausruck komme.

31) Von einer Föderation der Unternehmer, wie sie vor 1975 in Äthiopien bestanden hatte, ist im Gesetz übrigens nicht mehr die Rede.

32) Ebd. S. 211 f.

33) Zur Darstellung s. La classe ouvrière . . ., a.a.O., S. 19–21.

ven wirtschaftlichen und politischen Einsatz aller Bürger erreicht werden können. In diesem Sinn ist das *neue Arbeitsrecht* sicher erst ein guter Anfang.

II. Die Nationalitätenfrage mit dem Schwerpunkt auf dem Eritrea-Konflikt

Nach einer Jahrhunderte währenden Zeit „feudaler Anarchie"[34]) begann Kaiser Theodoros II. 1855 mit der Rezentralisierung des Reiches. Unter Menelik II. gelang die Durchsetzung der Rezentralisierung gegen den Widerstand der regionalen Fürsten, und in blutigen Expansionskriegen nach Süden und Südwesten wurden weite Gebiete und Ethnien unterworfen. Haile Selassie überhöhte die Zentralisierung noch durch seine absolutistische Herrschaft. Die Angehörigen aller ethnischen Gruppen, außer den Amharen, waren – sofern sie nicht „amharisiert" wurden – in ökonomischer, politischer und kultureller Hinsicht diskriminiert und unterdrückt.

Im Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens wurde die Nationalitätenfrage zum erstenmal in der äthiopischen Geschichte als Problem anerkannt, und durch die Zusicherung der regionalen Autonomie der verschiedenen Nationalitäten wurde für dieses Problem endlich eine Lösung sichtbar gemacht. So steht in diesem Programm: „Das Selbstbestimmungsrecht aller Nationalitäten wird anerkannt und voll geachtet. Keine Nationalität wird eine andere beherrschen, denn Geschichte, Kultur, Sprache und Religion jeder Nationalität werden, dem Geist des Sozialismus entsprechend, gleiche Anerkennung genießen. Die Einheit der Nationalitäten Äthiopiens wird sich auf ihren gemeinsamen Kampf gegen Feudalismus, Imperialismus, bürokratischen Kapitalismus und alle reaktionären Kräfte gründen. Dieser vereinte Kampf beruht auf dem Bestreben, ein neues Leben und eine neue Gesellschaft auf der Basis der Gleichheit, der Brüderlichkeit und der gegenseitigen Achtung aufzubauen.

Die Völkerschaften, die in den Grenzgebieten bzw. verstreut über verschiedene Regionen leben, waren lange besonders unterjocht. Der Hebung ihres politischen, ökonomischen und kulturellen Lebensniveaus wird besondere Aufmerksamkeit gelten. Es werden alle notwendigen Schritte unternommen, um diese Völkerschaften den anderen Äthiopiens gleichzustellen. In der gegebenen Situation Äthiopiens kann das Nationalitätenproblem gelöst werden, wenn jeder Nationalität das volle Selbstverwaltungsrecht gewährt wird. Das bedeutet, daß jede Nationalität regionale Autonomie besitzt und über Fragen ihrer inneren Angelegenheiten entscheiden wird. Auf ihrem Gebiet hat sie das Recht, den Inhalt ihres politischen, ökonomischen und sozialen Lebens zu bestimmen, ihre eigene Sprache zu gebrauchen und ihre eigenen Führungs- und Leitungskräfte für ihre inneren Organe zu wählen. Dieses Selbstverwaltungsrecht der Nationalitäten wird im Einklang mit allen demokratischen Verfahren und Grundsätzen in die Praxis umgesetzt."[35])

34) Volker Janssen, Politische Herrschaft in Äthiopien, in: „Beiträge zur Soziologie Afrikas", 1, Freiburg i. Br. 1976, S. 523.

35) Siehe die deutsche Übersetzung des Programms der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens, in: B. Benzing, K. Wolde-Giorgis/M. Stötzl, Äthiopien. Die Revolution der Militärs, a.a.O., S. XIV–XV.

Wenn hier das Programm der Nationaldemokratischen Revolution Äthiopiens im Wortlaut so ausgiebig zitiert wird, geschieht dies, um zu verdeutlichen, daß im Vielvölkerstaat Äthiopien eine Lösung der Nationalitätenfrage sichtbar gemacht worden ist; für die Umsetzung des Programms in die Realität waren und sind noch zahlreiche Hürden zu überwinden. Die *regionalistische Opposition* in Äthiopien läßt sich nicht als einheitliches Phänomen des Auseinanderstrebens von Kräften fassen, die durch die kaiserliche Symbolfigur bis zum Ausbruch der Revolution notdürftig integriert worden wären, wie es oft zur Darstellung gebracht worden ist. Vielmehr bestehen, neben verschiedenen konterrevolutionären Strömungen einer nicht regional gebundenen Opposition[36]), vier Arten *regionalistisch-separatistischer Bestrebungen,* die unterschieden werden müssen:

1. *Feudale Rivalitäten,* wie etwa die zwischen Amharen und Tigre, werden durch konterrevolutionäre Kräfte neu belebt, z. B. in Gestalt der „Tigre Peoples' Liberation Front" (TPLF), die im nördlichen, an Eritrea angrenzenden Landesteil ohne nennenswerte militärische Erfolge versucht hat, in bewaffneten Attacken gegen die Zentralregierung vorzugehen.
2. *Ethnische Emotionen* werden in den Gebieten geschürt, in denen die brutale Unterwerfung, insbesondere im Zuge der feudalen Expansion Meneliks II., tiefe sozio-ökonomische Auswirkungen gehabt habt. Die ethnische Revolte, z. B. bei den Afar oder Oromo, ist aber keine Revolte eines gesamten ethnischen Kollektivs, sondern kleiner Gruppen, die von außen aufgewiegelt werden. Die Afar-Bewegung spaltete sich bald in eine sezessionistische Gruppe und eine Gruppe, die auf der Basis des Programms der Nationaldemokratischen Revolution zur Kooperation mit der äthiopischen Zentralregierung bereit war. An der Oromo-Bewegung läßt sich sehr deutlich verfolgen, wie eine solche Bewegung, die im Lande selbst ohne Basis ist, im Ausland zu einem Problem hochstilisiert wird. Eine epd-Beilage wußte im September 1978 etwas vorschnell zu berichten: „Die noch junge ‚Oromo-Liberation-Front' arbeitet bereits auf einen unabhängigen Staat für diese größte Volksgruppe Äthiopiens hin . . . Angesichts der verzweifelten Kämpfe der nichtamharischen Völker ist es fraglich, ob sich eine Zentralregierung auf die Dauer gegen sie behaupten kann"[37]). Ebenfalls aus Frankfurt/M. stammt eine

36) Auf diese soll in einem späteren, dritten Teil der „Aspekte der Revolution in Äthiopien" eingegangen werden.

37) Günter Schröder und Bernhard Streck, „epd 3. Welt Information", Äthiopien. Revolution ohne Befreiung, in: „Arbeitsblätter des Evangelischen Pressedienstes", 9, Frankfurt/M. 1978. Die politische Arbeit der Evangelischen Kirche und anderer Organisationen, wie Amnesty International, gegen die Ziele der äthiopischen Revolution wird besonders deutlich darin, daß die wahren Ursachen der Unruhen, des Terrors und der Gewalt in Äthiopien bis zum Sommer 1978, die sehr wesentlich in der bewaffneten, subversiven Aktivität von Gegnern der Revolution zu suchen sind, verschleiert werden. „Aus dem Kommuniqué der Kirchenleitung der VELKD vom 17. März 1978. Die Kirchenleitung vertrat einmütig die Auffassung, daß das erschreckende Ausmaß an Menschenrechtsverletzungen und politischem Terror in Äthiopien auch von den Christen in der Bundesrepublik nicht schweigend übergangen werden kann." (Beilage für „der überblick", März 1978. Darin werden auch Gebetsvorschläge gemacht, „insbesondere für die jungen Menschen, die im Namen einer gnadenlosen Ideologie gejagt werden"). S. auch: Gunnar Hasselblatt, Äthiopen – Menschen, Kirchen, Kulturen, in: „Radius", Stuttgart 1979, insbes. S. 70–74.

anonyme kleine Schrift über „Oromo. Kolonialismus in Äthiopien" (1977)[38]). Die Solidarität von Ethnologen treibt gelegentlich seltsame Blüten, besonders wenn ein fragwürdiger Ethnosbegriff zum Maß aller Dinge gemacht wird. Unverantwortlich wird solche naive Solidarität dann, wenn sie in Handlangerfunktion die jederzeit bei Bedarf von außen propagandistisch verwertbare Vorarbeit für einen neuen Versuch der inneren Unruhestiftung leistet. Das reale Problem besteht heute darin, den Oromo in Äthiopien auf allen verwaltungsmäßigen und politischen Ebenen die Partizipation zu ermöglichen, die jeder Nationalität in Äthiopien zugesichert ist, und die in der konstruktiven Mitarbeit aller Gruppen für eine neue Gesellschaft ihren Ausdruck finden muß.

3. *Irredentistische Bestrebungen*[39]), wie beispielsweise die, alle Somalisprechenden Volksgruppen in einem Staat zu vereinigen, bzw. die Somalisprechenden Minoritäten der Nachbarländer Äthiopiens, Kenya und Djibouti, heim ins Mutterland zu holen, unterscheiden sich zwar in den historischen Hintergründen von den beiden anderen genannten Arten separatistischer Bewegungen in Äthiopien. Gemeinsam ist jedoch allen diesen Bewegungen, daß sie – je nach Gelegenheit und Möglichkeit – von außen zum Vehikel benutzt worden sind, die äthiopische Revolution aufzuhalten, und mit ihnen der Versuch unternommen wurde, den Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat an einzelnen dieser Bewegungen oder ihren Attacken auf mehreren Fronten zusammenbrechen zu lassen[40]).

4. *Ein Nationalgefühl* als Folge einer langen Kolonialherrschaft verband, seit der Auflösung der Föderation zwischen Äthiopien und Eritrea zugunsten der Eingliederung Eritreas als Provinz des Feudalreiches, zahlreiche Angehörige verschiedener eritreischer Volksgruppen unter der Selbstbestimmungsformel „Eritrea". Dieses Bewußtsein vermochte aber nicht, nach dem Zusammenbruch der feudalen Strukturen in Äthiopien seit 1974 noch eine tragfähige Basis für eine Bewegung im Dienst der Massen zu bilden. Betrachten wir im folgenden eingehender diese regionalistisch-separatistische Bestrebung.

Die Betrachtung des *Eritrea-Konflikts* wird in vielen westlichen Darstellungen der letzten Jahre reduziert auf die Fiktion, daß ein Volk geschlossen für seine politische Unabhängigkeit gegen die Übermacht der äthiopischen Zentralregierung kämpfe[41]). Die politische Unabhängigkeit, als Forderung eines an-

38) Oromo, Kolonialismus in Äthiopien. Die koloniale Unterdrückung und der bisher totgeschwiegene Freiheitskampf der Oromo, der Bevölkerungsmehrheit Äthiopiens, hrsg. v. Redaktionskollektiv „betrifft: arme welt", Frankfurt/M. Juni 1977, II, in Zusammenarbeit mit der Oromo Student Union in Europe in der BRD.

39) Irredentismus: jede politische Bewegung, die danach strebt, abgetrennte Gebiete mit einer nationalen Minderheit wieder dem Mutterland staatlich anzuschließen; aus „irredenta Italia": das unerlöste, unbefreite Italien.

40) S. dazu: K. Wolde-Giorgis, Aspekte der Revolution in Äthiopien, in: „Blätter" 4/1978, S. 13 f. und 16.

41) Über den Eritrea-Konflikt, s.: Eritrea then and now. (Ministry of Foreign Affairs Press and Information Dept.) Addis Abeba, May 1976; The Ethiopian revolution and the problem in Eritrea (Ethiopian Revolution Information Center, P.O.Box 2549), Addis Abeba, July 1977; Mengistu Haile Mariam, The national revolutionary war in the North (Ministry of Information and National Guidance), Addis Abeba, 7 June 1978. Georg Polikeit, Zündstoff in der Eritreafrage, in: AIB 1, 1978, S. 15–18. Die eritreische Position wird dargestellt in: In defence of the Eritrean revolution.

geblichen Volkswillens, wird dabei zu einem Wert an sich erhoben, der den Kampf rechtfertigt. Zu dieser Verkürzung der Problematik trugen nicht zuletzt die propagandistischen Aktivitäten einiger Gruppen von Eritreern in Westeuropa bei, deren Ziel es war, den Kampf der Eritreer als antikolonialen Kampf erscheinen zu lassen. Die historische Legitimation wird dabei hergeholt aus der italienischen Kolonialherrschaft von 1885–1941 über die neun ethnischen Gruppen, die auf dem Territorium der von den Italienern als „Eritrea" bezeichneten Kolonie siedelten[42]). Nach dem Zusammenbruch der faschistischen Herrschaft über dieses Gebiet 1941 wurde Eritrea bis 1952 britisches Protektorat, anschließend auf Beschluß der UNO mit Äthiopien föderiert. Der antikoloniale Kampf, der in Eritrea ab 1935 einsetzte, schmiedete nicht eine Nation zusammen, sondern verband vielmehr wieder stärker Eritrea mit dem damaligen Abessinien, das seinerseits von 1935 bis 1941 die italienische Kolonialherrschaft zu erleiden hatte. Es war ein gemeinsamer Kampf der patriotischen Kräfte gegen die italienischen Faschisten, der sowohl auf dem Gebiet Eritreas als auch des übrigen heutigen Äthiopiens durchgefochten wurde. Zwischen 1941 und 1952 war es u. a. die Unterstützung der äthiopischen Regierung für die antikolonialistischen Kräfte in Eritrea, welche gleichzeitig für den Anschluß an Äthiopien plädierten, die einen für Afrika so frühen Entkolonialisierungsprozeß wie den eritreischen in Gang setzte. Freilich tauschten die Eritreer durch den Zusammenschluß mit Äthiopien den Status des Kolonisierten gegen den des feudalen Untertanen ein.

Der Kampf von Eritreern gegen die Eingliederung in das äthiopische Reich 1962 und gegen die autokratische, feudale und dem Imperialismus dienende Herrschaft Haile Selassies fand damals im Westen wenig Unterstützung. Doch in dem Maße, wie mit der Revolution von 1974 das feudal-kapitalistische Äthiopien versank, stieg auch das Interesse westlicher Kreise an jeder Opposition zum Derg, und so auch am Eritrea-Konflikt. Die Tatsache, daß es drei eritreische „Befreiungsbewegungen" gab (ELF, EPLF und ELF/EPLF), die sich nicht dauerhaft auf ein geschlossenes Vorgehen einigen konnten, läßt darauf schließen, daß diese Organisationen unterschiedliche politische Zielrichtungen hatten. Verfolgen wir die Entwicklung der Ziele und des Kampfes der eritreischen „Befreiungsbewegungen" in vier Hauptetappen:

1. 1941–1952: Anglo-italienische Doppelherrschaft
2. 1952–1962: Föderation zwischen Äthiopien und Eritrea
3. 1962–1974: Eingliederung Eritreas in den äthiopischen Feudalstaat
4. 1974–1978: Opposition eritreischer Organisationen gegen die äthiopische Revolution

1. Die anglo-italienische Doppelherrschaft 1941–1952

Der Sieg über den italienischen Faschismus in Äthiopien – dem damaligen Abessinien – brachte es 1941 mit sich, daß die Verwaltung der italienischen Kolonie Eritrea von den Briten übernommen wurde. Bis zum UNO-Beschluß von 1952, der den föderativen Status Eritreas innerhalb des äthiopischen

42) Als historische Legitimation für eine Zusammengehörigkeit Eritreas mit Äthiopien wird im allgemeinen die Tatsache der soziopolitischen Einheit vor 1885 angeführt.

Staatsverbandes bestimmte, blieb Eritrea britisches Mandatsgebiet. Wenn hier von anglo-italienischer „Doppelherrschaft" gesprochen wird, so geschieht dies, weil nach der militärischen Niederlage Italiens die von den Italienern bestimmte Verwaltung und Wirtschaft in der ehemaligen Siedlerkolonie durch die Briten zwar erweitert, nicht aber ersetzt wurde. Der Krieg in Nordafrika ließ den Briten wenig Spielraum, um ihre Herrschaft in Eritrea mit aller Konsequenz zu errichten; vielmehr diente dieses Gebiet während des Zweiten Weltkriegs als Depot, und Großbritannien verfolgte eine Politik der Plünderung eritreischer Industrieanlagen, die in den Sudan und nach Aden verfrachtet wurden.

In diese Periode von 1941–1952 fielen in Eritrea politische Ereignisse, deren Auswirkungen uns im Zusammenhang mit dem Eritrea-Problem immer noch beschäftigen: das Entstehen politischer Organisationen der Eritreer. Für die Entstehung solcher Organisationen waren zwei Faktoren entscheidend: als Mussolinis Truppen 1935 nach Äthiopien einmarschiert waren, hatten sie als Sprungbrett ihre Kolonialgebiete Eritrea und Somalia benutzt. Die brutale Kriegsführung mit Giftgas, dem Hunderttausende von Menschen zum Opfer fielen, erzeugte in der äthiopischen Bevölkerung eine Reaktion, die zur Aufstellung von patriotisch-antifaschistischen Truppen führte. Die unter dem italienischen Kolonialismus leidenden Eritreer erkannten die Möglichkeit, in einer gemeinsamen antikolonialistischen Front gegen den Feind vorzugehen. So wurden die aus allen Teilen Äthiopiens und Eritreas stammenden Patrioten – neben den vorhandenen kulturellen und sprachlichen Gemeinsamkeiten – zu einem wesentlichen integrativen Faktor auch für die antikoloniale Bewegung in Eritrea.

Ein zweiter Faktor für die Herausbildung politischer Organisationen war die von den Italienern praktizierte wirtschaftliche und kulturelle Unterdrückung der äthiopisch-koptischen Christen des Hochlandes von Eritrea. Da in ihnen potentielle Verbündete des Kaiserreichs gesehen wurden – eines Staates, der den Italienern 1896 die Niederlage in der Schlacht bei Adua zugefügt hatte – wurden die Moslems in Eritrea in jeder Weise gefördert, u. a. durch den Bau von Moscheen und die Organisierung von Pilgerfahrten nach Mekka. Wirtschaftlich waren die auf dem Hochland lebenden, meist christlichen Eritreer am härtesten vom Kolonialismus betroffen, denn ein Großteil ihres Bodens war für die Plantagenwirtschaft italienischer Siedler enteignet worden. Die Briten veränderten auch nichts an diesen Verhältnissen. Aus der Unzufriedenheit der christlichen Bevölkerung über diese Lage und aus dem mit Äthiopien gemeinsam geführten antikolonialen Kampf entstand in Eritrea eine erste politische Bewegung, die *„Partei der Unionisten"*, die ab 1946 von der äthiopischen Regierung und der äthiopisch-koptischen Kirche Unterstützung erhielt.

Die Gründung dieser für den Zusammenschluß mit Äthiopien sich einsetzenden Gruppe bot der italienischen Verwaltung Anlaß, solche politischen Gruppen zu unterstützen, deren Ziel nicht der Zusammenschluß mit Äthiopien, sondern die politische Unabhängigkeit war. Eine postkoloniale Situa-

tion, nach dem Rückzug der Briten, hätte nämlich der ehemaligen Kolonialmacht Italien die Möglichkeit geboten, ihre wirtschaftlichen Interessen in dieser ausgesprochenen Siedlerkolonie zu wahren[43]). So versuchte Italien, sich als Garant für einen politisch unabhängigen neuen Staat Eritrea darzustellen. Die von den Italienern favorisierte *„Muslimische Liga"* wurde auch 1946 gegründet. 1947 folgte die Gründung der *„Progressiven Liberalen Partei"*. Diese Gruppen bargen verschiedene Richtungen in sich, waren sich jedoch einig in der Forderung nach politischer Unabhängigkeit, so daß im Grunde zwei Blöcke, die Unionisten und die nach politischer Unabhängigkeit Strebenden, einander gegenüberstanden. Doch die politische Auseinandersetzung der drei Gruppen war dominiert durch ethnische, religiöse und ökonomisch-klassenmäßige Gegensätze. Bald zerbröckelte der Block aus „Muslimischer Liga" und „Progressiver Liberaler Partei": die kräftige, insbesondere finanzielle Unterstützung dieses Blocks durch die Kolonialherrschaft konnte vielen antikolonial gesinnten Eritreern nicht verborgen bleiben. Auch von der „Muslimischen Liga" spaltete sich 1950 eine Gruppe ab, die sich „Muslimische Liga West Eritrea" nannte und die den Anschluß eines Teiles von Eritrea an den damals britisch dominierten Sudan anstrebte. Die „Progressive Liberale Partei" ihrerseits konnte nicht verhindern, daß in ihr Kräfte stark wurden, die entweder Anschluß an Äthiopien oder Föderation mit Äthiopien forderten. Die antikoloniale Initiative ging damals eindeutig von der „Partei der Unionisten" aus. Später allerdings, nach dem Entkolonialisierungsprozeß in Eritrea, sahen sich viele Eritreer, die für den Anschluß gekämpft hatten, durch die feudal-absolutistische Herrschaft von Haile Selassie enttäuscht.

2. 1952–1962: Föderation zwischen Äthiopien und Eritrea

Eine UNO-Delegation, die nach Eritrea gesandt wurde, um die Interessen der Bevölkerung bezüglich einer politischen Lösung des Problems zu ermitteln, konnte sich in ihrem Bericht zur Situation nicht auf einen Vorschlag einigen. Der Bericht führt drei unter der eritreischen Bevölkerung vertretene Meinungen auf: Anschluß, Föderation, Lostrennung. Man einigte sich auf die Kompromißformel „Föderation". Diese trat 1952 in Kraft, wurde aber nie praktisch wirksam, im Gegenteil: die Regierung Haile Selassies dachte gar nicht daran, die Klausel der Nichteinmischung in die inneren Verwaltungsangelegenheiten Eritreas zu respektieren; systematisch wurden im Lauf von zehn Jahren alle Einrichtungen beseitigt, die den föderativen Status Eritreas betonten. Zur Aufhebung der Föderation blieb nur noch ein letzter Schritt zu tun.

3. 1962–1974: Eingliederung Eritreas in den äthiopischen Feudalstaat

Die Aufhebung der Föderation und Eingliederung Eritreas in den äthiopischen Feudalstaat wurde durch einen Beschluß des eritreischen Parlaments erreicht, dessen Mitglieder mehrheitlich aus der eritreischen, der Kaiserherrschaft zugeneigten Bourgeoisie stammten. Wie setzte sich diese eritreische

43) Die italienische Regierung, sogar einzelne Mitglieder der italienischen KP, haben dieses Interesse bis in die jüngste Zeit hinein verfolgt und haben im jüngsten Eritrea-Konflikt, mehr oder weniger deutlich, die eritreische Position unterstützt. S. dazu: Interview mit Lelio Basso, „Eritrea hat nie etwas mit Äthiopien zu tun gehabt . . ." in: „3. Welt Magazin", 7/8 1978, S. 18 f.

Bourgeoisie zusammen? In der Zeit der Föderation (1952–1962) hatte sich in Eritrea eine bürgerliche Schicht der Tigray-Tigrina des Hochlandes herausgebildet, eben jener Bevölkerungsteile, die unter der italienischen Kolonialherrschaft am meisten unterdrückt worden waren und denen es nun gelungen war, Macht und Einfluß zurückzugewinnen. Dies wiederum führte zu einer Benachteiligung der nicht-christlichen Bevölkerungsteile[44]). 1956 wurde die *„Eritreische Befreiungsbewegung"*, die spätere ELF (Eritrean Liberation Front) gegründet, die gegen die Eingliederung Eritreas in den äthiopischen Feudalstaat agierte und den Fall Eritrea vor die UNO brachte. Eine neue Entwicklung bahnte sich im panislamischen Kurs der ELF Ende der 70er Jahre an, als sich linksorientierte Eritreer, zumeist aus dem christlichen Teil Eritreas, der Bewegung anschlossen. Ein Großteil dieses Zulaufs kam aus den Schulen und aus der damals unter dem Namen „Haile Selassie University" bekannten Universität von Addis Abeba. Es waren diese politisierten Studenten, die sich aus Protest gegen das repressive Regime Haile Selassies gezwungen sahen, eine politische Heimat zu suchen. Die ELF bot als organisierte Gruppe, in einem Land ohne legale politische Organisationen, eine Basis für politische Aktivitäten. Obwohl sich diese Kräfte zunächst in die ELF integrieren konnten, kam der unvermeidliche Dissens über die politischen Positionen der Bewegung. Während Einigkeit über den Kampf für die totale Unabhängigkeit als politisches Ziel herrschte, führte die Diskussion über den politischen Standort der Bewegung im Jahre 1971 zur Gründung der zweiten Organisation, der EPLF (Eritrean Peoples' Liberation Front). Von dieser spaltete sich wiederum eine von Saudi-Arabien unterstützte Gruppe, ELF/EPLF ab, die allerdings in Eritrea nie eine starke Basis hatte.

4. 1974–1978: Opposition eritreischer Organisationen gegen die äthiopische Revolution

Am Vorabend der Revolution wurden in der Region Eritrea nur geringe militärische Aktivitäten der beiden Oppositionsbewegungen LEF und EPLF verzeichnet. Asmara, die Hauptstadt der Region, war Schauplatz einer schleichenden Revolution. Die direkte Konfrontation zwischen der Regierung Haile Selassies und dem Militär fand in Asmara statt, wo rangniedrige Offiziere am 26. Februar 1974 das Kommando übernahmen und die durch die allgemeine Unzufriedenheit und die Streiks und Demonstrationen schon geschwächte Regierung zum Rücktritt zwangen. Die Hoffnung vieler Beobachter der äthiopischen Entwicklung, daß der Eritrea-Konflikt auf dem Hintergrund der veränderten Führung der Zentralregierung eine friedliche Lösung finden könnte, wurde enttäuscht. Die totale Fehleinschätzung der Entwicklung in Äthiopien

44) „Als Haile Selassie . . . 1962 die völlige Angliederung Eritreas an Äthiopien vornahm, stieß dieser Schritt nur bei einem kleinen Teil der Bevölkerung, vor allem den koptischen Christen und einer kleinen islamischen Sekte, auf Zustimmung. Hingegen verstärkte die 1952 im Land verbliebene islamische Opposition ihre Aktivität. Dabei verbanden sich die früher schon vorhandenen Motive der Gegnerschaft eines Teils der sozialen Kräfte Eritreas gegen den Anschluß an Äthiopien (Erhaltung der unter der Kolonialherrschaft entstandenen ökonomischen Sonderstelldung u. ä.) mit neuen Motiven einer antifeudalen Bewegung gegen das historisch überlebte Feudalregime Selassies, das die fortschrittlichen Kräfte auch im übrigen Äthiopien in gleicher Weise rigoros unterdrückte. Dies führte in den 60er Jahren zu einem spürbaren Aufschwung der 1961 gegründeten Eritreanischen Befreiungsfront (ELF)." (Georg Polikeit, a.a.O.)

durch die immer noch zerstrittenen „Befreiungsbewegungen" in Eritrea führte, im Gegenteil, zur Verhärtung der Positionen. Die seit 1974 aufgebrachte These, Eritrea sei eine Kolonie Äthiopiens, und der von den „Befreiungsbewegungen" geführte Krieg sei ein Krieg gegen eine „faschistische" Regierung und sei somit gerechtfertigt, zeigt auf dem Hintergrund der historischen Entwicklung, mit welchen theoretisch schwachen und unhaltbaren Argumenten die „Befreiungsbewegungen" ihren Kampf zu legitimieren suchten[45]). Die „Befreiungsbewegungen" in Eritrea, die so oft in ihren Schriften den antiimperialistischen und antifeudalistischen Charakter ihres Kampfes bekundet hatten, verweigerten den progressiven Kräften Äthiopiens ihre Unterstützung und stärkten statt dessen die Konterrevolution.

Der Provisorische Militärische Verwaltungsrat unterbreitete den „Befreiungsbewegungen" in Eritrea am 16. Mai 1976 ein Friedensangebot, das unter der Bezeichnung „Neun-Punkte-Vorschlag für die friedliche Beilegung des Eritrea-Konflikts" bekannt ist[46]). Ein paar Tage später verkündeten die Führungen der Bewegungen ihre Ablehnung dieses Angebots. Aufgrund der Einstellung der Waffenlieferungen der USA, die Anfang 1977 den militärischen Stützpunkt in Eritrea hatten räumen müssen, der Klassenauseinandersetzungen im Innern und des somalischen Angriffs im Ogaden verschlechterte sich die militärische Lage für die Zentralregierung in der Bekämpfung der eritreischen Separatisten. Zur Verschärfung des Konfliktes trug auch die sudanesische Regierung bei, die den „Befreiungsbewegungen" erlaubte, sudanesisches Territorium für militärische Operationen und Waffentransporte zu benutzen. Die sudanesische Regierung, die eine konstruktive Rolle bei der Wiederherstellung des Friedens in Eritrea hätte spielen können und die von der äthiopischen Regierung gebeten worden war, eine Vermittlerrolle zu übernehmen, arbeitete statt dessen an der Stärkung der konterrevolutionären Kräfte, wie der monarchistischen EDU (Ethiopian Democratic Union), und versuchte, die Zerstrittenheit zwischen ELF und EPLF durch Verhandlungen auszuräumen, um aus separatistischen Bewegungen eine effiziente konterrevolutionäre Kraft gegen Äthiopien zu schmieden.

Neben dem offiziellen Angebot zur friedlichen Beilegung des Konflikts wurden durch mit Äthiopien befreundeten Staaten, wie die Deutsche Demokratische Republik und die Demokratische Volksrepublik Jemen, Versuche in Ostberlin und Aden unternommen, durch Verhandlungen den sinnlosen Bruderkrieg zu beenden. Auch diese Versuche scheiterten. An dieser Stelle muß festgehalten werden, daß die Schwierigkeiten bei der Suche nach einer friedlichen Lösung des Konflikts vor allem darin bestanden, daß die drei „Befreiungsbewegungen" aufgrund ihrer inneren Auseinandersetzungen, nicht imstande waren, mit einer Stimme zu reden und eine offizielle Vertretung aller „Befreiungsbewegungen" zu nominieren. So versuchte jede der drei Bewe-

45) S. Zur Eritreafrage: in: Informationen über Äthiopien (Berichte, Analysen, Kampfperspektiven), Mainz 1978, S. 14–20.

46) K. Wolde-Giorgis, Äthiopiens Revolution. Herausforderung am Horn von Afrika, in: „Deutsche Volkszeitung" v. 11. 5. 1978.

gungen, durch eine starre Haltung gegenüber der äthiopischen Regierung, einen innereritreischen Sieg in der Auseinandersetzung mit den anderen „Befreiungsbewegungen" davonzutragen. Trotz der Ablehnung durch die Führungen der „Befreiungsbewegungen" löste das Friedensangebot in Eritrea heftige Diskussionen aus, und kritische Stimmen gegen die Ablehnung wurden laut. Die „Befreiungsbewegungen" ließen fortschrittliche Eritreer, die einen Dialog mit der äthiopischen Führung befürworteten, verhaften, verfolgen und hinrichten[47]).

Die Folgen der militärischen Auseinandersetzung in Eritrea waren vielfältig. Neben der nicht erfaßten Zahl der Kriegsopfer auf beiden Seiten leben Zehntausende von Eritreern als Flüchtlinge im benachbarten Sudan[48]). Gute Ansätze der EPLF im Gesundheits- und Bildungswesen, die um so stärker die Frage nach der Abgrenzung zu den vom Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat eingeleiteten Maßnahmen aufkommen ließen[49]), wurden in den militärischen Auseinandersetzungen wieder zunichte gemacht. Am Anfang galten die Angriffe der Separatisten der Armee der Zentralregierung. Sie verschonten alle Industrieanlagen. Erst in den letzten Phasen des Krieges zerstörten sie systematisch die für die Wirtschaft der Region unentbehrlichen Elektrizitäts- und Wasserwerke und sonstigen technischen Einrichtungen. Die einzigen Hafenstädte Äthiopiens, Assab und Massaua, wurden durch die Kämpfe in Mitleidenschaft gezogen. Auch wenn der Hafenbetrieb in Assab aufrecht erhalten werden konnte, mußte jeder Lastwagen mit Treibstoff[50]) oder Importwaren von einem Militärkonvoi begleitet werden, um sicher ins Landesinnere zu gelangen.

Die Wende im Eritrea-Konflikt vollzog sich erst im Sommer 1978 durch die vom Provisorischen Militärischen Verwaltungsrat eingeleitete Offensive gegen die Separatisten, die nach der erfolgreichen Zurückschlagung der somalischen Truppen im Ogaden möglich wurde. Der Armee und der Volksmiliz gelang es, die eritreische Bevölkerung, die vier Jahre lang einen sinnlosen Krieg erdulden mußte, von dem Führungsanspruch separatistischer Gruppen zu befreien und damit den Weg für eine wirkliche Befreiung des eritreischen Volkes zu eröffnen. Schon gibt es in Eritrea funktionierende Bauernorganisationen und Stadtviertelkomitees, die nach jahrhundertelanger Unterdrückung eine Basisdemokratie errichten. Im Fall Eritrea zeigt sich das zwangsläufige Scheitern eines starren Befreiungskonzepts, das sich der Dialektik der historischen Entwicklung entzogen hat.

47) S. „Quotidiano dei lavoratori-democracia proletaria". v. 19. 5. 1976: Crimini contrerevoluzionari in Eritrea: Fucileti Comunisti?

48) In den letzten Monaten kehren viele dieser Flüchtlingsfamilien wieder in ihre Heimatregionen zurück.

49) Eine volksnahe Medizin: Der Aufbau des Gesundheitswesen in Eritrea, hrsg. v. Komitee Äthiopien-Eritrea, Zürich 1977.

50) Treibstoff ist seit der militärischen Auseinandersetzung in Eritrea Mangelware in Äthiopien (Rationierung). Die einzige von der Sowjetunion erbaute Erdölraffinerie befindet sich in der Hafenstadt Assab.

Medienkritik

NORMA RAE

Eine Kleinstadt im Süden der USA. In dieser Welt aus Puritanismus, versteckten Rassismus, Eigenheimideologie und Langeweile, beherrscht von einem großen Industriebetrieb, in dem die meisten arbeiten und von dem alle abhängig sind, fällt das junge späte Mädchen Norma Rae auf. Sie ist geschieden, hat Verhältnisse und Kinder von verschiedenen Männern, riskiert im Betrieb eine große Klappe. Als der Fremde kommt, der intellektuelle Jude aus dem Norden, weiß er sofort Normas antiautoritäre Energie in nützliche Bahnen zu lenken. Denn fremd ist er auch wegen des Auftrags, der ihn herführt: er will die Arbeiter im Textilbetrieb für die Gewerkschaft gewinnen. Dies gelingt ihm, nach allerlei spannenden Schwierigkeiten, mit Hilfe Normas, und nach einem großen Abstimmungserfolg für die Gewerkschaft verläßt er die Stadt wieder mit vielen vielen Karteikästen auf dem Autodach: der Keim ist gelegt, andere Orte der Gewerkschafts-Diaspora erwarten ihn.

In der letzten Szene verabschiedet er sich von Norma, die geheiratet hat, aus dem Betrieb geflogen ist, aber dennoch ihren Weg gehen wird. Kein Kuß, aber die Szene ist so inszeniert, daß man minutenlang auf den Kuß wartet. Auch bei einem gemeinsamen Nacktbad, nach beschwerlicher politischer Arbeit, im appetitlichen Tümpel, kommen Voyeure nicht auf ihre Kosten: die Szene, obwohl breit ausgespielt, ist prüde wie ein FKK-Werbefilm. Martin Ritt, der Regisseur, braucht solche Deutlichkeiten, um klarzumachen, daß dies hier gefälligst *keine Liebesgeschichte* ist. Aber er gibt zu, daß der Reiz des Films auch im Glauben des Zuschauers besteht, es wäre eine. Norma ist, in ihrem Verhalten zu dem netten Antipascha auf Mission, in den sie ganz offensichtlich verliebt ist und der ihr ganzes Leben umgekrempelt hat, von jener demonstrativen Keuschheit, die sonst große Liebe signalisiert, und die sich die Gewerkschaftsbosse, die mal kurz einen wenig überzeugenden Auftritt haben, nur wünschen können.

Es scheint, als nähme der Regisseur mit solcherart moralischer Interpunktion und anderen Motiven Rücksicht auf US-Zuschauer, vor allem dort, wo der Film spielt: in den Südstaaten. Und so bekommt die geschilderte „Landnahme" (so Gertrud Koch in der FR) der Gewerkschaften im Süden abwechselnd den Charakter des Trecks der Pioniere in den wilden Westen, oder der Fahrt der Missionare zu den Heiden. Die Versammlungen finden in der Holzkirche statt, bei der Darstellung der Schwarzen hat man auf bewährte Mittel aus „Onkel Toms Hütte" zurückgegriffen, und in der Höhepunkt-Szene der Solidarisierung in der Fabrik hat die *Bekennende* Norma Rae, trotz sexy T-Shirt, etwas von einem frühchristlichen Apostel an sich.

Aber Sally Fields Spiel als Norma hebt all das auf durch ein Niveau der Darstellung, die Ideal und Natürlichkeit zusammenführt. Elemente amerikanischer (Film)Mythen, Hollywoodsche Opulenz und Genauigkeit der Bilder, ein ohne Zwischentöne, aber auch ohne Hinterhältigkeiten arbeitender Inszenierungsstil erlauben eine (im besten Sinne) spontane und emotionale Parteinahme, vermittelt durch die nie in Frage stehende Identifikation mit der Heldin.

Kein Zweifel, als Intellektueller hierzulande hat man seine Genre-Schwierigkeiten mit sowas. Der Film verkürzt, verklärt, individualisiert, zeigt nicht die Politik der Gewerkschaften. Er ist *klischeehaft* gerade da, wo er gegen Klischees anzugehen vorgibt. Aber er hat die Ungebrochenheit und eine weniger rational, als im Weiterträumen wirksam werdende Überzeugungskraft eines – *Märchens!*

Damit habe ich das Problem für mich gelöst. Denn Märchen mögen, das ist wohl erlaubt. Und Norma, die Arbeiter-Prinzessin . . .

Günter Giesenfeld

Wirtschaftsinformation

Zur Politik der Bundesbank

(Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Im Konzept einer Wirtschaftspolitik, die der „Selbsttätigkeit des Marktes" verpflichtet ist, d. h. die eine gezielte Förderung der privaten Unternehmergewinne betreibt, ist die Geldpolitik von großer Bedeutung. Durch die Beeinflussung der Geldmenge soll dafür gesorgt werden, daß die konjunkturelle Entwicklung stetig verläuft. Geldpolitik als Wirtschaftspolitik wird in der BRD vor allem von der Bundesbank getrieben, einer öffentlichen Institution, die jedoch nach den gesetzlichen Bestimmungen „unabhängig" und nicht weisungsgebunden ist. Zwar soll die Bundesbank die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung unterstützen, als „Hüterin der Währung" ist sie jedoch eindeutig auf ein einziges wirtschaftspolitisches Ziel festgelegt, während andere wirtschaftspolitische Ziele wie Vollbeschäftigung und Wachstum aus dem Blick geraten. Die „Unabhängigkeit" der Bundesbank beinhaltet also auch die Unabhängigkeit von jeder demokratischen oder auch nur formal-parlamentarischen Kontrolle. Mit dem Funktionszuwachs der Bundesbank im Rahmen einer Wirtschaftspolitik, die auf direkte staatliche Eingriffe mehr und mehr zugunsten indirekter Gewinnförderung verzichtet, stellt sich eine merkwürdige Situation her: eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Instanzen, nämlich die Bundesbank, operiert völlig außerhalb des parlamentarischen Systems. Damit entzieht sich aber die gesamte Wirtschaftspolitik – ohne daß eine formale institutionelle Änderung nötig ist – mehr und mehr dem Bereich auch der formal-demokratischen Einflußnahme, Wirtschaftspolitik gerät unversehens aus der Verantwortung und dem Einflußberich der gewählten Instanzen Parlament und Bundesregierung.

Die Problematik einer solchen Entwicklung ist in den letzten Monaten im Zusammenhang mit einigen Maßnahmen der Bundesbank wieder in die Diskussion geraten. Die Bundesbank ist diejenige Instanz, die letztlich Zentralbankgeld schafft, auf die die Geschäftsbanken in ihrer Kreditpolitik also angewiesen sind. Seit Ende letzten Jahres bemüht sich die Bundesbank nun darum, die Refinanzierungsmnöglichkeiten der Geschäftsbanken einzuschränken und zu verteuern. Bereits im November 1978 wurden die Mindestreservesätze erhöht, Anfang Januar 1979 wurden die Rediskontkontingente gekürzt. Dadurch sollten die Geschäftsbanken gezwungen werden, größere Liquiditätsreserven zu halten, ihre Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Bundesbank wurden eingeschränkt. In mehreren Schritten wurden seit Mitte Januar die Lombardzinsen (die Zinsen für die Beleihung von Wertpapieren) und die Diskontsätze (die Zinsen, die die Bundesbank für Wechselkauf berechnet) heraufgesetzt. Sie bestimmen die Kosten der Refinanzierung der Geschäftsbanken bei der Bundesbank und beeinflussen so das allgemeine Zinsniveau.

Der Zweck dieser restriktiven Bundesbankpolitik ist folgender: durch eine Einschränkung der Kreditvergabe und eine Verteuerung der Kredite soll die Konjunktur abgebremst und die Rate der Preissteigerungen im internationalen Vergleich niedrig gehalten werden. Damit soll gleichzeitig der Spielraum für Lohnerhöhungen so eingegrenzt werden, daß die Gewerkschaften nicht an ein lohnpolitisches Nachholen denken können. Bundesbankpräsident Emminger formuliert das so: „Bei einer glaubwürdigen Stabilitätspolitik haben wir dagegen durchaus eine Chance, daß die kommende Lohnrunde sich auf dem Boden der ‚Realitäten' bewegt. Dazu gehört in erster Linie auch das Verständnis dafür, daß man die reale Kaufkrafteinbuße durch die Ölpreis-Steigerung nicht durch Lohn- und Gehaltszuschläge ausgleichen kann." („Wirtschaftswoche", 29/1979)

Ein Ziel der Bundesbankpolitik wurde inzwischen erreicht: die Kreditzinsen steigen kräftig an.

Tabelle 1
Kreditzinsen[1])

		Diskont-satz[2])	Lombard-satz[2])	Kontokorrent-kredite	Hypothekar-kredite
1978	Januar	3	3,5	7,55	6,38
	April	3	3,5	7,31	6,05
	Juli	3	3,5	7,27	6,22
	Oktober	3	3,5	7,29	6,34
1979	Januar	3	4	7,29	6,41
	Februar	3	4	7,32	6,56
	März	4	5	7,42	6,73
	April	4	5	8,02	6,96
	Mai	4	5	8,15	7,11
	Juni	4	5,5	8,27	7,39
	Juli	5	6		

1) In %.
2) Durch die Bundesbank festgelegt.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", 7/1979.

Die Gefahren einer solchen Politik liegen auf der Hand, während die Erfolge im Sinne einer größeren Geldwertstabilität auf diesem Wege erst mit großer Zeitverzögerung erreicht werden können. Dies wird von den Befürwortern einer solchen Politik sogar zugegeben: „Heute stehen wir in einer ähnlichen Situation wie 1973. Steigt der langfristige Zins wieder wie 1973/74, so ist mit dem Zusammenbruch der Investitionskonjunktur, besonders der Baukonjunktur, schon 1980 zu rechnen." (Wolfram Engels in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" v. 26. 7. 1979).

Zunächst wirkt die Zinspolitik der Bundesbank sogar preistreibend. Denn die Zinsen werden von den Kreditnehmern – d.h. von den Unternehmen – als Kostenbestandteile überwälzt, so daß die Preise verstärkt hinaufgesetzt werden. Dies belegt auch das Beispiel von 1973/74.

Tabelle 2
Zinsen und Preise

		Diskontsatz[1])	Hypothekarkredite[1])	Lebenshaltung[2])
1972	Februar	3	8,25	+ 5,5
	Oktober	3,5	–	+ 6,4
	November	4	8,49	+ 6,4
	Dezember	4,5	–	+ 6,5
1973	Januar	5	8,93	+ 6,5
	Mai	6	9,36	+ 7,4
	Juni	7	10,34	+ 7,3
	Dezember	6	10,39	+ 7,8

1) In %.
2) Lebenshaltung aller Haushalte, in % gegenüber dem Vorjahr.
Quelle: „Monatsberichte der Deutschen Bundesbank", lfd.

Damals hatte die Bundesbank zwischen Oktober 1972 und Juni 1973 die Diskontsätze verdoppelt. Die Inflation beschleunigte sich fast parallel dazu. Erst Mitte 1974, als die sich schon Mitte 1973 ankündigende Krise voll ausgebrochen war, kam es zu einer leichten Beruhigung der Inflation. Damals erreichte die Bundesbank ihr Ziel der Geldwertstabilisierung also nicht, verschärfte dafür die sich schon bei der Automobilindustrie und in der Bauwirtschaft abzeichnende Krise.

Eine Gefahr stellt auch die völlig ungleichgewichtige Wirkung der Geldpolitik dar, die damit ein keineswegs „neutrales" Element ist. Betroffen wird vor allem die Bauwirtschaft, die in großem Umfang auf Kredite angewiesen ist. Nach Albert Vietor, Vorstandsvorsitzender der gewerkschaftseigenen Baugesellschaft Neue Heimat, bedeutet die in den letzten 15 Monaten erfolgte Zinserhöhung für Hypothekenkredite für eine Achtzig-Quadratmeter-Wohnung eine Verteuerung von monatlich 160,– DM. Das hat zur Folge, daß Baupreise und Mieten hochgetrieben und die Baukonjunktur erstickt wird. Schließlich verteuern sich auch die Konsumentenkredite, die vor allem bei der Anschaffung von langlebigen Konsumgütern wie Pkw, Haushaltsgeräten und Wohnungseinrichtungen eine wichtige Rolle spielen. Auch dies verringert die Absatzchancen bestimmter verbrauchsnaher Industriezweige, ausgerechnet derjenigen Bereiche, in denen bereits jetzt Abschwächungserscheinungen sichtbar sind.

Darüber hinaus fördert diese Bundesbankpolitik auch die Konzentration. Einmal haben die großen Konzerne eine sehr hohe Selbstfinanzierungsquote, sind also in relativ geringerem Umfang auf Kredite angewiesen. Zinserhöhungen treffen dagegen vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die in hohem Maße auf den Kapitalmarkt angewiesen sind. Hinzu kommt, daß die erhöhten Kosten der Kredite von den marktbeherrschenden Unternehmen leicht auf die Preise überwälzt werden können, während dies den nicht-monopolistischen Betrieben weniger leicht gelingen dürfte. Schließlich wird auch die staatliche Wirtschaftspolitik auf eine besondere Weise getroffen. Durch die Verteuerung der Baupreise werden die öffentlichen Ausgaben real entwertet. Gleichzeitig verteuern sich die Kosten für die Aufnahme öffentlicher Kredite, der Verschuldungsspielraum der öffentlichen Haushalte wird eingeengt. Hier sind vor allem die Städte und Gemeinden, die Träger der sozialen Infrastruktur, getroffen, die über relativ wenig eigene Steuereinnahmen verfügen und oft an der Verschuldungsgrenze operieren. Damit zwingt die „unabhängige" Bundesbank die Öffentlichen Haushalte zu einer Ausgabenpolitik, die ebenfalls restriktiv orientiert ist.

Im Ergebnis ihrer Politik erweist sich die Bundesbank zwar als „unabhängig" von jeglicher demokratischen Kontrolle, dafür aber als eindeutig interessengebunden: kurzfristig treibt sie die Preise hoch und verteuert den privaten Verbrauch, längerfristig gefährdet sie die Arbeitsplätze und bremst die Lohnentwicklung, schränkt den Spielraum der öffentlichen Haushalte für soziale und Infrastrukturausgaben ein und fördert den Prozeß der Konzentration in der Wirtschaft. Ein Effekt der vorgeblichen „Unabhängigkeit" der Bundesbank ist auch die Immunisierung der Wirtschaftspolitik gegen Kritik überhaupt. Die Bundesregierung kann die Kritiker der arbeitnehmerfeindlichen Wirtschaftspolitik darauf verweisen, daß diese ja in weiten Teilen von einer Instanz betrieben wird, die von ihren Weisungen unabhängig ist. Dies hat sich insbesondere in der Krise 1974/75 gezeigt, als vor allem in den Gewerkschaften die Bundesbankpolitik teilweise als krisenverursachend scharf kritisiert wurde, die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung als letztendlich verantwortliche wirtschaftspolitische Instanz aber weitgehend geschont wurde. Dies übersieht, daß die formale „Unabhängigkeit" der Bundesbank, die im Bundesbankgesetz verankert ist, keineswegs als „heilige Kuh" behandelt werden muß. Die entsprechenden gesetzlichen Bestimmungen können durch einfache Mehrheit im Bundestag geändert werden, sind also nicht verfassungsrechtlich abgesichert. Die eindeutig an den Interessen der großen Konzerne orientierte Politik der Bundesbank, wie sie in den letzten Monaten wieder verschärft praktiziert wird, sollte daher Anlaß sein, die Stellung der Bundesbank zu überprüfen.

Es ist ein im Grunde absurder Zustand, daß in einer parlamentarischen Demokratie eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Institutionen völlig außerhalb der parlamentarischen und demokratischen Kontrolle steht.

Jörg Goldberg

Bücher

Regionale und sektorale Strukturpolitik in der BRD

Ein Literaturbericht

I

Strukturpolitik ist ein relativ junger Bereich staatlicher Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Die Notwendigkeit strukturpolitischer Eingriffe entwickelt sich erst zusammen mit der zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion und der dadurch immer dringender erforderlichen gesellschaftlichen Planung. Sowohl die Herausbildung der räumlichen Verteilung der Wirtschaftsaktivitäten als auch die der sektoralen Produktionsstruktur geschieht durch die privatwirtschaftliche Organisation unseres Wirtschaftssystems spontan, sozusagen als „Nebenergebnis" der Aktionen unabhängiger Einzelkapitale. Dadurch bilden sich – für ein langfristig gleichmäßiges Produktionswachstum – „falsche" Proportionen zwischen den einzelnen Bereichen der Wirtschaft, die nur durch Krisen korrigiert werden können. Regional führt die Planlosigkeit zu Unterversorgung und Arbeitslosigkeit in den ländlichen Gebieten und zu erhöhten Umweltbelastungen in den Ballungsgebieten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit staatlicher Korrekturen der Produktions- und Regionalstruktur, die Politiker und Wissenschaftler dieses Systems vor ein Dilemma stellt. Zwar wird die „freie Marktwirtschaft" als eine Ordnung gepriesen, die über den Preismechanismus in der Lage ist, gleichgewichtige Strukturen herzustellen. Staatliche Eingriffe sollten vermieden werden, da sie diesen Mechanismus nur stören und den Ausgleich von Angebot und Nachfrage verhindern. Aber die tatsächliche Entwicklung zeigt, daß gerade die Regulierung über den Markt zu Fehlentwicklungen mit hohen gesellschaftlichen Kosten (Arbeitslosigkeit, Kapitalvernichtung, Umweltbelastungen usw.) führt, die die staatliche Steuerung unumgänglich machen.

Im folgenden wird kurz die Geschichte der Strukturpolitik in der BRD vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dargestellt. Daran anschließend sollen die aktuellen Auseinandersetzungen in der regionalen und sektoralen Strukturpolitik skizziert werden.

II

Die Phase der Restauration des Kapitalismus in der BRD nach dem Zweiten Weltkrieg war gekennzeichnet durch ein stürmisches krisenfreies Wirtschaftswachstum („Wirtschaftswunder") und konnte weitgehend ohne strukturpolitische Eingriffe auskommen. Die Wirtschaftspolitik war bestimmt durch die ordnungspolitische Diskussion um die Grundprinzipien der freien Marktwirtschaft. Vorherrschende Ideologie war der Ordoliberalismus (v. Eucken, Müller-Armack). Jegliches staatliche Einwirken auf die sich spontan entwickelnde Wirtschaft galt als Schritt zum Dirigismus, dessen Folge ein ökonomisches Chaos sein würde. Es gab infolgedessen nur vereinzelte Ansätze einer regional differenzierten Politik, die sich aber in dieser Phase als ad-hoc-Maßnahmen darstellten, die zudem nicht ökonomisch, sondern sozial oder politisch begründet waren. So wurden Regionen unterstützt, die besonders stark von Kriegsschäden oder Flüchtlingen betroffen waren oder die direkt an der Grenze zur DDR lagen (sogenannte „Zonenrandförderung"). Auch die sektorale Strukturpolitik war vorwiegend sozial motiviert. Sie beschränkte sich auf Sektoren wie die Landwirtschaft und den Bergbau.

Gegen Ende der fünfziger Jahre geriet das bis dahin ungebrochene Wirtschaftswachstum ins Stocken. Ein wesentlicher Grund war ein eklatanter Mangel an Arbeitskräften. Neben die Ordnungspolitik trat damit als selbständiger Bereich staatlicher Wirtschaftspolitik die *Wachstumspolitik*. Eine Absicherung und Förderung wirtschaftlichen Wachstums machte es notwendig, Produktionsmittel in die produktivsten Verwendungen zu lenken und zwar sowohl regional als auch sektoral. Damit wurden räumliche und sektorale Wirtschaftsstruktur Gegenstand zielgerichteter wirtschaftspolitischer Aktivitäten. Seit 1959 wird mit den sogenannten Regionalen Aktionsprogrammen versucht, durch Investitionszuschüsse und den

Ausbau „wirtschaftsnaher" Infrastruktur Investitionen in die unterentwickelten, ländlichen Regionen umzulenken, um die aus der Landwirtschaft freigesetzten Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß integrieren und für das Wirtschaftswachstum nutzen zu können. Unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise 1966/67 kommt es Ende der 60er Jahre zu einer Zusammenfassung und Straffung der inzwischen auch in sektoraler Hinsicht schon sehr umfangreichen, aber noch unkoordinierten Einzeleingriffe, ohne daß an der Art der Strukturpolitik, nämlich die versuchte Umlenkung des Kapitals durch direkte und indirekte finanzielle Anreize etwas geändert wird.

Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung der Regionalpolitik und der mit der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" 1969 geschaffenen Instrumente findet sich in dem Abschnitt „Raumordnungs- und Regionalpolitik" in dem vom Institut für Marxistische Studien und Forschungen herausgegebenen Buch „Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik" [1]). Der Abschnitt „Industriepolitik und strukturelle Disproportionen" dieses Buches [2]) vermittelt einen guten Einstieg in die von der Bundesregierung betriebene sektorale Strukturpolitik. Unter dem Stichwort Industriepolitik – die Problematik des Agrarsektors wird ausgeklammert – wird die Straffung und Koordinierung der strukturpolitischen Aktivitäten seit der Mitte der 60er Jahre mit der Verschärfung der Disproportionen zwischen den Industriesektoren begründet. Um ökonomisches Wachstum aufrechterhalten zu können bzw. nach der Krise 1966/67 wieder zu stimulieren, war nicht nur eine konjunkturelle Belebung notwendig, sondern der Staat mußte darüber hinaus die „Förderung des technischen Fortschritts, den Abbau der Disproportionalität der Industriebranchen und -betriebe (und) die Sicherung des Energie- und Rohstoffeinsatzes" (S. 159) gewährleisten.

Diese sektorale und regionale Strukturpolitik erweist sich spätestens seit Beginn der jüngsten Wirtschaftskrise – auch gemessen an ihren eigenen Zielen – als gescheitert. Es ist nicht gelungen, den Trend der Kapitalkonzentration in immer weniger international bedeutenden Zentren und Wirtschaftszweigen umzukehren oder auch nur aufzuhalten. Um die Fortsetzung dieser Politik ist heute eine breite Kontroverse entstanden, die zunächst für die regionale und anschließend für die sektorale Strukturpolitik dargestellt werden soll.

III

Über das Scheitern der bisherigen Regionalpolitik besteht in der Literatur weitgehende Einigkeit. Aber die Einschätzung der Ursachen und die Alternativvorschläge weichen – abhängig von den Interessen – stark voneinander ab.

Ein Teil der Kritik beschränkt sich auf Vorschläge zur Verbesserung der Wirksamkeit einzelner Instrumente oder organisatorischer Regelungen, ohne an der Konzeption der Industrieansiedlungspolitik grundsätzlich etwas ändern zu wollen [3]). Hierzu zählen die Bemühungen der Bundesregierung, durch eine Quantifizierung der Ziele regionalpolitischer Aktivitäten die Abgrenzung und Auswahl der Fördergebiete überschaubarer und effektiver zu gestalten. Das Wirtschaftsministerium hat dazu eine Reihe von Gutachten in Auftrag gegeben, die zu einer Neuabgrenzung der Regionen geführt haben (sogenannte „Klemmer-Regionen") [4]). Grundlage sind die regionalen Arbeitsmärkte, die mit Hilfe der Pendlerbeziehungen gegeneinander abgegrenzt wurden. Zusammen mit den zur Auswahl der Förderregionen herangezogenen Kriterien Arbeitsplatzdefizit, Pro-Kopf-Einkommen und Versorgung mit Infrastruktureinrichtungen stellt dieses Verfahren sicher einen Fortschritt gegenüber der vorher relativ willkürlichen Fördergebietsabgrenzung dar. Aber die regionalen Disparitäten sind dadurch nicht verringert worden und werden es durch solche Einzelverbesserungen auch nicht. Das Gleiche gilt auch für Brösse, dessen wichtigstes Anliegen die Systematisierung der verschiedenen Bereiche und Ansatzpunkte der Raumord-

1) Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, Beiträge des IMSF, Bd. 4, Frankfurt 1976, Abschnitt 2. 4.3, Raumordnungs- und Regionalpolitik, S. 210–223.

2) Ebd., Abschnitt 2.4.1., Industriepolitik und strukturelle Disproportionen, S. 157–196.

3) Diese Effektivierungsvorschläge sind zusammenfassend dargestellt bei Jürgen Glaubitz, Zur Diskussion um die Reform der regionalen Strukturpolitik, in: „WSI-Mitteilungen" 12 1977, S. 706–709. Glaubitz selbst bleibt allerdings nicht bei diesen funktionalen Verbesserungen stehen, sondern hat weitergehende Vorstellungen.

4) Paul Klemmer/Dieter Kraemer, Regionale Arbeitsmärkte. Ein Abgrenzungsvorschlag für die Bundesrepublik Deutschland, Bochum 1975.

nungspolitik ist. In der Vergangenheit hat er sich vor allem um eine Ordnung der Zielsetzungen raumpolitischer Aktivitäten bemüht[5]). Sein neues Buch „Raumordnungspolitik"[6]) bietet einen guten Überblick über Ziele und Instrumente der Regionalpolitik, wie sie in der Bundesrepublik zur Zeit vorhanden sind, ohne aber Wege aus der regionalwirtschaftlichen Krise aufzeigen zu können.

Eine solche Herangehensweise an das Scheitern der Regionalpolitik ist nicht zufällig, sondern ergibt sich – wie Bömer/Schröter schreiben – aus den Bedingungen des Gegenstands Raumordnung selbst, in dem „die Gebrauchswerte unmittelbar sichtbar (sind) und (sie) stellen auch den direkten Beeinflussungsgegenstand dar. Dadurch wird der Schein produziert, als seien die hiermit verbundenen Probleme und Widersprüche in erster Linie technisch-ökonomisch-organisatorischen Rückständigkeiten der Planungsorganisation und -durchführung bzw. einem noch ungenügenden Wissensstand geschuldet und nicht den kapitalistischen Eigentumsverhältnisse."[7])

Tatsächlich aber wird die Raumstruktur eines Landes – und damit auch die regionalen Einkommensdifferenzen – wesentlich durch das Standortverhalten der Industrie bestimmt. In einer kapitalistischen Wirtschaft hängt dieses wiederum nahezu ausschließlich von den am Gewinn orientierten Entscheidungen der einzelnen Unternehmen ab. Das im Dezember 1977 veröffentlichte Memorandum „Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs- und Regionalpolitik"[8]), das – von ca. 100 Wissenschaftlern, Planern und Gewerkschaftern unterschrieben – als Alternative zur herrschenden Regionalpolitik formuliert worden ist, kommt deshalb zu dem Ergebnis: „Mit der Strategie, die das Prinzip der freien Standortwahl der privaten Unternehmen nicht antastet, fehlt ihr (der Regionalpolitik in der BRD, d. Verf.) bereits im Ansatz jede Möglichkeit, die eigentlich bestimmenden Kräfte räumlicher Entwicklung zu beeinflussen." (S. 1517) Dieses Memorandum ist Ausdruck einer immer breiter werdenden Diskussion in den Gewerkschaften und Teilen der Wissenschaft. Die Unterzeichner fordern eine Raumordnungs- und Regionalpolitik, die „nicht ein bloßes Mittel der Förderung des gesellschaftlichen Wachstums sein darf, sondern unmittelbar auf die Verbesserung und die Entfaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bevölkerung in den verschiedenen Teilräumen gerichtet sein muß, was zugleich das oberste Ziel darstellt, das die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik überhaupt verfolgen muß." (S. 1525) Die vorgeschlagene Strategie sieht einerseits kurzfristig wirksame und durchsetzbare Maßnahmen vor, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen in den betroffenen Regionen direkt sichern und – so weit möglich – verbessern. Andererseits erfordert sie längerfristig wesentliche Umorientierungen, die von einer die gesamte Wirtschaftspolitik umfassenden Rahmenplanung über regionale und gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung und Kontrolle der Investitionen bis zur Verstaatlichung wichtiger Industrien reichen. Ein Beitrag, der in die gleiche Richtung zielt, ist das gerade erschienene Buch von Frieder Naschold „Alternative Raumpolitik"[9]). Auch für Naschold sind „die Ursachen dieser raumstrukturellen Fehlentwicklungen auf die spezifische Funktionsweise und Entwicklungsdynamik des privatdezentralen Wirtschaftssystems und des darauf bezogenen, relativen Eigengesetzlichkeiten unterliegenden politischen Systems zurückzuführen" (S. 50). Naschold selbst sieht seine Konzeption als Alternative zu allen bisher vorliegenden raumpolitischen Strategien, auch zu der, die das Memorandum formuliert, was angesichts der grundsätzlichen Übereinstimmung auch hinsichtlich der vorgeschlagenen Maßnahmen nicht zu verstehen ist, zumal er seine eigene Position ebenfalls als „arbeitsorientierte, trendumlenkende Raumordnungspolitik" kennzeichnet (u. a. S. 77). Als wichtige Voraussetzung für die Realisierung einer alternativen Raumordnungspolitik hebt Naschold die Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses hervor, die zu erreichen nur durch ein Bündnis aller betroffenen „Raumopfer" möglich sein wird, dessen Kern die Gewerkschaftsbewegung sein muß.

Neben dieser arbeitnehmerorientierten regionalen Strukturpolitik und den Ansätzen, die

5) Ulrich Brösse, Ziele in der Regionalpolitik und in der Raumordnungspolitik, Berlin (West) 1972.
6) Ders., Raumordnungspolitik, Berlin (West), New York, 1975.
7) Insitut für Marxistische Studien und Forschungen, Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 210.
8) Für eine arbeitnehmerorientierte Raumordnungs-, Regional- und Kommunalpolitik, in „Blätter" 12/1977, S. 1509–1535.
9) Frieder Naschold, Alternative Raumpolitik. Ein Beitrag zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse, Kronberg/Ts., 1978.

lediglich auf eine Verbesserung einzelner Instrumente zielen, steht die Konzeption der „Ausgeglichenen Funktionsräume"[10]), die im Kern der Versuch einer Anpassung der Regionalpolitik an die Interessen der Großindustrie ist. Diese Konzeption versteht sich selbst als ein Kompromiß zwischen wachstumspolitischen und auf die Versorgung der Bevölkerung aller Teilräume der BRD gerichteten Zielsetzungen. Ansatzpunkt ist ebenfalls das offensichtliche Scheitern der bisher praktizierten Regionalpolitik, für das in erster Linie die zu große Streuung der Mittel verantwortlich gemacht wird. Deshalb wird vorgeschlagen, statt wie bisher über 300 Schwerpunktorte in die Förderung einzubeziehen, sich auf relativ wenige „Kristallisationskerne" zu konzentrieren, denen bei ausreichender Größe die Chance eingeräumt wird, der umgebenden Region genügend Wachstumsimpulse geben zu können. Das bedeutet, daß die Zielsetzung, gleiche Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Regionen zu schaffen bzw. zu erhalten, die einem Auftrag des Grundgesetzes entspricht, faktisch aufgegeben wird. Denn die einem Kristallisationskern zugeordneten Räume sind sehr groß, die größte Entfernung innerhalb solcher Regionen soll 60–90 PKW-Minuten betragen[11])! Dadurch werden der Bevölkerung lange Fahrzeiten zum Arbeitsplatz, zum Einkaufen, zu Behörden usw. zugemutet. Zugleich werden „Vorranggebiete" ausgewiesen, in denen nur noch eine bestimmte Funktion entwickelt werden soll, wie z. B. Wasserversorgung, Forst- und Landwirtschaft, Freizeit und Erholung. Beides zusammen entbindet die Regionalpolitik von der Aufgabe, auch Mittel- und Kleinstädte als eigenständige Lebensräume zu entwickeln. Zudem soll das regionalpolitische Instrumentarium im wesentlichen nicht verändert werden, da die Entscheidungsfreiheit der privaten Unternehmen nicht eingeschränkt werden soll. Damit wird schon im Ansatz eine Trendumlenkung bei der räumlichen Verteilung der Investitionen in der BRD verhindert. Das heißt aber nichts anderes, als daß die Raumstruktur, die sich durch die unternehmerischen Ansiedlungsentscheidungen ergibt, als richtig akzeptiert wird.

IV

Ähnlich wie in der Regionalpolitik läuft auch auf dem Gebiet der sektoralen Strukturlenkung die Auseinandersetzung um die Fortsetzung dieser Politik mit sehr kontroversen Positionen. Es lassen sich hier zwei – entgegengesetzte – Wege ausmachen.

Der eine ist das vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage sogenannte „angebotsorientierte" Konzept[12]). Ein anschauliches Beispiel für die Argumentation dieses Konzepts bieten die Ausführungen von Gerhard Voss, „Sektorale Strukturpolitik. Anspruch und Praxis"[13]). Die vom Institut der deutschen Wirtschaft herausgegebene Broschüre propagiert den unerschütterlichen Glauben an die Marktregulierung als effizienteste Form der Wirtschaftssteuerung. Sektorale Strukturpolitik sollte sich so weit wie möglich auf allgemeine Unterstützungen privater Investitionstätigkeit durch Förderung der industriellen Forschung und Entwicklung und weitgehende Bereitstellung von Infrastruktureinrichtungen beschränken. Der Sachverständigenrat fordert darüber hinaus generelle Abschreibungserleichterungen und staatliche Unterstützung für Unternehmensneugründungen (SVR 1976/77, Ziff. 312). Dieses Konzept hat mit sektoraler Wirtschaftspolitik im eigentlichen Sinne nichts mehr gemeinsam, da „branchenspezifische Maßnahmen im Rahmen einer angebotsfördernden Strukturpolitik nicht in Betracht kommen" sollen (SVR 1976/77, Ziff. 312). Es geht nur noch um eine allgemeine Verbesserung des Investitionsklimas, d. h. der Gewinne, ganz im Sinne neoklassischer Orientierung. Dahinter steht der Versuch, die Lasten von Strukturumwandlungen ausschließlich von der arbeitenden Bevölkerung tragen zu lassen. Voss formuliert das sehr vorsichtig, aber deutlich: „Vor allem aus arbeitsmarktpolitischen Gründen stellt sich heute immer öfter die Frage, wieweit eine Erhaltung von Produktionskapazitäten mit staatlichen Mitteln sinnvoll erscheint." (Voss, S. 59). Im Klartext heißt das „strukturelle Flurbereinigung" (SVR 1976/77) oder „Gesund-

10) D. Marx (Hrsg.), Ausgeglichene Funktionsräume. Grundlagen für eine Regionalpolitik des mittleren Weges, Teil 1 und 2, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bde. 94 und 116, Hannover 1975 und 1976.

11) Vgl. dazu Dietrich Bartels, Die Abgrenzung von Planungsregionen in der Bundesrepublik Deutschland – eine Operationalisierungsaufgabe, in: D. Marx, a.a.O., S. 93ff.

12) Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage, (SVR), Jahresgutachten 1976/77.

13) Gerhard Voss, Sektorale Strukturpolitik. Anspruch und Praxis, Beiträge des Instituts der deutschen Wirtschaft, Bd. 49, Köln 1977.

schrumpfen" – mit der Folge, daß tausende Arbeitsplätze verloren gehen. Voss schlägt dazu zynisch vor, solche „sozialen Probleme" über die sekundäre Einkommensverteilung „abzufangen". (Voss, S. 59).

Die Alternative zu diesem Konzept stellt die „arbeitsorientierte"[14]) Strukturplanung dar. Es soll nicht private Gewinnmaximierung und funktionierender Markt als Ziel angestrebt werden, sondern gesellschaftliche Rentabilität und politische und soziale Kriterien werden zu Maßstäben der Wirtschaftsstruktur. Es geht um Vorschläge zur gesellschaftlichen Planung oder Lenkung des Strukturwandels, die sich aus der Tendenz zur Vergesellschaftung der Produktion ergeben, die notwendig sind, weil Fehlentwicklungen in einzelnen Sektoren immer stärker gesamtwirtschaftliche Auswirkungen haben. Es gibt unterschiedliche Vorstellungen über die verschiedenen Stufen oder Grade staatlicher Investitionsplanung, die hinlänglich aus der „Investitionslenkungsdebatte" bekannt sind und wegen der Kürze des zur Verfügung stehenden Raumes hier nicht einzeln dargestellt werden können. Einen guten Überblick gibt der von Manfred Krüper herausgegebene Band „Investitionskontrolle gegen die Konzerne?", der u. a. Aufsätze von Gerd Kade, Bernd Gahlen, Manfred Krüper und Karl Georg Zinn enthält[15]).

Abschließend soll noch auf ein neu erschienenes Buch aus dem Bund-Verlang eingegangen werden: Gerhard Finking, „Grundlagen der sektoralen Wirtschaftspolitik", Köln 1978. Dieser Band ist der schwierige Versuch einer Systematisierung der sektoralen Strukturpolitik in der BRD, der aber sehr umfangreich und dadurch unübersichtlich und wenig orientierend geraten ist. Finking stellt eine sehr ausführliche Ableitung der Begriffe Struktur und Wirtschaftsstruktur an den Anfang seines Buches. Es folgt eine informative Darstellung der bekannten Theorien über Ursachen und Wirkungen strukturellen Wandels. Finking stützt sich – wenn auch mit Einschränkungen – auf die fragwürdige Schupetersche Innovationstheorie. Danach treten Innovationen schubweise auf, was zu den sogenannten Kondratieff-Zyklen, Produktionswellen über Zeiträume von ca. 50 Jahren, führt. Folgte man dieser Theorie, so würden sich die aktuellen strukturpolitischen Probleme daraus erklären, daß sich die westlichen Industrieländer zur Zeit in einer Phase des Kondratieff-Abschwungs befinden. Abgesehen davon, daß die Existenz solcher langfristigen Zyklen bis heute nicht nachgewiesen ist – was auch Finking nicht bestreitet – kann man diese Theorie m. E. nicht als eigenständige Erklärung für strukturellen Wandel heranziehen, da sie im Kern eine Theorie konjunktureller Phänomene ist. Es ist natürlich unbestritten, daß im Verlauf von Konjunkturzyklen sich notwendigerweise die strukturelle Zusammensetzung der Produktion verändert, aber das allein ist als Theorie struktureller Verschiebungen nicht ausreichend. Im zweiten Teil des Buches versucht sich Finking an dem schwierigen Unterfangen, sektorale Wirtschaftspolitik in ihren Zielen, Instrumenten und Wirkungen systematisch darzustellen. Lange und ausführliche Gliederungsansätze und Aufzählungen machen diesen Teil des Buches schwer lesbar. In der Ausführlichkeit geht leicht die Übersicht verloren, man weiß am Ende nicht recht, was Finking sich eigentlich unter sinnvoller sektoraler Wirtschaftspolitik vorstellt, welche Lösungen er vorschlägt.

V

Dieser Literaturbericht erhebt nicht den Anspruch, vollständig zu sein, sondern es sollten die Hauptpositionen gekennzeichnet werden, die gegenwärtig die Strukturpolitik bestimmen. Es hat sich gezeigt, daß sowohl im Bereich der regionalen als auch in dem der sektoralen Strukturpolitik eine Auseinandersetzung zwischen arbeitnehmerorientierten und kapitalorientierten Positionen stattfindet.

Neu ist die dezidierte Ausarbeitung und Kennzeichnung arbeitnehmerorientierter Positionen, die die Polarisierung der Interessen deutlich werden läßt und die scheinbare Wertneutralität bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft und staatlicher Wirtschaftspolitik durchbricht. Durchsetzbar wird eine Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung erst durch eine Veränderung des Kräfteverhältnisses im Kampf der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften für die Sicherung ihrer Arbeits- und Lebensverhältnisse.

Monika Schneidereit

14) Dieser Begriff wurde v. Verf. analog zur entsprechenden Bezeichnung in der Regionalpolitik gewählt.

15) Manfred Krper (Hrsg.), Investitionskontrolle gegen die Konzerne? Reinbek 1974.

Dokumente und Stellungnahmen zur Nominierung des CSU-Vorsitzenden F. J. Strauß zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der CDU/CSU am 2. Juli 1979

Nach langwierigen Auseinandersetzungen zwischen den Vorständen von CDU und CSU und nach dem Verzicht des CDU-Vorsitzenden Kohl auf eine neuerliche Kanzlerkandidatur ist am 2. Juli 1979 der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum gemeinsamen Kanzlerkandidaten der Unionsparteien nominiert worden. Im folgenden dokumentieren wir Stellungnahmen und Reaktionen auf diese Entscheidung sowie – vielfachem Leserwunsch folgend – den vollständigen Wortlaut der Sonthofener Rede vom 13. November 1974, in der der CSU-Vorsitzende seine Strategie mit unmißverständlicher Klarheit formuliert hat. In den nächsten Heften werden die „Blätter" die Strauß-Dokumentation fortsetzen. D. Red.

„Sonthofener Rede" – Referat des Landesvorsitzenden Dr. h.c. Franz Josef Strauß auf der Tagung der CSU-Landesgruppe in Sonthofen am 18. und 19. November 1974

Vielleicht darf ich mit einem kurzen Bericht über das gestrige Gespräch beginnen, das unter Vorsitz von Kollegen Carstens stattgefunden hat, ein Gespräch über die wirtschafts- und finanzpolitische Situation, die Konjunkturpolitik usw. Dieses Gespräch ist unterteilt worden in zwei Komponenten: das eine ist, was ist das taktisch richtige Verhalten und das andere ist, was ist von der Sache her gesehen notwendig. Das letzte unterteilt sich allerdings dann wieder – um nicht zu sagen ‚zerfällt in' wie das Gewehr K98. Es lagen vor an Papieren ein Papier des Planungsstabes, ein Kurzpapier von Müller-Hermann, ein Papier von Biedenkopf mit einem ordnungspolitischen Programm mittelfristiger Art, und dann noch zwei Papiere von Prof. Dr. Vogel – ich möchte ohne den eigenen Laden zu beunruhigen sagen, daß diejenigen, die am wenigsten zersprungen waren, die am wenigsten sich in ordnungspolitische Grundsatzbegriffe geflüchtet haben, mit denen man ja alles vertreten kann, die beiden Papiere von Professor Vogel gewesen sind. Die anderen haben die Argumente so vertreten, wie sich manche die Füße vertreten.

Zur taktischen Situation gleich das Wesentlichste: Es ist gestern auch auf mein Betreiben hin keine Verlautbarung erfolgt. Der gleiche Kreis trifft sich Anfang Januar noch einmal, dann wird man versuchen, für das neue Jahr zu einer kurzen Verlautbarung zu kommen. Ich habe das u.a. damit begründet, daß es jetzt keinen Sinn hat, von uns aus irgendein konjunkturpolitisches Rezept zu erarbeiten und zu empfehlen. Erstens ist der Patient in einem Zustand, wo er unter zwei großen Beschwerden leidet, nämlich Zerrüttung der Staatsfinanzen und Inflation mit steigender Arbeitslosigkeit, d. h. es gibt kein Rezept, das der Bekämpfung beider Krankheiten dient. Man kann immer nur einer Krankheit zu Leibe rücken, und jedes Rezept, das der einen Krankheit zu Leibe rückt, vermehrt das Übel auf der anderen Seite, so daß man also hier auch eines Tages zu einem dosierten Einsatz von Mitteln über längere Zeit hinweg kommen muß. Mein zweites Argument gestern war, noch ist das Bewußtsein der Öffentlichkeit nicht auf die wirkliche große Krise so vorbereitet, daß es aus politischen Gründen richtig wäre, mit eigenen Rezepten zu kommen und dabei dann natürlich über Allgemeinplätze hinweg auch zu konkreten Empfehlungen zu kommen. Ich persönlich habe die Auffassung gestern vertreten, der sich dann die Mehrheit angeschlossen hat, daß wir erst am Anfang der großen Krise stehen; ich denke, daß die Zerrüttung der

Staatsfinanzen unaufhaltsam weitergeht mit unübersehbaren Folgen und daß auch nicht allein unter Einfluß der weltwirtschaftlichen Krisenverhältnisse, die natürlich zurückschlagen auch auf uns, aber auch aufgrund der fünf Jahre begangenen Fehler und Versäumnisse, Mißachtung auch unserer Vorschläge und Warnungen, die Zerrüttung der einheimischen Wirtschaft ebenfalls schrittweise weitergeht, wenn auch regional und sektoral und dimensional unterschiedlich, wobei am stärksten die kleinen und mittleren Bereiche betroffen sind, weniger stark die großen Bereiche, obwohl es da natürlich auch einige gibt, die Not leiden werden. Also auch in diesen Größenordnungen ist man vor Überraschungen nicht sicher, wobei es hier allerdings auch Fehler des Managements sind – aber hier möchte ich mich jetzt nicht in Einzelheiten verlieren. Aber der Grundgedanke, den ich hier vertreten habe, war der: Erstens kann man jetzt überhaupt kein Rezept empfehlen, ohne sich in große politische Schwierigkeiten zu begeben, und zweitens ist das Bewußtsein der Öffentlichkeit noch nicht so weit bzw. ist die Öffentlichkeit noch nicht so stark schockiert, daß sie bereit wäre, die Rezepte, die wir zur langsamen Heilung der Krise für notwendig halten, in Kauf zu nehmen. Auch Helmut Schmidt schiebt sie das ganze Jahr vor sich her. Wir würden Gefahr laufen, wenn wir vorschlagen, es muß jetzt konkret geschehen a, b, c, d usw., daß die es nicht tun. Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezept für notwendig halten mit der Maßgabe, daß sie sagen: „Seht, solange wir das sind, ist unser Leiden ja nicht gar so schlimm. Wenn die aber hinkommen, die muten Euch eine Roßkur zu. Soweit sind wir noch nicht." Es muß wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden. Es muß also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewußtsein erfolgen. Wir können uns gar nicht wünschen, daß dies jetzt aufgefangen wird, sonst ist es ja nur eine Pause, und nach der Pause geht es ja doch in der falschen Richtung dann wieder weiter. Die Auflösung der jetzigen Bundesregierung ist das vorrangige Ziel, und hier besteht durchaus die Möglichkeit, daß noch vor dem Jahr 1976 es zu einer Änderung kommt. Ich sage nur, daß die Möglichkeit besteht. Der entscheidende Tag wird die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen sein. Es besteht ein gerütteltes Maß an Aussicht, daß wir die rheinland-pfälzischen und die schleswig-holsteinischen Wahlen gewinnen. Aber all das ist nicht entscheidend. Es sei denn, Kohl oder Stoltenberg, je nachdem welche Prozente sie kriegen, setzten sich in neue Rivalität zueinander. Aber die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen sind das Entscheidende. Denn sie sind ja schon eine Art Barometerwahl oder auch eine Testwahl für die künftige Bundestagswahl. Ich möchte mich mit dem dämlichen Geschwätz von Leisler-Kiep, dem ich also gestern 'mal meine Meinung gesagt habe, nicht näher befassen. Es gibt ja wirklich in der CDU die Krankheit, die kenne ich schon seit 8 Jahren, die äußert sich also immer wieder in selbstmörderischen Äußerungen nur aus Gründen interner Feindseligkeit und interner Rivalität oder neidhammelhafter Haltung. Es geht also gar nicht darum, wem kann man einen Wahlerfolg zuschreiben. Da wird niemand sagen, der Wahlerfolg ist trotz der Bayrischen Staatsregierung erkämpft worden. Im Gegenteil: Bei meinen sämtlichen Reden und bei sämtlichen Analysen wurde hernach gesagt, der einwandfreie Hintergrund der bayrischen Landespolitik hat ja die Voraussetzung geliefert, daß wir überhaupt dann mit unseren Argumenten zum Zug gekommen sind. Aber aus der Landespolitik kommt – mit Ausnahme, bitte nicht falsch zu verstehen, das ist gar keine falsche Zuteilung von positiven oder negativen Überlegungen, – aus der Landespolitik kommt nur eine Emotionalisierung der Wähler, die betrifft die Schulpolitik. Alles was damit zusammenhängt, Schulpolitik, Berufsschulpolitik oder Berufsausbildung, Universitätspolitik usw., dann noch Fragen der inneren Sicherheit, soweit sie Landesfragen sind. Aber die vielen nüchternen harten Fragen der Landespolitik, also der Strukturpolitik, der Regionalpolitik usw., wo man viel Sachkunde braucht, viel Detailkunde braucht, unendliches Maß an Fleiß aufwenden muß und trotzdem keine rauschenden Feste damit feiern kann, all das macht nicht die Wahlergebnisse für morgen aus, sondern die Emotionalisierung der Bevölkerung, und zwar die Furcht, die Angst und das düstere Zukunftsbild sowohl innenpolitischer wie außenpolitischer Art. Es ist geradezu Wahnsinn, wenn Leisler-Kiep sagt: Die bundespolitischen Themen usw., die Franz Josef Strauß vertreten hat, die haben bei dem Wahlerfolg keine Rolle gespielt, sondern es war die Person Goppel und es war die bayerische Landespolitik, irgendwie auf Hessen bezogen. Es ist einfach Wahnsinn! Denn mit der bayerischen Landespolitik oder der hessischen Landespolitik können wir im Jahr 1976 nicht die Wende herbeiführen. Da geht es uns darum, daß wir alle Landtagswahlen gewinnen und in der Bundestagswahl dann auf einmal wieder abends erschüttert vor einem Ergebnis stehen, das eine Fortsetzung der sozialistisch-pseudo-liberalen Koalition

für weitere 4 Jahre ermöglicht. Wir müssen die Auseinandersetzung hier im Grundsätzlichen führen. Da können wir nicht genug an allgemeiner Konfrontierung schaffen. Ich kenne ja diese Stichworte: Wir kämpfen für die Freiheit, gegen den Sozialismus, für die Person und das Individuum, gegen das Kollektiv, für ein geeinigtes Westeuropa, gegen eine sowjetische Hegemonie über ganz Europa. Da muß man die anderen immer identifizieren damit; daß sie den Sozialismus und die Unfreiheit repräsentieren, daß sie das Kollektiv und die Funktionärsherrschaft repräsentieren und daß ihre Politik auf die Hegemonie der Sowjetunion über Westeuropa hinausläuft. Daß es bei den anderen eine ganze Menge von Leuten gibt, die das nicht wollen, soll uns nicht daran hindern, unter einem Übermaß an Objektivität zu leiden und das hier zu sagen. Aber allmählich haben sie es begriffen. So wie man jetzt sagt, daß nach der Radikalendebatte im Bundestag, nach diesen scheußlichen Vorgängen in Berlin jetzt ein Mann bei der SPD/FDP sagt: . . . (Auslassung der Stenographen; d. Red.). Das stimmt gar nicht, bei denen dämmert es gar nicht. Nur wenn sie merken, daß sie Wähler verlieren, dann tun sie vorübergehend so als ob, und wenn der Wähler wieder beruhigt ist, dann auf der alten Bahn wieder weiterzufahren, dann möchte ich wissen, wieviele Sympathisanten der Baader-Meinhof-Verbrecher in der SPD- und FDP-Fraktion in Bonn drinsitzen. Es ist ein ganzer Haufen.

Hier komme ich zu den drei überragenden Themen, das eine Thema, das heute vielleicht an der Spitze steht und in den nächsten Tagen noch mehr an der Spitze stehen wird, das ist die Innere Sicherheit. Ich sage das trotz meiner sonstigen Priorität für wirtschaftliche Dinge. Eine vertrauliche Miteilung: Beim ZDF ist also ein Brief eingelaufen, der angeblich von dieser Roten-Armee-Fraktion, Fallgruppe sowieso, ist. Sie verlangen je eine Stunde Sendung beim ZDF für Ulrike Meinhof, für Andreas Baader und für die Ensslin, ansonsten bis Ablauf des Ultimatums 22. November zwei führende Politiker erschossen werden. Es kann also sein, daß es Spinner sind, sog. Infektionstäter, die also infiziert sind, es kann sein, daß es eine Erpressung der wirklichen Verbrecher ist, aber trotzdem ohne die ernsthafte Absicht, es zu tun, es kann aber auch etwas Ernstes dahinterstecken. Wer also in Zukunft sagt, diese SPD und FDP sind nicht mehr fähig, unseren Staat und unsere Gesellschaft vor Verbrechern zu schützen, trifft den Kern. Es geht quer durch alle Bereiche, die Verherrlichung der Verbrechen schon in der Schulpolitik angefangen, wo sie dann politisch verbrämt werden, dann geht's in die Medienpolitik hinein – was neulich schon passiert ist, war schon unerhört – die Sendung über Holger Meins. Im Zusammenhang damit dann z. B. haben sie diesen Verbrecheranwälten – anders kann man das ja nicht nennen –, das sind ja doch die, die die Gefangenen steuern und nicht betreuen, das sind doch die, die sie mit Preludin versorgen, damit sie ihre Hungerstreiks durchführen können und dann Hunger plus Preludin plus Alkohol plus Hunger ergibt den sicheren Tod. Das kommt ja bei U-Haftgefangenen vor.

Das sind die Anwälte hier, die das schon steuern, mit vielleicht schon willenlos gewordenen Gefangenen. Das sind reine Verbrecher, diese Anwälte. Die tanzen doch dem Rechtsstaat auf der Nase herum. Da wird eine Pressekonferenz dieser Anwälte im Fernsehen gezeigt, und da darf einer sagen „dieser Mörderstaat" im Zusammenhang mit Holger Meins. Am Grab dürfen sie Rache schwören. In Berlin dürfen 5000 Demonstranten im Kampf gegen 1000 Polizisten; die Polizei kann die Personenschäden nicht mehr verhindern, Sachschäden überhaupt nicht mehr verhindern. Hier sammelt sich ein solcher Zorn in userem Volke an. Und jetzt hier in demokratischer Gemeinsamkeit zu sagen, wir Demokraten in SPD/FDP und CDU/CSU, wir halten also jetzt nun zusammen in dieser Situation, hier müssen wir den Rechtsstaat retten – das ist alles blödes Zeug! Wir müssen sagen, die SPD und FDP überlassen diesen Staat kriminellen und politischen Gangstern. Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest dieses Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen. Selbst wenn wir es nicht ganz halten können. Aber den Eindruck müssen wir verkörpern.

Der zweite Komplex, der die Öffentlichkeit natürlich stark in Anspruch nimmt, ist nicht einmal so sehr die Inflation als die Angst vor der Arbeitslosigkeit, vor einer allgemeinen Wirtschaftskrise, dann, wenn man dahinter die Inflation sieht – natürlich die beiden sind ja irgendwie kausal miteinander verbunden – und dann spielt wahrscheinlich auch eine wachsende Rolle, die dem einzelnen noch nicht genug ins Bewußtsein gedrungen ist, die unaufhaltsame Zerrüttung der Staatsfinanzen. Die Zahl 60 Milliarden stimmt schon nicht mehr. Gestern sprach man in Bonn schon von 70 Milliarden im Zusammenhang mit der Sanierung der Rentenversicherungsträger, mit der Sa-

nierung der öffentlich-rechtlichen Krankenkassen, mit der Sanierung der Nürnberger Bundesanstalt, die ja natürlich ihre Mittel dafür ausgegeben hat, daß eine Lehrerin Computerrechnerin werden kann, um dann später wieder Mittelschullehrer zu werden, um vielleicht auf Fußballtorwart umsteigen zu können. Das ist natürlich jetzt übertrieben dargestellt. Wir haben also hier – auch wir selber – die Dinge überzogen. Wir müssen jetzt demgegenüber als die Partei der Solidität, der Seriosität und der Wirklichkeitsnähe dastehen. Das kommt viel mehr an, als wenn wir jetzt nur sagen: Vermögensbildung und da diese Reform und dort jene Reform usw. Da sitzen wir im falschen Dampfer, der Dampfer ist weg. Wir haben uns ja weitgehend also wieder aus dem Dampfer herausbegeben, aber wie ich gestern festgestellt habe, noch nicht ganz.

Zur Taktik jetzt: Nur anklagen und warnen, aber keine konkreten Rezepte etwa nennen. Da bleibt uns auch der Blödsinn erspart, wie wir ihn mit den 3 Milliarden erlebt haben. Der Kohl hat recht. 3 Milliarden sind zu wenig. Der Stoltenberg hat auch recht, 3 Milliarden sind zu viel. Nicht einmal, ob wir es an einem Punkt ansetzen, sondern es ist überhaupt jetzt alles falsch, was man tut. Wir haben eine Situation herbeigeführt, wo jedes Rezept, je nachdem, auf welche Wirkung hin man es untersucht, einfach falsch ist. Da haben doch wir uns gar nicht hineinbegeben. Aber ich komme noch einmal darauf zurück, was ich Herrn Barzel schon gesagt habe und Herrn Carstens gesagt habe, das wagt ja keiner zu lösen. Ohne eine aus hauptamtlich Bediensteten unserer Fraktion bestehende – und zwar nicht neue, die sind ja alle da – Clearingstelle ist dieses Problem widersprüchlicher Meinungen und widersprüchlicher Aussagen nicht zu lösen. Und das scheitert bisher an der mangelnden Entscheidungsfähigkeit

1. der Fraktionsführung, des Vorsitzenden,
2. an der Rivalität der angeblich führenden oder prominenten Wirtschafts- und Finanzpolitiker, wo jeder auf seine Souveränität und Autonomie Wert legt, und
3. an dem Konkurrenzneid der hauptamtlich Bediensteten, vor allen Dingen auch des Herrn Frank, der also auf keinen Fall den Prof. Vogel irgendwie mitverantwortlich in seinem Planungsstab einbauen will.

In einer Versammlung bei einer Diskussion kann man natürlich nicht sagen, ich frage vorher in Bonn an. Aber bevor man eine Stellungnahme abgibt, sollte der Inhalt dieser Stellungnahme bei einem Büro, das von morgens bis abends besetzt ist – kein neues Büro, ich denke, hier bauen die Leute wie Vogel, Frank, Zavelberg und drumherum, einlaufen, damit der sagen kann: Hallo, gestern abend hat Herr Kohl eine Stellungnahme abgegeben, da steht das Gegenteil von dem drin, was hier vorgeschlagen wird. Denn es ist ja auch unmöglich, jeweils einen Kreis so wie gestern zusammenzurufen, bevor man eine Stellungnahme abgibt. Das ist eine rein technische Angelegenheit. Ich setze die konjunkturpolitische Lage einmal als bekannt voraus. Habe über Zerrüttung der Staatsfinanzen ja eine neue Zahl genannt. Die 60 Milliarden-Grenze ist bereits überschritten, was den Kreditbedarf, den Neukreditbedarf, der öffentlichen Hand anbetrifft für das Jahr 1975. Der Teufelskreislauf wird also immer enger. In der Situation haben wir natürlich gar keinen Grund, etwa uns nun an der Verantwortung zu beteiligen oder uns um irgendeine Koalition zu reißen, sei es um die große, sei es um die kleine. Natürich, die große Koalition, ich habe es einmal gesagt, mit einem Teil der SPD, das ist natürlich ein Gruselvexierspiel. So etwas darf man nicht ernst nehmen. Das kann auch nicht ein jeder nachmachen, sondern das beherrschen nur ein paar, wenn ich das so sagen darf, der Kanzler z. B. Das dient aber dann der Erzeugung von Vexierreaktionen. Das Spiel muß man können, muß man beherrschen. Der Brandt hat ja prompt gesagt, nein, das dient nur den machtpolitischen Plänen von Franz Josef Strauß. Der Wehner hat gleich prompt positiv reagiert, aus drei Gründen

a) um dem Brandt eins auszuwischen, weil die zwei nicht mehr miteinander reden,
b) um das Thema „Große Koalition" für sich selbst zu besetzen und
c) in dem Wissen oder in der angstvollen Ahnung, wenn die SPD scheitert, wegen Regierungsunfähigkeit im Jahr 1976 vom Wähler, trotz der miserablen inneren Struktur der Unionsparteien, davongejagt wird, könnte das für die SPD bedeuten, daß sie bis zum Jahr 2000 unter dem Experiment der 7 Jahre bei den Wählern in Verschiß geraten, nicht mehr an die Regierung kommen kann. Das sind also nach Meinung eines Experten, der der FDP-Fraktion angehört und der mit allen Beteiligten gesprochen hat, die Gründe, warum der Wehner sich denn dazu gemeldet hat. Täuschen wir uns nicht, das 2000 von Schmidt ist nicht ernst gemeint. Er würde schon ganz gerne, er würde gerne einen Teil Ballast bei sich abwerfen, und mit einem Teil bei uns ankommen. Es

gibt auch einen maßgebenden Politiker oder besser ex-maßgebenden Politiker der CDU, der neulich Helmut Schmidt aufgesucht hat und ihm gesagt hat, ob man denn nicht wiederum oder sogar auf eine vierte Partei hinarbeiten sollten, und zwar in der Richtung etwa, daß die CDU dann etwa eine Art Zentrum wieder wird und das Zentrum dann als Dauerkoalitionspartner für die SPD sich empfehlen würde, dann wären wir die FDP und die CSU los. Das war ja Rainer Barzel, der hier mit Helmut Schmidt gesprochen hat. Kohl hat nur sondiert, aber nicht in diesem plumpen Sinne mit ihm gesprochen. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß die FDP etwa jetzt vom Karren springt, weil sie das infolge ihrer inneren Verhältnisse nicht tun kann. Bei der FDP kann man sich auf eines verlassen, nämlich eine berechenbare Komponente, ihre Charakterlosigkeit. Wenn sie in der Dummheit noch treu wäre, wäre es für uns schlimmer als so, wo sie in der Dummheit unzuverlässig ist. Denn, wenn es ihr an den Kragen geht, kann man sich darauf verlassen, daß sie noch mit zum Schwur erhobener Hand der SPD Treue gelobt und mit uns den Koalitionsvertrag zu unterschreiben bereit wäre. Die Charakterlosigkeit der FDP verbunden mit ihrem Selbsterhaltungstrieb ist eine der zuverlässig berechenbaren Komponenten. Aber wir haben jetzt überhaupt keinen Grund für das nächste halbe Jahr ungefähr, aus der Deckung herauszugehen. Nur zu beobachten, zu schimpfen, zu mahnen, zu warnen, genügt nicht überall. Wir müssen schon konkret werden. aber in der poltiischen Großwetterlage, in der wirtschaftlichen Großwetterlage, dürfen wir jetzt nicht aus der Deckung herausgehen. Wer herausgeht, wird angeschossen oder erschossen. Er kann überhaupt nichts Gescheites vorschlagen.

Was im einzelnen gestern genannt worden ist, ist
a) auf keinen Fall sollten wir – da wird auch in der Fraktion darauf eingeschworen werden, da noch negative Beispiele von früher vorliegen – der Regierung irgendwelche Hilfe bei Steuererhöhungen zusagen. Also eine politische Mitverantwortung bei Steuererhöhungen zu sagen, das auf keinen Fall. Ich sage das deshalb, weil ja auch Kohl, aber auch andere im Laufe der letzten Wochen mehrmals ihre Bereitschaft erklärt haben, mit der Bundesregierung konstruktiv zur Überwindung der Krise zusammenzuarbeiten. All dieses Gerede hat keinen Sinn. Da gab es auch beim Bundespresseball einige interessante Szenen: im Hintergrund der Bar sitzend, Kohl mit Scheel in einem lauschigen Gespräch, anschließend Kohl mit Genscher, anschließend Helmut Schmidt auf dem Gang mit Kohl, so diese Gardinendiplomatie – die Hintergardinendiplomatie. Ich habe also den Eindruck der irdischen Geschäftigkeit mit taktisch großgesteckten Zielen. Das hat jetzt alles gar keinen Sinn. Wir müssen hier sehr distanzieren, sehr kühl uns denen gegenüber verhalten, nicht mit diesem Spiel einer etwas doch zu plumpen Anbiederung. Also keine Steuererhöhung. Wir dürfen uns auf keinen Fall aus falschem sachpolitischem Verantwortungsbewußtsein, als die ewige Ersatzregierung, die wir darstellen, einspannen lassen. Dann wurde auch vorgeschlagen, wir sollten eine differenzierte Tarifpolitik verlangen. Ich sagte, wir sollten überhaupt nichts verlangen auf dem Gebiet der Tarifpolitik außer konjunkturgerechte Tarifabschlüsse. Wir haben jetzt a) weder Grund, die Forderungen der Gewerkschaften anzuheizen, um damit die Schwierigkeiten der Regierung zu erhöhen. Wir machen uns bloß alle unglaubwürdig. Wir haben aber auch b) keinen Grund, uns mit den Gewerkschaften anzulegen, denn die Situation, die ja die Gewerkschaften mit den Lohnforderungen veranlaßt, sind ja von unseren Nachfolgern nach 1969 herbeigeführt worden.

Es ist verlangt worden: Abbau der Hochzinspolitik. Das ist natürlich nur möglich, wenn gleichzeitig die öffentlichen Haushalte einer ganz radikalen Abmagerungskur unterworfen werden. Außerdem können wir mit unserem Zinsniveau uns nicht vom internationalen Zinsniveau völlig abhängen. Das ist in Italien, Frankreich, England sehr hoch, USA baut etwas ab, in Österreich ist es bedeutend niedriger, aber Österreich hat ja für uns in dem Zusammenhang keine Bedeutung. Grundsätzlich ist die Forderung auf Abbau der Hochzinspolitik richtig. Aber wir könenn sie jetzt auch noch nicht von uns aus etwa auf unsere Fahne schreiben. Das ist etwa, weil die Voraussetzungen dafür fehlen. Dann natürlich die Forderungen der Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte, d. h. mehr öffentliche Investitionen und ein Anwachsen der Investitionsrate und ein Rückgang der Konsumrate im Anteil der öffentlichen Haushalte. Furchtbar leicht gesagt, unendlich schwer durchzuführen. Wir müssen sie soweit treiben, daß sie ein Haushaltssicherungsgesetz vorlegen müssen oder den Staatsbankrott erklären müssen oder drastische Steuererhöhungen mit abermals einschneidenden negativen Folgen für die Wirtschaft. Vorher haben wir gar keinen Grund, mehr öffentliche Investitionen und Anreiz für private Investitionen zu verlangen. Ich habe

gesagt, ich stimme diesen Grundsätzen zu, bloß soll man sie jetzt nicht verkünden. Wir haben durch Zuwarten gar nichts verloren. Das blöde Gerede, ihr habt ja keine Alternativen, mit denen dann wir uns immer hineintreiben lassen, also in eine Mitverantwortung, interessiert ja doch die 95 % der Wähler nicht. Ich will überhaupt nicht im Kleinen sagen, was wir uns vorstellen mit der Krankenhausfinanzierung, mit der Berufsausbildung, mit der Sanierung der öffentlich-rechtlichen Krankenkassen usw. Wir müssen sagen: „Ihr seid doch an der Regierung. Ihr habt doch in diesem Staat seit 5 Jahren diese Wirtschaft ruiniert." Außerdem, wenn ich jetzt die Grundsätze genannt habe, dann kommt mir sofort die Frage, wie wollt ihr denn das verwirklichen. Wie soll man private Investitionsanreize geben?

Konkret, man sollte vom 26 a Stabilitäts- und Wachstumsgesetz Gebrauch machen, also eine Investitionsprämie aussetzen. 5 % bis $7^1/_2$ %. Nun, dies ist genauso wie auch bei der Abschreibung, wer allerdings verdient, kann dann nicht mehr abschreiben. Aber wer die restlichen 95 oder 92,5 % nicht zusammenbringt, der macht dann von den 5 oder 7,5 % keinen Gebrauch. Was passierte gestern? Angelockt von Pieroth haben auch andere, darunter auch der Narjes diesen Punkt als besonders wichtig gefunden, nämlich die Investitionsprämie, also wenn einer 100 000 DM investiert und kriegt dann 7500 DM Investitionsprämie, diese Investitionsprämie als Arbeitnehmereigentum im Betrieb einzubringen. Ich kenne ja nicht die Urheber. Ich habe dem Carstens ins Gesicht gesagt: „Ja, sind denn die wahnsinnig geworden." Ja sagt er, „ich habe selber so ein beklemmendes Gefühl dabei gehabt." Denn ,wenn einer schon 95 500 DM investiert, meist geht es ja um größere Beträge, er braucht eine Investitionssumme von 1 Million. Dann würde er kriegen 75 000 DM. Und die 75 000 DM muß er dann als Beteiligung – die zahlt zwar der Staat – aber die kriegt nicht er, sondern die kommt dann als Beteiligungskapital in sein Unternehmen hinein. Dann müßte ich doch blöde sein, dann überhaupt noch zu investieren. Wir müssen doch jetzt endlich mal Schluß machen, das Risiko zu privatisieren, die Gewinne zu sozialisieren und die Entscheidungen zu kollektivisieren. Das sind die 3 Schlagworte. Damit ist diese allmählich immer kränker gewordene Wirtschaft nicht mehr zu retten. Damit komme ich zu einem Punkt, d. h. Anreiz zu privater Investition.

Wir haben gestern über lauter materielle Dinge gesprochen. Wir haben gesprochen über Haushalte, über Hochzinspolitik, über Tarifpolitik, keine Steuererhöhungen, usw. Aber all das sind nur materielle Faktoren. Ich habe gesagt, wir müssen bei unserer Auseinandersetzung aber auch in der Analyse der Lage die psychologischen Faktoren vor die materiellen Faktoren setzen. Die materiellen Faktoren waren ja 1966 auf 1967 auch einmlal nicht gerade angenehm, aber bei weitem nicht so bedrückend wie heute. Aber die psychologische Situation, die Vertrauenssituation, war damals am Anfang der Großen Koalition mit einem relativ vernünftigen, wenn auch sehr schwierigen Schiller ja ganz anders. Heute ist das Vertrauen weg. Der Selbständige sagt, es hat ja doch keinen Sinn mehr! Dies zeigen die Betriebsaufgaben, die jetzt immer zunehmenden Verkäufe an die Ausländer, die schwindende Risikobereitschaft, und das betrifft einfach die ständig wachsende Quote der öffentlichen Handelslast, sowohl bei der Steuerlastquote, die ja die 24 % überschritten hat, bei 24,5 ist, wie auch die Soziallastquote. Hier müssen wir auch in unseren eigenen Reihen einmal aufhören, in den Kategorien zu denken, das zahlt ja der Arbeitgeber. Dies ist häufig alles, was ihnen einfällt auf diesem Gebiet. An Ausschmückungen des eigenen Hauses heißt es, ja das kostet ja nichts, das zahlt ja der Arbeitgeber. Wenn man einmal sieht, daß heute noch in Italien, Frankreich, England, Holland und Belgien die Erträge je Umsatz wesentlich höher sind als bei uns. Von USA und Kanada in diesem Zusammenhang erst gar nicht zu reden. Wenn man sieht, wie die Erträge bei uns im Laufe der Jahre trotz steigender Umsätze geschrumpft sind. Ich habe eine Zahl schon einmal in diesem Kreise genannt. In 10 Jahren ist der Ertrag der Lohnsteuer gestiegen von der Marke 100 auf die Marke 460. In den gleichen 10 Jahren ist der Ertrag der Körperschaftsteuer gestiegen von der Marke 100 auf die Marke 130. Trotz Verdoppelung der Umsätze haben die Kapitalgesellschaften nur ein Plus von 30 % Körperschaftsteuer. Dabei ist die Körperschaftsteuer ja eher mehr geworden dem Steuersatz nach. Und auch bei der veranlagten Einkommensteuer, je nachdem, welche 10 Jahre man rechnet, liegt der Zuwachs zwischen 60 und 80 % und nicht bei 350 % wie bei der Lohnsteuer. Das sage ich auch im Hinblick, z. B. wenn man auf die Idee kommen sollte, den Unternehmen das Erziehungsgeld aufzulasten, für das sowieso jede finanzielle Verwirklichungsmöglichkeit auf unabsehbare Zeit überhaupt fehlt. Wenn man anfangen würde, eine Berufsausbildungsabgabe, ein Ausbildungssteuergesetz etwa zu erlassen, – dies ist alles recht und schön – wären wir immer in der undankbaren Lage, „Nein" dazu sagen zu

müssen, und dann prompt als Reaktionäre, als Arbeitnehmerfeinde, als Unternehmerinteressenvertreter zu gelten. Aus dem Grunde können wir unsere Warnungen und unser Nein nur pauschal aussprechen, denn die Krise muß so groß werden, daß das, was wir für die Sanierung notwendig halten, dann auf einem psychologisch besseren Boden beginnen kann als noch heute. Noch heute leben die meisten über ihre Verhältnisse. Noch heute haben sie nicht begriffen, wie ernst die Situation ist. Noch heute besteht nicht ernsthaft die Bereitschaft dazu, den Gürtel enger zu schnallen und an die Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat heranzugehen. Ich sagte dann, die psychologischen Faktoren sind m.E. das Entscheidende, und hier müssen wir einfach davon ausgehen, daß ohne eine Rückkehr der CDU/CSU eine Änderung der psychologischen Lage nicht erfolgen kann. Wir haben auch gar keine Angebote. Wir müssen schlechthin von dem Axiom ausgehen, die können Wirtschaft, Gesellschaft und Staat nicht mehr in Ordnung bringen. Sie haben 5 Jahre alles getan, um eine im Kern gesunde Wirtschaft systematisch, aber absolut sicher zu ruinieren, und damit den Boden für eine modernere Zukunftsgesellschaft verdorben.

Im übrigen ist es ja gar nicht so ohne, wenn man sieht, daß z. B. die Neue Heimat an öffentlichen Aufträgen allein in Bayern von öffentlichen Auftraggebern in diesem Jahr 118 Millionen bekommen hat. Nur in Bayern! Und davon sind auch unsere Landräte und Oberbürgermeister erheblich beteiligt. Ich hatte mit dem Herrn Hanauer einen heftigen Zusammenstoß, weil er als Vorsitzender des Verwaltungsrates mir nachweisen wollte, daß der Neubau auf dem rundfunkeigenen Grundstück des Bayerischen Rundfunks – Bauwert 40–50 Millionen DM – nicht durch eine private Bauträgerschaft, sondern nur durch die Neue Heimat durchgeführt werden konnte. Im Ingolstädter Raum ist das ähnlich. Im Augsburger Raum ebenso. Die freuen sich darüber. Denn die haben eine solch ungeheure Substanz und haben in der Vergangenheit soviel auch an Substanz ansammeln können, daß die endlos aushalten, bis einer nach dem anderen kaputtgeht. Die größten Bauträger Bayerns sind heute alle klinisch tot und sind aktuell tot, wenn die Banken von ihren Rechten Gebrauch machen. Und daran schließen sich dann Tausende von Handwerkern, die ihre Rechnungen nicht mehr zahlen können, Baufirmen usw. an. Die drei größten Münchner sind tot, sind klinisch tot. Nur da die Banken in der Hoffnung auf eine Wiederbelebung der Baukonjunktur immer noch stunden, die Zinsen wieder der Kreditsumme zuschreiben und immer wieder Moratorien gewähren, kommen sie noch über die Runden. Aber sie sind tot, wenn die Banken heute zugreifen. Die Banken können auch diese Politik nicht ewig fortsetzen. Einmal müssen sie von ihren Rechten Gebrauch machen, schon weil sie aufgrund der Aktiengesetze usw. der Einlagensicherung, dazu verpflichtet sind. Dann beginnt ja erst die zweite Welle des großen Sterbens.

Nun sagte Katzer gestern, das war ganz interessant, also bei Mitbestimmung sei er dafür, jetzt keinen Entwurf einzureichen. Er sei immer dafür gewesen, um die Regierungskoalition nicht aus ihren Schwierigkeiten zu vertreiben. Ich habe mir dann erlaubt, ihm zu sagen, das stimmt nicht ganz. Denn die Sozialausschüsse haben ja ihren Widerspruch gegen die Hamburger Beschlüsse erklärt und haben mit der Fraktion doch den Burgfrieden damit erkauft, daß die Fraktion verzichtet hat, ihren Entwurf einzubringen, und dafür haben sie darauf verzichtet, einen Entwurf der Sozialausschüsse einzubringen. Nachträglich gibt man die Not als eine Tugend aus. Gut, macht nichts. Aber wir müssen wissen, wo die eigene Kausalität, wo Ursache und Wirkung hier liegen. Dies ist auch ein Thema, das zur Unsicherheit in der Wirtschaft beiträgt, ohne daß es bei der Arbeitnehmerschaft wesentliche Pluspunkte bringt. Es ist nun natürlich völlig falsch, wenn wir sagen, wir sind gegen Mitbestimmung. Aber ich warne hier vor einem falschen Zungenschlag. Der Herr Barzel sagte ja, wenn sie es gelesen haben, – vor ein paar Tagen sind ein paar norddeutsche Zeitungen erschienen – er sei gegen den Regierungsentwurf, weil der zu wenig Mitbestimmung bringe. Die CDU und CSU seien für mehr Mitbestimmung. Natürlich, man kann hier mehr Winter sein oder nachts ist es kälter als draußen oder die Beine der Ente sind gleich lang, besonders das linke. Das hat alles keine Aussagekraft. Wir müssen für die richtige Mitbestimmung sein. Für eine funktionsgerechte Mitbestimmung, die die Interessengemeinschaft Unternehmen im Interesse der beiden Partner zu den höchsten Leistungen und zu den größten Erträgen befähigen. Dann sprach Barzel weiter, er sprach, das Unternehmen müsse ein Sozialverband werden. Was ist das für eine geistige Epidemie. Ein Unternehmen kann doch nie ein Sozialverband werden. Da muß ein Krankenhaus ein Diskussionsforum über Vietnam oder über die gerechte Lösung der Nah-Ost-Frage werden. Das sind alles zweckfremde Vorstellungen. Betriebe sind Institutionen der Gesellschaft der Produktion, der Dienstleistungen. Sie haben eine ganz bestimmte Aufgabe. Und sie haben diese Aufgabe bei einer Pluralität der Interessen optimal zu erfüllen. Die kann man gar

nicht auf einen einzigen Nenner bringen. Aber Sozialverband Unternehmen, da sind wir ja bei jugoslawischen Kooperativen angelangt.

Auch das, was hier der Brandt gesagt hat, mehr Mitbestimmung, da muß ich sagen – ich komme ja weder von industrieller noch von Großgrundbesitzerseite her – wenn das stimmen würde, dann muß man 100 % Mitbestimmung einführen, und wenn es ginge 150 %. Denn wenn der Fortschritt von 33 auf 50 % erstens einmal ungeheuer ist und zweitens nur ein Übergangsstufe darstellt, weil ja in den Betrieben der Kampf um die gesellschaftliche Macht ausgefochten werden muß. Dann soll man sich doch gleich die Zwischenstation 50 ersparen, dann gehen wir gleich auf 100 % Mitbestimmung, wie es der DGB ja doch in seinem Referentenmaterial als Fernziel zwischen den Zeilen angekündigt hat. Das hat aber dann mit Arbeitnehmer nichts mehr zu tun. Wir sind für die Mitbestimmung des Arbeitnehmers im Betrieb. Für die richtige Mitbestimmung, für die funktionsgerechte Mitbestimmung. Ich gehe so weit zu sagen, daß der Unternehmer heute nicht einfach das Recht hat, über seinen Betrtieb so zu verfügen, daß auch damit gegen die Sozialpflichtigkeit verstoßen werden kann.

Vermögensbildung, da kann ich nur sagen: Zur Zeit nichts. Zur Zeit fehlen sämtliche Voraussetzungen für eine Vermögensbildungspolitik. Man soll ja nicht sagen, da ist nichts geschaffen worden. Die einzige Voraussetzung, die ich sehe und die man verwirklichen kann, ist auf dem Gebiet des Wohnungseigentums. Auf dem Gebiet des Wohnungseigentums ist die Sache auch am griffigsten und am konkretesten. Und jetzt müssen wir uns auch lösen von dieser von mir immer für dämlich gehaltenen – aber ich habe von dem Urteil nur einen relativ sparsamen Gebrauch gemacht, aber wer es in kleinem Kreis erlebt hat, weiß, was ich dazu gesagt habe –, Beteiligung am Produktivkapitalvermögen. Eine der dümmsten Vorstellungen, die man haben kann, den Arbeitnehmer am Produktivkapital unbedingt beteiligen zu müssen. Solange man in der Wachstumsphase lebte, jedes Jahr 10 % mehr, ich lege 10 000 DM ein, dann habe ich im nächsten Jahr 11 000 DM oder 12 000 DM! Das ist doch die IOS-Verkaufsstrategie gewesen. Aber, ich habe gestern auch darauf hingewiesen, das klassische Eigentumspapier ist doch die Aktie. Was sagen wir denn den armen Volksaktionären, die seinerzeit die VW-Aktie gekauft haben, die VEBA-Aktie gekauft haben, die Preußag-Aktie gekauft haben, die heute auf dem Kurs von 60 und 65 draufsitzen, und das in einem Fall, nachdem sie zweimal 120 oder 130 dafür bezahlt haben. Das hindert aber die Vermögenspolitiker à la Pieroth nicht daran, Beteiligung am Produktivkapital zu verlangen. Das beste, was einer tun konnte in der Zeit war, ganz kurzfristige hochverzinsliche Wertpapiere zu kaufen, sie sofort wieder umzuschichten, damit er den nächst hohen Zinssatz bekommen kann. Diese Idioten von Aktienkäufern, ich schließe mich hier ein, wenn auch nur in kleinem Umfange.

Da hat man Kurse bezahlt mit 200/250 und hat nun 90 und 100. Zum Schenken ist es noch zuviel und zum Halten ist es fast nicht mehr interessant. Wir müssen eine Politik betreiben, daß das Produktivkapitel sich wieder rentiert. Und dann hat eine Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapitel einen Sinn und nicht vorher.

Sehr interessant war gestern dann die Bemerkung von Katzer, nunmehr hat die Wirtschaft versagt, ganz gleich wer schuldig ist. Aber in Köln allein bekommen 8000 Jugendliche keinen Lehrlingsplatz, da die Wirtschaft jetzt offensichtlich nicht mehr in der Lage ist, die Berufsausbildung zur Verfügung zu stellen. Ich habe dann allerdings zwar schon in einer Randgruppe gesagt, man bedrohe eine Wirtschaft, man beschimpfe eine Wirtschaft, man beute eine Wirtschaft aus, treibe ihr die Lehrlingsausbildung als Jugendschinderei, als Ausbeutung usw. aus, man erlasse ein Jugendarbeitsschutzgesetz, wo es also 4 Wochen Urlaub gibt, und dann darf er bloß noch mit Herr angeredet werden und mittags muß er zwei Stunden geregelte Ruhezeit haben und dann eine Stunde Hobbyjob betreiben dürfen! Ja, wer soll denn da noch einen Lehrling einstellen, der steht doch immer schon mit einem Fuß im Gefängnis, wenn der Gewerbeinspektor von der Gewerbeüberwachung, vom Gewerbeaufsichtsamt, dann daherkommt, und nachdem er es soweit gebracht hat, sagt man, ganz gleich wer schuld ist. Unsere Kinder können doch nicht ohne Berufsausbildung in das Leben treten. Erziehungsgeld sei von Grund auf richtig, könne nicht verwirklicht werden. Es wissen die Kinderpsychologen am besten, daß vom 1. bis zum 3. Lebensjahr das Kind für das Leben endgültig geformt würde, und in den Jahren müsse eben dann das Erziehungsgeld gezahlt werden. Das hätte die Fraktion beschlossen, und dabei müsse man auch bleiben. Kinderpsychologie! Aber die müssen dann wissen, wieviele Frauen verlassen den Arbeitsplatz, wer kann sie ersetzen. Sind die Männer bereit, eine Stunde mehr zu arbeiten in Zukunft, um das an

Sozialprodukt zu ersetzen, was auf diese Weise dann durch Verringerung der Arbeitskräfte eben eingespart wird. Da heißt es nur, das muß geschehen, jenes muß geschehen, ein drittes muß geschehen. Ja wer soll denn das Geld verdienen, um die 4 oder 5 Milliarden zu bezahlen, wo der Staat im offenen Bankrott ist, die Rentenversicherungsträger in Milliardendefiziten dahinschleichen. Wer soll denn das bezahlen. Das hat doch so keinen Sinn. Dann kam er mit einer Vorstellung von der Rentenreform daher. Er hat nicht die 13. Rente gestern gebracht, sondern man sollte jetzt eine Einheitsrente bringen – oder wenn der Mann stirbt oder die Frau stirbt, soll der restliche Ehegatte etwa die gleiche Rente bekommen, wie sie vorher beide zusammen gehabt haben. Das würde natürlich dann bedeuten, daß sie zuerst dann weniger bekommen, damit der Überbleibende dann mehr bekommt.

Ich möchte zur Außenpolitik nur eine Bemerkung machen: Wir müssen sicherlich die europäische Idee am Leben halten, aber wir sind heute von jeder Möglichkeit einer Europäischen Union auch einer echten Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft weiter weg, als wir im Jahr 1950 gewesen sind. Im Jahre 1955, 1960, 1965 oder wann auch immer, ist man in einem fast hoffnungslosen Zustand angelangt, wobei der moralische Zustand Europas schlimmer ist als der materielle oder der politische oder der militärische. Die Europäer sind total degeneriert. Sie sind ausgetreten aus der Geschichte, erwarten, daß die Amerikaner wenigstens für sie noch Wache halten, verschließen die Augen vor der sowjetischen Gefahr, begreifen nicht, daß das Kooperationsangebot der Sowjetunion einen Hegemonieanspruch bedeutet. Deutsche Kraftwerke an der Wolga oder in Ostpreußen, die den Strom von Arabern zu uns hineinbringen. Ich kann nur sagen, man weiß schon bald nicht mehr, welches Land auf der Welt man zur Emigration empfehlen soll. Zwischenzeitlich kann man Neuseeland, Australien oder Kanada vielleicht noch nennen, auch Palästina, das sind aber auch nur Übergangsstationen. Nur summa sumarum: Für uns heißt die Summe, dieses Europa kann nicht gesund werden, wenn die Bundesrepublik nicht wieder wirtschaftlich, gesellschaftlich, politisch, militärisch ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung wird. Wenn das von der Bundesrepublik wieder ausgeht. Das kann aber nur ausgehen, da bin ich jetzt wirklich am Ende, wenn die Krise so stark wird, daß aus der Krise ein heilsamer Schock erwächst und damit die Bereitschaft, die Konsequenzen aus dieser Zeit auch tatsächlich auf sich zu nehmen. Sonst läuft sich jeder Kanzlerkandidat tot. Und darum hat es auch gar keinen Sinn, wenn wir jetzt in den nächsten Monaten uns überlegen, wer ist am telegensten, wer wirkt am besten, wer hat nach der Umfrage von Wickert, Ifas oder wie die da alle heißen, die meisten Chancen. Es ist alles belanglos oder cura posterior, zuerst müssen wir wissen, was machen wir, wenn wir hinkommen, mit diesem Staat. Und das nächste ist dann, wer ist geeignet, diese Maßnahme glaubhaft an der Spitze einer aktionsfähigen Regierungs- und Parlamentsgruppe dann auch tatsächlich durchzuführen. Und damit wird dann das Karussell der Eitelkeit für eine Zeitlang gestoppt sein.

Rundschreiben des Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herbert Wehner, an alle Bundestagsabgeordneten der SPD vom 6. Juli 1979:
Weder hochjubeln noch emporschmähen – Überlegungen zur Entwicklung in der „Union"

Zwar ist es unvermeidlich, auch über die Person zu reden, die sich nach einem nahezu zehnjährigen, erbitterten Kampf den eigenen „Freunden" als die nicht mehr kontrollierbare und nicht mehr zu bremsende „Nummer 1" aufgezwungen hat. Aber es wäre ein schwerwiegender, möglicherweise auf viele Jahre nicht mehr wieder gut zu machender Fehler, wenn Sozialdemokraten sich darauf konzentrierten, über das skandalreiche Leben eines alternden Machiavellisten zu reden, in Notwehr auf Gegen-Propagandaformeln zu setzen oder an der Richtigkeit der eigenen Überzeugungen zu zweifeln.

Es geht um mehr als um die Wahlchancen der miteinander konkurrierenden Parteien. An der Wegscheide steht unser Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland, diese doch noch recht junge, keineswegs schon ausreichend gefestigte Demokratie, wie allein an der Tatsache sichtbar

wird, daß Entwicklungen in dem Gruppenkonglomerat CDU/CSU möglich geworden sind und für aussichtsreich erachtet werden können, wie sie in den letzten Wochen zum Abschluß kamen.

Wenn schon in Zeiten, die mit dem Wort „Krise" eigentlich zu einfach und zu dramatisch beschrieben sind, der Gedanke an Alternativen „im Grundsätzlichen" zu einer organisierten politischen Kraft werden kann, dann sind Sorgen um die Stabilität der Demokratie nötig. Wenn sich die Sozialdemokraten dieses Ernstes der Lage nicht bewußt und gewachsen zeigen würden, dann kann so viel zerstört oder grundlegend verändert werden, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht mehr wiederzuerkennen sein wird.

Auf diese schiefe Bahn darf der freiheitlich verfaßte Teil unseres Vaterlandes nicht kommen, weil er den geschichtlichen Auftrag hat, Treuhänder der deutschen Fragen zu sein und für die zugleich friedliche und demokratische Vollendung der Einheit der Nation einzustehen und zu wirken – mit Augenmaß und Leidenschaft, mit Geduld und Beharrlichkeit, mit sorgfältiger Bewahrung der unter Blutopfern und Not herbeigeführten Lehren.

Es wird viel Anstrengung kosten, sich nicht irre machen zu lassen. Taktische Manöver vielfältigster Art und raffiniertester Abfolge sind denkbar und zu erwarten. Denn der Kandidat wird wissen, daß es vielen Bürgerinnen und Bürgern kalt den Rücken herunterläuft, wenn sie an seinen Durchmarsch zur Macht denken. Ist es also erstaunlich, wenn er sich salben und parfümieren wird? Kommt er vielleicht auf die Idee, eine Schattenmannschaft vorzustellen, in der Namen wie Leisler Kiep oder Rommel oder Blumenfeld auftauchen? Wer wird sicher sein können, daß solche Personen sich nicht zu so etwas bereit finden mitzumachen, weil sie der irrigen Meinung anhängen, sie könnten das Ärgste verhindern oder wenigstens abmildern? Vermeidet es der Herr, dem bisher verwehrt war, allen Deutschen „Wohltaten" anzutun, künftig vielleicht, nach Chile oder China oder Südafrika zu reisen und bei Folterchefs Süßholz zu raspeln? Reist er jetzt vielleicht nur nach Washington und Moskau, um sich in die Pose des weisen Weltenlenkers zu setzen? Verzichtet er jetzt großmütig darauf, Kohl oder Geißler weiter auf dem Hackklotz zu behandeln? Oder wird er seine Antreiber und Scharfmacher gelegentlich zügeln, wenn sie Schlachtfeste feiern wollen? Stellt er jetzt sein rhetorisches Waffenarsenal um von Fallgruben und Raketenwerfern auf Leuchtkugeln und gedämpften Trommelwirbel? Tut er das nur vorläufig, um dann doch wieder loszulegen?

Zwar kann ich mir keine Werbeagentur vorstellen, die erfindungsreich und geschickt genug sein könnte, um aus einer Planierraupe eine schnittige Limousine zu machen. Keiner kann auf die Dauer aus seiner Haut oder unter eine Tarnkappe. Aber wird es dennoch versucht werden, um Verwirrung zu stiften und die lange Zeit der kommenden fünfzehn Monate zu überstehen? Schließlich ist unverkennbar, daß der Zorn über das tölpelhafte Manöver mit dem Ministerpräsidenten von Niedersachsen echt war, weil die Personalentscheidung erst zu Beginn des nächsten Jahres erzwungen werden sollte.

Doch dies werden vordergründige Vorgänge sein. Entscheidend ist: Hier hat sich kein normaler Vorgang abgespielt, wie es die Nominierung eines Gegenkandidaten üblicherweise ist; vielmehr hat mit der Nominierung eine Entwicklung ihren Schlußpunkt in Form personeller Repräsentation gefunden, die viele Jahre zurückreicht. Es handelt sich um die Umformung der Volkspartei der Mitte „Union" in einen antisozialdemokratischen Kampfverband der Rechten, in dem liberale und christlich-soziale Kräfte als werbewirksame Ergänzung geduldet, vielleicht sogar gewünscht werden, solange sie keinen hemmenden Einfluß auf den strategischen Kern ausüben können. Und sie können nicht mehr. Herr Kohl und seine wenigen verbliebenen Freunde haben sich als opportunistische oder politisch unbedarfte Taktiker herausgestellt, die die Identität der Volkspartei „Union" preisgegeben und die CDU zu einer Unterabteilung der CSU haben werden lassen.

Zaghafte Versuche zu einer inneren Erneuerung der CDU/CSU hat es in den letzten zehn Jahren mehrfach gegeben. Sie sind alle im Ansatz oder in Halbheiten steckengeblieben oder zunichte gemacht worden. Rainer Barzel versuchte dies nach der Wahlniederlage des Jahres 1972. Als er seine erste Rede über dieses Thema vor dem CDU-Bundesvorstand gehalten hatte, war er nach wenigen Wochen erledigt. Das CDU-Grundsatzprogramm des Jahres 1978, das erste seit dem Jahre 1947 mit dem Ahlener Programm, war zerbröselt und zermürbt, bevor es beschlossen war. Der ernstzunehmende Rest ist bis jetzt Papier geblieben.

Das entscheidende Programmdokument für die Opposition ist die Sonthofener Rede geworden. Es ist ein Dokument der umfassenden innenpolitischen Feindschaftserklärung und brutaler Alleinvertretungsansprüche. Es beschreibt eine Methode des Machtkampfes um seiner selbst willen, eher noch: um eines Mannes willen. Nicht programmatische Ziele und wertgebundene Überzeugungen bestimmen die Wahl des politischen Weges, sondern Techniken, wie man die Sozialdemokratie ins demokratische Abseits pressen und auf Dauer isolieren müsse. Wenn es jemals ein Dokument von Gewicht in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben hat, das den Namen vordemokratisch verdient, dann ist es diese Rede. Unser Gemeinwesen soll krank geredet, mürbe agitiert, bis zur Sachblindheit verwirrt werden, damit die CDU/CSU von der Notwendigkeit befreit werden kann, sich selbst kritisch zu überprüfen und zu erneuern.

Was das bedeutet, erschließt ein Blick auf die kommenden Jahre. Wir stehen vor Herausforderungen, die existenzgefährdend werden können. Wenn es nicht gelingt, die Spirale des Wettrüstens an weiteren Umdrehungen zu hindern, wird die technische Revolutionierung der Waffen politisch unbeherrschbar werden und neue, schlimmere Formen des Kalten Krieges erzeugen, mit dem Risiko des Umschlags in heiße Kriege. Wenn es nicht gelingt, Rüstungskontrolle und schließlich auch Rüstungsbegrenzung zu praktizieren, werden den Völkern die finanziellen Mittel fehlen, die unabdingbar sind, um dringend nötige Zukunftsinvestitionen vorzunehmen. Wirtschaftliche Chancen auch für die Habenichtse der Erde, ausreichende Energieversorgung auch nach dem Ende des Ölzeitalters erfordern riesige wirtschaftliche Anstrengungen. Gelingt dies nicht, drohen politisch vielleicht unbeherrschbare Interessengegensätze wegen zu knapper Ressourcen. Alle Länder der Erde betrifft diese Herausforderung.

Ohne vermessen zu sein, ist es wohl richtig, auf die besondere Verantwortung eines der wirtschaftlich stabilsten Länder hinzuweisen, die Bundesrepublik Deutschland. Sie kann sich, als geteiltes Land, zudem auf ihre Exporte angewiesen, damit fehlende Rohstoffe importiert und bezahlt werden können, nicht in der Hoffnung wiegen, eine autarke Insel der Harmonie und Seligkeit sei möglich. Schon heute erleben wir, welche großen Aufgaben daraus innenpolitisch erwachsen. Auch viele, die nicht Sozialdemokraten sind, bescheinigen der von Bundeskanzler Helmut Schmidt geleiteten Bundesregierung kluge Führung, klares Handeln und verantwortliche Entscheidungen. Bestritten wird auch nicht, daß rasante neue Konstellationen nicht sofort fertige Patentrezepte oder abgeschlossene Antworten ermöglichen, daß also weiterführend diskutiert werden muß. Und ebenso hat noch niemand infrage gestellt, daß dafür – jedenfalls in der Demokratie – ein Klima des fairen, sachlichen und toleranten Dialogs erforderlich ist. Führung und Diskussionsbereitschaft sind also die beiden Seiten derselben demokratischen Medaille.

Die Parteiengruppierung des Sonthofener Programms dagegen setzt auf Führung durch Angst, auf Verdächtigung und autoritäres Durchpauken. Mit großen Vereinfachungen kann man die Zukunft nur verstellen, nicht jedoch Wege aus der Gefahr öffnen und begehbar machen. Rezepte, mit denen Erfolge in früheren Jahren erreicht werden konnten, werden zu hohlen Dogmen und verblindenden Ideologien, wenn man sie jetzt wieder anwenden möchte. Mit der Nominierung ihres jetzigen Kanzlerkandidaten hat sich die CDU/CSU endgültig für den Weg entschieden, der demokratischen Erfordernissen am wenigsten entspricht.

Wer innenpolitische Feindverhältnisse ausruft und praktiziert, schädigt die Fähigkeit unseres Gemeinwesens zu sachgerechten Lösungen. Wir Sozialdemokraten und alle, die wir außerhalb unserer Reihen erreichen können, haben die Pflicht, die Wirkungen dieser „Strategie" einzudämmen, übrigens aus einem in Deutschland unvergleichlich schwer wiegenden historischen Grund. Wohl kein Volk hat so drastisch erfahren müssen, daß innenpolitische Feindverhältnisse, deren Wuchern nicht gestoppt werden kann, schließlich auch zu einer Außenpolitik führen, die zu aktiven Friedensbeiträgen unfähig ist.

Wenn wir den Willen zur Vollendung der Einheit der Nation nicht aufgeben wollen, müssen wir die Propagandisten innenpolitischer Feindverhältnisse am Erfolg hindern. Unser geteiltes Land ist in dieser Hinsicht verletzlich wie kein anderes. Wohlverstandener Patriotismus ist unvereinbar mit innenpolitischen Feindverhältnissen. Deshalb weisen wir auch die nationalen Monopolansprüche der C-Parteien mit dem Gewicht unseres nahezu 117 Jahre praktizierten Eintretens für ein deutsches Vaterland des Friedens, der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit zurück.

Es wird abzuwarten sein, welche Manöver unter dem Stichwort „Formation" oder „Veränderung der Parteienlandschaft" noch gestartet werden. Über den kalt berechnenden Umgang mit den Wählerinnen und Wählern als einer für knetbar und dirigierbar gehaltenen demoskopischen Masse seitens der C-Strategen ist schon genug geschrieben worden.

Viel zu leicht genommen wird jedoch das Herumbohren an der Interessenvertretung der arbeitenden Menschen, den Gewerkschaften. Was da an verschiedenen denkbaren „Maßnahmen" aufgeschrieben und zur Nutzung empfohlen wird, stellt den Versuch dar, die sozialen Kräfteverhältnisse erheblich und dauerhaft zu den Arbeitgeberverbänden hin zu verschieben und damit die soziale Balance unserer Gesellschaft zu zerstören, die eine entscheidende Grundlage für demokratische und staatliche Stabilität ist. Ohne die Zersplitterung der Gewerkschaften wäre die Weimarer Republik nicht zerstört worden. Es ist die Pflicht der in Betrieben und Gewerkschaften aktiven Frauen und Männer, diesen Dirigierversuchen von oben die Grundlage zu entziehen, indem sie sich klarmachen, was sie verlieren würden, und indem sie unsicheren Kolleginnen und Kollegen mit Informationen und Argumenten helfen.

Überhaupt kommt es jetzt an vielen Stellen darauf an, Grundlagenarbeit für unser Gemeinwesen zu leisten. Ich denke etwa an die vielen tausend Kommunalpolitiker. Auf diese Ebene demokratischer Aktivität ist die Sonthofener Methode noch nicht überall durchgeschlagen. Also soll man, ohne sachliche Gegensätze zu verkleistern, es unvermeidlich machen, daß bei CDU- und CSU-Mandatsträgern ein Bewußtsein geschaffen wird für den Wert von Volksparteien. Von dort her muß die Erneuerung der aus der Mitte verschwundenen C-Partei personell wachsen, jedenfalls als eine Option auf die Zukunft gepflegt werden.

Denn die Gefahr einer organisatorischen Spaltung der ehemaligen Partei Konrad Adenauers ist keineswegs vorüber. Wie die Dinge stehen, sind allerdings einstweilen innerhalb der C-Partei weder Kräfte dafür vorhanden, Versuchen mit vierten Parteien und fünften Kolonnen zu widerstehen, noch Ansätze für Widerstand gegen die programmatische Entwicklung der letzten Jahre stark genug. Die Wende kann eigentlich nur noch von außerhalb kommen.

Nur die Wählerinnen und Wähler haben es noch in der Hand, ob die jetzt abgeschlossene Entwicklung der letzten zehn Jahre ein Dauerzustand wird. Schneidende Wahlniederlagen sind das einzige noch verbliebene Mittel zur Reform der CDU/CSU. Noch niemals haben die Bürgerinnen und Bürger einen so hohen und unmittelbaren Einfluß auf die Zukunft einer Partei nehmen können.

Daß sie diese Chance nutzen können, hängt von uns Sozialdemokraten sehr stark ab. Wenn wir uns auf die eine Person festnageln lassen, anstatt zu sehen und zu verdeutlichen, daß diese Person nur das personelle Symptom eines Zustandes ist, der sich seit etwa zehn Jahren Schritt für Schritt entwickelt hat, dann werden wir versagt haben.

Den Kraftprotz weder hochjubeln noch emporschmähen! Sachlich sein und argumentieren. Wir haben unseren parteipolitischen Gegnern keine Ratschläge zu geben, wir mischen uns auch nicht in deren Probleme ein. Aber wir haben die Pflicht, dem demokratischen Gemeinwesen Bundesrepublik Deutschland seine Zukunft und Handlungsfähigkeit sichern zu helfen. Das erfordert kämpferisches Engagement, sorgsame Sachlichkeit und den Willen zu geschlossenem Handeln. Die nächsten fünfzehn Monate dürfen nicht vertan werden, weil die Folgen unabsehbar wären.

Einen kleinen Beitrag dazu will ich mit diesen Zeilen und den folgenden Hinweisen und Überblicken geben.

*

Der Endpunkt einer langjährigen Entwicklung ist erreicht: Die ehemalige Volkspartei „Union" hat sich auf unabsehbare Zeit in einen antisozialdemokratischen Kampfverband verändert. Aus der Partei des Ahlener Programm ist eine Formation der Sonthofener Regietechnik geworden. Strauß ist das Symbol dieser Entwicklung.

Die Gründungszeit der CDU war unter anderem von zwei zentralen Absichten getragen:

– Liberale, christ-soziale und konservative Kräfte müssen in einer großen Volkspartei zusammenarbeiten, dürfen sich aber nur als Teil des Ganzen verstehen.

– Die Auseinandersetzung zwischen den Parteien darf nie wieder die zerstörerischen Formen der Weimarer Republik annehmen.

Dieser Geist zum neuen Anfang ist aus einer Vielzahl von Dokumenten ablesbar, z. B. dem Ahlener Programm der CDU, den Frankfurter Leitsätzen der hessischen CDU, Werbeflugblättern der Berliner CDU.

Schon unter Adenauers Führung wurde aus der Regierungspartei ein programmfreier Verbund verschiedenster Interessengruppen, zusammengehalten in der Selbstzufriedenheit der Machtausübung, nach außen geeint in ihrer Gegnerschaft zur Sozialdemokratie. Das, was man um der Legendenbildung willen „Wirtschaftswunder" genannt hat, und die zählebige Illusion der außenpolitischen Kraftmeierei haben lange überdeckt, wie es tatsächlich um die Union stand.

Erst als am Ende der Großen Koalition CDU und CSU zum ersten Mal vor der Möglichkeit standen, in die Opposition zu geraten, begann jener Niedergang, der jetzt seinen personellen Schlußpunkt bekommen hat. Strauß, schon damals an der Spitze der Scharfmacher, hat selbst geschildert, worum es ging:

„Fragen Sie unsere Generalsekretäre, wie wir im Jahre 1969 mühsam gerungen haben ohne jeden Erfolg, am Ende der Großen Koalition zu sagen, in der gemeinsamen Wahlpropaganda: SPD ist der Ausverkauf Deutschlands. SPD ist Zerrüttung der Wirtschaft und Inflation. Herr Kiesinger und Herr Heck sind aufgestanden, wir dürfen unseren Koalitionspartner, mit dem wir drei Jahre beisammen waren, doch nicht so behandeln, das steht doch einer christlichen Partei nicht an." („Wienerwald"-Rede vor dem Landesausschuß der Jungen Union; Der Spiegel, 29. 11. 1976)

Die Auseinandersetzungen, die dann folgten, hatten ihre schon nahezu gesetzmäßige Logik, weil sich Strauß immer wieder auf einen gleich großen Teil von CSU-Mitläufern in der CDU-Bundestagsfraktion verlassen konnte. Jeweils etwa 85 CDU-Abgeordnete stießen zu dem geschlossenen CSU-Block. Die Nominierung von Bundeskanzler Kiesinger, des Fraktionsvorsitzenden Carstens und jetzt von Strauß selbst markieren die Kräfteverhältnisse. Zahlenmäßig hat sich wenig geändert, jedenfalls in der Fraktionsgemeinschaft. Geändert hat sich der politische Charakter der Opposition.

Das wurde deutlich am inszenierten Sturz von Barzel im Mai 1973. Barzel hatte für einen Reformkurs innerhalb der CDU plädiert. Als er stürzte, standen nur noch Sozialausschuß-Vertreter zum Programm der innerparteilichen Reform. Sie verkündeten sogar die Bereitschaft, dafür die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft und die Spaltung der CDU/CSU in Kauf zu nehmen, um sich von der Übermacht der Koalition aus CSU und CSU-Freunden in der CDU befreien zu können. Aber es bleiben Sprüche und Illusionen, ebenso wie die Hoffnung, nun werde man es über die Programmdiskussion versuchen.

Als das neue Grundsatzprogramm 1978 verabschiedet wurde, zeigte sich, daß einmal mehr die CSU-Richtung entscheidende Geländegewinne der Reformer verhindert hatte. Entscheidend für die parlamentarische und Wahlkampfpraxis wurde hingegen die Sonthofener Rede des CSU-Vorsitzenden vom November 1974. Die „Freiheit oder/statt Sozialismus"-Propagandaparole ist der werbliche Ausfluß dieses Programms der Konfrontation und Verdächtigung, das auf Krise setzt und Krise fördern will, um Strauß zum Zuge kommen zu lassen.

Dieser lange Gewöhnungsprozeß – nicht zu vergessen der Trennungsbeschluß der CSU in Kreuth, mit dem die Schlußrunde der CSU-Offensive eingeleitet wurde – war die Voraussetzung, damit die eigenen Parteifreunde bereit werden konnten, Strauß als Spitzenmann zu erdulden. Heute muß er nennenswerte Absetzbewegungen nicht mehr fürchten. So rächt sich spät auf nachhaltige Weise, daß die CDU niemals ein wirklich errungenes Grundsatzprogramm gehabt hat, an dem sich der Wille zur Identität hätte festmachen lassen. Nur so wird verständlich, warum sich die CDU als formal selbständige Partei die Methoden hat gefallen lassen, mit denen Strauß seinen Machtanspruch aufgepreßt hat. Das zeigt aber auch: Strauß ist der alte geblieben. Die Zäsur in der Geschichte der CDU/CSU besteht im Abschluß der Entwicklung in den letzten zehn Jahren.

Lebendige Demokratie bedeutet auch: Auf jede neue junge Generation müssen die Älteren mit ihren Erfahrungen und der Bereitschaft zum offenen, auch selbstkritischen Gespräch zugehen.

Wer es aufgibt, Orientierung suchende junge Menschen oder kritische Minderheiten als Herausforderung zur Belebung der Demokratie zu begreifen, höhlt die Demokratie aus. Verdächtigung, Intoleranz und bürokratische Gängelei entfremden von der Demokratie.

Eine Gesellschaft, die, aus welchen Gründen auch immer, zeitweise einem Teil der jungen Menschen nur Stehplätze in Bierhallen, aber keine Ausbildungsplätze anbieten kann, gibt sich selbst auf, wenn sie nicht zur selbstkritischen Erörterung von Ursachen und Auswegen bereit ist. Eine Reihe von Aktivitäten und Forderungen der CDU/CSU in den letzten Jahren entspricht nicht diesem Erfordernis:

– Das sture Beharren auf den bürokratischen Knebelwirkungen des sogenannten „Extremistenerlasses" seitens der unionsregierten Bundesländer behindert die Integration der jungen Generation in unsere Demokratie. Deshalb hat die SPD selbstkritisch eingestanden, daß sie hier 1972 einen Fehler gemacht hat. Sie ist zu der Praxis zurückgekehrt, die vor dieser Zeit galt, also auch unter den Regierungen Adenauer, Erhard und Kiesinger.

– Wer, wie die CDU/CSU, die Zweifel an der technischen Zuverlässigkeit der Kernenergie anstelle durch Diskussion durch administratives Durchpauken und eine Verschärfung des Demonstrationsrechts niederwalzen will, schafft erst die Gegner unserer Grundordnung. Selbstverständlich muß entschieden und gehandelt werden, wenn Zweifelsfragen ausreichend geklärt sind und die Notwendigkeiten der Energieversorgung keinen Aufschub dulden. Solange aber Spielraum und Zeit zur Diskussion bleibt, setzen wir Sozialdemokraten auf Überzeugung statt Verordnung.

– Die Bereitschaft der CDU/CSU, auf humanes anstelle von bedingungslosem Wachstum zu setzen, also die Maschine zum Maß des Menschen und nicht den Menschen zum Maß der Maschine zu machen, kann in einer Gesellschaft wie der unsrigen mit ihrem geschichtlich beispiellosen Reichtum nur zu Abwehrreaktionen gegen Wohlstand im allgemeinen führen, jedenfalls bei nennenswerten Minderheiten. Das wollen wir Sozialdemokraten auch deshalb vermeiden, weil wir weiteres Wachstum brauchen, um damit denen helfen zu können, die bisher in der Einkommens- oder Sozialstaatspyramide ohne eigene Schuld unten zu stehen genötigt sind.

– Es ist ein schlimmes Verständnis von parlamentarischer Opposition und Regierungskontrolle, wenn die CDU/CSU in den Fragen eines besseren Datenschutzes oder bei der Überwindung von Problemen, die mit dem zusammenhängen, was zum Komplex „innere Sicherheit" gehört, nicht etwa eine saubere Wahrung aller Grundrechte und der Gesetze sowie eine überzeugende Grenzziehung zwischen praktischen Erfordernissen und unangemessenem Übereifer fordert. Vielmehr setzt die CDU/CSU darauf, die Regierung anzugreifen, weil sie Auswüchse beschnitten und Grauzonen aufgehellt hat. Sie stellt sich gewissermaßen als die Kraft dar, die Regierungsbelange gegen die Regierung zu verteidigen habe. Das zeigt, daß ein Bundeskanzler Strauß in seinen eigenen Reihen niemals wachsame Begleiter hätte, sondern daß dort ein Wettlauf um besonders schneidige Handhabung einsetzen würde. Junge Menschen, kritische Minderheiten und liberale Bürger würden so ins Abseits gedrängt, womöglich mit Verdächtigungen überzogen werden. Ihre Entfremdung von der Demokratie, die innere Emigration (eine „Ohne-mich"-Haltung) wäre die Folge. Solche Austrocknungsprozesse übersteht auf die Dauer keine Demokratie.

Die Pläne zur Veränderung der Gewerkschaftslandschaft sind nur die Spitze eines Eisbergs. Im Kern geht es um die Eingrenzung des Sozialstaates. Der strategische Kern der CDU/CSU will den sozialen Boden der Demokratie ausdünnen, weil er sich davon wahltaktische Positionsvorteile erhofft. Insbesonders Strauß will durch populistische Propaganda die kleinen Leute dazu verführen, gegen ihre eigenen Interessen zu stimmen. Am Ende wäre das soziale Gleichgewicht so gestört, daß eine Destabilisierung der Demokratie die Folge wäre.

Schon seit Jahren agitieren wesentliche Kräfte der CDU/CSU gegen die soziale Verankerung der Demokratie:

– Starke und entschlossen auftretende Anwälte der Arbeitnehmer, die Gewerkschaften, sind der CDU/CDU ein Dorn im Auge.

– Die Leistungsfähigkeit unseres sozialen Netzes hat viele Bürgerinnen und Bürger von der Angst vor unverschuldeten Notlagen befreit.

Der Widerstand der CDU/CSU ist an vielen Beispielen sichtbar geworden:
– Strauß spricht von den „Grenzen des Sozialstaates" und den ausufernden „Wohltaten", die dieser bereithalte. Ganze Szenarios zum Abbau der „Last sozialer Wohltaten" wurden von Fachgremien erstellt.

– Immer wieder finden sich versteckte Ankündigungen, im Fall der Regierungsübernahme werde man das Betriebsverfassungsgesetz so ändern, daß Selbstbestimmungsrechte der Belegschaften eingeschränkt werden.

– Immer wieder wird der angeblich unmittelbar bevorstehende finanzielle Ruin der staatlichen und der Sozialversicherungshaushalte an die Wand gemalt, um damit die Notwendigkeit von Kürzungen zu begründen.

– Steuerlich setzt die CDU/CSU wieder stark auf die weit überdurchschnittliche Begünstigung der ohnehin besser Verdienenden, zum Beispiel mit ihrer Forderung nach Kinderfreibeträgen.

– Die CDU/CSU-Fraktion hat sich dagegen ausgesprochen, daß der Deutsche Bundestag gegen die von Unternehmerseite erhobene Mitbestimmungsklage in Karlsruhe auftritt, nachdem während der Gesetzesberatungen üble Anwürfe gegen den Gesetzentwurf zur Erweiterung der Mitbestimmung erhoben worden waren („Gesetz zur Fremdbestimmung", „Ermächtigungsgesetz").

Konnte man diesen Versuchen noch zugestehen, sie seien so, wie die CDU/CSU nun einmal ist, gewissermaßen normaler Teil der politischen Auseinandersetzung, so gilt dies in keinem Fall für die Chaotenparole „Schafft zwei, drei, viele Gewerkschaften" und den berechnenden Plänen für die Zerstörung der Einheitsgewerkschaft. Hier kann es sich um den groß angelegten und langfristig kalkulierten Plan handeln, die organisatorische Grundlage für entscheidende Veränderungen der wirtschaftlichen und sozialen Kräfteverhältnisse im Bereich der Betriebe zu schaffen. Es wäre die Entsprechung zu dem politischen Willen, die Parteienlandschaft zu destabilisieren.

Wenn diejenigen in der CDU und CSU, die sich als Interessenvertreter der Arbeitnehmer verstehen und ausgeben, in dieser Frage nicht schnell einen vollständigen Erfolg erreichen, haben sie jedes Recht verwirkt, als Anwälte der arbeitenden Menschen in Erscheinung zu treten. Denn hier geht es um eine Lebensfrage der Demokratie.

Schließlich sind die Unternehmensseiten zu fragen, ob es wirklich in ihrem wirtschaftlichen Interesse liegen kann, solchen Entwicklungen desinteressiert, neutral oder gar wohlwollend zuzusehen. Die wirtschaftliche Stärke unserer Unternehmen, auch auf den Exportmärkten, hängt ganz entscheidend davon ab, daß der gut und gerecht organisierte soziale Friede erhalten bleibt. „Englische Krankheiten" oder „italienische Verhältnisse" schaden allen Beteiligten. Also wäre es wichtig und hilfreich, wenn gerade die Unternehmensseiten ihren besonderen Einfluß auf die CSU und auf Professor Biedenkopf geltend machten.

Insbesondere Strauß versteht es, seine Ressentiments gegen soziale Demokratie in modischen Populismus zu verpacken: Er wettert gegen Bürokratie und zu viel Staat, aber er meint seine eigene Gegnerschaft gegen eine Politik der sozialen Gerechtigkeit nach dem Grundsatz „Chancengleichheit". Er malt Horrorgemälde von allgegenwärtigen Planungsbeamten, aber er meint freie Bahn für den wirtschaftlich Stärkeren. Dabei kann er sich gelegentliche Fehler und Versäumnisse zunutze machen, etwa einen überstarken Drang zur Zentralisierung von Einrichtungen, die bürgernah sein müssen. Aber hier haben alle Parteien aufzuholen und nachzudenken. Die Daueraufgabe bürgerfreundliche Verwaltung ist im übrigen nicht mit ideologischen Schlagworten, sondern nur mit unermüdlicher Kleinarbeit gegen Erstarrung, Routine und Betriebsblindheit zu lösen.

Deshalb: Sich nicht täuschen lassen. Und daran erinnern, daß es oft genug die CDU/CSU ist, die mit ihrem machtpolitischen Vorgehen über den Bundesrat für unnötige und umfangreiche Komplizierungen von Gesetzen gesorgt hat, die selbst die Fachleute in den Verwaltungen kaum verstehen und noch schwerer handhaben können.

Es ist gedankenloses Gerede, die ehemalige Volkspartei „Union" habe keine Alternativen. Über diese Alternativen muß informiert und dagegen muß argumentiert werden. Denn sie laufen auf eine Alternative „im Grundsätzlichen" hinaus, auf eine Systemüberwindung nach weit rechts.

Die Schwierigkeit der Argumentation: Weil Strauß seine abschreckenden Züge verstecken muß, wird manches gefälliger aufgemacht werden.

Aber es bleibt daran zu erinnern, wie rücksichtslos die CDU/CSU mit den verletzlichen außenpolitischen Belangen der Bundesrepublik Deutschland umgegangen ist. Eine Änderung dieser Haltung ist bis jetzt nicht erkennbar. Im Gegenteil: Neuerdings werden die Auseinandersetzungen über die deutschen Fragen auch noch zum Beispiel in das Steuerrecht hineingetragen.

Wenn die Apartheidspolitiker im südlichen Afrika irgendwo in der westlichen Welt einen offen freundschaftlichen Anwalt haben, so ist es die CDU/CSU, allen voran Strauß.

Unvergessen müssen bleiben die zahlreichen Äußerungen der Sympathie für Folterregimes, ausgesprochen von Strauß und wenigen anderen CDU/CSU-Politikern, aber nie zurückgewiesen von der CDU/CSU als Partei. Das Spanien Francos, das Portugal Salazars, das Griechenland des Oberst Papadopoulos, das Chile Pinochets – sie alle konnten sich goldene Sprüche des ehrgeizigen Weltpolitikers Strauß ins Gästebuch schreiben. Das Engagement für die Menschenrechte war und ist für weite Teile der CDU/CSU ein willkommenes antikommunistisches Vehikel und wird zugleich als Hebel gegen die Entspannungspolitik benutzt. Eines der wichtigsten realpolitischen Instrumente auch im Sinne der Menschenrechte, die Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), nicht zu unterzeichnen, hat die CDU/CSU aufgefordert. Der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrages hat sich die CDU/CSU ebenso widersetzt wie dem Versuch, erst alle Verhandlungschancen auszuloten, bevor technisch mögliche Waffenentwicklungen produziert und stationiert werden. Stattdessen setzt man auf Zangenbewegungen gegen die Sowjetunion mit Hilfe der sogenannten „chinesischen Karte".

Es gibt keinen „30. Juni 1960" der CDU/CSU. Es hilft auch nicht, wenn wie eine tibetanische Gebetstrommel die Formel „Pacta servanda sunt" hergebetet wird, um zu signalisieren, die CDU/CSU würde sich in Regierungsverantwortung als Treuhänderin der entspannungspolitischen Vertragswerke bewähren. Treuhänder kann man glaubwürdig und tatsächlich nur sein, wenn man die geistigen Grundlagen der Vertragspolitik sich ausdrücklich zu eigen gemacht und die bedingungslosen Gegner dieser Politik in den eigenen Reihen in die Einflußlosigkeit gebracht hat. Das Gegenteil ist der Fall: Immer wieder wird behauptet, die Vertragspolitik sei gescheitert, jetzt müßten endlich Vergeltungskataloge her und angewendet werden; die Gegner der Außenpolitik der sozial-liberalen Koalition, häufig genug polemisch bis zur Feindseligkeit, sitzen an den außenpolitischen Schaltstellen der CDU/CSU. Das Eintreten der Ministerpräsidenten von Niedersachsen für die Vereinbarungen mit der Volksrepublik Polen wurde ihm als Beweis für seine mangelnde Eignung zum Kanzlerkandidaten vorgehalten.

Fazit: Innerparteiliche Feindverhältnisse prägen und schütteln die CDU/CSU. Die Verfechter der innenpolitischen Feindpropaganda haben in der CDU/CSU alle Schlüsselstellungen besetzt. Das innenpolitische Feinddenken spiegelt sich in den außenpolitischen Aktivitäten der CDU/CSU.

Die Aufgabe und Pflicht der Sozialdemokraten besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern begreiflich zu machen, daß sie nicht einfach Angst haben müssen, sondern daß Hoffnung berechtigt ist, wenn sich die Sozialdemokraten in der Zucht halten und wenn möglichst viele mithelfen. Jedes Gespräch am Arbeitsplatz oder über den Gartenzaun ist wichtig. Und auch dafür gilt: Sich nicht provozieren lassen. Wer Argumente hat, darf sie nicht durch Polemik und Propaganda entwerten. Die Zerreißprobe, in die unsere Demokratie getrieben und gehetzt werden soll, muß eingegrenzt werden, wo immer das möglich ist.

Erklärung des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher vom 3. Juli 1979

Die Entscheidung der CDU/CSU-Fraktion hat endlich Klarheit geschaffen. Der Versuch einzelner Gruppen der CDU, die Union in eine liberale Richtung zu bewegen, ist an den Machtverhältnissen in den Unionsparteien gescheitert.

Ob die Entscheidung über die Führung der Unionsparteien im Bundestagswahlkampf 1980 endgültig ist, wird sich erst nach dem Ausgang der Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Nord-

rhein-Westfalen und Saarland erweisen. Wie zu erwarten war, sind die Sachpositionen ungeklärt geblieben.

Im Interesse der Handlungs- und Funktionsfähigkeit der Verfassungsorgane wird die FDP alles tun, um an Stelle eines vorgezogenen polarisierenden Bundeswahlkampfes bis zum Ende der Legislaturperiode im Deutschen Bundestag Sachentscheidungen durchzusetzen.

Artikel von Franz Schapfel (CDU), stellvertretender Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz, in der „Welt der Arbeit" vom 12. Juli 1979

Die Entscheidung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß hat gewiß bei vielen christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen Enttäuschung und Unbehagen hervorgerufen. Mir ist bekannt, daß Betriebsräte, Personalräte, Vertrrauensleute sowie hauptamtliche Gewerkschaftsfunktionäre ihren Austritt aus der Partei erklärt haben bzw. beabsichtigen. Der Grund ist, daß die CSU-Führung wesentliche Forderungen der christlich-sozialen Arbeitnehmer in der Vergangenheit ignoriert oder abgelehnt hat, so z. B. die Mitbestimmung, die neue soziale Frage, eine fortschrittliche Bildungsreform, Arbeitszeitverkürzung, Aussperrungsverbot und Weiteres.

Neuerdings, und das ist das gravierendste, stellt die CSU die Einheitsgewerkschaft in Frage und diskreditiert den DGB als sozialistische Gewerkschaft. Dabei scheut CSU-Generalsekretär Stoiber selbst nicht vor persönlicher Diffamierung führender christlich-sozialer DGB-Gewerkschafter zurück.

Bereits am 22. Juni 1979 haben andere Kollegen und ich in einem Schreiben an die Strategiekommission der CDU/CSU unsere Haltung zur Kanzlerkandidatur deutlich gemacht. Unmittelbar, nachdem die Entscheidung gefallen war, habe ich gegenüber meinen Parteifreunden und in der Öffentlichkeit erklärt, daß mit der Wahl von Franz Josef Strauß zum Kanzlerkandidaten in den Unionsparteien ein politischer Kurs eingeleitet werden könnte, der eine wirksame Vertretung der Arbeitnehmerinteressen erschwert oder gar verhindert. Dies waren auch die Gründe dafür, daß der geschäftsführende Ausschuß der Arbeitsgemeinschaft christlich-demokratischer DGB-Gewerkschafter zu einer Sondersitzung in Bonn zusammenkam, um in einer Erklärung Fragen an den Kanzlerkandidaten zu stellen, die für die Arbeitnehmer und ihre Familien von Bedeutung sind. Sollte der Kanzlerkandidat Strauß uns, so die Erklärung, dazu keine befriedigende Antwort geben, so werden wir ihm unsere Unterstützung bei dem kommenden Bundestagswahlkampf versagen. Auszutreten und Resignation aber dient weder der Einheitsgewerkschaft noch unserer Volkspartei. Aus diesem Grund fordert auch der geschäftsführende Ausschuß alle christlich-sozialen Kolleginnen und Kollegen auf, stärker als in der Vergangenheit sich zu engagieren, damit die Interessen der Arbeitnehmer auch in Zukunft in den Unionsparteien berücksichtigt werden.

Meine persönliche Auffassung ist die: Es darf keinen Kompromiß in der Frage der Einheitsgewerkschaft geben. Ich erwarte in diesem Zusammenhang Ablehnung der Arbeitskammer, eines Verbändegesetzes oder der Neugründung einer Gewerkschaft und Erhalt der im Grundgesetz verankerten Tarifautonomie, eine Unterstützung der Christlich-Sozialen im DGB und den Verzicht auf Diffamierung von Persönlichkeiten wie Geißler, Blüm, Hofmann, Koop und anderen.

Leitartikel des Chefredakteurs der DKP-Tageszeitung „Unsere Zeit", Georg Polikeit, vom 4. Juli 1979:
Was tun gegen Strauß?

Strauß als gemeinsamer Kanzlerkandidat von CDU und CSU gewählt – was nun? Wie soll man sich darauf einstellen, wenn man eine demokratische und friedliche Entwicklung der Bundesrepublik will? Das fragen sich viele.

Zuerst einmal sollte nicht übersehen werden: Die Wahl von Strauß ist kein Zeichen von Stärke. Die tiefen Meinungsverschiedenheiten, die die CDU/CSU in den letzten Wochen bis an den Rand

des Zerreißens erschüttert haben, sind damit keineswegs behoben. Es ging dabei nicht allein um persönliche Querelen. Es ging um tiefe politische Differenzen darüber, wie sich die Unionsparteien und darüber hinaus die herrschenden Kreise des Großkapitals insgesamt auf die heutige weltpolitische Situation und auf die innere Entwicklung der Bundesrepublik einstellen, welche Variante politischer Strategie und Taktik sie für die Klasseninteressen der Großbourgeoisie als die günstigste ansehen. Diese Differenzen sind mit der Wahl von Strauß, die in der CDU/CSU selbst nur mit starkem Druck, mit geradezu erpresserischen Mitteln durchgesetzt werden konnte, keineswegs überwunden.

Strauß – das ist zweifellos der Kandidat und die politische Linie, das Programm der reaktionärsten Elemente des Großkapitals. Daß die CDU/CSU mit diesem Kandidaten in den Wahlkampf ziehen will, macht aber zugleich deutlich, was von den Unionsparteien insgesamt zu halten ist. Wer noch hoffte, innerhalb von CDU/CSU könne sich eine „liberalere", mehr an christlich-sozialen Gesichtspunkten orientierte Politik durchsetzen, muß erkennen, daß dies eine Illusion ist.

Der Hintergrund für die Kandidatur von Strauß ist die tiefe Krise des kapitalistischen Systems. Sie ist und bleibt, wie der DKP-Vorsitzende Herbert Mies auf der 3. Parteivorstandstagung hervorhob, das Bestimmende der heutigen Situation in unserem Land. Strauß – das ist die Kandidatur und das Programm jener Kreise des Großkapitals, die aus Angst vor den sich verschärfenden Widersprüchen des kapitalistischen Systems und vor den daraus erwachsenden sozialen und politischen Konflikten der 80er Jahre einen extrem reaktionären „Ausweg" anvisieren. Doch ob diese Variante zur Sicherung der Macht und der Profitinteressen des Großkapitals sich tatsächlich durchsetzen kann, ist damit noch keineswegs entschieden. Wie auf der 3. Parteivorstandstagung festgestellt wurde, gibt es darüber innerhalb der Großbourgeoisie unterschiedliche Meinungen. Wenn manche Überlegung in diesen Kreisen für Strauß spricht, spricht auch vieles dagegen. Eine SPD/FDP-Regierung hat für das Großkapital den Vorteil, daß sie eher zur Erhaltung des „sozialen Friedens" im Inneren und zur Verfolgung der außenpolitischen Absichten des deutschen Großkapitals, zur Besänftigung des Mißtrauens gegen sein Expansions- und Vorherrschaftsstreben geeignet erscheint.

Viele, die eine demokratische und friedliche Entwicklung der Bundesrepublik wollen, sehen angesichts der Kandidatur von Strauß nun erneut die einzige Alternative in der Unterstützung von SPD und FDP. Man muß sich jedoch mit nüchternem Realismus fragen, ob diese Parteien tatsächlich eine grundlegende Alternative zu den Absichten der extremen Rechtskreise bieten. Sind sie etwa bereit, tatsächlich den Kampf gegen eine weitere Rechtsentwicklung in der Bundesrepublik zu führen? Oder ist es nicht vielmehr so, daß gerade die Politik dieser Regierungskoalition Unzufriedenheit und Mißstimmung in weiten Kreisen des Volkes hervorruft, die dann von rechten Demagogen à la Strauß für ihre reaktionären Pläne ausgebeutet werden können?

Die Parteien der Regierungskoalition haben keine Konzeption des Kampfes gegen die Rechtsentwicklung. Im Gegenteil, sie stimmen mit den Interessen der CDU und CSU in wesentlichen Fragen überein: auch die SPD/FDP-Koalition will alle Lasten der Krise auf die arbeitenden Menschen abwälzen. Das zeigt ihr Verhalten zum Preiswucher der Ölmutis, ihre offene Stellungnahme gegen die gewerkschaftliche Forderung nach einem Nachschlag bei den Löhnen, ihre Haltung zur 35-Stunden-Woche. Auch die SPD/FDP-Koalition visiert aus Angst vor kommenden sozialen Auseinandersetzungen eine weitere Einschränkung demokratischer Bürgerfreiheiten an, praktiziert weiter verfassungswidrige Berufsverbote. Auch die SPD/FDP-Koalition billigt und fördert das NATO-Hochrüstungsprogramm, das die Bemühungen um die Festigung der Entspannung und die Durchsetzung von Abrüstungsschritten untergräbt.

Am wichtigsten erscheint uns in der gegenwärtigen Situation die Erkenntnis, daß die Frage, ob Strauß Bundeskanzler werden kann, nicht allein von der Stimmabgabe bei der kommenden Bundestagswahl abhängt. Es kommt darauf an, vorher eine politische Situation in der Bundesrepublik zu schaffen, die sein Durchkommen bei der Wahl unmöglich macht. In der Vergangenheit gab es mehrfach Beispiele, wie der Machtgier dieser Figur des Groß- und Rüstungskapitals Schranken gesetzt werden konnte: durch breite demokratische Volksbewegungen gegen seine politischen Pläne udnd Absichten, gegen den Griff nach der Atombombe, gegen seine Angriffe auf Demokratie und Pressefreiheit, gegen seine Pläne, die Verträge mit den sozialistischen Ländern zu Fall zu bringen.

Die Entwicklung breiter gemeinsamer Aktionen für die sozialen, demokratischen und Friedensinteressen unseres Volkes, die Entwicklung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Abwälzung der Krisenlasten, für die Verteidigung ihrer sozialen und gewerkschaftlichen Rechte und der Einheitsgewerkschaften die Entwicklung breiter demokratischer Volksbewegungen gegen die Willkür der Großkonzerne, gegen Berufsverbote und Bürgerbespitzelung, gegen die Stationierung der Neutronenbombe und für die Beendigung des Wettrüstens – das ist auch heute der entscheidende Beitrag, um Strauß und seinen Hintermännern den Weg zu versperren.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die DKP ihre mobilisierende Kraft in die Entwicklung solcher Volksbewegungen einbringt. Daher ist gerade jetzt die Stärkung der DKP wichtig, damit das gemeinsame Handeln von Kommunisten und Sozialdemokraten, die Aktionseinheit der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte unseres Volkes voll zur Wirkung kommt.

Pressemitteilung des CDU-Landesvorstands Bremen über den sofortigen Rücktritt des Landesvorsitzenden Uwe Hollweg vom 4. Juli 1979

Die zielstrebige Demontage führender CDU-Politiker durch die CSU-Führung – und leider auch durch Mitglieder der eigenen Partei –, die schon in der Wahlnacht 1976 begonnen und sich über Kreuth bis zum Tage der Nominierung fortgesetzt habe, sowie die Tatsache, daß der einstimmige Beschluß des Bundesvorstandes, nach dem sich die ganze CDU-Führung geschlossen und offensiv für die Kandidatur von Dr. Ernst Albrecht einsetzen wollte, karikiert worden sei, hätten Aufrichtigkeit und Solidarität in erschreckendem Maße vermissen lassen. Nicht zuletzt auch deshalb, weil die Entscheidung unter dem Damoklesschwert der möglichen Trennung von CDU und CSU und ohne Beteiligung der Parteibasis getroffen worden sei, sähe Hollweg sich nicht in der Lage, Verfahren und Art und Weise der Nominierung des Kanzlerkandidaten mit seiner Grundhaltung zu vereinbaren. Als Parteivorsitzender hätte er aber die Pflicht, diese Kandidatur offensiv zu vertreten.

Diese Entscheidung würde selbstverständlich nichts daran ändern – so sagte Hollweg weiter – daß er sich mit aller Kraft in dem bevorstehenden Bürgerschaftswahlkampf in der Mannschaft von Bernd Neumann dafür einsetzen werde, die erfolgreiche Arbeit der Bremer CDU in den letzten Jahren trotz der widrigen Umstände, die durch die Auseinandersetzungen zwischen den Unionsparteien entstanden sind, zu einem guten Erfolg zu führen. Hollweg gab abschließend bekannt, daß der Landesvorstand der Bremer CDU einstimmig Bernd Neumann als seinen Nachfolger vorgeschlagen hat, der auf einem außerordentlichen Parteitag am 11. Juli 1979 gewählt werden soll.

Meldung der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" über den Austritt von Hans Lutz Merkle (Robert Bosch GmbH) aus der CDU vom 10. Juli 1979

Der Vorsitzende der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH in Stuttgart, Hans Lutz Merkle, ist aus der CDU ausgetreten. Wie am Montag zu erfahren war, steht Merkles Parteiaustritt in Zusammenhang mit der Kanzlerkandidatur von Strauß. Merkle, der als einer der einflußreichsten Unternehmensführer in der Bundesrepublik gilt, war früher Wirtschaftspolitischer Berater Kiesingers. Der 65 Jahre alte Manager pflegt auch enge Kontakte über Parteigrenzen hinaus, zum Beispiel zu Bundeskanzler Schmidt. Für den baden-württembergischen CDU-Landesverband bedeutet der Parteiaustritt Merkles wegen dessen wirtschaftlichen Einflusses eine beträchtliche Einbuße.

Kommentar der Wochenzeitung „Die Zeit" vom 13. Juli 1979 zum Austritt von Hans Lutz Merkle aus der CDU:
CDU-Heimat unbewohnbar

Zweierlei ist Hans L. Merkle gewiß nicht: ein Nordlicht, ein Linker. Der Chef des Stuttgarter Bosch-Konzerns ist vielmehr Badener und entschieden konservativ. Er ist darüber hinaus für Poli-

tiker unternehmerische Leitfigur und für Unternehmer ein Mann von ungewöhnlicher politischer Ambition. Jetzt ist er aus der CDU ausgetreten.

Zwar waren für Merkle politischer Auftrag und parteipolitischer Auftritt nie identisch. Was ihm aber die politische Heimat schließlich unbewohnbar machte, war deren Kapitulation vor Franz Josef Strauß. Der Bayer kann sein Kandidat nicht sein, zu unterschiedlich sind Mentalität und politisches Ziel.

Wohl würde Strauß jenem Satz des zum Philosophieren neigenden Merkle noch folgen, der allerorts Anzeichen für Zerstörungen der „politsichen und gesellschaftlichen Strukturen" sieht, „auf deren Wahrung sich . . . ein Leben erstrecken muß." Doch Merkle folgt Strauß nicht auf seinem Weg. Für ihn ist Freiheit ein Stück Porzellan, behutsam auf beiden Händen zu tragen. Er wirft nicht damit nach dem politischen Gegner.

Wo also Politik zur Machtpolitik degeneriert, wo (auch nur drohender) Mangel an Selbstkontrolle das unbedingte Gebot der Selbstdisziplin verletzt, da verweigert sich Merkle. Wo manch ein Politiker nichts mehr zu unternehmen wußte, reagierte der Unternehmer politisch. *rf*

Austrittserklärung von Cornelius Adalbert v. Heyl, Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), vom 10. Juli 1979

An den Vorstand des
Kreisverbands Bonn der CDU
Baumschulallee 3
5300 Bonn 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die Nominierung von Herrn Ministerpräsident Franz Josef Strauß zum Kandidaten der CDU/CSU für das Amt des Bundeskanzlers findet meinen entschiedenen Widerspruch. Diese Entscheidung ist nicht nur die Entscheidung für eine Person, die für mein politisches Urteil nicht Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden soll, sondern auch für ein politisches Programm, das ich nicht unterstützen will.

Es ist für mich kein leichter Entschluß, meine zwanzigjährige Mitgliedschaft in der CDU zu beenden. Aber in einer Partei, die sich der politischen Führung von Herrn Strauß unterwirft, habe ich keinen Platz. Ich erkläre daher meinen Austritt aus der CDU.

Mit freundlichen Grüßen

Meldung der „Rheinischen Post" vom 6. Juli 1979:
CDU-Abgeordneter Kraske: Nicht mehr in den Bundestag
Verbitterung über Strauß als Kanzlerkandidaten

Bonn – Als erster CDU-Palamentarier hat der Weseler Bundestagsabgeordnete Kraske (53) Konsequenzen aus der Nominierung des CSU-Vorsitzenden Strauß zum gemeinsamen Kanzlerbewerber der Union gezogen: Er wird im nächsten Jahr nicht noch einmal für den Bundestag kandidieren. Damit hat nach dem Bremer CDU-Landesvorsitzenden Hollweg, der am Mittwoch von seinem Amt zurückgetreten war, ein weiterer führender CDU-Politiker Position gegen Strauß bezogen. Demgegenüber hat die Junge Union die Entscheidung der Unionsfraktion akzeptiert.

Im Schreiben an den Vorsitzenden des CDU-Kreisverbandes Wesel, an den rheinischen Vorsitzenden Köppler und den Bundesvorsitzenden Kohl erklärte Kraske, selbstverständlich respektiere er die Entscheidung der CDU/CSU-Fraktion, auch wenn sie gegen seine Stimme erfolgt sei. Aber nach Kraskes Meinung genügt es für einen Bundestagswahlkampf nicht, Entscheidungen nur zu akzeptieren; sie müßten vielmehr mit „Überzeugungskraft und Glaubwürdigkeit werbend vertreten" werden. Dazu sei er nicht in der Lage, zumindest nicht in dem Maße, wie dies nach seinen Vorstellungen von Solidarität und Loyalität erforderlich sei.

In Kraske verliert die CDU einen Mann, der über 25 Jahre für die Partei gearbeitet, sich aber nie aus Opportunismus angepaßt hat. Bereits zu Beginn seiner politischen Laufbahn trat er nach einem Jahr als Pressereferent in der Dienststelle Blank, dem Vorläufer des Verteidigungsministeriums, 1952 von seinem Posten zurück, weil ein Mann eingestellt worden war, der andere Ideen vertrat als er. 1953 trat er in die CDU-Bundesgeschäftsstelle ein, 1954 wurde er stellvertretender Bundesgeschäftsführer, vier Jahre später Bundesgeschäftsführer. Von Oktober 1971 bis Juni 1973 war er unter dem Vorsitzenden Barzel Generalsekretär. Als Kohl Parteichef wurde, gab er das Amt ab. In dieser Zeit als Generalsekretär hat er vor allem Erfahrungen mit Strauß gesammelt, die wesentlich mit dazu beitragen, daß er nun nicht „werbend" für ihn eintreten kann . . .

Dokumente und Stellungnahmen zur Gewerkschaftspolitik der CSU

Die CSU beschäftigt sich mit Überlegungen, den DGB zu „unterwandern" oder eine eigene „Bayerische Staatsgewerkschaft" zu gründen. Das ergibt sich aus CSU-internen Papieren, die von der IG Metall am 27. Juni 1979 in Frankfurt auszugsweise öffentlich gemacht wurden. Es handelt sich dabei um Papiere, die unter dem Titel „Rohmaterialien zur DGB-Diskussion" in der Münchener CSU-Zentrale zusammengestellt worden sind und in denen mehrere Alternativen zur Bekämpfung des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwähnt werden: Unter anderem Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes, das „Unterwandern" des DGB, die Gründung eigener Gewerkschaften und die Gründung von Arbeitskammern. „Überlegungen, eine völlig neue Gewerkschaft zu gründen und darauf zu warten, daß sich die CSU-Mitglieder aus den derzeit bestehenden Gewerkschaften dieser Organisation anschließen, ist sicher bestechend", heißt es in den von der IG Metall veröffentlichten Texten. Danach hat die CSU errechnet, daß zur Gründung eigener Gewerkschaften ein Startkapital von 100 Mio. DM und eine Anlaufzeit von fünf Jahren erforderlich sei. – Empfohlen wird weiterhin eine aktive Unterstützung des Christlichen Gewerkschaftsbundes durch die CSU. „Man sollte von CSU-Mandatsträgern erwarten können, daß ab und zu auch von CGB und DAG gesprochen wird, wenn man sich zu gewerkschaftlichen Fragen äußert", heißt es in den Papieren. Den CGB könnte man auch dadurch unterstützen, daß man über die Partei Kontakte mit Arbeitgeberverbänden herstellt, die derzeit noch nicht bereit sind, mit dem CGB Tarifverträge abzuschließen.

Das geschäftsführende Vorstandsmitglied der IG Metall, Ferdinand Koob, wies im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der CSU-Papiere durch die IG Metall darauf hin, daß die eigentlichen Nutznießer einer Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung die Arbeitgeber seien. Dies sei durchaus im Sinne des CSU-Vorsitzenden Franz-Josef Strauß, dessen ordnungspolitische Vorstellungen einen starken Staat, starke Arbeitgeber und schwache Arbeitnehmer beinhalteten. Aus genau diesem Grunde sei Strauß ungeeignet, als Kanzlerkandidat die ganze Union zu repräsentieren. „Es bleibt abzuwarten, ob sich in Bayern Unternehmer finden, die Strauß 100 Millionen Mark zur Verwirklichung seiner Gewerkschaftspläne vorstrecken", erklärte Koob.

Im folgenden dokumentieren wir die von der IG Metall veröffentlichten CSU-Papiere sowie eine Reihe gewerkschaftlicher Stellungnahmen, insbesondere auch von der CDU angehörenden Gewerkschaftern, die in der parallel zur Beanspruchung der CDU/CSU-Kanzlerkandidatur durch den CSU-Vorsitzenden Strauß vorgetragenen „DGB-Diskussion" seiner Partei eine Herausforderung der Einheitsgewerkschaft sehen. D. Red.

CSU: Rohmaterialien zur DGB-Diskussion

1. Vermerk Dr. Stoiber mit Anlagen
2. Vermerke zur Gewerkschaftssituation in Bayern
3. Einfluß der Gewerkschaften in der Politik
4. Die parteipolitische Gliederung des ÖGB
5. Umfrage zum Filzokratievorwurf von Prof. Biedenkopf
6. CGB-Anmerkungen zum Entwurf eines Grundsatzprogramm des DGB
7. Aus der Gewerkschaftspresse
8. Pressemeldungen

. . .

Gewerkschaftssituation in Bayern

DGB

Der DGB hat in Bayern etwa 1 Million Arbeitnehmer organisiert. Sämtliche Führungskräfte, außer den fünf uns bekannten, gehören der SPD an. Das hat auch dahingehend Auswirkungen, daß von seiten der hauptamtlichen Mitarbeiter in vielen Bereichen sehr enge Kontakte zur SPD bestehen. Der Vorsitzende des DGB, Kollege Deffner, ist gleichzeitig Vorsitzender der AfA (Arbeitnehmergruppe der SPD). Im DGB-Landesbezirksvorstand sind drei CSU-Mitglieder – allerdings nur ein hauptamtlicher Mitarbeiter (Willi Heitzer) – verantwortlich für die Abteilung Sozialpolitik.

Insgesamt konnten wir feststellen, daß sich CSU-Mitglieder innerhalb des DGB vielfach aufgrund der eindeutigen Mehrheitsverhältnisse anpassen müssen, um gegebenenfalls nicht ihre eigene Position zu gefährden. Somit können die Unionsmitglieder vielfach in unserem Sinne nicht wirken, weil sie Gefahr laufen müssen, von der Mitarbeit ausgeschlossen zu werden.

Dies ist auch im Bereich der Betriebsarbeit eindeutig zutage getreten, insbesondere bei Bildung von Betriebs- und Personalräten. Unionsmitglieder wurden nur dann freigestellt, wenn sie sich auch dem Gewerkschaftskurs voll anpaßten. Von gelegentlichen Einzelprotesten abgesehen, bestehen für unsere Mitglieder wenig Einflußmöglichkeiten.

Neben Kollegen Heitzer sind bei der Gewerkschaft Textil und Bekleidung in Unterfranken und Oberpfalz noch vier weitere Sekretäre CSU-Mitglied. In den einzelnen ehrenamtlichen Vorstandsgremien der verschiedensten Industriegewerkschaften sind nur vereinzelt Unionsmitglieder vertreten.

Nachdem es keine offizielle Betriebsräte-Meldung gibt, ist die Dunkelziffer der nichterfaßten Betriebsratsmitglieder ziemlich hoch; lediglich die CGB-Verbände stellen uns ihre Anschriften zur Verfügung. Ansonsten sind wir bei der Erfassung auf die Angaben der CSA- und CSU-Meldungen angewiesen.

Betriebsgruppen

Der Schwerpunkt unserer Betriebsgruppenarbeit ist im Bereich Schweinfurt, Nürnberg, Augsburg und München. Gerade dort, wo funktionierende CGB-Gruppen vorhanden sind, konnte sich eine Betriebsgruppe entwickeln. In vielen Bereichen ist aber auch eine Betriebsgruppenarbeit daran gescheitert, daß innerhalb der CSU/CSA-Betriebsgruppenmitgliedern eine unterschiedliche gewerkschaftliche Bindung vorhanden ist und manche Energie und Kraft mit persönlichen Auseinandersetzungen aufgewendet werden. Die Betriebs- und Personalratswahlkämpfe schlagen sich dann auch in der Betriebsgruppenarbeit nieder. In den Betrieben, in denen keine unterschiedliche gewerkschaftliche Gruppierung vorhanden ist, ist die Arbeitsmöglichkeit wesentlich besser.

Politische Konsequenz

Aufgrund der personellen Verflechtung zwischen DGB und SPD bleibt ein Unterwandern von CSU-Mitgliedern stets wirkungslos. Die Mehrheiten werden stets – wie in vielen anderen Bereichen auch – die Minderheiten eindeutig überstimmen, zumal die Masse der DGB-Mitglieder

nicht mobilisiert werden kann und viele Gewerkschaftsmitglieder aufgrund der betrieblichen Situation DGB-Mitglied sind. Die Hilfestellung für die SPD wird sich jeweils vor Wahlkämpfen sehr stark auswirken. Es wäre deshalb erforderlich, daß man insbesondere mit den nichtsozialistisch geführten Gewerkschaften engere Kontakte knüpft, um diesen die Arbeit wesentlich zu erleichtern. Bei der DAG dürfte sich dies im laufenden Kontaktgespräch beschränken, zumal die DAG selbst keine weitere Einbindung wünscht.

Für den CGB bedeutet dies aber auch eine wesentliche Stärkung von seiten der CSU, soweit es deren Arbeit betrifft. Der CGB ist derzeit weder im Senat noch im Rundfunkrat vertreten. Dies gibt ihm nach außen hin nicht die Möglichkeit, als echte gewerkschaftliche Alternative zu wirken. Auch bei der Besetzung von Ausschüssen, die für die gewerkschaftlichen Organisationen zur Verfügung stehen, wurde der CGB vielfach nicht oder nur schlecht berücksichtigt (z. B. Landesfrauenausschuß für Berufsbildung, Jugendarbeitsschutzausschüsse). Darüber hinaus müßte man auch vor allem bei den Mandatsträgern erreichen, daß nicht nur immer von den Gewerkschaften oder vom DGB gesprochen, sondern noch differenziert wird. Man sollte von CSU-Mandatsträgern erwarten können, daß ab und zu auch vom CGB und der DAG gesprochen wird, wenn man sich zu gewerkschaftlichen Fragen äußert. Für die CGB-Mitglieder ist es wichtig, daß auch ihre Organisation nicht stets mißachtet wird und sich die Kontakte nur auf oberer Ebene abspielen. Den CGB könnte man auch dadurch unterstützen, daß man über die Partei Kontakte mit Arbeitgeberverbänden herstellt, die derzeit noch nicht bereit sind, mit den CGB-Verbänden Tarifverträge abzuschließen. So haben wir z. B. in der chemischen Industrie die paradoxe Situation, daß ein Tarifvertrag für den Angestelltenbereich abgeschlossen wurde, aber für die gewerblichen Arbeitnehmer kein Tarifabschluß mit dem CGB besteht, obwohl Betriebsgruppen bei Hoechst in Gendorf und Gersthofen vorhanden sind.

Fraktionsbildung

In vielen Gewerkschaftsdiskussionen wird immer wieder vom österreichischen Modell gesprochen, wo es nur einen Gewerkschaftsbund gibt und für die politischen Gruppierungen eigene Fraktionen vorhanden sind. Dies wird auch vielfach als Idealfall für die Bundesrepublik dargestellt. Bei genauer Betrachtung ergibt sich aber, daß auch in Österreich die Mehrheitsverhältnisse eindeutig zu Gunsten der SPÖ geregelt sind und die christlichen Fraktionen in vielen Bereichen nur ihre Minderheitenvoten abgeben können. Auch dieses Organisationsschema ist nicht für die Partei hilfreich, sondern lediglich für die Gewerkschaft selbst, die im Rahmen von gewerkschaftlichen Aufgaben, soweit sie nicht mit ideologischen Grundsätzen verbunden sind, einheitlicher auftreten kann.

Als Folge aus der aufgezeigten Situationsbeschreibung der Gewerkschaftssituation in Bayern ergibt sich, daß ein Unterwandern bzw. eine Änderung der Haltung des DGB durch aktive Mitarbeit der Unionsmitglieder sicher nicht möglich ist. Tatsache ist aber auch, daß der DGB die allein dominierende Kraft der gewerkschaftlichen Situation in Bayern darstellt. Dabei ist auch zu berücksichtigen, daß der DGB in seiner Spitze zwar im Rahmen der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung als Einheitsgewerkschaft auftritt, die einzelnen 17 Industriegewerkschaften aber in weiten Bereichen doch eine eigenständige Politik betreiben. Dies wird insbesondere in den tarifpolitischen Auseinandersetzungen deutlich. Gegenüber den Mitgliedern und Unorganisierten ist wichtig, daß der DGB, mit wenigen Ausnahmen abgesehen, der alleinige Verhandlungspartner bei Tarifverhandlungen in Bayern ist und daß die anderen Gewerkschaften nur sogenannte Anschlußverträge (oder wie es der DGB bezeichnet, Abschreibverträge) abschließen kann.

Der Begriff der Einheitsgewerkschaft wird von seiten des DGB seit längerer Zeit als Alleinvertretungsanspruch im gewerkschaftlichen bzw. im sozialpolitischen Vorfeld ausgelegt. In weiten Bereichen – hier insbesondere bei den einzelnen Industriegewerkschaften, so z. B. IG Metall und IG Chemie, ist eine deutliche Tendenz in Richtung einer sozialistischen Richtungsgewerkschaft zu verzeichnen. Dies wird insbesondere deutlich, als eine große Anzahl von Mitgliedern der einzelnen Industriegewerkschaften auch der DKP angehören und über die Gewerkschaftsarbeit Betriebsratsmitglieder geworden sind. Eine genaue Anzahl läßt sich für Bayern nicht feststellen.

Konsequenzen für die CSU

Ohne eine Wertung der einzelnen Lösungsvorschläge vornehmen zu wollen, soll hier einmal versucht werden, die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten für die CSU in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften aufzuzeigen. In diesem Zusammenhang ist auch die Feststellung wichtig, daß nur ca. 30 Prozent der Arbeitnehmer in einer der Gewerkschaften organisiert sind. Seit Jahren stagnieren im wesentlichen die Zahlen der Gewerkschaften. Über 70 Prozent der Arbeitnehmer sind unorganisiert und waren bisher nicht bereit, sich einer Gewerkschaft anzuschließen. Diese Mitgliederzahlen machen auch deutlich, daß eine sogenannte Abstimmung mit den Füßen stattfindet und im Hinblick auf die Wahlerfolge der CSU in Bayern eine entsprechende Umsetzung durch eine aktive Mitarbeit in den Gewerkschaften durch die Arbeitnehmer nicht stattfindet. Diese Unorganisierten sind auch nicht bereit, sich dem DGB oder der DAG anzuschließen. Daraus ergibt sich für die CSU, daß eine eindeutige Stellungnahme für eine Gewerkschaft und eine damit verbundene Aufforderung an die Unionsmitglieder bzw. Wähler, dieser Gewerkschaft beizutreten, sicherlich nicht erfolgreich sein wird. Die bisher vertretene Auffassung der CSU, daß sie sich zur pluralistischen Gewerkschaftsbewegung bekennt, hat gegenüber unseren Mitgliedern in den einzelnen Gewerkschaften eine gewisse Neutralisierung bewirkt. Die 30 Prozent Gewerkschaftsmitglieder befinden sich überwiegend in Großbetrieben, deshalb hat Bayern gegenüber Nordrhein-Westfalen eine bessere Ausgangslage.

In den sechziger Jahren wurde auch darüber diskutiert, ob nicht eine „Anti-DGB-Gewerkschaft" durch Zusammenlegung der DAG und des CGB gegründet werden könnte. Diese Diskussion ist aber zwischenzeitlich in beiden Gewerkschaften im negativen Sinne verlaufen. Der letzte Bundeskongreß der DAG hat durch einen Beschluß deutlich gemacht, daß eine Öffnung der DAG zur Aufnahme von gewerblichen Arbeitnehmern nicht hingenommen wird. Eine solche Zusammenlegung, die von der Partei sicher nicht beeinflußt werden kann, würde auch dazu führen, daß innerhalb der DAG die SPD-Mitglieder sich sicherlich abspalten würden und den einzelnen DGB-Gewerkschaften beitreten, so daß letztlich eine Stärkung des DGB stattfände und der Einheitsgewerkschaftsgedanke im Angestelltenbereich damit nicht mehr vorhanden wäre.

Überlegungen, eine völlig neue Gewerkschaft zu gründen und darauf zu warten, daß sich die CSU-Mitglieder aus den derzeit bestehenden Gewerkschaften dieser Organisation anschließen, ist sicher bestechend. Würde man diesen Überlegungen ernsthaft beipflichten wollen, so wäre hierbei sicherzustellen, daß schlagartig ein Netz von hauptamtlichen Mitarbeitern mit entsprechenden Gewerkschaftsbüros aufgebaut würde. Diese Gewerkschaftsbewegung müßte auch so attraktiv gestaltet sein, daß es innerhalb kürzester Zeit gelänge, einen großen Teil der Unorganisierten in diese Gewerkschaftsbewegung zu integrieren. Eine grobe Überschlagsberechnung hat ergeben, daß hierfür ein Startkapital von ca. 100 Mio. DM notwendig wäre, um diese Aktion mindestens 5 Jahre durchzuhalten. Erst danach würde sich herausstellen, ob dieser Weg sinnvoll war. Der hauptamtliche Mitarbeiterstab müßte, um überhaupt gegenüber den DGB-Gewerkschaften wirksam auftreten zu können, in Bayern ca. 50 Mitarbeiter einschließlich der Verwaltungskräfte betragen. Dieses Mitarbeiterreservat ist unabhängig von den dafür notwendigen Geldmitteln nicht zur Verfügung. Eine weitere Unbekannte in dieser Überlegung ist, inwieweit die Arbeitgeber bereit wären, in Tarifverhandlungen mit einer solchen Gewerkschaft einzutreten. Gegenüber den Mitgliedern wäre eine eigene Gewerkschaftsbewegung nur dann glaubhaft zu vertreten, wenn es ihr gelingt, auch eigenständige tarifpolitische Zielsetzungen gegenüber den Arbeitgebern durchzusetzen. Es ist aber davon auszugehen, daß der DGB sofort dagegen Stellung bezieht und versuchen wird, durch „überzogene" Tarifforderungen zu einem Streik zu gelangen, um die Arbeitgeber von Tarifverhandlungen mit einer neuen Gewerkschaft abzuhalten.

Bereits jetzt sind hin und wieder Tendenzen festzustellen, daß verschiedene Arbeitgeber es gar nicht gerne sehen, daß sich Unionskollegen in der Betriebsratstätigkeit arrangieren, weil damit Unruhe in die Betriebe getragen wird, d. h., daß das vielerorts getragene Arrangement mit den DGB-Betriebsräten dadurch durchbrochen wird.

Im letzten Jahr wurde im Rahmen der Jungen Union darüber diskutiert, ob durch ein Verbändegesetz die Gewerkschaften nicht in Schranken gewiesen werden könnten. Diese Überlegungen sind sicherlich politisch weiter zu diskutieren, beinhalten aber, daß ein Verbändegesetz – ausschließlich auf die Gewerkschaften zugerichtet – sicher politisch nirgendwo durchzusetzen ist.

Ein Verbändegesetz, das alle übrigen Verbände mit in eine gesetzliche Regelung zwingt, wird sicherlich von allen Interessengruppen politisch bekämpft werden und damit eine große Auseinandersetzung im politischen Bereich herbeiführen.

Es wurde bereits festgestellt, daß 70 Prozent der Arbeitnehmer unorganisiert sind. Trotzdem erhebt der DGB auch im politischen Raum den Anspruch, für alle Arbeitnehmer zu sprechen. Er ist damit zu einer „Gegenmacht" der politischen Parteien geworden. Seine politische Betätigung, die sehr oft einseitig politisch ausgerichtet ist, bewegt sich nun in einem sehr breiten Feld. Dies wurde besonders deutlich bei der Diskussion um die Ostverträge bzw. den § 218. Eine „Neutralisierung" der Gewerkschaften bzw. ein Wiedereinbinden auf ihre ursprünglichen, tarifpolitischen bzw. Rechtsschutztätigkeit würde sich dadurch ergeben, wenn es gelingen würde, Arbeitskammern zu errichten. Dabei wären sicherlich große politische Vorbehalte zu überwinden. Derzeit haben sich alle Gewerkschaften bzw. Arbeitgeberverbände gegen die Errichtung von Arbeitskammern ausgesprochen. Auch innerhalb der Partei ist die Errichtung von Arbeitskammern nicht unumstritten. Es besteht auch die Gefahr, daß diese mittelfristig gesehen, wiederum ein Instrument der derzeit bestehenden Gewerkschaften werden.

Nachstehender Aufgabenkatalog soll zeigen, welche Interessen von den Arbeitskammern vertreten werden. Viele dieser Aufgaben werden derzeit von den Gewerkschaften wahrgenommen:

1. Wahrung der Interessen der Arbeitnehmer in allen einschlägigen sozial-, wirtschafts- und berufspolitischen Fragen;

2. Beratung der Arbeitnehmer in arbeits- bzw. sozialversicherungsrechtlichen Fragen;

3. Beratung von Regierung und Behörden durch Gutachten und Berichte sowie Anhörung vor Erlaß von Gesetzen und Verordnungen, die Arbeitnehmer berühren;

4. Durchführung einer intensiven Bildungsarbeit der Arbeitnehmer (dies wird insbesondere interessant im Hinblick auf die Diskussion „Einführung eines Bildungsurlaubs");

5. Arbeitskammern könnten staatliche Aufgaben wie z. B. Angelegenheiten des Arbeitsschutzes, Betreuung der ausländischen Arbeitnehmer übertragen werden.

Durch diese Aufgabenstellung kann die Arbeitskammer in der Gesellschafts-, Sozial-, Gesundheits-, Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, im kulturellen Bereich sowie der Erholung und Freizeit und vor allem in Fragen der Fortbildung eine umfassende Tätigkeit wahrnehmen. Diese Aufgaben werden heute größtenteils von den Gewerkschaften und insbesondere von den DGB-Gewerkschaften wahrgenommen.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

Eine Änderung der bestehenden Gewerkschaftsstruktur ist von außen sicherlich derzeit nicht möglich. Eine aktive Mitarbeit der Unionsmitglieder in den Gewerkschaften, insbesondere im DGB, findet nicht statt. Bei Auseinandersetzungen mit den Gewerkschaften von seiten der Union sollte immer gezielt auf die einzelnen verantwortlichen DGB-Gewerkschaften bzw. deren Funktionäre hingewiesen werden. Eine pauschale Kritik an den Gewerkschaften ist sicherlich nicht sinnvoll, da dadurch unsere in den Gewerkschaften tätigen Mitglieder noch mehr ins Abseits gedrängt werden. Eine politische Umkehr der Gewerkschaften und eine Hinwendung zur Unionspolitik werden sich sicherlich generell nicht durchsetzen lassen. In einzelnen Teilbereichen, so z. B. der gesetzlichen Sozialversicherung, sind deckungsgleiche politische Zielvorstellungen vorhanden, die aber nur in verbalen Bekundungen gegenüber der Öffentlichkeit vertreten werden. Kommt es letztlich zur politischen Auseinandersetzung in Parlamenten, dann stimmen auch dort die Gewerkschafter mit den entsprechenden Fraktionen ohne Rücksicht auf die Beschlüsse bzw. Vorstellungen ihrer einzelnen Gewerkschaften.

Der Gedanke der Einheitsgewerkschaft würde erfordern
- eine pluralistische Binnenstruktur,
- Minderheitenschutz,
- Transparenz der Entscheidungen,
- Sicherung der Partizipation der Mitglieder,
- Beschränkung auf die gewerkschaftliche Interessenvertretung und
- parteipolitische Neutralität.

Diese Zielvorstellungen sind gerade bei den DGB-Gewerkschaften heute in weiten Bereichen verlassen. Dies führt sicherlich auch dazu, daß viele der Unorganisierten sich nicht mehr in einer der DGB-Gewerkschaften organisieren lassen. Diese Unorganisierten sind aber auch nicht bereit, einer der übrigen Gewerkschaften wie DAG oder CGB beizutreten. Zum Teil liegt dies an der tarifpolitischen Situation und beim CGB besonders an der nicht vorhandenen bzw. nicht möglichen Öffentlichkeitsarbeit.

Kolumne des Generalsekretärs der CSU, Edmund Stoiber, in der „Welt der Arbeit" (v. 1. 2. 1979):

Einheitsgewerkschaft

Bereits im Februar d. J. hatte der Generalsekretär der CSU in einer Gast-Kolumne der DGB-Wochenzeitung „Welt der Arbeit" aus Anlaß der Wahlen zum Europaparlament die Einheitsgewerkschaft massiv in Frage gestellt. Nachstehend der Wortlaut der Kolumne und eine Anmerkung des stellvertretenden Chefredakteurs Ortmann. D. Red.

Einheitsparteien und Einheitsgewerkschaften sind üblicherweise in Diktaturen, vornehmlich der sozialistischen Ostblockstaaten, anzutreffen. Im Gegensatz dazu ist in unserer freiheitlichen Verfassung die Parteienvielfalt und der Gewerkschaftspluralismus fest verankert.

Unter den verschiedenen Gewerkschaften ist es den DGB-Gewerkschaften selbstverständlich völlig unbenommen, sich durch ihre Gewerkschaftssatzung gegenüber den Mitgliedern zur Überparteilichkeit und parteipolitischen Neutralität zu verpflichten und damit für Arbeitnehmer aller politischen Parteien offen zu stehen. Das Satzungsgebot der Überparteilichkeit einer Einheitsgewerkschaft wird allerdings in folgenschwerer Weise gebrochen, wenn die DGB-Gewerkschaften bei den Bundestagswahlen 1976 in über 100 belegbaren Beispielsfällen Wahlhilfe für die SPD geleistet haben.

Es kann der CSU nicht gleichgültig sein, wenn sich Gewerkschafter in ihrer Eigenschaft als DGB-Funktionäre in der Öffentlichkeit für die SPD einsetzen, SPD-Wählerinitiativen begründen, sich als Wahlkämpfer für die SPD zur Verfügung stellen, SPD-Werbematerial unter die Leute bringen, Gewerkschaftsveranstaltungen zu Wahlkampfveranstaltungen der SPD umfunktionieren, in der Gewerkschaftspresse Stimmung gegen die beiden Unionsparteien und vor allem gegen Franz Josef Strauß machen und die SPD im Wahlkampf mit Gewerkschaftsgeldern unterstützen.

Aber nicht nur bei den Bundestags-, sondern auch bei den Landtagswahlen in Hessen und Bayern hat der DGB erneut die SPD durch massive Wahlhilfe unterstützt. Ich kann hier auf einschlägige Erfahrungen aus meinem eigenen Wahlkreis zurückgreifen. Die Zeitschrift „Metall" hat bei einer Auflage von rund 2,5 Millionen Exemplaren rechtzeitig vor den Landtagswahlen in Bayern einen jener Anti-Strauß-Artikel lanciert, um ihn als Sympathisant ausländischer Terroristen anzuschwärzen. Der DGB-Vorsitzende Vetter ist wegen seines gegen Franz Josef Strauß gerichteten Anwurfs, man müßte dem Schweinehirten von Passau seine Parolen in den geschwollenen Hals zurückstoßen, inzwischen rechtskräftig verurteilt worden.

Auch hat es nichts mehr mit Arbeitskampf zu tun, sondern mit politischer Parteinahme, wenn bei dem Streik der IG-Metall die Parole auftaucht: „Strauß, Kohl und Esser, Arbeitsplätzefresser". Zumal Bundeskanzler Schmidt, der ja für die Richtlinien der Politik die Hauptverantwortung trägt, ebenso wie der für das Tarifgebiet zuständige Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen völlig ungeschoren bleiben.

Der krönende Abschluß, die Idee der überparteilichen Einheitsgewerkschaften des DGB um die letzten Reste ihrer Glaubwürdigkeit zu bringen, ist die Spitzenkandidatur des DGB-Vorsitzenden Vetter, des IG-Chemie-Vorsitzenden Hauenschild und des IG-Metall-Vorsitzenden Loderer auf der SPD-Liste zur Europawahl. Nicht, daß gegen die Kandidatur für das Europaparlament selbst

etwas einzuwenden wäre. Dies ist ein bürgerliches Jedermannsrecht. Ein überparteiliches DGB-Amt und ein parteipolitisches SPD-Mandat sind aber nach der Satzung des DGB miteinander unvereinbar. Das gilt selbstverständlich für alle Parteien.

Daher fordere ich die Herren Vetter, Hauenschild und Loderer in aller Form auf, es nicht auf einen Rechtsstreit über die Durchsetzbarkeit der Satzung des DGB ankommen zu lassen, sondern nach dem Antritt des Europamandates für die SPD das Amt als Vorsitzender im DGB bzw. in den beiden Industriegewerkschaften abzugeben. Die CSU wird es nicht tatenlos hinnehmen, wenn die Bezeichnung Einheitsgewerkschaft heute tatsächlich leider nichts anderes mehr zum Ausdruck bringt, als die Einheit von SPD und DGB.

Als Antwort auf die braune Diktatur entstand nach 1945 der Deutsche Gewerkschaftsbund. Wer einen solchen in Aktion und Gesinnung einheitlichen Bund heute mit den „Einheitsgewerkschaften" in sozialistischen Diktaturen in einen Topf wirft, handelt unverantwortlich. Die auf dieser Seite abgedruckte Kolumne des CSU-Generalsekretärs Stoiber enthält nicht nur diesen Tatbestand, sie ist auch in Ton, Stil und in anderen Aussagen aggressiv und unverschämt. Sie verletzt das Gastrecht, das allen Generalsekretären der großen politischen Parteien seit Jahren eingeräumt wird. Herr Stoiber übersieht zum Beispiel, daß führende CDA-Gewerkschafter ebenfalls auf den Europalisten der CDU kandidieren. Stoiber will offensichtlich weiter übersehen. Er will mit zweierlei Maß messen. Nur so ist es erklärbar, daß er die Kandidatur des Handwerker-Präsidenten Paul Schnitker auf der Europaliste der Union verschweigt. Der Zentralverband des Deutschen Handwerks ist als Spitzenorganisation ein dem DGB durchaus vergleichbarer Einheitsverband. Möge diese Kolumne deshalb dazu beitragen, unseren Lesern das seltsame Demokratieverständnis des Generalsekretärs der CSU zu verdeutlichen. *Erwin Ortmann*

Erklärung des DGB-Landesbezirksvorstandes Rheinland-Pfalz vom 29. Juni 1979: CSU-Anschlag auf Einheitsgewerkschaft verurteilt

Der DGB-Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz betrachtet die Einheitsgewerkschaft als eine der wichtigsten gewerkschaftlichen Errungenschaften in Nachkriegsdeutschland sowie als Voraussetzung und Garant wirksamer Vertretung der Arbeitnehmerinteressen.

Die Absichten der CSU, die Einheitsgewerkschaft zu zerstören, richten sich gegen ein von der christlichen Arbeitnehmerschaft mitgetragenes Organisationsprinzip, gegen die grundgesetzlich verankerte Autonomie der Gewerkschaften und gegen ein tragendes Element des sozialen und demokratischen Rechtsstaates.

Diesen Beschluß des Landesbezirksvorstandes erläuterte heute der DGB-Landesbezirksvorsitzende Julius Lehlbach.

Der DGB-Landesbezirksvorstand Rheinland-Pfalz verurteilt die in sogenannten Strategiepapieren der CSU und in Aussagen des CSU-Generalsekretärs Edmund Stoiber enthaltenen Angriffe gegen den Deutschen Gewerkschaftsbund auf das schärfste. Äußerungen dieser Art, auch wenn sie im nachhinein als Gedankenspiele bezeichnet werden und damit ihre politische Brisanz verlieren sollen, sind nicht nur geeignet, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft und seine Anhänger zu diskreditieren. Vielmehr lassen Wortlaut und Geist dieser Äußerungen darauf schließen, daß die CSU gewillt ist, den Deutschen Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften und Industriegewerkschaften entscheidend zu schwächen und in Richtungsgewerkschaften zu spalten.

Artikel von Karl Heinz Hoffmann, stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV, in der „Welt der Arbeit" (v. 28. 6. 1979): CSU steuert Spaltung der Gewerkschaften an

Manfred Hettlage, Mitarbeiter der CSU-Landesleitung, ließ die Katze zu früh aus dem Sack, wonach bei starken Kräften der CSU Überlegungen zur Gründung eigener Gewerkschaften geplant sind. Hettlage wurde zurückgepfiffen und handelte sich prompt das Dementi des CSU-Pressesprechers ein. Dennoch, die Meldung der IG Metall trifft zu. Bereitgs am 17. April 1979 verschickte CSU-Generalsekretär Stoiber umfangreiches „Rohmaterial" zur Gewerkschaftsfrage an

die Bezirks- und Kreisvorsitzenden der Jungen Union zur Vorbereitung eines Parteikongresses für 1980, auf dem die Gewerkschaftsfrage „breit diskutiert" werden soll. In den Rohmaterialien heißt es u. a.: „Vor jeder Diskussion um eine 4. Partei sollte zuerst eine Diskussion über die 2., 3. und 4. Gewerkschaft geführt werden." In der Demokratie könne Macht nur durch Gegenmacht kontrolliert werden. Eine Pluralität mehrerer Gewerkschaften sei aber ein gesellschaftspolitisches Erfordernis. Fünf Erwägungen werden mit dieser Darlegung verknüpft, deren Ziel es ist, die Kraft des DGB und seiner Gewerkschaften zu schwächen.

1. Bildung von Arbeitnehmerkammern,
2. die Fraktionsbildung nach österreichischem Muster,
3. Unterwanderung des DGB durch den Masseneintritt konservativer nichtsozialistischer Arbeitnehmer,
4. Aufbau einer neuen Gewerkschaft,
5. Unterstützung des CGB.

Die Verfasser der Rohmaterialien kommen zu der Auffassung, daß von den fünf Alternativen die wirksamste Möglichkeit vorerst in der massiven Unterstützung des Christlichen Gewerkschafts-Bundes zu sehen sei. Die christlichen Parteien hätten die Möglichkeit in der Hand, den CGB aus der „Verwünschung des Dornröschenschlafs" zu erlösen. Die Verfasser sind überzeugt, daß zur Lösung der Gewerkschaftsfrage ein langer Atem gehöre. Hier könne nicht kurz vor den Bundestagswahlen durch hastige Einzelschritte ein nachhaltiger Erfolg erreicht werden. Wenn in der Gewerkschaftsfrage eine nachhaltige Änderung der bestehenden Verhältnisse erreicht werden soll, dann müßten über eine Zeitdauer von mindestens ein bis zwei Legislaturperioden entsprechende Initiativen ergriffen und auch durchgehalten werden.

Man kann es drehen und wenden, wie man will. Nach meiner Meinung bereiten bestimmte Kräfte in der CSU unter Führung des Generalsekretärs die Spaltung der deutschen Einheitsgewerkschaft vor. Stoiber will allerdings verhindern, daß diese Absichten vorzeitig an die Öffentlichkeit dringen, daher sein schnelles Dementi. Ähnlich wie bei der Auseinandersetzung um die Einheit in der Union, der Schaffung der 4. Partei und des Kanzlerkandidaten möchte er Zeitpunkt und Marschrichtung selbst bestimmen. Offenbar ist die „Lösung der Gewerkschaftsfrage" nach Stoibers Muster für 1980 geplant. Denn vorher muß das Koordinatensystem der Parteien verändert werden. Das heißt, totale Kapitulation der CDU mit einem CSU-Kanzlerkandidaten oder 4. Partei mit weitgehenden Wirkungen auf alle demokratischen Parteien, danach Veränderung der Gewerkschaftsstruktur in der Bundesrepublik als zwangsläufige Folge des veränderten politischen Umfeldes. Dabei wird wohl bewußt die Veränderung des politischen Grundmusters unseres Landes sowie die Zerstörung geltender Strukturen der gesellschaftlichen Gruppen, die dieser Republik 30 Jahre Kontinuität und Stabilität gewährleisteten, in Kauf genommen. Dies kann zu einer Entwicklung führen, die zwar am Anfang bestechende neue politische Machtverhältnisse verspricht, an deren Ende aber ein politischer Scherbenhaufen sein wird. Deshalb ist es Aufgabe der organisierten Arbeitnehmerschaft, heute noch geschlossener zusammenzustehen. Gerade CSU-Mitglieder und Wähler sollten es sich nicht bieten lassen, daß Außenstehende, die alleine parteistrategische und machtpolitische Ziele verfolgen, dies alles zerschlagen.

Leitartikel von Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, in der Gewerkschaftszeitung „Metall" (14/1979 v. 18. 7. 1979): Herausforderung wird angenommen

Über alle Parteien und weltanschaulichen Differenzen hinweg haben die Gewerkschaften nach dem 2. Weltkrieg die Einheitsgewerkschaft geschaffen. Sie überwanden damit die gewerkschaftliche Zersplitterung und die gewerkschaftspolitische Ohnmacht der Weimarer Zeit. Diese mutige historische Entscheidung hat die Arbeiterbewegung wieder stark gemacht. Der neue Anfang hat sich bewährt. Auf die Erfolge von 30 Jahren DGB können wir in diesem Jahr mit Stolz und Zufriedenheit zurückblicken.

Diese Einheit und Stärke versucht nun die CSU in Frage zu stellen. Bedroht wird damit auch arbeitnehmerfreundliche Politik, für die es in den politischen Parteien engagierte Befürworter gibt. Bedroht wird damit die Einheit der deutschen Gewerkschaften und damit der gewerkschaftliche Einfluß auf die Reformpolitik.

Man will mit der Drohung einer bayerischen Staatsgewerkschaft unter der straffen Führung der CSU den DGB und seine Einzelgewerkschaften einschüchtern und gefügig machen. Man will die legitimierten Interessenvertreter der Arbeitnehmer schwächen. Man will den Keim von Zwietracht in unsere Reihen säen.

Wer an der Einheitsgewerkschaft rührt, verändert die politische Landschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Wer an der Einheitsgewerkschaft die Axt anlegt, gefährdet die politische Stabilität unseres Landes.

Das alles weiß ein politischer Profi wie Franz Josef Strauß. Dennoch sieht er zu, wie seine politische Umgebung dieses kostbare Gut gewerkschaftlicher Einheit aufs Spiel setzt.

Diese Herausforderung wird von uns angenommen. Wir fürchten sie nicht. Mit uns kann der Kanzlerkandidat der Unionsparteien nicht so umspringen wie mit seinen Parteifreunden.

Wir müssen damit rechnen, daß in den nächsten Wochen und Monaten eine antigewerkschaftliche Kampagne in Gang gesetzt wird, in der unsere Funktionäre verleumdet und unsere Erfolge in den Schmutz gezogen werden. Man wird unsere Organisation verteufeln und unsere Ziele verfälschen.

Das alles bringt uns nicht von unserem Kurs ab. Wir sind von der gemeinsamen gerechten Sache überzeugt. Wir werden mit allen Mitteln verhindern, daß durch einen politischen Erdrutsch die Arbeitnehmerinteressen verschüttet werden. Wer den Wind der Zwietracht sät, soll den Sturm unserer Solidarität ernten.

Lottemi Doormann (Hrsg.)

Kinder in der Bundesrepublik

Materialien · Initiativen · Alternativen

Aus dem Inhalt: Zur sozialen Situation der Kinder in der BRD ★ Welche Rechte haben Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik? ★ Heimkinder ★ Zur Situation behinderter Kinder ★ Ausländerkinder ★ Die Bedeutung der Arbeiterkinderorganisationen ★ Frühkindliche Entwicklung und vergesellschaftete Erziehung ★ Initiativgruppe Kindertagesstätten Rhein-Main ★ Das Hamburger Kinderhaus in der Heinrichstraße ★ Gesamtschulinitiativen in Hamburg ★ Für ein anderes Lernen in der Schule — Zur Praxis von Schulspiel ★ Gibt es einen neuen Sozialisationstypus? ★ Kinderliteratur, Kindermedien, Kinderkultur ★ Vom didaktischen Lesedrama zum Theater für Kinder ★ Kinder und Fernsehen ★ Die Wirklichkeit der ästhetischen Erziehung.

Pahl-Rugenstein

279 Seiten mit Fotos und Abbildungen, 14.80 DM

Vereinbarung zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und dem Büro des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), die Ausreise von Personen aus der Sozialistischen Republik Vietnam betreffend, vom 30. Mai 1979*)

(Wortlaut)

Gesprächen zufolge, die in Hanoi zwischen Repräsentanten der Regierung der Sozialistischen Republik Vietnam und einer Delegation des Büros des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) in der Zeit vom 26. Februar bis 5. März und vom 25. Mai bis 30. Mai 1979 geführt wurden, ist vereinbart worden, daß UNHCR die Durchführung der Bekanntmachung der Vietnamesischen Regierung vom 12. Januar unterstützt, derzufolge die ordnungsgemäße Ausreise von Personen erlaubt ist, die Vietnam mit dem Ziel zu verlassen wünschen, sich in anderen Ländern niederzulassen.

Bezüglich eines Duchführungsprogramms solcher ordnungsgemäßen Ausreisen wird festgelegt:

1. Genehmigte Ausreisen von Personen, die Vietnam verlassen und sich im Ausland niederlassen wollen, Familienzusammenführungen und andere humanitäre Anliegen werden so schnell und so umfassend wie möglich geregelt. Die Größe dieser Personengruppe ist abhängig sowohl von der Anzahl der Auswanderungsanträge aus Vietnam als auch von den Möglichkeiten der Aufnahmeländer, Einreisevisa auszustellen.

2. Die Auswahl der Personen, die im Rahmen dieses Programms eine Ausreisegenehmigung erhalten, soll, wenn immer möglich, auf der Basis der von der Vietnamesischen Regierung erstellten Liste und der von den Aufnahmeländern erstellten Listen erfolgen. Diejenigen Personen, deren Namen auf beiden Listen erscheinen, sind zur Ausreise berechtigt. Die Fälle derjenigen Personen, deren Namen nur auf einer Liste erscheinen, werden in angemessener Weise zwischen UNHCR und der Vietnamesischen Regierung oder den Regierungen der Aufnahmeländer erörtert.

3. UNHCR wird jede Mühe aufwenden, um Unterstützung für dieses Programm bei potentiellen Aufnahmeländern zu gewinnen.

4. Sowohl die Vietnamesische Regierung als auch UNHCR stellen Personal, das in der Durchführung dieses Programms eng zusammenarbeiten wird.

5. Dieses Personal ist berechtigt, in Hanoi und in Ho-Chi-Minh-Stadt tätig zu werden, und, falls notwendig, auch an anderen Orten, um die Ausreiseaktionen zu fördern.

6. Die Ausreiseaktionen werden in regelmäßigen Zeitabständen mit angemessenen Transportmitteln ausgeführt.

7. Die Vietnamesische Regierung wird auf der Grundlage der einschlägigen vietnamesischen Gesetze UNHCR und den Aufnahmeländern jegliche Hilfsmittel zur Durchführung dieses Programms zur Verfügung stellen.

*) Vgl. den Kommentar von Günter Giesenfeld in diesem Heft; d. Red.

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

117 Faschismus und Ideologie

Faschismus-Theorien (VIII)
W. F. Haug: Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen
K. Priester: Faschismus und Massenbewegung. Kritik an Opitz
E. Laclau: Faschismus und Ideologie
Spontaneismus
Der MSB und die „Spontis": Beiträge von R. Matz und M. Räthzel
Arbeitergeschichtsschreibung
J. Kammler, H. Krause, D. Krause-Vilmar, P. Oehlke:
Zur Diskussion über Gewerkschaftsgeschichtsschreibung
S. Amato: Otto Bauer und der Austromarxismus
Sozialismus-Analyse
H. Conert: Über Konstitutionsmerkmale nachkapitalistischer Gesellschaften
W. Elfferding: Gibt es in den sozialistischen Ländern Herrschaftsverhältnisse?
Kongreßankündigungen und -berichte
Besprechungen
Zeitschriftenschau

176 Seiten, 9,80 DM, Stud. 8,50 DM; im Abo. 8,50; Stud. 7,– DM

Demnächst erscheint:

AS 38 30 Jahre Bildungspolitik

(Schule und Erziehung VII)

u. a.:
U. Bracht: Anmerkungen zu Qualifikation und Schulentwicklung in den 50er Jahren
I. Lohmann: Analyse und Geschichte der Reform des niederen Schulwesens
B. Rang: Lehrplanentwicklung für den Geschichtsunterricht in Berlin seit 1945
M. Trube: Lehrplanentwicklung für den Chemieunterricht in Berlin seit 1945
G. Auernheimer u. a.: Reproduktionsqualifikation als eine Determinante von Pädagogik und Bildungspolitik
U. Schwänke: Bildungschancen in der Bundesrepublik (1945–1979)
A. Kunze: Ausbildung in Betrieb und Schule 1947–1976
W. Kunstmann: Volkshochschulen in der BRD seit 1945/1949
W. Markert u. a.: Entwicklungstendenzen im Weiterbildungssektor
K. Priester: Zur Geschichte konservativer Gesellschaftsbilder in der Politischen Bildung der Bundesrepublik
Pabst/Schütte: Arbeitslehre
J. Helmchen: Polytechnische Bildung, »Ostpädagogik« und Arbeitslehre
P. Faulstich: SPD und Bildung

ca. 216 S.; 15,50 DM, f. Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80/11,– DM

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65 · Tel.: 030/4619061

Alternativen zur Rüstungspropaganda

Ich glaube nicht, daß die Sowjetunion die geringste Neigung hat, einen Angriff auf uns oder irgendein anderes Land zu unternehmen

George F. Kennan

Lorenz Knorr

Vom Wettrüsten zur Abrüstung

Mit einem Vorwort
von Martin Niemöller
160 Seiten, DM 6,–

Gerhard Kade

Die Bedrohungslüge

Zur Legende von der „Gefahr aus dem Osten"
300 Seiten mit umfangreicher Dokumentation, DM 12,80

W. v. Bredow / G. Kade (Hrsg.)

Abrüstung

Politische Voraussetzungen,
sozioökonomische Folgen,
Aufgaben der Wissenschaftler
Mit einem Vorwort von Reinhard Kühnl
151 Seiten, DM 9,80

Bertha von Suttner

Die Waffen nieder!

Ausgewählte Schriften,
herausgegeben von Klaus Mannhardt
und Winfried Schwamborn
140 Seiten, DM 9,80

Friedrich Hitzer (Hrsg.)
Bundesrepublik Deutschland-Sowjetunion

Offenheit gegen Offenheit

Meinungen · Kontroversen · Dialoge
Alfred Andersch – Konstantin Simonow – Martin Walser – Juri Trifonow – C. F. v. Weizsäcker – Grigorij Wodolasow – Max Frisch – Viktor Rosow – Carl Amery – Igor Krawtschenko u. a.
462 Seiten, DM 14,80

Pahl-Rugenstein
Gottesweg 54 · 5000 Köln 51

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA.*** *Dr. Günter GIESENFELD,* geb. 1938 in Düren, Professor für Neuere deutsche Literatur und Medienwissenschaft an der Universität Marburg, Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, unternahm in letzter Zeit mehrere Reisen nach Vietnam. *** *Christian GÖTZ,* geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, Leiter der Redaktion und Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977. *** *Lorenz KNORR,* geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *Renate WURMS,* geb. 1941 in Wallau/Lahn, Studium der Soziologie, Pädagogik und Volkswirtschaft in Münster, Frankfurt/M. und Göttingen, seit 1970 in der Frauenbewegung aktiv; Zeitschriftenveröffentlichungen.*** *Kahsai WOLDE-GIORGIS,* geb. 1947 in Addis Abeba, Diplomchemiker, Studium an den Universitäten Tübingen und Mainz. *** *Monika SCHNEIDEREIT,* geb. 1953 in Essen, Diplom-Volkswirtschaftlerin, Studium der Volkswirtschaft in Münster, seit 1977 wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Soziologie an der Universität Münster. ***

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416

G 1800 EX

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt (8/79)

Pahl-Rugenstein Verlag
Gottesweg 54
5000 Köln 51

0565
14278 XXX

Materialien zu F. J. Strauß

Dieter Halfmann

Das Konzept der deutschen Rechten

Aus Reden und Schriften des F. J. Strauß, 239 Seiten, 9,80 DM

Inhalt: Vorwort; 1. Staat und Wirtschaft; 2. Autoritäre Grundhaltung; 3. Strategie des Kalten Krieges; 4. NATO- und Westeuropapolitik im Dienste der antikommunistischen Zielsetzung; 5. Militärpolitik; 6. Hauptstoßrichtung: die sozialistischen Länder; 7. Die ‚deutsche Frage'; 8. Nationalismus; 9. Im Bunde mit Unterdrückern und Aggressoren in aller Welt; 10. Ein reaktionäres Geschichtsbild im Dienste der Europaideologie; 11. Sammlung rechts – F. J. Strauß unter der SPD-FDP-Regierung.

„Am Ende unserer Generation darf es keinen Kommunismus mehr geben."
F. J. Strauß, am 7. 3. 1965 beim Schwabinger Fischessen der CSU.

Reinhard Kühnl

Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus

Ein Gutachten, 32 Seiten, 4,– DM

Das Gutachten führt den Nachweis, daß über Gemeinsamkeiten in wesentlichen politischen Fragen hinaus feste Kontakte zwischen den von Strauß geführten Kräften und neofaschistischen Kreisen bestehen. Dem entsprechen offen geäußerte Sympathieerklärungen von CSU-Repräsentanten für Organisationen und Aktionen rein neofaschistischen Charakters. Wenn Strauß die CSU (auf dem Nürnberger Parteitag am 5. Juli 1970) als „Sammlungsbewegung zur Rettung des Vaterlandes" definiert, dann steht er in der Tradition jener „nationalen Sammlung", die 1933 im Gefolge von „Harzburger Front" und „nationalem Block" zur Koalitionsregierung Hitler/Hugenberg führte.

Dieter Halfmann

Lebensweg und Karriere des Franz Josef Strauß

„Blätter für deutsche und internationale Politik" 1975
Hefte 1, 2, 4, 6 und 10

Pahl-Rugenstein

Autoren dieses Heftes

Bernd GREINER, geb. 1952 in Pirmasens, Studium der Amerikanistik, Geschichte und Politik an den Universitäten Marburg und Frankfurt/M., Studienjahr in den USA, z. Z. Promotion über die Außenpolitik der USA.*** *Dr. Günter GIESENFELD,* geb. 1938 in Düren, Professor für Neuere deutsche Literatur und Medienwissenschaft an der Universität Marburg, Vorstandsmitglied der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, unternahm in letzter Zeit mehrere Reisen nach Vietnam. *** *Christian GÖTZ,* geb. 1940 in Leer/Ostfriesland, Leiter der Redaktion und Pressestelle beim Hauptvorstand der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV); Buch- und Zeitschriftenveröffentlichungen, u.a.: Heinz Oskar Vetter. Christian Götz befragt und porträtiert den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln 1977. *** *Lorenz KNORR,* geb. 1921 in Eger/CSR, ehemals Bundesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken", heute Mitglied des Direktoriums der Deutschen Friedens-Union, lebt als Publizist in Frankfurt/M. *** *Renate WURMS,* geb. 1941 in Wallau/Lahn, Studium der Soziologie, Pädagogik und Volkswirtschaft in Münster, Frankfurt/M. und Göttingen, seit 1970 in der Frauenbewegung aktiv; Zeitschriftenveröffentlichungen.*** *Kahsai WOLDE-GIORGIS,* geb. 1947 in Addis Abeba, Diplomchemiker, Studium an den Universitäten Tübingen und Mainz. *** *Monika SCHNEIDEREIT,* geb. 1953 in Essen, Diplom-Volkswirtschaftlerin, Studium der Volkswirtschaft in Münster, seit 1977 wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für Soziologie an der Universität Münster. ***

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" werden herausgegeben von Prof. Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, Prof. Dr. Helga Deppe-Wolfinger, Prof. Dr. Jörg Huffschmid, Prof. Dr. Urs Jaeggi, Prof. Dr. Gerhard Kade, Prof. Dr. Reinhard Kühnl, Dr. Jutta Menschik, Dr. Reinhard Opitz, Manfred Pahl-Rugenstein, Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Prof. Dr. Helmut Ridder, Prof. Dr. Fritz Strassmann, Prof. Dr. Gerhard Stuby. Redaktion: Dr. Kurt Bayertz, Karl D. Bredthauer, Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim; verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion. Redaktionsanschrift: Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051.
Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" erscheinen einmal im Monat. Sie sind direkt vom Verlag, durch die Post und durch jede Buchhandlung zu beziehen. Der Abonnementspreis beträgt DM 4,00 (Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Zivildienstleistende DM 3,50,), zuzüglich DM 0,50 Versandgebühr. Das Einzelheft kostet DM 5,50. Abonnementsrechnungen sind innerhalb von zwei Wochen nach ihrer Ausstellung zu begleichen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis zum 30. September des laufenden Jahres eine Kündigung zum Jahresende beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind dem Verlag unverzüglich bekanntzugeben. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschl. Versandgebühr (ohne Luftpostzuschläge) sfrs 54,50; öS 440,–; hfl 66,–; bfrs 965,–; FF 140,–; £ 16,50; Lit 28 000,–; dkr 170,–; nkr 168,–; skr 144,–; Yen 6 480; $ 33,–. Erhebliche Wechselkursänderungen berechtigen den Verlag zur Angleichung der Umrechnungsbeträge. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen. Anschrift von Verlag und Vertrieb: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51, Telefon 364051. Konten: Postscheckamt Köln 6514-503 und Deutsche Bank Köln. Satz: Neo-Satz W. Geilenberg KG, 5030 Hürth-Efferen. Druck: Plambeck & Co., Neuss. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.
ISSN 0006–4416